



**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/2116**

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Peter Sönnichsen, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

01.04.2011

**Informations- und Kommunikationstechnologien (IT);
hier: IT-Gesamtplan 2011/2012**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Landesregierung hat den anliegenden IT-Gesamtplan 2011/2012 beschlossen. Das Finanzministerium ist gebeten, den Finanzausschuss zu unterrichten. Diesem Wunsch komme ich gern nach und berichte wie folgt:

Teil I – Einleitung

Der IT-Gesamtplan 2011/2012 ist ein strategischer Bericht, der nicht nur über die Verwendung der IT-Haushaltsmittel i.H.v. rd. 100 Mio. € informieren soll. Er unterrichtet darüber hinaus über die organisatorischen Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene und zeigt die daraus resultierenden Veränderungen in der IT der Landesverwaltung auf.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IT) sind mittlerweile unabdingbarer Bestandteil der Aufgabenerledigung im öffentlichen Sektor. Immer mehr Verwaltungsaufgaben und Prozesse werden durch IT oder mit ihrer Hilfe bewältigt, um qualitativ hochwertige Dienstleistungen kostengünstiger zu erbringen.

Die finanzielle Lage des Landes Schleswig-Holstein lässt es weiterhin nicht zu, alle IT-Maßnahmen, die geplant oder angedacht werden, zu realisieren. Daher ist es erforderlich,

die Verfahren zu identifizieren, die im Rahmen der verfügbaren Mittel vorrangig umzusetzen sind. Diese Verantwortung (insbesondere für finanziell anspruchsvolle IT-Maßnahmen) wird als Aufgabe der gesamten Landesregierung verstanden.

Bereits in den Vorjahren wurde darauf hingewiesen, dass sich die Anforderungen an die IT des Landes Schleswig-Holstein deutlich wandeln. So werden operative Aufgaben der IT, wie z. B. der Betrieb eines Rechenzentrums oder die Betreuung der IT-Arbeitsplätze, verstärkt von IT-Dienstleistern wahrgenommen, was dazu führt, dass sich der Schwerpunkt der Aufgaben des Zentralen IT-Managements (ZIT SH) und der Dezentralen IT-Managements (DIT) in den Ressorts mehr und mehr auf die strategische Ausrichtung und Konzeption von IT (Basisinfrastrukturen und Fachanwendungen) konzentriert. Hinzu kommen Aufgaben des Controllings und des Vertragsmanagements mit zunehmend betriebswirtschaftlichen Fragestellungen sowie ein übergreifendes Prozessmanagement zur Steuerung der komplexen und ressortübergreifenden Arbeitsabläufe. Hierfür benötigt die Landesverwaltung gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, so dass künftig auch die Personalplanung und Personalgewinnung verstärkt in den Fokus der IT-Verwaltungen rücken wird.

Teil II – Steuerungsrelevante IT-Maßnahmen

Das Finanzministerium wird daher im Planungszeitraum 2011/212 insbesondere folgende Entwicklungen besonders forcieren:

Wirtschaftlichkeit

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von IT ist es unabdingbar, die Kostentransparenz im Bereich der IT weiterhin zu erhöhen und das Wissen über den Ressourceneinsatz und -verbrauch einschließlich des Personalbestandes im IT-Bereich zu erweitern. Dabei dienen alle IT-Maßnahmen vorrangig dem Ziel, die Vorgaben und Anforderungen der Landesregierung effektiv und effizient umzusetzen und insgesamt zur Haushaltskonsolidierung des Landes beizutragen.

Bewertung von IT-Maßnahmen

Die Fortentwicklung des Prioritätenkataloges und eines ressortübergreifenden Bewertungssystems von IT-Maßnahmen durch das Finanzministerium waren wesentliche Meilensteine im Doppelhaushalt 2009/2010. Die Bewertungsgrundsätze wurden den Ressorts in 2009 vorgestellt und im Haushaltsjahr 2010 erstmalig angewandt. Die hieraus gewonnenen Erfahrungen werden in ein standardisiertes (ggf. gestuftes) Prioritätenmodell einfließen, welches in 2011 mit der IT-Beauftragten-Konferenz abzustimmen ist.

Ressourcensteuerung

Abfragen nach dem Personalbestand und die Entwicklung von Kennzahlen sind erforderlich, um die für eine IT-Steuerung relevanten Informationen strukturiert, valide und messbar darstellen und nutzerspezifisch zur Verfügung stellen zu können. Diese Datenabfragen werden generell vom IT-Beauftragten des Ressorts koordiniert. Die Personalreferate arbeiten dem IT-Beauftragten zu.

Berichtswesen

Das Finanzministerium wird in Zusammenarbeit mit den Ressorts Kennzahlen entwickeln, um alle Beteiligten besser über die Ausgaben im Kapitel 1103 und die Zielerreichung der IT-Maßnahmen im Planungszeitraum 2011/2012 unterrichten zu können.

IT-Organisation

Die Ausgestaltung der Informationstechnik in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein ist eine Folge der organisatorischen Regelungen zum IT-Einsatz in Schleswig-Holstein. Diese Regelungen sind durch den Erlass des Ministerpräsidenten vom 08.07.2003 vorgegeben und werden durch den Organisationserlass IT SH (OrgErl IT SH) vom 14.12.2010 konkretisiert. In seiner Konsequenz bedingt der Erlass eine Neuausrichtung der IT-Organisation in den Ressorts.

Teil III – Ressortübergreifende IT-Maßnahmen

Neben diesen überwiegend steuerungsrelevanten Themen werden in Zusammenarbeit mit den Ressorts und Dataport verschiedene technische Maßnahmen umgesetzt, die die Effizienz der IT in der Landesverwaltung wesentlich erhöhen.

In diesem Umfeld werden durch konsequente Trennung der Verantwortlichkeiten des strategisch handelnden Auftraggebers (Landesregierung) und des operativ handelnden Auftragnehmers (also insbesondere Dataport) Synergien gehoben.

Herauszuheben sind hierbei folgende ressortübergreifende Themenkomplexe:

Projekt +1 [Zukunftsarbeitsplatz (Landessystemkonzept)]

Mit der Fortschreibung des aktuellen Arbeitsplatzes auf den Stand „+1“ -inkl. der dazugehörigen systemtechnischen Infrastrukturkomponenten- wird durch das Finanzministerium gemeinsam mit den Ressorts ein moderner und funktionaler Arbeitsplatz gestaltet, der den Anforderungen der Zukunft aber auch einem wirtschaftlichen Handeln gerecht wird. In der strategischen Ausrichtung sind zur Sicherstellung von Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Funktionalität verstärkt dezentrale Funktionsbereiche in zentral bereitgestellte Services fortzuschreiben. In der Planung und Umsetzung sind dabei insbesondere ein gemeinsamer Anmeldedienst und ein gemeinsamer Mailservice auf einer zentralen Plattform (out of the box). Dezentral wird dafür grundsätzlich keine Server-Infrastruktur mehr benötigt. Die Ressorthoheit bleibt unangetastet. Folgende technologische Entwicklungen stehen in 2011/2012 an:

- Ausbau Rechenzentrumsnutzung
- Fortsetzung Migration der Dienststellen nach +1-Infrastruktur
- Überführung der Kommunalverwaltungen aus KITS nach +1-Infrastruktur
- Ausrollen Revisionssicherer Verzeichnisdienst
- BSI Grundschutzaudit
- Einführung einer automatisierten Softwareverteilung
- Fortschreibung der Interoperabilitätsplattform (IOP)

Der +1-Standards wird auch für die Kommunalverwaltungen übernommen. Die Fortentwicklung der Basisinfrastruktur und der E-Government-Plattform erfolgen in Kooperation mit Hamburg und entsprechend den Vereinbarungen mit den Kommunalen Landesverbänden in Schleswig-Holstein.

Landesnetz Basis

Das seit 2000 bestehende Landesnetz für die Sprach- und Datenübertragung wird in seiner Struktur erhalten, aber im Zusammenhang mit dem Landesnetz V+ in wesentlichen Teilen in der technischen Organisation vereinfacht und optimiert sowie an die Sicherheitsanforderungen des BSI angepasst. Am Landesnetz sind in 2010 ca. 1500 Behörden incl. Schulen (Schulleitungen/Lehrer/Schulräte) angeschlossen.

Landesnetz V+

Dieses System ist als Redundanznetz konzipiert, um die IP-Transportleistungen insgesamt sowie durch erhöhte Verfügbarkeit mögliche Ausfälle bei der Nutzung der zentralen IT-Strukturen und Verfahren auf ein Minimum zu reduzieren. Das System ist seit 2010 im Aufbau und wird im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen im BOS-Digitalfunk bis Ende 2012 eingerichtet sein.

IP-Telefonie

Die Umstellung der herkömmlichen ISDN-Telefonie auf IP-Transport bringt Kostenvorteile. In diesem Rahmen werden auch die lokalen Netzwerke der Behörden technisch und im Sicherheitsbereich modernisiert. Die Nutzung der Telefonie per Internet (Internet Protocol = IP) hat u. a. das Ziel der Reduzierung von Telekommunikationsanlagen, der Konzentration von Telefonvermittlungen sowie der Vereinheitlichung der lokalen Netze.

Teil IV – ressortinterne IT-Maßnahmen

Neben den o. g. Maßnahmen stehen wesentliche ressortinterne Entwicklungen, die die Effektivität und Effizienz der IT in der Landesverwaltung deutlich erhöhen und darüber hinaus geeignet sind, die Bestrebungen der Landesregierung zu unterstützen, um den Landeshaushalt nachhaltig zu entlasten. Beispielhaft sind anzuführen:

Finanzministerium

Optimierung des IT-Betriebes in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten durch Abbau von Doppelstrukturen im IT-Bereich, insbesondere bei der Infrastruktur zur Bürokommunikation. Ermittlung der Anforderungen und Analyse der Ist-Situation in technischer, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Entwicklungen werden in enger Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern (FHH, HB, MV) und mit Dataport erfolgen. Folgende technologische Entwicklungen sind vorgesehen:

- Vergleich einer Umstellung auf den Landesstandard für Bürokommunikation (+1) mit dem in der AG „Steuer-Client“ der Koordinierungsgruppe Datacenter Steuer (DCS) zu erarbeitenden länderübergreifenden Standard für die steuerfachlichen Anwendungen.
- Umstellung des bisher in den Finanzämtern eingesetzten Mailverfahrens auf ExChange.
- Realisierung einer Citrix-Anbindung hinsichtlich des Verfahrens KONSENS-Dialog, falls wirtschaftlich.

Innenministerium

Das Innenministerium hat sich für den Umstieg auf „+1“ entschieden. Die Umsetzung hat im Jahr 2010 mit der Serverumstellung im Bereich des Landesamtes für Vermessung und Geo-Informationen (LVermGeo SH) begonnen. Im Innenministerium wird im Jahr 2011 der clientseitige Umstieg erfolgen. Im Bereich der Landespolizei stellen sich aufgrund der strukturellen und organisatorischen Rahmenbedingungen erhöhte Anforderungen beim Umstieg auf „+1“. Mit der Serverumstellung wird dennoch im Jahr 2011 begonnen, der clientseitige Umstieg ist ab dem Jahr 2012 geplant.

Insgesamt sollen neben einer Serverkonsolidierung (auch abhängig von der Umsetzung „LN V+“) Lösungsvarianten zur Verlagerung von operativen Aufgaben (Support) mit betrachtet und auf dessen Umsetzbarkeit hin geprüft werden. Die Lösungsvariante soll das oberste Ziel der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung unterstützen.

Die INSPIRE-Richtlinie „Infrastructure for Spatial Information in the European Community“, in Kraft seit dem 15. Mai 2007, verpflichtet die Mitgliedsstaaten, stufenweise interoperable

Geobasisdaten (zunächst über Koordinatenreferenzsysteme, Geographische Netzsysteme, Geographische Namen, Verwaltungseinheiten, Adressen, Flurstücke, Verkehrs- und Gewässernetze) sowie Geofachdaten (zunächst über Schutzgebiete und Geologie) bereitzustellen. Die Geobasisdaten müssen dieser Richtlinie zufolge bis Ende 2012 in einem INSPIRE-konformen Datenformat zur Verfügung stehen. Das LvermGeo SH bemüht sich, die Teststellung eines Softwaresystems zur Erzeugung dieser Daten spätestens in 2011 bei Dataport zu installieren. Wie die INSPIRE-Schnittstelle des Landes Schleswig-Holstein auch mit den Geofachdaten der anderen Ressorts und der Kommunen betrieben werden soll, muss noch im Rahmen der strategischen Ausrichtung der GDI im Lande entschieden werden.

Der Geoserver ist die Plattform, um diese Daten und Dienste im Internet zu vertreiben. Der Wechsel auf die Software zur Führung des AAA-Datenmodells stellt einen umfassenden Umbruch der Hard- und Softwareumgebung dar. Gerade aus Sicht des Datenschutzes wäre es sehr vorteilhaft, die neue Software auf dem Zukunftsarbeitsplatz +1 zu betreiben.

Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Ziel des IT-Einsatzes in der Justiz des Landes ist es, die Modernisierungsvorhaben so zu unterstützen, dass im Rahmen einer optimalen Wirtschaftlichkeit rechtlich vorgeschriebene Aufgaben erfüllt und die Qualitätsverbesserung ausgewählter Prozesse durchgeführt werden können. Dabei müssen sowohl die IT-Standards bundesweiter, wie auch landesweiter Vorhaben berücksichtigt werden. Zudem muss die IT-Organisation der Justiz so modernisiert werden, dass auch zukünftig die stetig wachsenden Aufgaben im IT-Bereich wirtschaftlich mit guter Qualität erledigt werden können.

So werden durch die Projekte MEGA-neu, EUREKA-FACH, MESTA, Elektronischer Briefkasten, Schleswig-Holsteinsches elektronisches Mahnverfahren, Elektronisches Grundbuch, Justizportal, Datenaustausch Polizei-Justiz, IT-Einsatz im Justizvollzug und der Bewährungshilfe und Registerautomation Schleswig-Holstein wichtige Bausteine zum Ausbau des Elektronischen Rechtsverkehrs gesetzt. Dieser soll in den nächsten Jahren immer weiter in der Justiz ausgebaut werden. Dazu sollen die Infrastrukturen, die bisher für einzelne Fachverfahren aufgebaut worden sind, so ausgebaut werden, dass sie auch anderen Verfahren zur Verfügung gestellt werden können.

Daneben gilt es im Rahmen des Projektes „Datacenter Justiz“ eine zukunftsfähige IT-Organisation für die Justiz aufzubauen und zudem den Prozess der Standardisierung voranzutreiben. Dazu gehört nicht nur das Voranbringen des Projektes "sanfte Migration" für die Justiz mit dem Ziel sich dem Landesstandard „+1“ zu nähern, sondern auch die Angleichung der eingesetzten Software-Produkte im Bereich der Bürokommunikation über die regelmäßige IT-Ausstattung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen und die Integration der bisher für das eJustice aufgebauten IT-Infrastruktur in die E-Government-Infrastruktur 2.0.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Olaf Bastian

Anlage

(1) IT-Gesamtplan 2011/2012



IT-Gesamtplan **2011 /2012**

Zentrales IT-Management
VI 164 / Stand 05.01.2011
Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Einleitung	6
IT-Organisation	7
E-Government-Strategie	11
IT-Strategie	13
IT-Budget	17
IT-Maßnahmen	24
Ministerpräsident, Staatskanzlei	35
Innenministerium	45
Finanzministerium (ohne ZIT SH)	135
Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr	175
Ministerium für Bildung und Kultur	193
Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration	225
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	283
Finanzministerium (ZIT SH)	309
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume	353

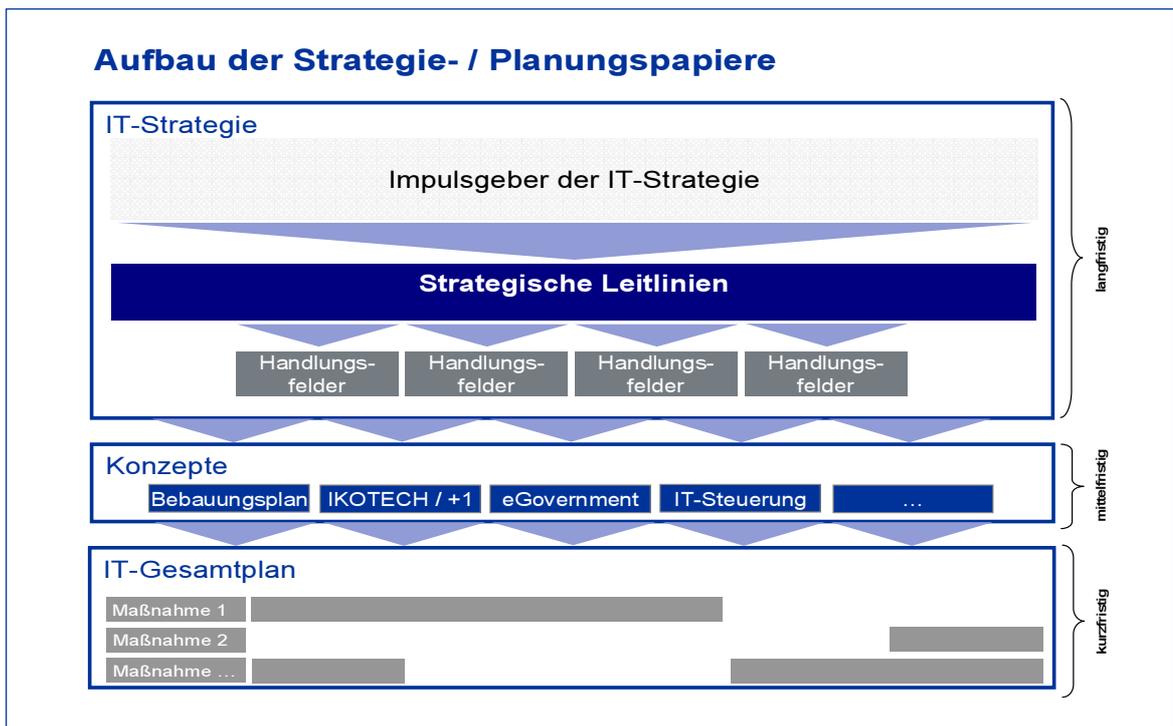
1 Vorwort

Am 27.01.2009 hat die Landesregierung Schleswig-Holstein den IT-Gesamtplan 2009/2010 (KV Nr. 13/09) beschlossen und das Finanzministerium gebeten, die IT-Gesamtplanung auf den Planungszeitraum 2011/2012 fortzuschreiben.

Der IT-Gesamtplan 2011/2012 ist gegenwärtig das einzige Dokument, in dem die strategischen und konzeptionellen Eckwerte des E-Government und der IT des Landes Schleswig-Holstein zusammengefasst werden.

Mit Änderung des Grundgesetzes (Art. 91c GG, s. a. Nr. 3.1) wurde die IT in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verankert. Die neuen Rahmenbedingungen erfordern u. a. eine inhaltlich erhöhte Transparenz bei der Umsetzung von IT-Maßnahmen, so dass der jetzige IT-Gesamtplan den notwendigen Informationsbedarf nicht mehr deckt. Aus diesem Grund wird das Zentrale IT-Management (ZIT SH) in den kommenden Jahren den Aufbau einer Schriftenreihe „IT SH“ koordinieren, die dann als Entscheidungsgrundlage auf allen Ebenen verwendet werden kann.

Der Charakter des IT-Gesamtplans wird sich diesen Entwicklungen anpassen und künftig nur noch die Erläuterungen über die Verwendung der Haushaltsmittel im Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien - IT -) enthalten.



2 Einleitung

2.1 IT als strategisches Instrument

IT ist auch für die öffentliche Aufgabenerfüllung unabdingbar geworden und ist ein wesentlicher Bestandteil der zentralen Infrastrukturen der Landesverwaltung. Um die bestehenden IT-Infrastrukturen zu entwickeln, zu betreiben und zu pflegen sowie fortzuschreiben, bedarf es gut ausgebildeter und motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daneben stellt die angemessene Höhe des IT-Budgets einen wichtigen Aspekt dar, um für die Umsetzung von IT-Maßnahmen die erforderliche Planungssicherheit und Flexibilität erzeugen zu können.

Es ist daher wichtig zu erkennen, dass die IT nicht nur reines Arbeitsmittel, sondern ein strategisches Instrument bei der Planung und Umsetzung von politischen und fachlichen Zielen ist.

Die Möglichkeiten, die moderne IT als Instrument zur Aufgabenerledigung bietet, sind erst teilweise erschlossen. Daher ist praktisch jedes relevante Projekt (z. B. EG-DLR), das sich mit Prozessen und/oder deren Optimierung beschäftigt, auch ein IT-Projekt. Die Steuerung der IT ist also eine politisch-strategische Aufgabe. Betrieb und Fortentwicklung der IT sowie die politische IT-Steuerung sind daher miteinander zu verzahnen.

Die Einrichtung des IT-Planungsrates trägt dieser Entwicklung auf Bundesebene Rechnung. Auf Landesebene ist dies durch die Berufung der IT-Beauftragten der Ressorts und die Einrichtung der IT-Beauftragtenkonferenz, des Landes-IT-Rates sowie die Bestellung von VI St zum IT-Beauftragten der Landesregierung Schleswig-Holstein berücksichtigt worden. Aktuell erzeugen diese Entwicklungen in den Ressorts das Erfordernis, die Aufbau- und Ablauforganisation im Bereich der IT entsprechend anzupassen.

Das Zentrale IT-Management (Ref. VI 16 und VI 17) hat die Funktion, alle Beteiligten und deren Anforderungen zu koordinieren.

3 IT- Organisation

3.1 Entwicklungen auf Bundesebene: IT-Planungsrat

Am 1. April 2010 hat der IT-Planungsrat auf Grundlage des IT-Staatsvertrags¹ seine Arbeit aufgenommen. Er ist für die Zusammenarbeit in Fragen der Informationstechnik zuständig. Die bisherigen Gremien der Bund-Länderübergreifenden IT-Steuerung, der Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern und der Kooperationsausschuss von Bund und Ländern für automatisierte Datenverarbeitung (KoopA ADV) sowie alle Untergremien, wurden damit abgelöst.

Der IT-Planungsrat verdichtet die Handlungsfelder der Nationalen E-Government-Strategie zu einem konkreten Handlungsplan und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Koordinierung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Informationstechnologie.
- Beschluss von fachunabhängigen und fachübergreifenden IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards.
- Steuerung von Projekten zu Fragen des informations- und kommunikationstechnisch unterstützten Regierens und Verwaltens (E-Government-Projekte), die dem IT-Planungsrat zugewiesen werden.
- Übernahme von Aufgaben für das Verbindungsnetz gem. § 4 des Vertrages nach Maßgabe des dort aufgeführten Gesetzes.

Der IT-Planungsrat setzt sich aus Vertretern des Bundes und der Länder zusammen, wobei ersterer durch die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik und letztere durch die in der Regel für IT zuständigen Staatssekretäre vertreten sind. Darüber hinaus nehmen drei Vertreterinnen bzw. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit beratend teil. Des Weiteren sind gemäß dem IT-Staatsvertrag Vertreter der Fachministerkonferenzen und andere Personen zu beteiligen, falls Entscheidungen des IT-Planungsrats ihre fachlichen Belange betreffen.

Generell bedürfen Beschlüsse des IT-Planungsrats einer Zustimmung des Bundes und einer Mehrheit von 11 Ländern, die zugleich mindestens zwei Drittel ihrer Finanzierungsanteile nach dem Königsteiner Schlüssel abbilden muss. Einigungszwang unterliegen Beschlüsse über IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards. Diese sind für Bund und Länder verbindlich und müssen daher innerhalb vorgegebener Fristen umgesetzt werden. Die Umsetzungspflicht bezieht sich auf den „Verwaltungsraum“ und gilt daher grundsätzlich für alle Ressorts, die Kommunen und die sonstigen Träger der öffentlichen Verwaltung. Zudem kann der IT-Planungsrat mit einfacher Mehrheit unverbindliche Empfehlungen aussprechen.

¹ Bundesministerium des Innern, Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91c GG, 19.04.2010, Berlin.

3.2 Entwicklungen auf Landesebene

Die organisatorischen Regelungen zum IT-Einsatz in Schleswig-Holstein finden sich im MP-Erlass vom 08.07.2003 und sind im Organisationserlass IT SH näher detailliert. Danach gibt es verteilte Zuständigkeiten, die im Finanzministerium durch das Zentrale IT-Management (ZIT SH) und in den Ressorts durch das Dezentrale IT-Management (DIT) wahrgenommen werden.

Aufgrund der Entwicklungen auf nationaler Ebene besteht in Schleswig-Holstein Einigkeit allen Interessensgruppen (Kommunen, Datenschutz pp.) mehr Gehör zu verschaffen und die bestehende IT-Gremienstruktur im Land Schleswig-Holstein zu reorganisieren.

3.2.1 Landes-IT-Rat

Zur Koordinierung der verwaltungsträgerübergreifenden Zusammenarbeit im IT- und E-Government-Bereich wird ein Landes-IT-Rat eingerichtet. Mitglieder im Landes-IT-Rat sind die IT-Beauftragten der Landesressorts einschließlich der Staatskanzlei sowie die Kommunen, vertreten durch die kommunalen Landesverbände. Das Finanzministerium als zuständiges Ressort für Angelegenheiten der ressortübergreifenden Informations- und Kommunikations-technologie führt durch ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied den Vorsitz. Der Landes-IT-Rat beteiligt weitere Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit sie fachlich betroffen sind.

Der Landes-IT-Rat hat folgende Aufgaben:

- Koordinierung der Zusammenarbeit von Land, Kommunen und sonstigen betroffenen Trägern der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein (z.B. Vorbereitung der Sitzungen des IT-Planungsrats, Abstimmung der Verwendung von Mitteln zur IT-Harmonisierung, Beratung über verwaltungsträgerübergreifende IT- und E-Government-Vorhaben) in Fragen der Informationstechnik und des E-Government.
- Mitwirkung bei der Entwicklung einer IT-Gesamtstrategie von Land und Kommunen.
- Entwicklung einer gemeinsamen E-Government-Strategie von Land und Kommunen.
- Begleitung von Abstimmungsverfahren gem. § 3 Abs. 3 EGovG. Der Landes-IT-Rat kann Arbeits- und Projektgruppen einrichten.

3.2.2 IT-Beauftragtenkonferenz

Als landesinternes Abstimmungs- und Beratungsgremium der IT-Beauftragten der Ressorts ist die IT-Beauftragtenkonferenz eingerichtet worden. Mit der Einrichtung der IT-Beauftragtenkonferenz wurde die IT-Kommission aufgelöst. Die IT-Beauftragtenkonferenz hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Abstimmung auf Landesebene im Hinblick auf Beschlüsse des Landes-IT-Rats.
- Beteiligung an der Vor- bzw. Nachbereitung von Fachministerkonferenzen, soweit der IT- und E-Government-Bereich betroffen ist.
- IT-Koordinierung auf Landesebene mit empfehlenden Beschlüssen hinsichtlich
 - a. ressortübergreifender Standards,
 - b. ressortübergreifender Aspekte der IT-Beschaffung,
 - c. IT-Haushalt, IT-WiBe, IT-Controlling.

- d. ressortübergreifender Kommunikationsinfrastruktur,
- e. ressortübergreifender Fachverfahren,
- f. Zusammenarbeit mit IT-Dienstleistern,
- g. ressortübergreifender Angelegenheiten der IT-Sicherheit und des Datenschutzes und
- h. ressortübergreifender Regelwerke der IT und des E-Government.

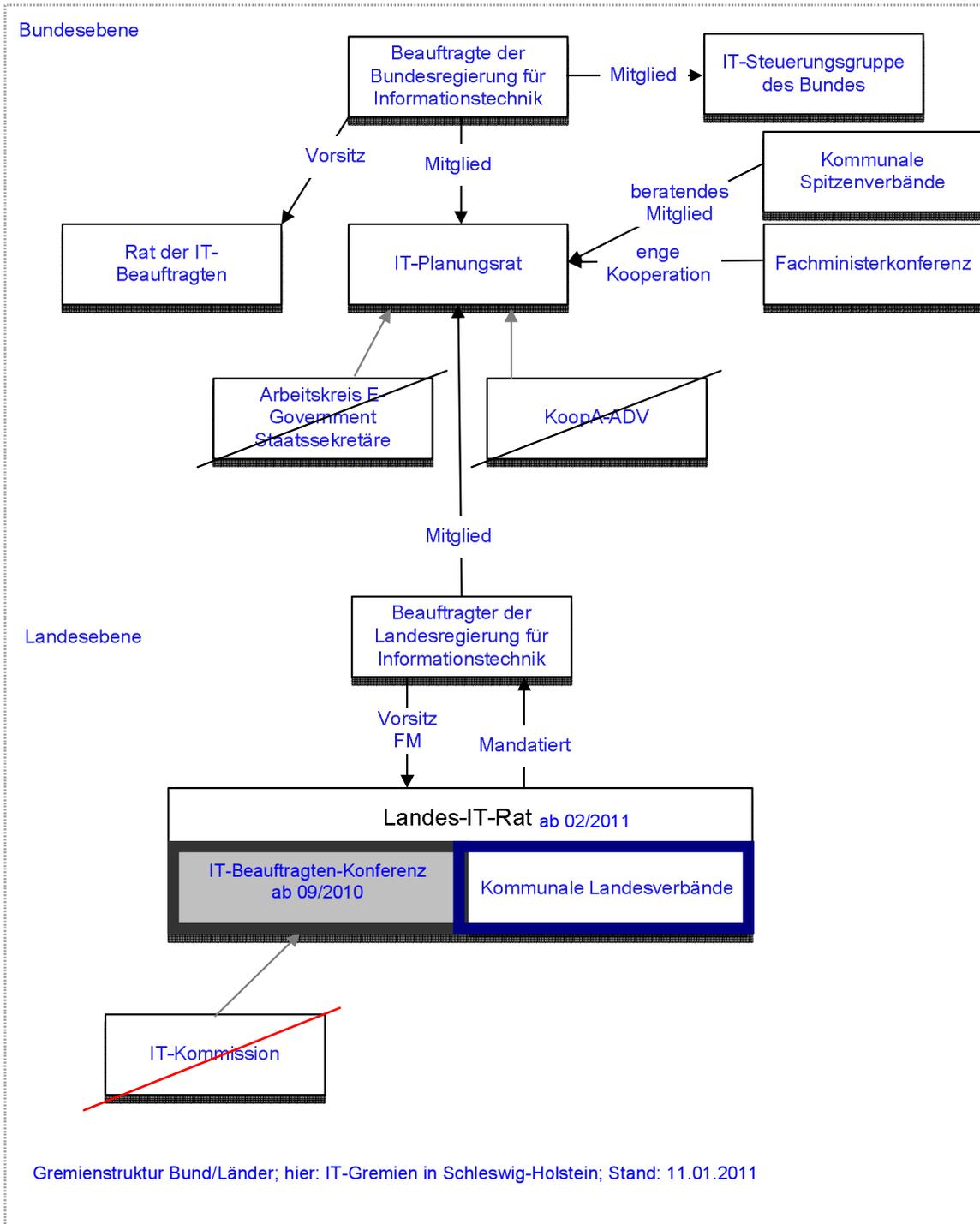
Die IT-Beauftragtenkonferenz ergänzt die zentrale Steuerungsverantwortung des Finanzministeriums. Den Vorsitz der IT-Beauftragtenkonferenz führt das Finanzministerium. Darüber hinaus entsenden das Finanzministerium sowie die Ressorts und die Staatskanzlei ihre IT-Beauftragten als stimmberechtigte Mitglieder. Die IT-Beauftragten vertreten den gesamten Geschäftsbereich des jeweiligen Ressorts.

3.3 Der / die IT-Beauftragte (ITB) des Ressorts

Die / der ITB und ihr / sein Stellvertreter sind Teil des Dezentralen IT-Managements des Ressorts. Die / der ITB und ihr / sein Stellvertreter haben originäre Entscheidungs- und Mitspracherechte in Fragen der IT des Ressorts und sind daher in alle relevanten Entscheidungsprozesse des Ressorts einzubinden, die die IT und deren Organisation betreffen. Darüber hinaus nimmt sie / er folgende Aufgaben wahr:

- Koordinierung und Beratung auf Ressortebene (einschließlich Fachministerkonferenz) zur Vorbereitung der Abstimmung auf Landesebene in Bezug auf IT und E-Government.
- Begleitung und Umsetzung von Beschlüssen der übergeordneten Gremien (IT-Planungsrat, Landes-IT-Rat, IT-Beauftragtenkonferenz).
- Aussprechen von Empfehlungen im Landes-IT-Rat und der IT-Beauftragtenkonferenz.

Schaubild: IT-Gremienstruktur Bund/Länder



Gremienstruktur Bund/Länder; hier: IT-Gremien in Schleswig-Holstein; Stand: 11.01.2011

4 E-Government-Strategie

Bund und Länder nutzen den IT-Planungsrat (Artikel 91 c Grundgesetz), um die Förderung des E-Governments fachlich abzustimmen und zu begleiten. In der dort entwickelten Nationalen E-Government-Strategie (NEGS) werden unter diesem Aspekt die Aufgaben für eine engere Zusammenarbeit konkretisiert.

Die Nationale E-Government-Strategie strebt die gemeinsame strategische Ausrichtung von Bund, Ländern und Kommunen in der Weiterentwicklung von E-Government an und möchte das Handeln der Beteiligten koordinieren, um Interoperabilität und Wirtschaftlichkeit zu sichern. Hierfür formuliert sie gemeinsame Ziele zur Weiterentwicklung des E-Government, an denen sich Bund, Länder und Kommunen in ihrem jeweiligen Handlungs- und Zuständigkeitsbereich ausrichten können und sollen. Dabei gilt der Grundsatz, dass Kooperationen stets die Verantwortungsbereiche der beteiligten Ebenen zu beachten haben.

Schleswig-Holstein hat seine zentrale E-Government-Strategie 2008/2009 vorgelegt. Der Fokus des E-Governments in Schleswig-Holstein liegt auf Wirtschaft, Wettbewerb und Wachstum. Die drei Leitlinien der E-Government-Strategie sind:

- technische und prozessuale Standardisierung,
- Innovation durch Kooperation
- und Infrastrukturverantwortung des Landes.

Zu den strategischen Handlungsfeldern in Umsetzung dieser Leitlinien zählen der kooperative E-Government-Dialog Land und Kommunen und das E-Government-Gesetz, das kooperative Prozessmanagement sowie die technische Infrastruktur. Diese Inhalte sind gleichzeitig die Eckwerte einer IT-Strategie für Schleswig-Holstein.

4.1 Technologische Strategie

Die E-Government-Strategie orientiert sich grundsätzlich an Standardisierungsinitiativen des Bundes wie z. B. SAGA (Standards und Architekturen für E-Government-Anwendungen), OSCI (Online Services Computer Interface), XÖV Schemata wie xMeld (standardisiertes Datenaustauschformat für den Bereich Meldewesen), xJustiz und xDomea. Open Source-Lösungen und Linux werden ebenfalls in die E-Government-Planungen einbezogen. Durch die Schaffung und den Betrieb zentraler Infrastrukturen, z. B. von +1 und des Landesnetzes sowie weiterer E-Government-Infrastrukturen, bietet das Land den Kommunen und anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung in Schleswig-Holstein und ggf. den norddeutschen Ländern eine wirtschaftliche Mitnutzung an.

4.2 Status quo und Planungen

Die Vorgaben der EU-Dienstleistungsrichtlinie wurden in Schleswig-Holstein bis zum 28.12.2009 initial erfüllt. Der Einheitliche Ansprechpartner für Schleswig-Holstein (EA-SH) hat die Arbeit in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit dem 28.12.2009 aufgenommen.

Die zentrale Kommunikationsplattform für die Dienststellen der Landesverwaltung und großer Teile der kommunalen Verwaltung in Schleswig-Holstein ist das Landesnetz. Mit dem sich in der Umsetzung befindlichen Redundanznetz „LNV+“ wird die bestehende Verfügbarkeit des Landesnetzes noch erhöht und kann somit den zunehmenden

Anforderungen an IT-Leistungen und wachsenden Anzahl an IT-Arbeitsplätzen auch künftig gerecht werden. Dieses betrifft insbesondere den geplanten Serviceplatz Schleswig-Holstein, der mittels neuerer wirtschaftlicher PC-Technologien die E-Government-Infrastruktur erweitern soll.

Gemeinsam mit Hamburg hat Schleswig-Holstein eine E-Government-Plattform aufgebaut. Diese enthält zahlreiche Basisdienste für die Umsetzung von verwaltungsübergreifenden E-Government-Prozessen und damit für die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Zu den Komponenten zählen u. a.: die Clearingstelle, die virtuelle Poststelle, ein Verzeichnisdienst, das SH-Gateway, ein Behörden- und Dienststellenverzeichnis, das Landesportal Schleswig-Holstein sowie der Zuständigkeitsfinder, als erste Komponente des Verwaltungsleistungsverzeichnisses. Als zweite Stufe ist auf dieser Basis ein Wissensmanagement mit Verfahrensklä rung aufzubauen.

4.3 Ausblick

Aufgrund von internationalen und nationalen Entwicklungen im E-Government wird die E-Government-Strategie des Landes Schleswig-Holstein kontinuierlich fortzuschreiben sein. Dazu gehört insbesondere eine Analyse von Konsolidierungsmöglichkeiten der technischen Infrastrukturen und von möglichen Synergien durch bessere IT-Organisation. Über wesentliche Entwicklungen werden die Landesregierung und ggf. der Finanzausschuss sowie der Innen- und Rechtsausschuss unterrichtet.

5 IT-Strategie

Die strategische Ausrichtung der IT geht von dem Grundverständnis aus, dass IT aufgrund ihres gegenwärtigen und künftigen Beitrags zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung eine unabdingbare Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Staates und jeder Verwaltung darstellt.

Der Einsatz der IT soll so gestaltet werden, dass die Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung bei sinkenden Beschäftigtenzahlen, zunehmender Komplexität der Aufgaben und steigenden Anforderungen an die Qualität bei gleichzeitiger Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte erhalten bleibt.

Für die Landesverwaltung hat die Schaffung von Grundfunktionalitäten nach dem Motto „Einer für Viele“ Vorrang vor der individuellen (nur auf die spezifischen Anforderungen einer Behörde) ausgerichteten Umsetzung einer IT-Maßnahme. Bei der Realisierung von IT-Maßnahmen sind daher vorrangig die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und nachrangig die Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten in den Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung zu berücksichtigen. Auf jeden Fall sind Insellösungen zu vermeiden.

Um die Nutzung gemeinsamer Standards und Verfahren zu ermöglichen, sind mögliche Belange der Kommunen und anderer Verwaltungsträger bereits in der Planungsphase zu berücksichtigen. Grundsätzlich sind Kooperationen mit anderen Ländern zu unterstützen, dennoch ist darauf zu achten, dass insbesondere solche Kooperationen ausgewählt werden, die dem Land Schleswig-Holstein zusätzlichen Nutzen bringen.

Aus diesen Grundsätzen lassen sich folgende **Leitlinien** und **Handlungsfelder** ableiten:

Leitlinien

- Innovationen durch Kooperation fördern,
- Infrastrukturen und Services durch technische, informationelle und prozessuale Standardisierung verbessern,
- Zentralisierung von ressortübergreifenden Querschnittsverfahren,
- Erhalt der Handlungsfähigkeit der Verwaltung mit und durch IT,
- Steigerung der Effizienz der Leistungserbringung in der IT.

Handlungsfelder

- Reorganisation der IT und Stärkung der IT-Steuerung in den Ressorts; einschl. der Neustrukturierung von Zuständigkeiten für die IT in der Landesverwaltung. Dabei ist Dataport als gemeinsamer IT-Dienstleister der Länder Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern sowie Niedersachsen (Bereich Steuern) zu positionieren.
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes des Landes Schleswig-Holstein durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Software) sowie durch Institutionalisierung der Kooperationen mit anderen Trägern der öffentlichen Verwaltung (insbesondere mit der Kommunalen Ebene und der Freien und Hansestadt Hamburg sowie dem IT-Planungsrat beim Bund).

Hierbei ist jeweils die Wirtschaftlichkeit der Nutzung von vorhandenen IT-Infrastrukturen und -Basisdiensten und von Lösungen anderer Träger der öffentlichen Verwaltung in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Insbesondere vor der Einführung von IT-Vorhaben ist eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchzuführen. Dabei können sich die Ressorts an der Empfehlung zur Durchführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen beim Einsatz der IT in der Bundesverwaltung (IT-WiBe) orientieren. Es gelten die Regelungen des § 7 LHO SH.

5.1 Kooperation mit Gebietskörperschaften

Einen hohen Stellenwert genießt die Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg. Es ist der Wille beider Bundesländer, eine gemeinsame Wirtschafts- und Verwaltungsregion aufzubauen.

Im Sinne dieser Absichtserklärung der Länderregierungen hat die Konferenz der Chefs der Staats-/Senatskanzleien der norddeutschen Länder die Kooperation aller norddeutschen Länder insbesondere bei der Entwicklung von neuen IT-Maßnahmen verbindlich vorgegeben, um Leistungen wirtschaftlich entwickeln und diese einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung stellen zu können.

Dies gilt grundsätzlich auch für Maßnahmen in bundes- und länderübergreifenden Verbänden, die nicht zuletzt durch den fortschreitenden europäischen Integrationsprozess zunehmend an Bedeutung gewinnen. Damit ist die verstärkte Berücksichtigung und Gestaltung internationaler Prozesse und Standards verbunden, so dass bundesweit einheitliche Lösungen im Rahmen der Bund-/Länderkooperationen aus Zweckmäßigkeits- und Wirtschaftlichkeitsgründen im Zweifel den Vorrang vor evtl. Landesstandards zu geben ist.

5.1.1 Einbeziehung der Kommunen

Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen im Bereich der Informationstechnologie erfolgt derzeit im Rahmen der Standardisierung der IT-Basisinfrastrukturen (Standardarbeitsplatz KITS = IKOTECH III; künftig „+1-Infrastruktur“), beim Aufbau und dem Betrieb gemeinsamer E-Government-Infrastrukturen (IT-Harmonisierung zwischen Land und Kommunen), im Rahmen von Fachverfahren der Ressorts (xMeld, Umweltinformationssysteme pp.) sowie bei der Einführung des Zuständigkeitsfinder Schleswig-Holstein (ZuFiSH) über die Bereitstellung von Bürgerinformationsdiensten in einem zentralen System mit verteilten Redaktionen. Darüber hinaus wurden alle Landräte als unter Landesbehörde an das Landesnetz Schleswig-Holstein angeschlossen. Letzteres ist auch für die Schulleitungen und Lehrkräfte zzt. mit 2/3 umgesetzt.

Im Hinblick auf die Interoperabilität von kommunalen und staatlichen IT-Anwendungen ist die Kooperation mit den Kommunen des Landes künftig noch zu intensivieren. Dabei werden die Erfahrungen der Kommunen aus dem Verwaltungsvollzug eingebracht.

Darauf aufbauend sollen mittelfristig die landesweite IT-Infrastruktur, die E-Government-Basiskomponenten und die Dienstleistungen des zentralen IT-Dienstleisters auch den kommunalen Gebietskörperschaften und Einrichtungen zur Verfügung stehen.

Die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen hat nach Inkrafttreten des Artikels 91c GG am 1. August 2009 und der Einrichtung des IT-Planungsrates am 01. April 2010 noch an Bedeutung gewonnen. Dieser Entwicklung wird in Schleswig-Holstein durch die

Einbindung der Kommunen in Entscheidungsprozesse des Landes zur Fortentwicklung der IT-Infrastrukturen für E-Government ein besonderes Gewicht verliehen.

Da der IT-Planungsrat künftig die Koordinierung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Informationstechnik; die Beschlussfassung über fachunabhängige oder fachübergreifende Interoperabilitäts- und Sicherheitsstandards, die Steuerung von E-Government-Projekten und die Planung und Weiterentwicklung des Verbindungsnetzes nach Maßgabe des IT-NetzG übernimmt, wird auch die Zusammenarbeit des Landes Schleswig-Holstein mit den Kommunen neu geordnet.

Das Land Schleswig-Holstein wird hierzu den Landes-IT-Rat einrichten (Ziel Februar 2011).

5.2 Nutzung des zentralen IT-Dienstleisters Dataport

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein. und soll grundsätzlich zur IT-Unterstützung genutzt werden. Eine Beauftragung von Dataport kann aufgrund seiner Rechtsform ohne Ausschreibung erfolgen. Sollen ausnahmsweise andere IT-Dienstleister beauftragt werden, ist das Zentrale IT-Management vorab zu unterrichten.

Dataport kommuniziert und koordiniert grundlegende strategische Planungen und Entscheidungen im technologischen und insbesondere infrastrukturellen Bereich zwischen den Trägerländern, insbesondere zwischen Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Zusammenarbeit beider Bundesländer mit Dataport hat sich mittlerweile etabliert und besitzt in der IT der Länder einen hohen Stellenwert. Dies wird insbesondere von der Erkenntnis getragen, dass es im hohen Maße wirtschaftlich ist, gemeinsame Infrastrukturen zu nutzen und die damit verbundenen Kosten zu teilen.

5.3 Datenschutz und Datensicherheit

Die Regelungen des Datenschutzgesetzes und der Datenschutzverordnung des Landes Schleswig-Holstein sowie weitere datenschutzrechtliche Bestimmungen sind integraler Bestandteil der IT des Landes Schleswig-Holstein.

Die Anforderungen von Datenschutz- und Informationssicherheit finden zur Gewährleistung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung und der Ordnungsmäßigkeit der Datenverarbeitung bereits im Stadium der Planung und Konzeption der IT Berücksichtigung.

Das zentrale IT-Management (ZIT SH) sowie die Ressorts beziehen das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD SH) frühzeitig in die Planungsprozesse der IT ein und nutzen dessen Beratungskompetenz zur Analyse, Bewertung und strukturierten Gestaltung datenschutzkonformer und -sicherer Verarbeitungsprozesse einschließlich der jeweiligen Auftragsdatenverarbeitung.

Die für die Sicherheit in der Informationstechnik (IT-Sicherheitsarchitektur) maßgebenden grundlegenden Sicherheitsziele wie Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit werden im Interesse eines wirksamen Schutzes personenbezogener Daten um die drei Sicherheitsziele Authentizität, Revisionsfähigkeit und Transparenz ergänzt, um den Nachweis der Urheberschaft elektronischer Kommunikation, der Revisionsfähigkeit der

Vergabe und Nutzung von Berechtigungen sowie der Administration durch eine datensparsame, aber aussagekräftige Protokollierung und eine stringente Organisation sowie nachvollziehbare und aktuelle Dokumentation der betriebenen automatisierten Verfahren sicherzustellen.

Um Ressourcen zu sparen und Fehlentwicklungen vorzubeugen, erfolgt die Gestaltung und Implementierung der IT in einem Regelzyklus aus Fachkonzeption, Informations- und IT-Konzeption, Betriebskonzeption, Test- und Probeverfahren, einem fakultativen Pilotbetrieb, an die sich nach einer Freigabe durch den oder die Verantwortliche(n) der Produktivbetrieb mit Echtdateien anschließt.

Eine entscheidende Rahmenbedingung ist dabei die Ausrichtung zur „Datenschutzfreundlichen Infrastruktur“. Hierbei wird ein grundsätzlicher Sicherheitsstandard gewährleistet und Möglichkeiten der Revision für teilnehmende Behörden und Stellen geschaffen. Die Umsetzung erfolgt im Regelfall unter Beteiligung des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein.

Mit Kabinettsbeschluss vom 07. September 2010 hat das Land Schleswig-Holstein eine IT-Sicherheitsleitlinie für die IT-Basisinfrastrukturkomponenten verabschiedet, in der die gemeinsame Strategie für Datenschutz und IT-Sicherheit der durch das ZIT SH betriebenen Basisinfrastruktur festgelegt wurde. Organisatorische Basis dieser Strategie ist das landesweite Integrierte Sicherheitsmanagementsystem (ISMS), welches das Vorgehen im Bereich Datenschutz und Informationssicherheit vereinheitlicht und verbessert.

6 IT-Budget

Das Kapitel 1103 (Informations- und Kommunikationstechnologien) vermittelt einen Überblick über die Sach- und Investitionskosten der IT der unmittelbaren Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Die Bewirtschaftung des IT-Budgets erfolgt über IT-Maßnahmen. IT-Maßnahmen gliedern sich in die nachfolgenden Maßnahme-Arten, für die jeweils spezifische Bewirtschaftungsvorgaben gelten.

- Grundversorgung der DSt
- Ersatzbeschaffung von Hard- und Software
- IT-Verfahren
- IT-Vorhaben

Zur Finanzierung der in der IT-Planung erfassten IT-Maßnahmen stehen im Doppelhaushalt 2011/2012 jährlich rd. 100,0 Mio. € (Ausgaben) zur Verfügung.

IT-Planungen der Ressorts im Planungszeitraum 2011/2012 Kapitel 1103 in T€ (Quelle: IT Web LSH; Planungsstand: 05.01.2011)

Ressort	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2015
ZIT SH	51.424,90	51.707,70	51.170,70	51.012,40	51.217,40
FM	23.720,20	26.699,60	25.684,60	27.513,90	26.402,60
IM	20.498,80	20.188,20	22.913,60	21.376,10	20.877,10
MJGI	11.249,60	15.448,90	15.211,50	14.252,30	14.396,50
MLUR	7.787,70	7.569,90	7.403,50	7.398,50	7.398,50
MBK	1.525,70	1.456,00	1.405,50	1.392,90	1.425,80
MASG	1.006,80	932,60	891,70	903,70	823,00
StK	568,10	549,40	628,70	596,70	620,10
MWV	453,20	450,20	447,90	448,10	448,10
Gesamt	118.235,00	125.002,50	125.757,70	124.894,60	123.609,10

Differenzen im Planungszeitraum 2011/2012

Kapitel 1103 in T€	2011	2012
IT-Budget (gem. Haushaltsplan)	100.500,00	100.000,00
Bedarfe der Ressorts (gem. IT Web LSH)	118.235,00	125.002,50
Differenz [Budget - Bedarfe]	-17.735,00	-25.002,50

6.1 Finanzielle Gesamtsteuerung von IT-Maßnahmen in der Landesverwaltung

Die IT-Planungen der Ressorts überschreiten in 2011 mit rd. 17% und in 2012 mit rd. 25% das verfügbare IT-Budget im Kapitel 1103 i.H.v. rd. 100,0 Mio. € (Ausgaben) pro Haushaltsjahr. Um die Finanzbedarfe der Ressorts an das verfügbare IT-Budget anzupassen, werden jeweils frühzeitig im 1. Quartal der Haushaltsjahre 2011 und 2012 Budgetverhandlungen zwischen dem ZIT SH und den DIT der Ressorts geführt, so dass möglichst zu Beginn des 2. Quartals Planungssicherheit für die Ressorts besteht.

Um trotz steigender Anforderungen an die IT die Finanzierung von IT-Maßnahmen gewährleisten zu können, werden vom ZIT SH im Rahmen der maßnahmenorientierten Budgetierung Regelungen zur Haushaltsführung erlassen und zielorientierte

Bewirtschaftungs- und Controllingmaßnahmen ergriffen. Diese Regelungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Anmeldungen der Ressorts werden vom ZIT SH auf Vollständigkeit der IT-Planungen; Plausibilität der Angaben und/oder Notwendigkeit der Anmeldungen geprüft.
- Pro IT-Maßnahme wird ein konkreter Zuweisungsbetrag festgesetzt. Ggf. werden die pro IT-Maßnahme geplanten Haushaltsmittel für Neu- und Weiterentwicklungen ermittelt und unter Finanzierungsvorbehalt (FV) gestellt. Dieser FV wird auf Antrag des Ressorts, dem Reifegrad der IT-Maßnahme entsprechend, aufgelöst. Entsprechende Haushaltsmittel werden zielgerichtet und zweckbestimmt zugewiesen.
- Die Summe beider Festsetzungsbeträge ergibt das Bewirtschaftungs-kontingent einer Maßnahme.
- Das für eine bestimmte IT-Maßnahme bereitgestellte Budget darf nur mit Zustimmung von VI 16 zur (Mit-) Finanzierung einer anderen Maßnahme verwendet werden. Dadurch wird sichergestellt, dass der Mitteleinsatz zielgerichtet und zweckbestimmt erfolgt.
- Der Mittelabfluss sowie der Umsetzungsstand einer IT-Maßnahme werden über das unterjährige Berichtswesen ermittelt und dokumentiert. Sofern Mittel nicht mehr benötigt werden, sind diese dem ZIT SH zurück zu melden. Bei Abweichungen vom Plansoll sind Gegenmaßnahmen durch das DIT und ggf. durch das ZIT zu ergreifen.

6.1.1 Spezifische Bewirtschaftungsvorgaben für die Grundversorgung der Dienststellen für IT

Die Kosten der IT-Grundversorgung einer Dienststelle setzen sich aus lfd. Betreuungskosten (Support) für die Arbeitsplätze, Kosten für Geschäftsbedarfe (z. B. Toner), Fort- und Ausbildung sowie für Reisekosten u. ä. zusammen. Die Grundkostenbedarfe verlaufen in der Regel konstant. Jedoch sind im Support Ausgabenzuwächse zu verzeichnen, da entsprechende Leistungen auf Grund fehlender Personalkapazitäten zunehmend auf Dataport verlagert werden.

In 2011 und 2012 werden die Zuweisungen daher in der Höhe der Ausgaben des Vorjahres überrollt und ggf. um notwendig-qualifizierte Mehrbedarfe erhöht.

Grundversorgung der Dst.	Ist 2009	Planung 2010	Zuweisung 2010	Planung 2011	Planung 2012
Summe in T€	6.483,2	7.626,6	7.173,4	8.125,7	8.087,4

6.1.2 Spezifische Bewirtschaftungsvorgaben für Ersatzbeschaffungen

IT-Geräte (APC, Server, Software pp.) sind im Rahmen vorgegebener Reinvestitionszyklen i.d.R. nach 5 Jahren auszutauschen.

Hardware-Bestand zum 31.12.2009

Art	FM	IM	MJGI	MLUR	MBK	MASG	StK	MWV
Server	343	427	266	89	35	53	10	14
APC	5.449	7.617	5.550	1.749	592	819	202	331
Notebook	1.293	901	211	182	297	75	73	25
Drucker	5.523	5.547	5.262	1.066	502	761	181	306
Monitore	6.271	6.222	5.648	1.698	634	752	257	339

Das ZIT SH achtet darauf, dass die o. g. Intervalle grundsätzlich eingehalten und die Standards für Bürokommunikation berücksichtigt werden. Seit 2010 orientiert sich die Finanzplanung für die Ersatzbeschaffungen an dem aktuellen Warenkorb von Dataport und ist in der zentralen Datenbank IT Web LSH hinterlegt. Die Beschaffungsplanungen werden durch das ZIT SH auf Plausibilität geprüft. Abweichungen sind von den Ressorts gesondert zu begründen und bedürfen der Zustimmung des ZIT SH.

Ersatz- beschaffungen	Ist 2009	Planung 2010	Zuweisung 2010	Planung 2011	Planung 2012
Summe in T€	6.042,3	5.571,2	4.266,7	8.010,9	7.730,4

6.1.3 Spezifische Bewirtschaftungsvorgaben für IT-Verfahren (lfd. IT-Maßnahmen)

IT-Verfahren sind Maßnahmen, die Kosten des Verfahrensbetriebes und der Verfahrenspflege beinhalten. Diese Ausgaben sind in der Regel vertraglich gebunden und werden den Ressorts grundsätzlich in Höhe der Rechtsverpflichtung (RV) zugewiesen.

Die IT-Verfahren weisen den höchsten Kostenfaktor im IT-Budget auf und haben in den Planungen für 2011 und 2012 hohe Steigerungsraten. Neben dem üblichen Anstieg der RV durch Preiserhöhungen oder Leistungserweiterungen ist festzustellen, dass sich der Verfahrensbetrieb und die Verfahrenspflege von geplanten Neu- und Weiterentwicklungsmaßnahmen nur schwer abgrenzen lassen.

Aus diesem Grund überprüft das ZIT SH in den jährlichen Budgetverhandlungen die geplanten Mehrbedarfe auf der Basis von Vorjahresdaten, um den Anteil von Neu- und Weiterentwicklungen in den lfd. IT-Verfahren zu ermitteln. Neu- und Weiterentwicklungen unterliegen charakteristisch den Grundsätzen neuer IT-Vorhaben und unterstehen damit strengen wirtschaftlichen Prüfkriterien (siehe 6.1.4)

IT-Verfahren	Ist 2009	Planung 2010	Zuweisung 2010	Planung 2011	Planung 2012
Summe in T€	74.039,4	87.785,8	79.121,7	89.314,1	89.958,0

6.1.4 Spezifische Bewirtschaftungsvorgaben für IT-Vorhaben (Neu- und Weiterentwicklungen)

Neu- und Weiterentwicklungsmaßnahmen werden i.d.R. als IT-Vorhaben klassifiziert. Sie unterliegen strengen Prüfkriterien und anderen Gewichtungsfaktoren. Für die Feststellung der Etatreife durch das ZIT SH müssen folgende Mindestanforderungen erfüllt sein:

- Unterlagen zur IT-Planung (Stammdatenblatt, Berechnung der Kosten einschl. MFP usw.) sowie ein Grobkonzept sind vollständig vorzulegen.
- Die Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung entsprechend den Vorgaben des § 7 LHO ist zwingend vorgeschrieben.
- Ein IT-Vorhaben ist nach gesetzlichen/rechtlichen Vorgaben und/oder nach technischen Notwendigkeiten und/oder nach wirtschaftlichen Kriterien zu bewerten (siehe auch die nachfolgenden Rahmenvorgaben der Priorisierung) und unterliegt einem ressortübergreifenden Ranking.
- Kooperationsmöglichkeiten und verwaltungsübergreifende Verbundlösungen sind durch das DIT zu prüfen und zu bewerten.

Die Zuweisung von Haushaltsmitteln erfolgt entsprechend dem Umsetzungsgrad der IT-Maßnahme (Berichtspflicht des Ressorts).

IT-Vorhaben	Ist 2009	Planung 2010	Zuweisung 2010	Planung 2011	Planung 2012
Summe in T€	1.495,9	9.597,3	6.500,6	12.784,3	19.226,7

Rahmenvorgaben der Priorisierung

Das Bewertungsmodell definiert grundsätzliche Bewertungsdimensionen und Kriterien, denen eine Beurteilungsskala oder eine Messgröße zugeordnet werden kann. Dabei können einzelne Kriterien zwingende Notwendigkeiten abbilden, woraus sich ein „Muss“ (M) für die Umsetzung ergibt. IT-Maßnahmen mit einem solchen Umsetzungszwang sind vorrangig zu behandeln.

Dimension	Inhalte	Gewicht	Muss (M)	Messgröße Hilfsmittel
I. Zwingende Vorgaben		35%		
	Einhaltung gesetzlicher Vorgaben	20%	M	Quellenverweise
	Einhaltung politischer Vorgaben	10%	M	Quellenverweis auf Koalitionsvereinbarung oder Kabinettsbeschluss (keine ressortinternen Beschlüsse)
	Revisionsempfehlungen	5%		Anordnung der Revision (LRH), des Datenschutzes oder vergleichbarer befugter Stellen
II. IT (Technologie)		15%		
	Technologische Zwänge (z. B. Ablösung)	15%	M	Leistungsmessung, Mitteilung des Herstellers oder des Service-Lieferanten
III. Wirtschaftlichkeit		50%		
	Kapitalwert	50%		Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsberechnung, Beitrag zur Haushaltskonsolidierung
SUMME		100%		

6.2 Personal im Bereich der IT

Die Personalausgaben für IT-Personal werden in den Ressorthaushalten ausgewiesen und können den IT-Maßnahmen im Kapitel 1103 nicht zugeordnet werden.

Die IT-Kommission des Landes Schleswig-Holstein hat im Auftrage der Landesregierung das Konzept „Grundsätze zur Erhebung des Personalbestands im Bereich der IT der Landesverwaltung Schleswig-Holstein“ erarbeitet. Es bietet die Grundlage, den Personalbestand im Bereich der IT strukturiert zu erfassen.

Entsprechend den Empfehlungen der ITK wird IT in Personaltagen (PT) gemessen, da die Aufgaben der IT oftmals in Teilzeit oder nur mit Zeitanteilen bis zu 0,1 wahrgenommen werden. Aus der Summe der Personaltage wird das Vollzeitvolumen in Stellen (Vollzeitäquivalent) errechnet. Dieser statistische Wert dient als Vergleichs- und Referenzgröße, um Änderungen im Personalbestand der IT messen, bewerten und ggf. begründen zu können.

Erstmalig wurde diese Daten zum Stichtag 31.12.2007 erhoben. Die Datenreihe wurde zum Stichtag 31.12.2009 fortgeschrieben.

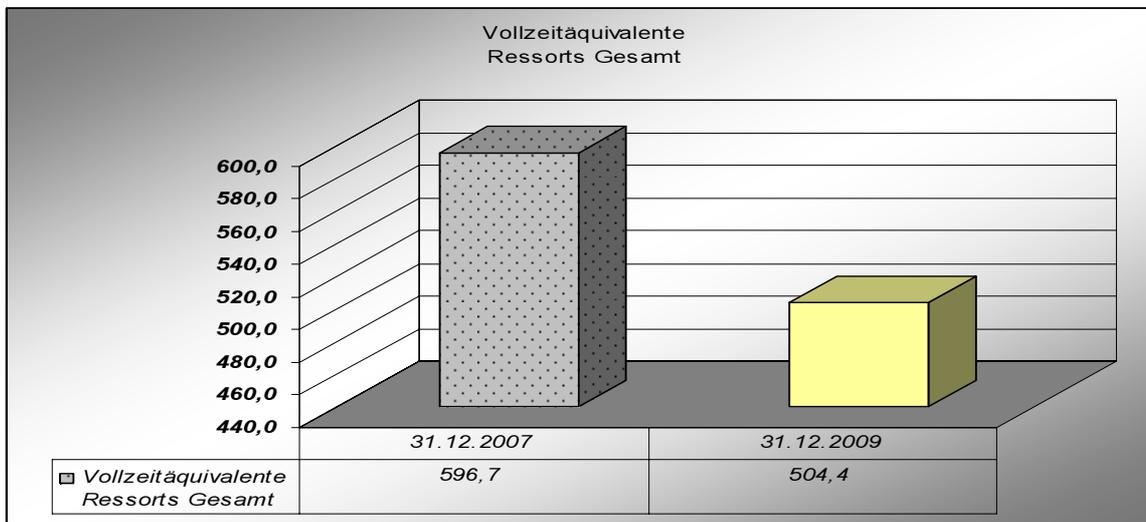
6.2.1 Vollzeitäquivalente

2007 wurden rd. 596,8 Stellen (Vollzeitäquivalente) für IT verwendet. Nach der Umorganisation der Landesregierung im Jahre 2009 werden für IT nur noch 504,4 Stellen (Vollzeitäquivalente) verbraucht. Rechnerisch ergibt dies eine Differenz von -92,3 Stellen (Vollzeitäquivalente).

Ressort	Personal gem. Nr. 7.1		Personal gem. Nr. 7.2		Personal gem. Nr. 7.3		GESAMT		Diff.
	31.12.2007	31.12.2009	31.12.2007	31.12.2009	31.12.2007	31.12.2009	31.12.2007	31.12.2009	
FM*	210,8	151,9	8,8	2,3	0,7	4,1	220,3	158,3	-62,0
FM ZIT	18,3	12,4	0,0	2,9	0,0	0,0	18,3	15,3	-3,0
IM	158,2	80,5	0,0	37,5	0,0	0,0	158,2	118,0	-40,2
MBK ehemals MBF	11,0	12,1	1,0	3,9	1,1	4,0	13,1	20,0	6,9
MJGI ehemals MJAE	125,1	128,7	2,0	2,0	0,0	0,0	127,1	130,7	3,6
MLUR	19,4	5,0	0,0	13,0	0,0	7,0	19,4	25,0	5,6
MASG ehemals MSGF	22,3	24,1	3,0	3,0	0,0	0,0	25,3	27,1	1,8
MWV	5,0	3,9	0,1	0,1	0,0	0,0	5,1	4,0	-1,1
StK	4,4	3,7	5,5	2,3	0,0	0,0	9,9	6,0	-3,9
Summe	574,5	422,3	20,4	67,0	1,8	15,1	596,7	504,4	-92,3

* einschl. dem Projekt KoPers

Erläuterungen zur o. g. Auswertung: Nr. 7.1 = Personal mit im Geschäfts-verteilungsplan (GVP) ausgewiesenen IT-Aufgaben; Nr. 7.2 = Personal mit IT-Aufgaben, die nicht im GVP ausgewiesen sind; Nr. 7.3 = Personal in IT-Projekten



In der Tendenz ist festzustellen, dass die Ressorts im IT-Bereich kontinuierlich personelle Kapazitäten abbauen oder nicht wieder besetzen. Anhand des Beispiels „Geschäftsbereich Finanzministerium (GB FM)“ stellen sich diese Entwicklungen wie folgt dar:

GB FM SH

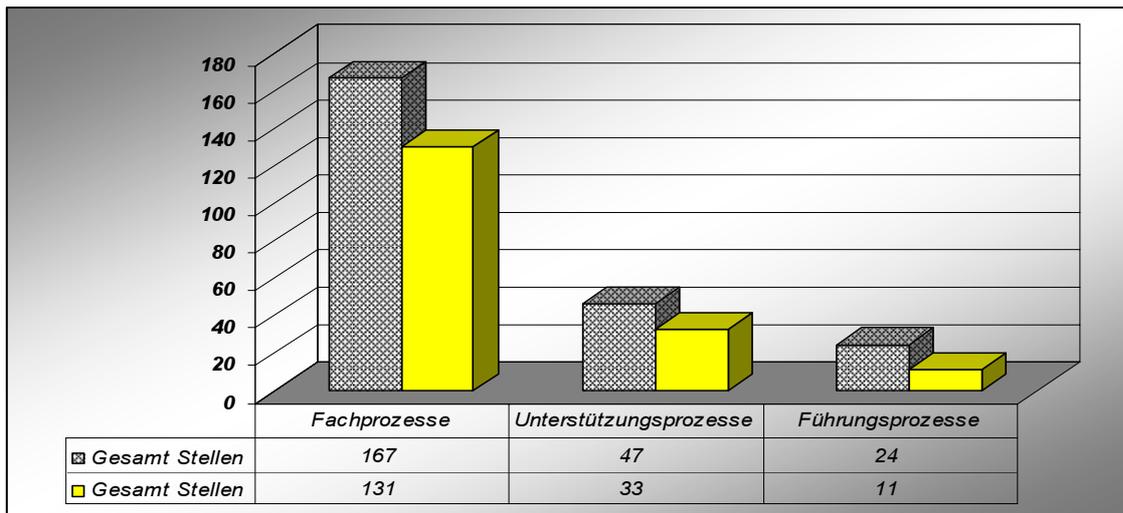
31.12.2007

31.12.2009

Kernprozesse	Prozesse	Personaltage (PT)			Gesamt		Personaltage (PT)			Gesamt		Differenz in PT	Differenz in Stellen
		Nr. 7.1	Nr. 7.2	Nr. 7.3	PT	Stellen	Nr. 7.1	Nr. 7.2	Nr. 7.3*	PT	Stellen		
Fachprozesse		33.911	1.167	70	35.148	167	26.168	447	803	27.418	131	-7.730	-37
	Anforderungsmanagement	1.164	33	20	1.217	6	1.373	91	803	2.267	11	1.051	5
	Entwicklung	8.111	212	30	8.353	40	7.819	100	0	7.919	38	-434	-2
	Test und Freigabe	4.282	319	10	4.611	22	4.344	90	0	4.434	21	-177	-1
	Einführung	1.325	237	10	1.572	7	1.363	35	0	1.398	7	-174	-1
	Support	14.726	238	0	14.964	71	8.654	25	0	8.679	41	-6.284	-30
	Betrieb	4.303	130	0	4.433	21	2.615	106	0	2.721	13	-1.712	-8
Unterstützungsprozesse		9.262	501	45	9.808	47	6.510	190	170	6.870	33	-2.938	-14
	Releasemanagement	415	3	10	428	2	497	0	0	497	2	69	0
	Architektur/ Standards	1.245	1	5	1.251	6	1.070	0	0	1.070	5	-181	-1
	Sicherheitsmanagement	1.230	2	5	1.237	6	912	0	0	912	4	-325	-2
	Service-Planung	1.101	33	5	1.139	5	506	0	0	506	2	-633	-3
	Organisation	812	114	5	931	4	957	34	0	991	5	60	0
	Qualitätsmanagement	505	66	5	576	3	260	10	0	270	1	-306	-1
	Finanzmanagement	574	93	0	667	3	473	54	74	601	3	-66	-0
	Beschaffung	394	1	0	395	2	528	15	0	543	3	148	1
	IT-Schulung	511	102	0	613	3	341	32	0	373	2	-240	-1
	interne Dienstleistungsprozesse	2.475	86	10	2.571	12	966	45	96	1.107	5	-1.464	-7
Führungsprozesse		4.928	173	30	5.131	24	1.826	465	98	2.389	11	-2.742	-13
	Strategie	1.811	113	30	1.954	9	981	343	98	1.422	7	-532	-3
	Änderungsmanagement	1.456	39	0	1.495	7	525	110	0	635	3	-860	-4
	Kundenmanagement	1.661	21	0	1.682	8	320	12	0	332	2	-1.350	-6
Summe	GESAMT	48.101	1.841	145	50.087	239	34.504	1.102	1.071	36.677	175	-13.410	-64

Stellen (Vollzeitäquivalente)	229	9	1	239	164	5	5	175	-64
-------------------------------	-----	---	---	-----	-----	---	---	-----	-----

* einschl. Projekt KoPers



Die Finanzverwaltung hat in den letzten 2 Jahren größere Veränderungen erlebt. Neben der Auflösung der Abteilung VI 5 (Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung) hat der Zusammenschluss der Steuerverwaltungen der norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen in einem gemeinsamen Datacenter Steuer bei Dataport umfangreiche Möglichkeiten geschaffen, IT-Personal dauerhaft abzubauen. Da es sich um eine Fachverwaltung handelt, konnte der landeseigene Aufwand für Fachprozesse (Programmierung, Test und Freigabe von IT-Verfahren) sowie anhängige Unterstützungsprozesse (Sicherheitsmanagement und Architektur- und Serviceplanung für steuerfachliche IT-Systeme) durch die gemeinschaftliche Aufgabenwahrnehmung in einem Datacenter deutlich reduziert werden.

7 IT-Maßnahmen

7.1 Katalog der IT-Maßnahmen (Prioritäten)

7.2 IT-Maßnahmen der Ressorts

Hinweis: aktuelle Auswertung IT Web LSH, Stand 03.02.2011. Die Maßnahmenplanung 2011 und 2012 befindet sich in der unterjährigen (lfd.) Fortschreibung.

Katalog der IT-Maßnahmen

IT-Maßnahmennummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soil2011	Soil2012
IT-Verfahren (Ifd. IT-Maßnahmen)								
IT-Verfahren; Infrastruktur: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von Kommunikationstechnologien								
2005050002	ZIT	Sprachnetz SH	L	K	100	ja	15.540,0	15.675,0
2005050010	ZIT	Datennetz SH (Landesnetz)	L	K	100	ja	14.969,1	14.924,3
2005050003	ZIT	Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)	L	K	90	ja	154,7	154,7
2005050009	ZIT	Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik	L	K	80	ja	133,0	133,0
2005090005	MJAE	Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)	L	K	80	ja	115,8	115,8
2004040028	IM	Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH	L	K	42		502,2	187,2
IT-Verfahren; Infrastruktur: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung der Basisdienste								
2005050007	ZIT	Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)	L	BD	100	ja	528,9	528,9
2005090004	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)	L	BD	80	ja	670,4	556,4
2005090002	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation) + Ergänzungsbeschaffung	L	BD	80	ja	394,6	365,3
2005050038	FM	Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung	L	BD	76		8.122,5	9.097,7
2005050020	ZIT	Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)	L	BD	75	ja	32,0	32,0
2005050004	ZIT	+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste	L	BD	75	ja	575,0	580,0
2005050028	ZIT	Zentraler FAX-Service SH	L	BD	75		50,0	50,0
2005090010	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr	L	BD	70	ja	216,1	211,8
2005050026	ZIT	CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet	L	BD	60	ja	889,0	919,0
2005090003	MJAE	Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH	L	BD	60	ja	340,1	340,2
2005050040	ZIT	Fomularservice	L	BD	59	ja	150,0	150,0
2005050023	ZIT	IT-Verfahren eAkte; Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DOMEA-zertifiziert)	L	BD	50	ja	1.013,0	1.041,0
2005050017	ZIT	BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB	L	BD	35		27,5	27,5
2005050032	ZIT	Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)	L	BD	0		6.423,7	6.424,5
IT-Verfahren; Infrastruktur: Infrastrukturelle Maßnahmen zum Ausbau (qualifizierte Fortentwicklung) der Kommunikation oder Basisdienste								
2004040027	IM	Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo	L	iM	69	ja	356,0	442,0
2006040050	IM	Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)	L	iM	59		500,0	500,0
2004040011	IM	Ausstattung Landespolizei	L	iM	59		1.183,0	991,0
2008040051	IM	IT-Architektur	L	iM	45		30,0	30,0
2005070002	MBF	Landesnetz-Bildung	L	iM	25		194,0	74,0
2005090012	MJAE	IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe	L	iM	18		550,2	595,1
2005090011	MJAE	Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)	L	iM	0		26,7	16,0
2005050022	ZIT	Government Gateway (SH-Service)	L	iM	0		1.110,0	1.110,0
2010050078	ZIT	Fachverfahren EA	L	iM	0		207,3	207,3
2010130041	MLUR	Fachanwendungsübergreifende Infrastruktur	L	iM	0		447,9	446,1
IT-Verfahren: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von ressortübergreifenden IT-Maßnahmen								
2007050069	FM	IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein	L	rü	100	ja	0,0	0,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2011042412	IM	Geodateninfrastruktur	L	rü	92	ja	746,1	784,6
2005130005	MLUR	IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung	L	rü	83	ja	3.351,5	3.351,5
2005050035	FM	Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)	L	rü	75		259,2	259,2
2005050029	FM	Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)	L	rü	75		3.118,0	3.434,0
2006050065	ZIT	Inventarisierung (Ham.s.t.er)	L	rü	73		304,0	300,0
2005130008	MLUR	Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz	L	rü	71		62,4	50,5
2009050073	ZIT	Einführung eines Prozessmanagements	L	rü	65	ja	65,8	65,8
2004040035	IM	E-Post 810 bei der LaPo SH	L	rü	55	ja	17,4	17,4
2005050031	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)	L	rü	53		834,6	831,0
2004040002	IM	Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21	L	rü	51	ja	550,0	550,0
2004042410	IM	Geoserver	L	rü	47	ja	0,0	0,0
2004043310	IM	Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz	L	rü	46	ja	73,0	73,0
2008040056	IM	IT-Steuerung im GB IM SH	L	rü	45		487,0	487,0
2006070007	MBF	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen	L	rü	41		50,5	50,5
2005030001	MP	Dachportal schleswig-holstein.de	L	rü	36		33,0	30,0
2004040020	IM	EXTRAPOL	L	rü	31		25,0	25,0
2005060010	MWV	Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)	L	rü	27		9,0	9,0
2005090013	MJAE	Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz	L	rü	21		25,0	25,0
2010050079	ZIT	ZuFISH	L	rü	0		500,0	500,0
2010130039	MLUR	Fachanwendungen Umwelt	L	rü	0		404,2	400,1
2010130040	MLUR	Fachanwendungen Land/Kommunen (VKoopFIS)	L	rü	0		1.318,5	1.118,5
IT-Verfahren: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von ressortinterner IT-Maßnahmen								
2005100001	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)	L	ri	98	ja	87,0	87,0
2005090007	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch	L	ri	98	ja	1.111,0	1.092,5
2005100002	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG)	L	ri	96	ja	45,0	45,0
2005100003	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)	L	ri	96	ja	48,0	48,0
2005100004	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)	L	ri	96	ja	51,0	51,0
2005100005	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)	L	ri	96	ja	33,0	33,0
2009050074	FM	Servicestelle Steueraufsicht	L	ri	96	ja	36,0	40,2
2005090001	MJAE	Bundesweite Internetplattformen der Justiz	L	ri	85	ja	31,9	29,9
2004042401	IM	Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung	L	ri	85	ja	1.341,0	1.363,5
2004040008	IM	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung	L	ri	83	ja	912,4	777,4
2005050012	FM	Hausbankverfahren [HVB / früher Elektronischer Schalter (ELS)]	L	ri	83	ja	217,8	217,8
2008100022	MSGF	Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)	L	ri	81	ja	54,0	54,0
2005090008	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"	L	ri	81		428,9	428,9
2005090006	MJAE	Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)"	L	ri	78	ja	661,3	813,4
2005050025	FM	KONSENS (inkl. ELSTER) - Entwicklung und Pflege sowie Betrieb (gemeinsamer Einrichtungen)	L	ri	76	ja	2.434,7	2.440,1
2004040001	IM	@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb	L	ri	75	ja	2.802,5	2.802,5
2004040003	IM	@rtus - Entwicklung	L	ri	75	ja	1.900,0	1.900,0
2005100007	MSGF	Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus (ODN)	L	ri	72	ja	1,7	2,2
2005060001	MWV	BAföG / BaföG 21	L	ri	71	ja	230,8	231,0
2004042409	IM	Digitales Rissarchiv	L	ri	71	ja	20,5	30,5
2004096100	MJAE	Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH	L	ri	67	ja	117,3	119,8

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2005100006	MSGF	Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)	L	ri	61	ja	6,0	6,0
2009040057	IM	Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten	L	ri	55	ja	799,0	774,0
2005041606	IM	xPersonenstand	L	ri	55	ja	395,0	295,0
2004041602	IM	xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden	L	ri	55	ja	418,8	418,8
2005050024	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PER-MIS-Abrechnung)	L	ri	55		3.963,4	4.076,4
2007041608	IM	Wahlabendprogramm	L	ri	53	ja	70,0	70,0
2005050033	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PER-MIS-Beihilfe)	L	ri	53		625,5	642,6
2006042411	IM	Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo	L	ri	51	ja	88,8	75,8
2004040012	IM	WTS Betrieb auf Basis IKO III	L	ri	51	ja	169,5	169,5
2004042406	IM	Verfahren für die Erstellung von digitalen Gelände-modellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)	L	ri	51	ja	70,0	70,0
2006090033	MJAE	Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)	L	ri	49		23,1	24,2
2004042404	IM	ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung	L	ri	47	ja	144,4	144,4
2004042408	IM	Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte	L	ri	47		35,5	17,5
2004040043	IM	InfReg90	L	ri	46	ja	31,0	31,0
2008040052	IM	Wissensmanagement	L	ri	45		90,5	90,5
2010060014	MWV	Unterstützung der Prüfbehörden für EFRE / ESF (IDEA)	L	ri	42	ja	0,7	0,7
2005060003	MWV	Zeiterfassung	L	ri	34		8,0	5,0
2004042407	IM	Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter	L	ri	33		106,5	106,5
2005060004	MWV	Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen	L	ri	32		1,0	1,0
2005060005	MWV	Aktenverwaltung mit FAME	L	ri	32		5,0	5,0
2005090015	MJAE	Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet	L	ri	32		10,7	10,7
2005050030	FM	IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)	L	ri	29		32,0	7,8
2004040009	IM	Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft	L	ri	21		376,0	376,0
2004043370	IM	Geographisches Informationssystem und digitale Luftbilddauswertung	L	ri	18	ja	17,0	20,5
2005070001	MBF	Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)	L	ri	17		206,5	206,5
2006041607	IM	Beteiligung-online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)	L	ri	14		25,0	25,0
2006044701	IM	Ersatz der Amtsdatei (Auswerte- und Analysetool IM)	L	ri	14		178,3	178,9
2005030003	MP	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle	L	ri	13		194,5	190,5
2004040014	IM	INTRAPOL	L	ri	13		40,0	150,0
2004040029	IM	Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH	L	ri	12		11,0	11,0
2010070031	MBF	Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H	L	ri	12		37,8	2,8
2010070013	MBF	Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv	L	ri	7		147,0	147,0
2005060006	MWV	Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)	L	ri	7		0,0	0,0
2005060002	MWV	Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)	L	ri	4		3,0	3,0
IT-Verfahren: Betrieb, Pflege und einfache Fortentwicklung von sonstigen IT-Maßnahmen (überwiegend Steuerungsprozesse)								
2005050058	ZIT	IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)	L	S	100	ja	306,7	306,7

IT-Maßnahmennummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2007050068	ZIT	IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben)	L	S	80	ja	6,0	6,0
2006050067	ZIT	PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)	L	S	51		451,2	381,2
2010060012	MWV	Datenbezug Versorgerinformationssystem (VIS)	L	S	50		2,0	2,0
2006050063	ZIT	Neue Steuerungsinstrumente und integratives Finanzmanagement	L	S	45		320,0	320,0
2008040053	IM	Prozessmanagement	L	S	45		103,0	103,0
2010060013	MWV	xKfz-Standard	L	S	31		1,4	1,4
2007096102	MJAE	DOL-Projekt xAusländer	L	S	0		8,5	8,5
2005050018	ZIT	Übergreifende Steuerung E-Government Infrastruktur	L		0		2,0	2,0
2005050034	ZIT	Dienste im +1-System (Büro Land)	L		0		80,0	100,0
2010090040	MJAE	Basis Web	L		0		255,7	235,1
IT-Vorhaben (neue IT-Maßnahmen)								
IT-Vorhaben; Infrastruktur: Entwicklung neuer Basisdienste								
2005050037	ZIT	"+1" - Infrastruktur (IKO III - Folgeverfahren)	N	BD	80	ja	2.300,0	1.780,0
2005050011	ZIT	IKO III - Fortentwicklung	N	BD	75		100,0	100,0
IT-Vorhaben; Infrastruktur: Neue infrastrukturelle Maßnahmen zur Standardisierung der HW/SW								
2005100008	MSGF	Migration IKO III	N	iM	67		30,0	0,0
2008090036	MJAE	Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz	N	iM	61	ja	1.142,0	6.281,0
2009050075	ZIT	Landesnetz V+	N	iM	61	ja	5.000,0	5.700,0
2010040059	IM	Hochverfügbarer mobiler LSK-Zugang	N	iM	0		0,0	0,0
2010040061	IM	Digitales Bildnetz	N	iM	0		0,0	0,0
2010043390	IM	XKatastrophenhilfe	N	iM	0		0,0	0,0
IT-Vorhaben: Entwicklung neuer Ressort übergreifender Fachanwendungen								
2006050066	FM	Kooperation Personaldienste FHH / SH (Projekt KoPers)	N	rü	100		0,0	0,0
2006060011	MWV	Datenbank Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie	N	rü	71		5,0	0,1
2010100025	MSGF	Anteilige Finanzierung des Bundes-Berichtsportals "WasserBLiCK"	N	rü	56	ja	2,0	2,0
2009070011	MBF	Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen	N	rü	25		60,0	60,0
2009070012	MBF	Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)	N	rü	25		170,0	160,0
2007050071	ZIT	Zeitwirtschaft	N	rü	21		665,0	605,0
2010040058	IM	Akkreditierungsverfahren	N	rü	0	ja	100,0	250,0
2010040063	IM	BAO - Lagen	N	rü	0	ja	165,0	90,0
2010041610	IM	Teilfortschreibung der Regionalpläne	N	rü	0	ja	12,0	10,0
2010040060	IM	OWI-Interaktiv	N	rü	0		0,0	0,0
2010040062	IM	IMP - Informationsmodell Polizei	N	rü	0		200,0	200,0
IT-Vorhaben: Entwicklung neuer ressortinterner Fachanwendungen								
2008090037	MJAE	Erwerb und Entwicklung Fachverfahren-neu	N	ri	85	ja	2.103,0	1.927,2
2010100024	MSGF	IT-Plattform Badegewässer	N	ri	71	ja	144,0	51,5
2005070004	MBF	Automatisierung des Lehrerländeraustausches	N	ri	27		2,0	2,0
2010070026	MBF	Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H	N	ri	12		5,0	5,0
2010070027	MBF	Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner	N	ri	12		3,0	3,0
2010090038	MJAE	Lernplattform eLIS im Justizvollzug	N	ri	0		0,0	87,6
2010090039	MJAE	Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen	N	ri	0		0,0	0,0
Sonstige IT-Maßnahmen (überwiegend Steuerungsprozesse)								
2010050083	ZIT	Behördennummer D115	N	S	0	ja	105,0	105,0
2010041609	IM	Verlagerung von Aufgaben an externe Dienstleister	N	S	0		200,0	200,0
2010050075	FM	eBeihilfe	N		0		92,0	1.384,0
2010050076	FM	Digitales Archivverfahren	N		0		230,8	142,0
2010090042	MJAE	Nexus VeLis	N		0		211,3	196,2

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
Grundversorgung der Dienststellen								
2004043350	IM	Bürokommunikation AfK - Muntionszerlegebetrieb	B		0	ja	28,0	22,0
2004049999	IM	Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH	B		0		1.928,2	1.928,2
2005030007	MP	Laufender Betrieb - LV Berlin	B		0		31,2	31,2
2005030010	MP	Laufender Betrieb - Staatskanzlei	B		0		250,9	260,9
2005050047	ZIT	Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT	B		0		87,0	85,0
2005050052	FM	Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT	B		0		376,4	391,5
2005050053	FM	Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT	B		0		63,5	71,5
2005050054	FM	Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT	B		0		56,5	78,9
2005050056	FM	Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT	B		0		963,0	965,4
2005050061	FM	Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)	B		0		150,0	150,0
2005060009	MWV	Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV	B		0		110,0	110,0
2005070006	MBF	Betrieb der IT im Ministerium	B		0		300,0	288,0
2005090027	MJAE	Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"	B		0		74,5	47,2
2005090028	MJAE	Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht	B		0		73,4	60,0
2005090029	MJAE	Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit	B		0		34,5	38,1
2005090030	MJAE	Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden	B		0		252,8	252,8
2005090031	MJAE	Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJGI (IKO III)	B		0		184,3	173,6
2005090032	MJAE	Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	B		0		5,9	6,0
2005090038	MJAE	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	B		0		41,4	41,4
2005100019	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur)	B		0		180,2	203,7
2005100021	MSGF	Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur	B		0		132,0	132,0
2005130015	MLUR	Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen	B		0		40,0	40,0
2005130029	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)	B		0		465,5	465,5
2005130030	MLUR	Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)	B		0		10,0	10,0
2005130033	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)	B		0		483,0	483,0
2005130034	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)	B		0		667,2	667,2
2006070009	MBF	Betrieb der IT im IQSH	B		0		28,0	98,0
2008050072	FM	Kosten des Umzuges des Finanzverwaltungsamt SH in ein neues Dienstgebäude ab 2012	B		0		0,0	40,0
2010050077	ZIT	Grundversorgung der DSt EA	B		0		55,0	55,0
2010070014	MBF	Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege	B		0		28,5	29,0
2010070023	MBF	Laufender Betrieb - Landeszentrale für politische Bildung	B		0		15,1	15,1
2010070024	MBF	Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt	B		0		67,8	65,0
2010070025	MBF	Laufender Betrieb - Landesarchiv SH	B		0		67,5	52,5
2010072015	MBF	Laufender Betrieb - Landesbibliothek	B		0		39,3	39,8
2010090041	MJAE	Grundversorgung Landesverwaltungsgericht	B		0		0,0	0,0
2004041603	IM	Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH	B		0		612,4	564,4
2004041604	IM	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	B		0		57,0	45,0
2004042403	IM	Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)	B		0		191,5	181,5
2004043300	IM	Betrieb Bürokommunikation AfK	B		0		22,5	21,5
Reinvestitionen (Ersatz von HW/SW nach Ablauf der Mindestnutzungsdauer)								
Infrastruktur: infrastrukturelle Maßnahmen								
2005060008	MWV	Ersatzbeschaffung MWV	E	iM	0		55,8	62,7

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2004040040	IM	Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei	E		0		1.700,0	2.054,1
2004041605	IM	Ersatzbeschaffungen GB IM	E		0		168,3	71,7
2004042402	IM	Ersatzbeschaffungen	E		0		479,0	445,5
2004043380	IM	Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz	E		0		17,7	13,9
2004096101	MJAE	Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten	E		0		0,0	0,0
2005030008	MP	Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei	E		0		84,4	27,0
2005030009	MP	Ersatzbeschaffungen - LV Berlin	E		0		5,5	4,7
2005050048	FM	Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)	E		0		63,9	47,7
2005050049	FM	Ersatzbeschaffung der LKSH	E		0		23,9	7,8
2005050050	FM	Ersatzbeschaffungen LBesA	E		0		80,8	59,2
2005050051	FM	Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung	E		0		1.487,2	1.785,3
2005070005	MBF	Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium	E		0		117,5	30,9
2005090016	MJAE	Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugs-einrichtungen (BASIS)"	E		0		216,5	184,8
2005090017	MJAE	Reinvestitionen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht	E		0		84,5	4,2
2005090018	MJAE	Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit	E		0		46,0	10,6
2005090019	MJAE	Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"	E		0		60,0	50,0
2005090020	MJAE	Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)	E		0		983,2	876,0
2005090021	MJAE	Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig	E		0		232,2	69,6
2005090022	MJAE	Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)	E		0		10,0	20,0
2005090023	MJAE	Ersatzbeschaffung MJGI (IKO III)	E		0		98,8	68,0
2005090024	MJAE	Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein	E		0		144,4	13,0
2005090025	MJAE	Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht	E		0		0,0	15,4
2005090026	MJAE	Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"	E		0		0,0	0,0
2005090037	MJAE	Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit	E		0		39,4	52,0
2005100010	MSGF	IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung	E		0		67,8	67,8
2005100012	MSGF	Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen	E		0		6,0	0,0
2005100013	MSGF	Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur	E		0		82,4	85,0
2005100017	MSGF	Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen	E		0		0,0	0,0
2005130018	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)	E		0		70,4	70,0
2005130019	MLUR	Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur	E		0		4,5	4,5
2005130021	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)	E		0		108,0	108,0
2005130027	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LLUR) - umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.	E		0		360,0	360,0
2006070008	MBF	Ersatzbeschaffungen des IQSH	E		0		62,4	77,9
2010070021	MBF	Ersatzbeschaffung - Landesarchiv	E		0		29,1	6,6
2010070022	MBF	Ersatzbeschaffung - Landesbibliothek	E		0		3,2	11,3
2010070028	MBF	Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege	E		0		0,0	26,1
2010070029	MBF	Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung	E		0		0,7	3,6
2010070030	MBF	Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt	E		0		20,4	23,2
Erledigt oder zurückgestellt								
2004040013	IM	ITNET-SH bzw. Support IT (ARIS CC)			0		0,0	0,0
2004042405	IM	Geodatenmanagement - Datenhaltung, Datenaufbereitung und Vertrieb			0		0,0	0,0
2005050001	FM	ELSTER			0		0,0	0,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2005050005	FM	Betrieb der Großrechnerverfahren der Steuerverwaltung			0		0,0	0,0
2005050006	ZIT	Betrieb und Fortentwicklung eines Prozessmanagements für sämtliche Komponenten der eGovPlattform			0		0,0	0,0
2005050014	ZIT	Betrieb und Fortentwicklung eines Verwaltungsbriefkastens			0		0,0	0,0
2005050015	ZIT	Betrieb und Fortentwicklung der PKI-SH (Public Key Infrastructure)			0		0,0	0,0
2005050016	ZIT	VERONA - Backend und Frontend für Dienstleistungswegweiser SH			0		0,0	0,0
2005050027	ZIT	SHIP - Extranet Öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein			0		0,0	0,0
2005050039	FM	IT-Unterstützung einer zentralen Familienkasse			0		0,0	0,0
2005050041	FM	Einführung IKO III in der Steuerverwaltung			0		0,0	0,0
2005050042	FM	Zusammenlegung der Finanzämter			0		0,0	0,0
2005050043	ZIT	Travel-Management			0		0,0	0,0
2005050045	FM	Aufbau und Betrieb eines Managementinformationsverfahren in der Steuerverwaltung			0		0,0	0,0
2005050046	ZIT	Koppelung der Verzeichnisdienste der Kommunalverwaltungen			0		0,0	0,0
2005050055	FM	Betrieb Bürokommunikation			0		0,0	0,0
2005050057	ZIT	Kommunale Maßnahmen (KIF-Finanzierung)			0		0,0	0,0
2005050059	ZIT	Kooperationen FHH / andere Länder			0		0,0	0,0
2005050060	ZIT	Organisatorische Maßnahmen (Kooperationen und E-Government)			0		0,0	0,0
2005050062	ZIT	ACCESS-eGov			0		0,0	0,0
2005060007	MWV	Fördermittelmanagement für den Bereich des MWV (Datawarehouse)			0		0,0	0,0
2005070003	MBF	Personalservice-System zur Stärkung schulischer Eigenverantwortung (PES)			0		0,0	0,0
2005090009	MJAE	Vollausbau "Automatisiertes Mahnwesen"			0		0,0	0,0
2005090036	MJAE	Elektronischer Rechtsverkehr in der Arbeitsgerichtsbarkeit SH			0		0,0	0,0
2005100011	MSGF	Ersatzbeschaffungen IKO III Büro			0		0,0	0,0
2005100014	MSGF	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG) - Ersatzbeschaffungen			0		0,0	0,0
2005100015	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG) - Ersatzbeschaffungen			0		0,0	0,0
2005100016	MSGF	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Opferversorgungsgesetz (KOV / Prosid) - Ersatzbeschaffungen			0		0,0	0,0
2005100020	MSGF	Basisinfrastruktur IKO III Büro			0		0,0	0,0
2005130001	MLUR	Betrieb und Fortentwicklung der Fachverfahren in den StUA - wird ab 2008 nicht mehr bewirtschaftet			0		0,0	0,0
2005130002	MLUR	Umweltinformationssystem für die Landes- und Kommunalverwaltung - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130040 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2005130003	MLUR	Natur- und Umweltinformationssystem (NUIS) - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130039 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2005130004	MLUR	Pflege von Geobasisdaten - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130041 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2005130006	MLUR	Verwaltungs- und Kontrollsystem für die EU-Agrarförderung (InVeKoS-GIS) - wird ab 2009 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2005130005 (IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung) berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2005130007	MLUR	Betrieb der Fachverfahren Immissionsschutz und Gefahrstoffüberwachung - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130039 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2005130009	MLUR	Abfallwirtschaftliche Informationssysteme - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130039 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2005130010	MLUR	Bereitstellung der Daten für den Umweltdatenkatalog. Diese IT-Maßnahme ist aus technischen Gründen in der IT-Maßnahme 2005130003 (Natur- und Umweltinformationssysteme) aufgegangen; sie wird ab 2008 nicht mehr bewirtschaftet.			0		0,0	0,0
2005130011	MLUR	IT-Einsatz für Fachanwendungen im Agrarbereich - diese IT-Maßnahme geht ab 2008 wegen der Aufgabenverlagerung des Pflanzenschutzes an Externe in der Maßnahme 2005130029 (Betrieb der Basisinfrastruktur) auf.			0		0,0	0,0
2005130017	MLUR	Ersatzbeschaffungen Ämter für ländliche Räume. Diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130027 (Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2005130020	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe) Diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130027 (Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2005130022	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (LANU). Diese Maßnahme wird ab 2009 nicht mehr bewirtschaftet; sie ist aus technischen Gründen in der Maßnahme 2005130027 (Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2005130023	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Schleswig). Diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130027 (Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2005130024	MLUR	Ersatzbeschaffung von Servern für Fachverfahren (StUA Schleswig) - diese Maßnahme wird ab 2008 nicht mehr bewirtschaftet			0		0,0	0,0
2005130025	MLUR	Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (StUA Kiel). Diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130027 (Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2005130028	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur für die Ämter für ländliche Räume - diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130034 (Betrieb der IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2005130031	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Schleswig) - diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130034 (Betrieb der IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0

IT-Maßnahmenummer	Ressort	IT-Maßnahme	Art der IT-Maßnahme	Klassifizierung	Priorität	gesetzlich vorgeschrieben	Soll2011	Soll2012
2005130032	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Kiel) - diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130034 (Betrieb der IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2006050064	ZIT	Einführung und Betrieb einer gemeinsamen Beschaffungsplattform mit FHH			0		0,0	0,0
2006070010	MBF	Betriebskosten Ikotech und Abschluss Migration			0		0,0	0,0
2006090034	MJAE	Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisse und Einführung eines elektronischen Abrufverfahrens			0		0,0	0,0
2006090035	MJAE	CITRIX-Anbindung der Staatsanwaltschaften			0		0,0	0,0
2006130035	MLUR	Betrieb der Basisinfrastruktur (StUA Itzehoe) - diese Maßnahme ist wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR in der Maßnahme 2005130034 (Betrieb der IT-Basisinfrastruktur LLUR) aufgegangen.			0		0,0	0,0
2006130036	MLUR	IT-Verfahren zur Klärschlammverwertung; diese IT-Maßnahme ist aus technischen Gründen in der IT-Maßnahme 2005130002 (Umweltinformationssystem für die Landes- und Kommunalverwaltung) aufgegangen; sie wird ab 2008 nicht mehr bewirtschaftet.			0		0,0	0,0
2006130037	MLUR	Integriertes Informationssystem Lebensmittel- und Veterinärwesen - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130040 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2007050070	ZIT	CONIFERE			0		0,0	0,0
2008040054	IM	Unternehmensmodellierung			0		0,0	0,0
2008040055	IM	Qualitätsmanagement			0		0,0	0,0
2008100023	MSGF	Betreuung des Arbeitsschutzes bei der Unfallkasse Nord (UKN)			0		0,0	0,0
2009100023	MSGF	Verwaltungsprogramm von nichtakademischen Gesundheitsberufen			0		0,0	0,0
2009130038	MLUR	Ressortweites System für die Verwaltung von ESRI-Software-Lizenzen - wird ab 2010 nicht mehr bewirtschaftet, da die Ansätze für diese Maßnahme innerhalb der Maßnahme 2010130041 berücksichtigt werden.			0		0,0	0,0
2010040000	IM	Weiterentwicklung Fuhrparkverwaltung			0		0,0	0,0
2010041611	IM	Waffenregister			0		0,0	0,0
2010050080	FM	Ersatzbeschaffung EOSS / KONSENS			0		0,0	0,0
2010050081	FM	DCS (DataCenterSteuern)			0		0,0	0,0
2010050082	FM	THIN- Client (SPC; Citrix und/oder ähnliches)			0		0,0	0,0
2010070016	MBF	Migration auf IKO III - Landesarchiv			0		0,0	0,0
2010070017	MBF	Migration auf IKO III - Landesbibliothek			0		0,0	0,0
2010070018	MBF	Migration auf IKO III - Landeszentrale für politische Bildung			0		0,0	0,0
2010070019	MBF	Migration auf IKO III - Landesamt für Denkmalpflege			0		0,0	0,0
2010070020	MBF	Migration auf IKO III - Archäologisches Landesamt			0		0,0	0,0

Ministerpräsident, Staatskanzlei

IT-Ressortplan 2011

Ressort:

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Name, Tel., E-Mail:

Roland Starke

0431/988-1792

roland.starke@stk.landsh.de

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation und Ansprechpartner

Das dezentrale IT-Management der Staatskanzlei Schleswig-Holstein ist dem Referat 11 der Abteilung 1 der Staatskanzlei zugeordnet. Zu den Aufgaben des dezentralen IT-Managements gehört die Aufrechterhaltung des IT-Betriebes an zwei Standorten am Dienstort Kiel und die Weiterentwicklung der eingesetzten Systeme in IT-Angelegenheiten

- **Staatskanzlei**

Roland Starke, 0431/988-1792, roland.starke@stk.landsh.de

Zum Geschäftsbereich der Staatskanzlei gehören neben der Dienststelle in Kiel zusätzlich die

- **Landesvertretung in Berlin**

Kai-Svenja Reitemeyer, 030/746847-213, kai-svenja.reitemeyer@lv.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für das aktuelle Planungsjahr

- Hauptziel der IT im gesamten Geschäftsbereich der Staatskanzlei die Unterstützung der Mitarbeiter bei ihrer Aufgabenwahrnehmung. Dazu werden weiterhin aktuelle IT-Systeme beschafft und eingesetzt.
- Zur Erreichung des Ziels werden – wo immer möglich – Systeme, die einem Landesstandard entsprechen, eingesetzt. Dabei ist eine verstärkte Inanspruchnahme Dataports geplant.

Staatskanzlei

- Erhöhung der Mobilität der Mitarbeiter durch den verstärkten Einsatz von Notebooks. An den Arbeitsplätzen wird die Mobilität durch den Einsatz eines mobilen Arbeitsplatzes nach LSK-Definition weiter erhöht.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Mittelfristig sollen die Dienststellen am weiteren technischen Fortschritt teilhaben. Dazu gehört die weitere Verwendung von Landesstandards (+1, e-Akte,...). Darüber hinaus sollen technologische Entwicklungen, die direkten Einfluss auf die Zuständigkeitsbereiche der Dienststellen haben, kritisch begleitet werden. Hierzu gehören insbesondere die Untersuchung der elektronischen Archivierung und die Digitalisierung von Medien.

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für das aktuelle Planungsjahr

Staatskanzlei

- Projekt zum Einsatz von +1-Infrastruktur
- Einsatz des Blackberry-Service mit mobilen Endgeräten zwecks Zugriff auf E-Mail und Kalenderdaten

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für das aktuelle Planungsjahr

Keine

5. Verwaltungsmodernisierung

Beschreibung der Aufträge zur Verwaltungsmodernisierung im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

Keine

6. Funktional- und Verwaltungsstrukturreform

Beschreibung der Aufträge zur Funktional- und Verwaltungsstrukturreform - insb. Kommunalisierung von Aufgaben - im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

Keine

Teil II (Erhebungen)

7. Erhebungen (Kataster)

Hardware

Art	ANZAHL
Server	10
APC	202
Notebook	73
Drucker	181
Monitore	257
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	22

IT-Maßnahme 2005030001

Dachportal schleswig-holstein.de

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Art IT Verfahren

Bezeichnung Dachportal schleswig-holstein.de

Beschreibung allgemein

Das Dachportal schleswig-holstein.de wird seit 2007 erfolgreich für die Präsentation der Landesregierung im Internet verwendet. Aufgrund der sich ständig verändernden technischen und inhaltlichen Standards des Internets ist eine fortlaufende Weiterentwicklung des Dachportals notwendig. Die veranschlagten Mittel werden für die redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots der Landesregierung verwendet, insbesondere für Texte, Fotos, Übersetzungen und spezielle Anwendungen außerhalb des Government-Site-Builders.

Der benötigte Umfang der Unterstützung ist jährlich stark schwankend. Die veranschlagten Mittel stellen die maximal notwendige Summe dar. Sofern notwendig, werden externen Partnern in Anspruch genommen. Die Kosten für den technischen Betrieb des Internetangebots und für die technische Weiterentwicklung sind vom Finanzministerium aus den dort verwalteten Titeln sicherzustellen.

Sonstige Bemerkungen

Enge Verknüpfung mit der IT-Maßnahmen "Technischer Betrieb des Landesportals"

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Kennzahl 36

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Redaktionelle Weiterentwicklung des Internetangebots des Landesregierung	01.01.2011 - 31.12.2012

Nr.	Beschreibung	Datum
5	In 2011 wird über einen rechtsverbindlichen Beratervertrag die Erweiterung des Portals mit einem Youtube-Kanal erfolgen und es werden Videos gedreht	31.07.2011
4	Inhalte für mobile Internetnutzung zugänglich machen.	
3	interaktive Elemente (Web 2.0 mit Diskussionsforen, Blogs, Partizipation, Social Media u.ä.) einführen	
2	die Angebote im Landesportal um regelmäßige Audio- und Video-Beiträge (Podcasts) erweitern	
1	Konzeption bis 09/2010, Realisierung bis 12/2011	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	30,0	33,0	30,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			30,0	33,0	30,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-30,0	-33,0	-30,0

IT-Maßnahme 2005030003

Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle

Beschreibung

Ressort / Behörde	Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei
Art	IT Verfahren
Bezeichnung	Betrieb und Weiterentwicklung der Systeme zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Regierungspressestelle

Beschreibung allgemein

Betrieb und technische Fortentwicklung von Systemen im Bereich der Pressestelle- und Informationsstelle der Landesregierung - insbesondere zur Unterstützung der täglichen Presse - und Öffentlichkeitsarbeit.

Technische Lösungen zum kontinuierlichen Bezug von dpa-Nachrichten, dpa-Bildern und dpa-Grafiken, Bereitstellung der dpa-Nachrichten auf mobilen Endgeräten sowie Grafiksoftware für die Öffentlichkeitsarbeit.

Erwerb von Nutzungsrechten zum Digitalisieren aktueller Print- und Onlineinformationen für die tägliche Erstellung eines elektronischen Pressespiegels einschl. dessen Archivierung sowie Betrieb der entsprechenden IT-Systeme.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	DPA Newsticker	Lieferung und Verteilung von aktuellen Pressemeldungen der Deutschen Presseagentur.
2	Pressepiegel	Im Zuge der Erstellung des aktuellen Pressespiegels der Landesregierung werden Abgaben an die Rechteinhaber fällig. Die Abwicklung erfolgt zentral über die Presse Monitor Gesellschaft.
3	Fotodatenbank	Fotodatenbank der Regierungspressestelle für die Verwaltung von aktuellem Bildmaterial. Das Bildmaterial wird für die Veröffentlichungen im Rahmen von Broschüren und im Internetportal vorgehalten. Schwerpunkt ist dabei die Verwaltung der Bildrechte.

Priorität

Klassifizierung	Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung	Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist ein wichtiger Aspekt in allen Politikfeldern.
Kennzahl	13

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Nutzung von Nachrichtentickern, Herstellung elektronischer Pressepiegel und Betrieb elektronischer Medienarchive mit täglicher Verfügbarkeit.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Neukonzeption für die Bereitstellung des elektronischen Pressespiegels im SHIP und Realisierung bis 09/2010.	30.09.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	59,5	59,5	55,5
		davon Dataport:		20,0	20,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	133,0	135,0	135,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			192,5	194,5	190,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-192,5	-194,5	-190,5

IT-Maßnahme 2005030007

Laufender Betrieb - LV Berlin

Beschreibung

Ressort / Behörde LV Berlin
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - LV Berlin

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	28,3	30,2	30,2
		davon Dataport:		28,3	28,3
Abschluss					
Gesamtausgabe			29,3	31,2	31,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-29,3	-31,2	-31,2

IT-Maßnahme 2005030008

Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen - Staatskanzlei

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	27,9	84,4	27,0
		davon Dataport:		84,4	27,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			27,9	84,4	27,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-27,9	-84,4	-27,0

IT-Maßnahme 2005030009

Ersatzbeschaffungen - LV Berlin

Beschreibung

Ressort / Behörde LV Berlin
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen - LV Berlin
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	7,1	5,5	4,7
		davon Dataport:		5,5	4,7
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	7,1	5,5	4,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7,1	-5,5	-4,7

IT-Maßnahme 2005030010

Laufender Betrieb - Staatskanzlei

Beschreibung

Ressort / Behörde Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein - Staatskanzlei

Art Grundversorgung

Bezeichnung Laufender Betrieb - Staatskanzlei

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Sonstige Bemerkungen

Im Jahre 2010 ist die Untersuchung eines vom bisherigen Verfahren abweichenden Druckerkonzeptes vorgesehen. Dies sieht die Abrechnung der Druckerkosten auf Basis einer einzelnen Seite vor. Mit inbegriffen ist auch die Beschaffung und der Betrieb der Drucker.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,0	40,0	40,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	200,9	205,9	215,9
		davon Dataport:		175,0	180,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			245,9	250,9	260,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-245,9	-250,9	-260,9

Innenministerium

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:

Innenministerium des Landes
Schleswig-Holstein
IT-Ressortmanagement – IV 12

Name, Tel., E-Mail:

Herr
Christoph Stock
Tel.: 0431/988-2712
christoph.stock@im.landsh.de

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation

Das Referat IV 12 nimmt die in den Richtlinien IT-SH beschriebenen Aufgaben des Dezentralen IT-Managements wahr.

Neben dem Dezentralen IT-Management wurde eine IT-Gremienstruktur im Geschäftsbereich eingerichtet, die sich auch mit der strategischen Ausrichtung der IT im gesamten Geschäftsbereich befasst. Der Lenkungsausschuss IT beschreibt dabei die strategischen Rahmensetzung. Er tagt unter der Leitung von IV St in regelmäßigen Abständen. Im IT-Fachausschuss treffen sich die Vertretungen der Fachbereiche, um die sich aus der strategischen Rahmensetzung abgeleiteten operativen Ziele und Maßnahmen zu behandeln und umzusetzen. Der Fachausschuss hat Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen gebildet:

- IT-Architektur,
- IT-Steuerung,
- IT- Organisation und
- IT-Sicherheit.

Alle Fachbereiche des Geschäftsbereichs melden ihre Maßnahmenplanung an IV 12. IV 12 verhandelt das Ergebnis mit dem Finanzministerium. Die Beauftragte für den Haushalt des Innenministeriums (IV 11) ist eingebunden.

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Frau Doris Plath, Tel.: 0431/988-2792, doris.plath@im.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für die aktuellen Planungsjahre

Ziel eines kunden- und dienstleistungsorientierten IT-Managements ist die Optimierung der Unterstützung der Aufgabenerledigung und der Abläufe im Ressort. Das IT-Management unterstützt von daher den Geschäftsbereich des Innenministeriums bei der Erreichung seiner Ziele, wobei das zentrale Ziel der Landesregierung zur Haushaltskonsolidierung mit berücksichtigt wird. Die aktuellen Einsparvorgaben führen dazu, dass diese Aufgaben nicht mehr im angemessenen Umfang wahrgenommen werden können. Aus diesem Grund hat das Innenministerium als strategisches Ziel für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 als Minimalziel die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes beschrieben.

Für das Haushaltsjahr 2010 wurde eine ressortweite Prioritätenliste zur Umsetzung von neuen Anforderungen erarbeitet. Die durch den Staatssekretär zugestimmte Prioritätensetzung dient als Orientierungshilfe bei der Beantragung von Haushaltsmitteln. Leider fehlt eine landesweite Priorisierung, so dass wichtige Informationen über die strategische Ausrichtung im IT-Bereich fehlen.

Der Aufbau einer IT-Steuerung ist weiterhin dringend erforderlich. Aus diesem Grund wurde in einer Sondersitzung des LA-IT im März 2010 die Fortführung des ganzheitlichen und prozessorientierten Ansatzes nochmals durch die neue Führungsebene bestätigt.

Das Innenministerium hat neben dem IT-Ressortplan ergänzend den IT-Finanzbericht für das Haushaltsjahr 2006 erstmalig erstellt und in den nächsten Jahren fortgeschrieben. Im IT-Finanzbericht werden Auswertungen und Analysen zu den Jahresabschlussdaten veröffentlicht.

Leider konnte aufgrund personeller Engpässe der „Bericht zur Haushaltsplanaufstellung“ nicht erstellt werden. Damit gehen wichtige Steuerungsinformationen verloren.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

1. Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes.
2. Umsetzung neuer Anforderungen abhängig vom verfügbaren IT-Budget unter Berücksichtigung der internen Prioritätensetzung.

1. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre

Landespolizei

- Umsetzung Projekt +1 in der Landespolizei, automatisiertes Testen
- Professionalisierung der IT-Organisation der Landespolizei durch Einsatz eines ITSM-Tool
- Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zur Akkreditierung (LIMS - Labor-

informationsmanagementsystem)

- Weitere Umsetzungen in Verbindung mit dem Data Warehouse im Bereich @rtus-Auswertung u. –Analyse, einschließlich Geovisualisierung
- Aufbau einer IT-Unterstützung für BAO-Lagen (GSL-net, Merlin, erf. Hardware, hochverfügbarer mobiler LSK-Zugang)
- Virtualisierung
- Netzinfrastruktur, Aufbau einer Sicherheitsinfrastruktur in Zusammenhang mit VoIP und der Umsetzung RLS, Zentrale Fernwartung, Nagios

NAGIOS (Der Betrieb von NAGIOS ist ein ganzheitlicher Ansatz für den Bereich des IT-Servicemanagement in allen IT-Bereichen der LaPo SH. Die Prozesse, die durch NAGIOS begleitet werden, haben im Vergleich zur jetzigen Situation einen Ressourcensparenden Effekt und bieten zudem insgesamt signifikante Mehrwerte.)

Vermessungs- und Katasterverwaltung:

- Die Vermessungs- und Katasterverwaltung (VermKatV) bereitet sich auf den Übergang auf das Datenmodell des Amtlichen Festpunktinformationssystems, Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems und des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (AFIS[®]-ALKIS[®]-ATKIS[®]-AAA-Modell) vor, bzw. ist mit ATKIS[®] bereits seit Anfang 2009 produktiv. Zurzeit werden AFIS[®] und ALKIS[®] im Katasteramt Lübeck und im Landesvermessungsamt (LVerMA) pilotiert, und es werden Multiplikatoren für die landesweite Einführung geschult. Der Umstieg auf das AAA-Modell ist die Basis, um Daten gemäß internationalen GIS-Normen abgeben zu können bzw. Web-Dienste damit zu bedienen. Die Einführung von AFIS[®] und ALKIS[®] ist für das 2. Quartal 2011 geplant.
- Der Geoserver (GS) der VermKatV ist die Plattform, um diese Daten und Dienste im Internet zu vertreiben. Gleichzeitig soll der GS in der Phase II als Auskunftssystem des Liegenschaftskatasters dienen. Daten und Dienste können bereits bezogen werden, Phase II und III sollen ab 2010 abgenommen werden und in Produktion gehen.
- Der Wechsel auf die Software zur Führung des AAA-Datenmodells stellt einen umfassenden Umbruch der Hard-und Softwareumgebung in der VermKatV dar. Gerade aus Sicht des Datenschutzes wäre sehr vorteilhaft, die neue Software auf dem Landessystemkonzept „+1“ zu betreiben. Die Pläne, „+1“ vor der ALKIS[®]-Einführung auszuliefern, lassen sich in 2010 nicht mehr realisieren. Es wird daraufhin gearbeitet, zumindest die Server in 2010 noch zu konsolidieren und zu migrieren und die Arbeitsplätze in den Folgejahren umzustellen.
- Die INSPIRE-Richtlinie „Infrastructure for Spatial Information in the European Community“, in Kraft seit dem 15. Mai 2007, verpflichtet die Mitgliedsstaaten, stufenweise interoperable Geobasisdaten (zunächst über Koordinatenreferenzsysteme, Geographische Netzsysteme, Geographische Namen, Verwaltungseinheiten, Adressen, Flurstücke, Verkehrs- und Gewässernetze) sowie Geofachdaten (zunächst über Schutzgebiete und Geologie) bereitzustellen. Die Geobasisdaten der VermKatV müssen dieser Richtlinie zufolge bis Ende 2012 in einem INSPIRE-konformen Datenformat zur Verfügung stehen. Die Geodatenleitstelle im LVerMA bemüht sich, die Teststellung eines Softwaresystems zur Erzeugung dieser Daten spätestens in 2011 bei Dataport zu installieren. Wie die INSPIRE-Schnittstelle des Landes Schleswig-Holstein auch mit den Geofachdaten

der anderen Ressorts und der Kommunen betrieben werden soll, muss noch im Rahmen der strategischen Ausrichtung der GDI im Lande entschieden werden.

- Das LVermA stellt die Herstellung der Topographischen Kartenwerke schrittweise auf einen automatischen Prozess um. Dabei müssen Daten und Karten generalisiert werden. Die Software zur automatischen und interaktiven Generalisierung wird in einer Länderkooperation entwickelt und befindet sich zurzeit in der Pilotierung. Weitere Lizenzen sollen beschafft werden.

Amt für Katastrophenschutz

- Einführung einer Fachanwendung (deNIS II plus) für die vernetzte Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen den unteren KatS Behörden in den Kreisen und kreisfreien Städten, dem Land und dem Bund.
- Redundante Anbindung der Kommunikationsclients der unteren KatS - Behörden in den Kreisen und Kreisfreien Städten über das Landesnetz.
- Homogenisierung der Schnittstellen der unterschiedlichen Stabsunterstützungssysteme deNIS II plus; TecBOS und Cenario.
- Etablieren einer nachvollziehbaren Struktur für die Bereitstellung von Geofachdaten der Gefahrenabwehrplanung (Points of interest, Navigationsdaten, Risikogebiete, pp.) an die Unteren Katastrophenschutzbehörden und die Regionalleitstellen (im push / pull-Verfahren).
- Einführung einer Workflow – Software zur Sicherstellung eines prozessorientierten Qualitäts- und Dokumentationsmanagements bei der Kampfmittelbeseitigung mit folgenden Zielen:
 - Erstellung eines Kampfmittelkataster- und Führungsinformationssystems im Wege der Integration vorhandener Daten eingeführter Fachverfahren unter anderem in deNIS II plus
 - Umsetzung des Umweltinformationsgesetzes in Bezug auf Fundmunitions-Belastungsschwerpunkte in Schleswig-Holstein
 - Vorbereitung der Übergabe der Gebührenabrechnungsdaten des Kampfmittelräumdienstes an etablierte Verfahren (SAP) für leistungsnahen Abrechnung.

Innenministerium (Haus)

Zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes, wird es notwendig sein, zukünftig vermehrt Techniken zu erweitern bzw. aufzubauen, die den Support unterstützen (z. B. ITSM-Suite), die eine Erweiterung des bisher eingesetzten Remedy darstellt. Des Weiteren ist es notwendig zur Unterstützung der Standardisierung spätestens mit dem Umstieg auf „+1“ einen Test- und Freigabeprozess zu implementieren und Arbeitsplätze mittels geeigneter Tools, wie z. B. SCCM zu konfigurieren und zu kontrollieren.

2. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für die aktuellen Planungsjahre

- Fortführung der Kooperation mit der Bundespolizei zur Weiterentwicklung des Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei (@rtus).
- Fortführung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften.

- Die Entwicklungs- und Pflegegemeinschaft INPOL mit der Teilnahme am IPCC wird weiter an Bedeutung gewinnen. Die INPOL-Koordinierung mit LPA erwartet, dass jährlich ein wesentlicher Versionswechsel anstehen wird. Die INPOL-Versionsplanung wird damit zur Daueraufgabe. Die Abstimmungen mit dem IPCC und Dataport als Rechenzentrum werden sehr umfangreich und komplex. Diese Komplexität wird durch die Anbindung von ED-DI und der dortigen Versionsschritte noch erhöht.
In diesem Zusammenhang muss die Koordination zwischen Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein sowie Dataport als gemeinsamem Rechenzentrumsbetreiber weiter verbessert werden.
- IMP-Informationsmodell Polizei
Das Informationsmodell der Polizei wird im Rahmen von Neu- und Weiterentwicklungen der relevanten IT – Systeme im Sinne eines interoperablen Datenaustauschs angewandt, um Aufwände für die Realisierung von Schnittstellen zu minimieren. Eine Weiterentwicklung des "IMP im Rahmen des Gesamtvorhabens "XPolizei" wird einen wesentlichen Beitrag zur Harmonisierung der Datenarchitektur innerhalb des INPOL-Verbundes leisten.
- PIAV (Vorhaben steht im engen Zusammenhang mit @rtus-Auswertung)
Ziel ist es, die kriminalpolizeilichen Meldedienste und die auf heterogener Basis betriebenen Falldateien auf einen phänomenologisch ganzheitlichen, homogen strukturierten und weitgehend automatisiert betriebenen polizeilichen Informations- und Analyseverbund sukzessive umzustellen.
- Strategische Fortentwicklung EXTRAPOL
Weiterentwicklung von EXTRAPOL von einer "Enzyklopädie polizeilichen Wissens" zu einer bundesweiten, vorgangsunabhängigen, polizeilichen
 - Informations- und Wissensplattform,
 - informellen Kommunikations- und Interaktionsplattform sowie
 - Integrationsplattformund bildet neben dem „Gesamtsystem INPOL“ die zweite strategische „IT-Säule“ bei den Polizeien des Bundes und der Länder.
- Nutzung kompatibler IT-Systeme bei länderübergreifenden Einsätzen
(Anpassung der BAO-Strukturen des Bundeskriminalamtes und der Länder;);
Einführung GSL.net 4
- Sicherheitsüberprüfung (Luftsicherheitsgesetz, Atomgesetz)
- Nationales Waffenregister (Für die Polizei gelten folgende grundsätzliche Aussagen:
 - Der Bund stellt kostenfrei eine Web-Oberfläche und eine Schnittstelle zur Verfügung, über die die Polizeien des Bundes und der Länder entsprechende Abfragen generieren können.
 - Die Integration in landesspezifische Systeme wie INPOL-Land oder @rtus sind durch die Länder zu finanzieren. Eine Umsetzung könnte je nach fachlicher Entscheidung über das IPCC oder über @rtus-Entwicklung erfolgen.

- Durchführung von Sicherheitsaudits
- Beim Landesvermessungsamt (LVermA) besteht eine Kooperation zwischen dem MLUR und dem IM zur landesweiten Erstellung eines hochgenauen digitalen Geländemodells. Außerdem ist das LVermA an einer Bund/Länder Arbeitsgruppe Katastrophenschutz –Hochwasser- zum Aufbau des deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS System 2) beteiligt. Die herausragenden Vorhaben sind dabei der „Geoserver“ (in Kooperation mit Hamburg) und der „Digitale Atlas“ (in Kooperation mit Hamburg und den Kommunen), die auch den Kern der Geodateninfrastruktur im Lande bilden. Mit MLUR kooperiert das LVermA bei der Erstellung von Digitalen Orthophotos (DOP). Gemeinsam mit Niedersachsen und den Geodätischen Instituten der Universität Hannover entwickelt die VermKatV Lösungen, um die mit dem MLUR erzeugten Laserscan-Daten weiter automatisiert für das Liegenschaftskataster (Gebäude) und die Landesvermessung (Bruchkanten, digitales Geländemodell) auswerten und nutzen zu können. Die Ablösung der Automatisierten Liegenschaftskarte und des Automatisierten Liegenschaftsbuchs durch das Amtliche Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) wird in Kooperation mit Hamburg und in Teilen auch mit weiteren Bundesländern betrieben.
- Amt für Katastrophenschutz
Die Einführung der Fachanwendung (deNIS II plus) für die vernetzte Zusammenarbeit im Katastrophenschutz geschieht in Kooperation mit Hamburg auf Landesebene und dem BBK, dem THW, der Bundeswehr und der Bundespolizei auf Bundesebene.
Die Einführung einer Workflow – Software zur Unterstützung des Arbeitsprozesses der Kampfmittelräumung soll unter Nutzung einer zurzeit in Hessen entwickelten Software geschehen.
- Innenministerium (Haus)
Beabsichtigte Kooperation mit der Freien und Hansestadt Hamburg zur gemeinsamen Nutzung der Software „Fuhrparkverwaltung“ im Rahmen der „Kieler Beschlüsse“.

Teil II (Erhebungen)

3. Erhebungen (Kataster)

Hardware

Art	ANZAHL
Server	427
APC	7617
Notebook	901
Drucker	5.547
Monitore	6.222
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	1307

IT-Maßnahme 2004040001

@rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 20

Art IT Verfahren

Bezeichnung @rtus/INPOL/EDDI - Betrieb

Beschreibung allgemein

Bereitstellung von Leistungen zur IT-mäßigen Abwicklung polizeilicher Aufgaben durch den Einsatz des DV-Verfahrens Inpol S-H und Betreuung dieses Programms. Im Rahmen des Verbundsystems „Inpol“ besteht ferner die bundesweite Auskunftsfähigkeit der Anwendungen u.a. „Kriminalaktennachweis“, „Haftdatei“ und „Erkennungsdienst“, sowie der zugriff auf die Daten des Schengener Informationssystems (NSIS). Über diese Anwendung wird der Zugriff zu den Verfahren „POLDOK“ (bis zur Ablösung durch eine Folgeanwendung), „EWO“, „AZR“ und „ZEVIS“ erschlossen. @rtus-Betrieb, Einwohnermeldedaten-Pflege und Produktion sowie digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1203	Inpol	Verbundsystem
1201	@rtus-Betrieb	VBS @rtus
1204	EDDI	Digitaler Erkennungsdienst in der Landespolizei
1261	eMeld	Auskunftsdienste der Landespolizei

Sonstige Bemerkungen

Unmittelbare Abhängigkeiten zum Entwicklungsvertrag @rtus (s. 2004040003) und Auswertung und Analyse (2009040057)
Die Themen zur Auswertung und Analyse wurden in der neuen IT-Maßnahme 2009040057 veranschlagt. Die Bündelung der Themen wurde aufgrund der erwarteten Synergien vorgenommen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
		Klärung über FA LaPo - wird nachgereicht

Infrastrukturelle Bedeutung

Zentrales Vorgangsverfahren für den Polizeidienst

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der zentralen Erfassung und Bearbeitung aller polizeilichen Vorgänge	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
@rtus VBS	1201	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2010 - 31.12.2015
INPOL-Land	1203	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2010 - 31.12.2015
ED-Di	1204	Gewährleistung der Produktion hinsichtlich der vorgangsbezogenen Datenverarbeitung	01.01.2010 - 31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Produktivgang ED-Di-Datenerfassung 2.1	30.08.2010
2	Produktivgang INPOL-Land 6.0.1	30.08.2010
3	Produktivgang INPOL-Land 6.1	31.12.2010
4	Produktivgang ED-Di-Lichtbildrecherche 2.0	31.12.2010
5	Produktivgang KBA-Suchdienst	31.12.2010
6	Produktivgang KBA-EUCARIS	31.12.2010
7	Produktivgang ED-Di-DaktyVis 2.0	31.12.2010
8	Produktivgang ED-Di-FastID	31.12.2011
9	Produktivgang ED-Di-Datenerfassung 2.2	31.12.2011
10	Produktivgang ED-Di-Lichtbildrecherche 2.1	31.12.2011
11	Produktivgang ED-Di-Face (Gesichtserkennungssoftware)	31.12.2011
12	Produktivgang ED-Di-Datenerfassung 3.0	31.12.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2.300,0	2.450,0	2.450,0
		davon Dataport:		2.450,0	2.450,0
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	342,5	352,5	352,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			2.642,5	2.802,5	2.802,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.642,5	-2.802,5	-2.802,5

IT-Maßnahme 2004040002

Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 13

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung OWI 21

Beschreibung allgemein

Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr. Erfassen und Sachbearbeiten von Verwarn- und Bußgeldfällen. Überwachen von Zahlungseingängen einschließlich automatisiertem Abgleich.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Straßenverkehrsordnung, Fahrerlaubnisordnung, StraßenverkehrszulassungVO, Straßenverkehrsgesetz, Ferienreiseverordnung, VO über internationalen Kraftfahrzeugverkehr, Ordnungswidrigkeitengesetz, Bußgeldkatalog, Bundes-einheitlicher Tatbestandskatalog

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinettsbeschluss vom 09. März 1979

Wirtschaftlichkeitsberechnung Die Optimierung des Verfahrens führt zu einer schnelleren Abarbeitung der Bescheide und damit auch zu erhöhten Einnahmen, die in den Landes- und Kommunalhaushalt einfließen. Merker: Erstellung KN-WiBe

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410.	9.500.000,0	Einnahmen aus OWI Landesanteil, der kommunale Anteil liegt bei ca. 10 Mio. Euro.

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410	358.000,0	Portokosten

Infrastrukturelle Bedeutung

Einheitliche Verarbeitung aller Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Straßenverkehr sowie zukünftig aller Ordnungswidrigkeiten anderer Gesetze und Verordnungen.

Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Steigerung der Verkehrssicherheit	01.01.2010 - 31.12.2015
2	Harmonisierung der Rechtsabläufe	01.01.2010 - 31.12.2015
3	Beitragsleistung zur Konsolidierung des Landeshaushaltes	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
OWI	1211	Bereitstellung eines landesweiten zentralen OWI-Verfahren (als Teil der E-Government-Infrastruktur des Landes möglichst für alle OWI-Fälle)	01.01.2010 - 31.12.2015
OWI	1211	Entwicklung einer Schnittstelle zu SAP für Überleitungszahlungen	01.01.2010 - 31.06.2010
OW	1211	Neukonzeptionierung des Auswertenetzes bei der ZOWIst (Erhöhung der Speicherkapazitäten und Automatisierung von Prozessen)	01.01.2010 - 31.12.2010
OWI	1211	Aufbau einer integrierten Lösung "Registrator Midsize-Scanlösung"	01.01.2011 - 31.12.2011
OWI	1211	Konzeptionierung der birektionale Schnittstelle zu @rtus-VBS	01.01.2011 - 31.12.2011
OWI-Interaktiv	1	Konzeptionierung einer internetgestützten Lösung (Neue IT-Maßnahme)	01.01.2012 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
2	Inbetriebnahme der Schnittstelle "Auszahlung OWI-21" zu SAP	01.04.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation mit FHH wird angestrebt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	550,0	550,0	550,0
		davon Dataport:		550,0	550,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	550,0	550,0	550,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-550,0	-550,0	-550,0

IT-Maßnahme 2004040003

@rtus - Entwicklung

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 21

Art IT Verfahren

Bezeichnung @rtus - Entwicklung

Beschreibung allgemein

Pflege und Weiterentwicklung des Vorgangsbearbeitungssystems der Polizei zur Bekämpfung von Straftaten. Der bestehende Kooperationsvertrag mit dem Bundesgrenzschutz (BGS) regelt, dass die Pflege- und Entwicklungskosten jeweils zur Hälfte getragen werden. Dies führt zur Entlastung des Landeshaushaltes.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1202	Silk-Test	Automatisiertes Testen in @rtus-VBS

Sonstige Bemerkungen

Diese IT-Maßnahme steht in Abhängigkeit zur IT-Maßnahme @ruts-Betrieb und @rtus-Auswertung.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Wirtschaftlichkeits-berechnung Befindet sich in der Erstellung

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
1103.00.11901	950,0	Einnahmen aus der Kooperation mit der BPol

Infrastrukturelle Bedeutung

@rtus-VBS ist das Vorgangsbearbeitungssystem der Landespolizei SH sowie der Bundespolizei.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung der Pflege- und Entwicklungskooperation zur Sicherstellung eines leistungsfähigen Vorgangsbearbeitungssystems	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
@rtus-Entwicklung	1202	Entwicklung von zwei Releases pro Jahr	01.01.2010 - 31.12.2015
@rtus-Entwicklung	1202	Erarbeitung eines Beteiligungsmodells zur Aufnahme weiterer Kooperationspartner	01.01.2010 - 31.03.2010
@rtus-Entwicklung	1202	Neustrukturierung des bestehenden Kooperationsvertrages	01.01.2010 - 30.06.2010
@rtus-Entwicklung	1202	Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Bundespolizei, geplant Hansestadt Bremen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
119 01	019	Einnahmen aus IT-Kooperationen mit Dritten	950,0	950,0	950,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.611,8	1.900,0	1.900,0
		davon Dataport:		1.900,0	1.900,0

Abschluss

Gesamteinnahme	950,0	950,0	950,0
Gesamtausgabe	1.611,8	1.900,0	1.900,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-661,8	-950,0	-950,0

IT-Maßnahme 2004040008

MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

Beschreibung

Ressort / Behörde	IM LKA ZFA Merlin
Art	IT Verfahren
Bezeichnung	MERLIN - Betrieb und Weiterentwicklung der Fachanwendung

Beschreibung allgemein

Bei Merlin handelt es sich um das zentrale Fallbearbeitungssystem der Kriminalpolizei. Es ist in der Lage, hochkomplexe Lebenssachverhalte abzubilden, auszuwerten und beliebige Beziehungen zwischen Personen, Objekten und Institutionen aufzuzeigen. Weiterhin wird über diese Anwendung die gesamte Überwachung der Sprach- und SMS-Kommunikation abgewickelt. Merlin ist unter jeweils landesspezifischen Bezeichnungen in bisher 11 Bundesländern eingeführt, bzw. in der Beschaffung, darüber hinaus wird es im BKA, bei der Bundespolizei und für einige Bereiche auch beim Zoll eingesetzt. Die fachliche Weiterentwicklung wird über die Interessengemeinschaft Fall und Analyse vorangetrieben, in der nicht nur die mit Merlin/rsCASE arbeiteten Länder/Bundesbehörden vertreten sind, sondern auch Brandenburg (POLYGON und Hamburg (CRIME)).

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1358	Geoinformationssysteme	Geovisualisierung von Daten in Fachanwendungen

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung	Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben	Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. StPO § 163, TKG § 112 Automation für den Abfluss der Daten ist im § 13 BKA-Gesetz geregelt
Politische Einstufung	IMK-Beschlüsse, u. a. Bekämpfung des islamistischen Extremismus / Terrorismus
Wirtschaftlichkeitsberechnung	Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. negativer Kapitalwert in Höhe von 4,7 Millionen Euro

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410.64		Die Weiterentwicklung von TKÜ/Internetüberwachung führt zu Kostenerhöhung in 1103

Kennzahl 83

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung einer gerichtsfesten IT-Unterstützung bei der Bearbeitung und Dokumentation komplexer und spureintensiver Ermittlungsverfahren	01.01.2009 - 31.12.2015
2	Standardisierung von Arbeitsplätzen im Bereich der Ermittlungsunterstützung	01.01.2009 - 31.12.2015
3	Gewährleistung der Informationsbereitstellung im Anschlagsfall (Verarbeitung, Weiterleitung an Datenverbund)	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Merlin	1212	Einstieg in die Integration der Internetüberwachung in MERLIN	01.01.2010 - 31.12.2012
Merlin	1212	Erfassung nicht strukturierter Daten in MERLIN (speziell bei der Internetüberwachung fallen große Datenmengen an, die nur über automatische Verarbeitung im Zusammenhang mit Text-Mining erschlossen werden können)	01.01.2010 - 31.12.2012
Merlin	1212	Anschluss von MERLIN an die INPOL-Nachfolgelösung (PIAV)	01.01.2010 - 31.12.2015
Merlin	1212	Endausbau der Integration der Internetüberwachung in MERLIN	01.01.2013 - 31.12.2015
Merlin	1212	Integration biometrischer Lösung in MERLIN	01.01.2013 - 31.12.2015
Merlin	1212	Anpassung von MERLIN an den Phänomenbereich Internetkriminalität	01.01.2010 - 31.12.2011
Merlin	1212	Ausweitung der Nutzung der BLDS auf andere INPOL-Fall-Anwendungen	01.01.2010 - 31.12.2015
Merlin	1212	Umsetzung der IMEI- und IMSI-Überwachung	01.01.2010 - 31.12.2011
Merlin	1212	Ergänzung des Asservatenmoduls um das BKA-Nummerierungssystem	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen

Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Interessengemeinschaft "Fall und Analyse" aller Länder, BKA und BPol

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	974,9	892,4	757,4
		davon Dataport:		892,4	757,4
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	20,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			994,9	912,4	777,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-994,9	-912,4	-777,4

IT-Maßnahme 2004040009

Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 15

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Weiterentwicklung des Arbeitszeitmanagements, einschließlich Zeitwirtschaft

Beschreibung allgemein

Einführung eines flexiblen Arbeitszeitmanagements und einer produktorientierten Arbeitszeiterfassung sowie einer flexiblen Personalplanung Nutzung der produktorientierten Arbeitszeiterfassung im Sinne des „Integrativen Ansatzes“ KLR bei der Landespolizei als wichtiger Baustein für Zielvereinbarung und Controlling (Neue Steuerung). Verbesserung der flexiblen Dienstplanung und des effizienten Personaleinsatzes. Automatisierter Abfluss von Daten für die Zahlung von Zulagen und damit Reduzierung des Verwaltungsaufwandes.

Zusätzlich werden Zeiterfassungsgeräte zur automatisierten Zeiterfassung verwendet.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1359	Zeiterfassung	Zeiterfassungsgeräte zur Unterstützung der KLR

Sonstige Bemerkungen

Durch die Software werden Verwaltungsaufgaben hinsichtlich der Personal- und Einsatzplanung reduziert. Das händische Erfassen von Überstunden, Mehrarbeit, Dienst zu ungünstigen Zeiten, Urlaub, Abwesenheiten wird vermieden, da eine automatisierte Erfassung erfolgt. Führungsaufgaben im Sinne Neuer Steuerung werden ermöglicht (datenbasierte Zielvereinbarungen). Verteilung von Gesamtarbeitszeit wird transparent ermöglicht Steuerung.

Die investiven Mittel werden bei Realisierung einer landesweiten Lösung ggf. nicht benötigt.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Politische Einstufung SP-Expert ist für die Landespolizei hinsichtlich der produktorientierten Arbeitszeiterfassung ein Pendant zur Arbeitszeiterfassung SAP

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. 01.04.2003, Überarbeitung 07.07.2005
Ergebnis Neutral

Kennzahl 21

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Steuerung des Ressourceneinsatzes der Landespolizei	01.01.2009-31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
AZM	1214	Erfüllung von Landeszielen nach dem System der Zielvereinbarung und Controlling einschließlich Berichtswesen	01.01.2010 - 31.12.2012
AZM	1214	Qualitätsmanagementsystem etablieren	01.01.2010 - 31.12.2013
AZM	1214	Automatisierung der Zeitwirtschaft, einschl. automatisierter Datenabflüsse (z. B. FVA)	01.01.2010 - 31.12.2011
DWH	1362	Aufbau eines Führungsinformationssystems	01.01.2011 - 31.12.2013

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Für die Landesverwaltung FHH wurde die Fachanwendung SP-Expert beschafft und eingeführt - Vertragspartner beider Länder ist Dataport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	381,0	376,0	376,0
		davon Dataport:		376,0	376,0

Abschluss

Gesamtausgabe	381,0	376,0	376,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-381,0	-376,0	-376,0

IT-Maßnahme 2004040011

Ausstattung Landespolizei

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung Ausstattung Landespolizei

Beschreibung allgemein

Ausstattung der Polizei, hier: Ausstattung weiterer Bedarfe in der Fläche.
 Werden Verfahren / Anwendungen etc. in die bestehende IT-Infrastruktur eingebunden, so wird eine vorherige Prüfung und Bewertung durch das IT-Betriebszentrum erforderlich. Das IT-Betriebszentrum stellt eine Standardisierung der Systeme sicher und sorgt für einen ordnungsgemäßen Freigabeprozess.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	Mobile Arbeitsplätze II	Mobile Arbeitsplätze LSK
1314	Inventarisierung und SW-Verteilung - SMS	
1344	Alternative Landesnetzanschlüsse	Dienststellen ohne eigenen Server
1217	Ausstattung Polizei	IKOTech III u. ä.

Sonstige Bemerkungen

Die Mittel für den Umstieg auf +1 wurden an das FM gemeldet und die Ansätze in dieser IT-Maßnahme entsprechend korrigiert.
 Für das Themenfeld PKI muss eine Abstimmung vor Umsetzung mit dem FM erfolgen.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Gesetzlich vorgeschrieben Entscheidung des Kabinetts zur Einführung von LSK als Landessystem:
 Entscheidung von IV M zur Teilnahme am LSK.

Politische Einstufung Die Politik hat die Vollaussattung der Landespolizei Schleswig-Holstein mit LSK als Trägersystem der Anwendungen INPOL und E-Post zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in Zusammenarbeit mit den Polizeien des Bundes und der Länder entschieden.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Für einzelne Themenfelder liegen WiBe in pdf-Format vor,
 Word- und Excelanlagen wurden eingestellt

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit der Fortsetzung der Ausstattung wird die Konsolidierung der IT-Infrastruktur fortgesetzt.

Kennzahl 59

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ausstattung auf den aktuellen Stand der Technik anpassen	01.01.2010 - 31.12.2015
2	Flexible Anpassung der Ausstattung an die jeweiligen Organisationsänderungen in der LaPo	01.01.2010 - 31.12.2015
3	Gewährleistung von hochverfügbaren und dislozierten Arbeitsplätzen in BAO	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP	1344	Ausstattung von mobilen Arbeitsplätzen (Heimarbeit, MAP I + II)	01.01.2010 - 31.12.2015
IKOTech III	1217	Ausstattung der Regionale Leitstellen Lübeck, Itzehoe	01.01.2009 - 31.12.2009
IKOTech III	1217	Ausstattung Bürgerwache	01.01.2009 - 31.12.2010
IKOTech III	1217	Ausstattung Umzug KP-Stelle Kiel und Einrichtung Autobahnrevier Bad Segeberg	01.01.2009 - 31.12.2009
IT-Architektur	1339	Umstieg von IKO III auf +1 (Vorbereitungen z. B. Einrichtung Testlabor)	01.01.2010 - 31.12.2011
PKI	1315	Ausstattung PKI-Zertifikate (Feinplanung offen)	01.01.2010 - 31.12.2013
IKOTech III	1217	Ausstattung Sonderbereiche der Kriminalitätsbekämpfung	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	161,0	170,0	180,0
		davon Dataport:		170,0	180,0

812 46 019 Erwerb von Hard- und Software	430,0	1.013,0	811,0
davon Dataport:		1.013,0	811,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	591,0	1.183,0	991,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-591,0	-1.183,0	-991,0

IT-Maßnahme 2004040012

WTS Betrieb auf Basis IKO III

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung WTS Betrieb auf Basis IKO III

Beschreibung allgemein

Betrieb und Pflege der WTS-Infrastruktur für AZM und sicheren Internetverkehr bei der Landespolizei Schleswig-Holstein.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1223	Betrieb der Serverfarm und Sicherheitsinfrastruktur Internet/AZM	
1336	Verlängerung Citrix Pflege	

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 Der Internetzugriff wird z.B. für die Aufgabenwahrnehmung nach § 43, Abs. 1 Landesfischereigesetz S-H genutzt.
 Entscheidung von IV 4 zur Nutzung von AZM inkl. KLR

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Vereinbarung nach § 59 Mitbestimmung (MBG) betr. Richtlinie zur Nutzung von Internet und E-Mail vom 23.12.2004

Infrastrukturelle Bedeutung

Alle Mitarbeiter der Landespolizei (ca. 8000) greifen mittels WTS (Citrix) auf das Verfahren AZM zu. Zudem wird ihnen über WTS ein sicherer Zugriff auf das Internet zu Ermittlungszwecken und zu privaten Zwecken ermöglicht.
 Nur durch den Betrieb von WTS sind die seit langem erhobenen Fachforderungen (Arbeitszeitmanagement und Internet) mit dem erhöhten Sicherheitsbedarf für den Betrieb der IT-Infrastruktur bei der Polizei vereinbar und umsetzbar. Mit der Fortsetzung der Pflege der Citrix-Lizenzen wird der Support für die laufenden Verfahren AZM und Internet sichergestellt

Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erfüllung der Sicherheitsanforderungen zur Nutzung des Internets im INPOL-Umfeld	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
AZM	1214	Aufrechterhaltung des Betriebes zu den vereinbarten vertraglichen Verfügbarkeitsanforderungen	01.01.2010 - 31.12.2015
V-Track	1390	Zugriff auf Vessel-Tracking Monitoring der Küstenfischerei für WSP	01.01.2010 - 31.12.2015
Internet	1225	Gewährleistung des Internetszugangs "News Aktuell" für Pressesprecher LaPo	01.01.2010 - 31.12.2015
Internet	1225	Aufrechterhaltung des Internets-Angebotes mit den derzeitigen Sicherheitsniveau	01.01.2010 - 31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1225	Upgrade der Serverfarm	01.10.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	169,5	169,5	169,5
		davon Dataport:		169,5	169,5

Abschluss

Gesamtausgabe	169,5	169,5	169,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-169,5	-169,5	-169,5

IT-Maßnahme 2004040014

INTRAPOL

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 201

Art IT Verfahren

Bezeichnung INTRAPOL

Beschreibung allgemein

Intrapol ist das Informations- und Kommunikationsportal der Landespolizei Schleswig-Holstein. Über Intrapol haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen einheitlichen Zugang zu allen für ihre Arbeit erforderlichen Informationen, Anwendungen und Verfahren. Intrapol ist in die Landesstrategie zum Landesportal eingebunden. Über das Redaktionssystem wird auch der Internetauftritt der Landespolizei betrieben

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1303	Landesportal	Internetauftritt der Landesregierung (GSB)
1315	PKI	Public Key Infrastructure

Sonstige Bemerkungen

Abhängigkeit zu CMS II beim FM

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 13

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Zugangs für alle Beschäftigten der Landespolizei zu den für sie relevanten Informationen und Diensten im Rahmen der vertraglichen Verfügbarkeitsanforderungen	01.01.2010-31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Landesportal	1303	Sicherstellen der Verfügbarkeit der Redaktionsarbeitsplätze zur Informationsversorgung der Beschäftigten, inklusive Fortschreibung GSB	01.01.2010 - 31.12.2015
Landesportal	1303	Schwerpunkt Online-Wache: redaktionelle Anpassungen und Weiterentwicklung	01.01.2010 - 31.12.2015
PKI	1315	Einführung qualifizierte Signatur für Anzeigen prüfen (s. 2004040011)	01.01.2010 - 31.12.2011
eLearning	1290	Erstellung des Konzeptes zur Einführung eLearning	01.01.2010 - 31.12.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Umstieg auf die neue Version GSB 4.0	01.10.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	40,0	40,0	100,0
		davon Dataport:		40,0	100,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	50,0
		davon Dataport:		0,0	50,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			40,0	40,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-40,0	-40,0	-150,0

IT-Maßnahme 2004040020

EXTRAPOL

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 201

Art IT Verfahren

Bezeichnung EXTRAPOL

Beschreibung allgemein

Extrapol ist die gemeinsame Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder

Sonstige Bemerkungen

Extrapol stellt das angesammelte polizeiliche Wissen bundesweit jedem Polizei-Intranetnutzer zur Verfügung. Das Medium dient so der Kooperation zwischen den deutschen Polizeien, es gestaltet ihren Informationsaustausch schneller und effektiver und fördert Synergieeffekte, zum Beispiel das sogenannte Efa, das "Einer für Alle"-Prinzip bei Entwicklung und Betrieb von EDV-Anwendungen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 31

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der gemeinsamen Informations- und Kommunikationsplattform der Polizeien des Bundes und der Länder	01.01.2010 - 31.12. 2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Extrapol	1228	Entwicklung und Bereitstellung von Schnittstellen aus Intrapol-SH	01.01.2010 - 31.12. 2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Bund und Länder(BOS)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	20,0	20,0	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			25,0	25,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25,0	-25,0	-25,0

IT-Maßnahme 2004040027

Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA 20
Art IT Verfahren
Bezeichnung Ausstattung zur IT-Beweissicherung und Auswertung LaPo

Beschreibung allgemein

Die IT Beweissicherung und Auswertung bei der Landespolizei Schleswig-Holstein im Rahmen strafprozessualer Maßnahmen, so wie bei OWI Verfahren und zur Gefahrenabwehr wird mit Hilfe von IT-Gerät durchgeführt. Die hiermit betrauten Dienststellen sind die ITB (IT Beweissicherungsgruppengruppe) im LKA, die r-ITB'en bei den Bezirkskriminalinspektionen und die Sachbearbeitenden Dienststellen. Es wurde in 2005 im LKA eine spezielle Dienststelle zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität im engeren Sinne eingerichtet.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1367	Internetrecherche	Internetrecherche bei den Kriminaldienststellen
1229	IT-Besi	IT-Beweissicherung
1362	Auswertung	der Daten der gesicherten Beweise bei den Kriminalpolizeidienststellen, Wasserschutzpolizei und bei den Schutzpolizeidienststellen
1271	Schulung	Schulung für IT-Beweissicherung

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Umsetzung von Anordnungen und Beschlüssen von Richtern und Staatsanwälten im Rahmen der Strafverfolgung (§§ 163, 94 ff., 110 ff Strafprozessordnung, §53 OWIG) und der Seeunfallursachenerforschung (§15 SUG, §11 FIUUG, §1 BLV in V. mit BLVZ).

Politische Einstufung Die IT-Beweissicherung ist wesentliche Voraussetzung für die Bekämpfung von Straftaten. Dazu gehören unter anderem inkriminierte Inhalte in Datennetzen, Korruptions- und Wirtschaftsdelikte.

Infrastrukturelle Bedeutung

Fortsetzung der Ausstattung der vorhandenen und neu eingerichteten Dienststellen mit IT-Gerät im Rahmen der IT-Beweissicherung.

Kennzahl 69

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	anlassbezogene Sicherung und Auswertung von mit IT-Geräten erzeugten Daten zur beweisichern Dokumentation für die Staatsanwaltschaften.	01.01.2010-31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
IT-Besi	1229	Gewährleistung zur IT-technischen Auswertung bei der K auf aktuellem technischem Stand	01.01.2010-31.12.2015
IT-Besi	1229	bei entsprechender Entscheidung Schaffung der Grundlagen der IT-technischen Auswertung bei der S auf aktuellem technischem Stand	01.01.2009 - 31.12.2010
IT-Besi	1229	laufende Erneuerung und Ergänzung der Infrastruktur für die Strafverfolgung im Internet	01.01.2010 - 31.12.2015
IT-Besi	1229	Ausstattung zur zielgruppenorientierten Durchführung von Schulungen auf aktuellem technologischem Stand	01.01.2010 - 31.12.2015
IT-Besi	1229	Gewährleistung zur IT-technischen Beweissicherung im LKA und den BKI'en auf aktuellem technischem Stand	01.01.2010 - 31.12.2015
IT-Besi	1229	Gewährleistung der IT-technischen Auswertung bei der "IuK-Kriminalität im engeren Sinne"	01.01.2010 - 31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Grundsatzentscheidung zur IT-technischen Auswertung bei der Schutzpolizei	01.04.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Abgleich der Auswertemöglichkeiten mit Polizeien der anderen Bundesländer und der Bundespolizei auf Arbeitsebene

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	31,0	31,0	31,0
		davon Dataport:		31,0	31,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	169,0	325,0	411,0
		davon Dataport:		325,0	411,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			200,0	356,0	442,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-200,0	-356,0	-442,0

IT-Maßnahme 2004040028

Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA 22
Art IT Verfahren
Bezeichnung Netzinfrastruktur für IT b. d. LaPo SH

Beschreibung allgemein

Planen der Netzinfrastruktur;
 Bereitstellen, sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachen der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein;
 Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit unterschiedlichem Sicherheitsniveau
 Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation über die Netze (ohne VOIP)

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1230	Netzinfrastruktur	Planen der Topologie der Netze und Ausstattung mit Netzwerkkomponenten
1230	Netzinfrastruktur	sicheres Betreiben nach BSI-Standards und Überwachung der Betriebsbereitschaft der Netzinfrastruktur
1230	Netzinfrastruktur	Bereitstellen sicherer Netzübergänge in angeschlossene Netze Dritter mit niedrigerem Sicherheitsniveau
1299	IP-Kommunikation in der GBG	Verkehrssteuerung der IP-Kommunikation

Sonstige Bemerkungen

Die Netzwerkplanung und der Betrieb sind direkt abhängig von den Aktivitäten des FM und der Dienstleister. Ebenfalls sind die Anforderung der Kommission IuK-Sicherheit (KomSi) - unterhalb der IMK, AKII - mit zu bewerten und zukünftig ggf. aufgrund gesetzlicher Regelungen (Art. 91 c GG) umzusetzen.

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorgeschrieben LDSG, DSGVO, Art. 91 c GG
Politische Einstufung Entscheidung des Kabinetts zur Einführung von LSK als Landessystem
 Entscheidung von IV M zur Teilnahme am LSK

Infrastrukturelle Bedeutung

Netze stellen das Rückgrat der Kommunikation dar und sind somit notwendiger Bestandteil der Infrastruktur. Bei der Übermittlung wird die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Daten gewährleistet.

Kennzahl 42

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung des Steuerungskreislaufs (Planen, Betreiben, Steuern) der Netzinfrastruktur für IT bei der Landespolizei Schleswig-Holstein	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Netzinfrastruktur	1230	Ausstattung neu bezogener Dienstgebäude	01.01.2010 - 31.12.2015
Netzinfrastruktur	1230	DSL/Sondernetze einrichten	01.01.2010 - 31.12.2015
Netzinfrastruktur	1230	RADIUS-Server landesweit implementieren (in Abhängigkeit Planung FM und einer strategischen Entscheidung)	01.01.2010 - 31.12.2010
Netzinfrastruktur	1230	Firewall implementieren (Sichere Netzübergänge, einschl. RLS, Silan Dataport)	01.01.2010 - 31.12.2015
Netzinfrastruktur	1230	Erhaltung der Betriebsfähigkeit auf aktuellem technischem Stand (nach Vorgaben FM)	01.01.2010 - 31.12.2015
Netzinfrastruktur	1230	Ausstattung der Regionalleitstellen und in den Betrieb übernehmen	01.01.2010 - 31.12.2010
Netzinfrastruktur	1230	Auswahl und Implementierung eines zentralen Monitoring	01.01.2010 - 31.12.2011
Netzinfrastruktur	1230	Konsolidierung EWU und AEN	01.03.2010 - 30.06.2011

Nr.	Beschreibung	Datum
1	RADIUS-Serverausstattung abgeschlossen	31.12.2010
2	Ausstattung der Regionalleitstellen abgeschlossen	31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen CNP/ON wird vom BKA als bundesweites Polizeinetz betrieben

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	3,2	1,2	1,2
		davon Dataport:		1,2	1,2
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	26,0	26,0	26,0
		davon Dataport:		9,0	9,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	174,0	475,0	160,0
		davon Dataport:		475,0	160,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			203,2	502,2	187,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-203,2	-502,2	-187,2

IT-Maßnahme 2004040029

Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 212

Art IT Verfahren

Bezeichnung Software für den polizeiärztlichen Dienst der LaPo SH

Beschreibung allgemein

Fachanwendung zur qualitätsgesicherten IT-Unterstützung für die medizinischen Bereiche der Landespolizei.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
ISIS-Med	Betriebsärztlicher Bereich	
offen	Kurativer Bereich	

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
02.05.2005 - Ergebnis: Positiver Kapitalwert

Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung einer effektiven Arbeitsfähigkeit für Beschäftigte im medizinischen Bereich	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Arztsoftware	1231	Pflege der Software für den betriebsärztlichen Bereich	01.01.2010 - 31.12.2015
Arztsoftware	1231	Einrichtung eines Projektes zur Einführung einer Software für den kurativen Bereich	01.06.2010 - 31.12.2012

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	9,0	11,0	11,0
		davon Dataport:		11,0	11,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			14,0	11,0	11,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14,0	-11,0	-11,0

IT-Maßnahme 2004040035

E-Post 810 bei der LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Verfahren
Bezeichnung E-Post 810 bei der LaPo SH

Beschreibung allgemein

Landesweiter Betrieb des gesicherten formellen Kommunikationssystems E-Post 810 im Rahmen der bundesweiten Umstellung (Bund, Zoll, BGS und alle Bundesländer). Hierbei wurde auch das „alte Fernschreib-Sondernetz“ abgelöst. Es wird die bestehende LSK Infrastruktur für den Betrieb des Verfahrens genutzt. Die Anbindung an die anderen Bundesländer läuft über das CNP/OND Verfahren. E-Post ist ein Hochverfügbarkeitsverfahren und erfordert eine Verfügbarkeit von 24/7.

Sonstige Bemerkungen

Aufgrund der Begrenzung bei der Erfassung der Zahlenwerte in IT-Web (Aufrundung nur auf volle T€ möglich) können die Vertragskosten nicht wie real vereinbart abgebildet werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 PDV810.1
 Bundesvereinbarung AK II
 IMK

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Das Fernschreibsystem E-Post 810 ist die gesicherte Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder (BOS). E-Post 810 ist unter anderem das Trägersystem zur Einsatzlagebewältigung,

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit der Ablösung des veralteten Fernschreibsystems (geregelt in der Polizeidienstvorschrift 810) durch E-Post 810 wurde im Endgerätebereich komplett auf LSK umgestiegen

Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung der Teilnahme an der gesicherten formellen Kommunikation 24 / 7 / 365	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
E-Post 810	1232	Prüfung der Übergabemöglichkeit des Verfahrens an Dataport inklusive Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (Konzepterstellung als Entscheidungsvorlage)	01.05.2008 - 31.05.2009
E-Post 810	1232	(bei positiver Entscheidung unter Punkt 1) Fachverfahren EPOST 810 migrieren in RZ Dataport	01.01.2009 - 31.05.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Teilnahme am bundesweiten E-Post Verfahren

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	17,4	17,4	17,4
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			17,4	17,4	17,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17,4	-17,4	-17,4

IT-Maßnahme 2004040040

Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA 20

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung v. Hard- und Software bei der Landespolizei

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der IT-Infrastruktur durch Reinvestition von Hard- und Software

Sonstige Bemerkungen

Die Unterstützungsleistungen werden in einer gesonderten IT-Maßnahme abgebildet, s. 2006040050

Priorität

Infrastrukturelle Bedeutung

Ohne die Ersatzbeschaffungen kann der laufende Betrieb der IT-Infrastruktur bei der Polizei nicht gewährleistet werden. Eine funktionierende IT-Infrastruktur ist eine der Grundlagen für ein effektives und effizientes Arbeiten bei der Polizei.

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung und Erhöhung der Verfügbarkeit der IT-Infrastruktur als Trägersystem für die Fachanwendungen der Landespolizei	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte Beschaffung abgeschriebener Geräte (ca.1100 AP und 60 Server pro Jahr)	01.01.2010 - 31.12.2015
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte und ressortspezifische Beschaffung abgeschriebener Geräte (30 AP pro Jahr)	01.01.2010 - 31.12.2015
Ersatzbeschaffung	1233	Dienststellenorientierte und ressortspezifische Beschaffung abgeschriebener Geräte im Bereich der IT-Besi (120 Rechner pro Jahr im Durchschnitt)	01.01.2010 - 31.12.2015
Ersatzbeschaffung	1233	Aktualisierung der Netzwerkkomponenten abhängig von technologischer und topologischer Weiterentwicklung	01.01.2010 - 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	800,1	1.700,0	2.054,1
		davon Dataport:		986,4	1.259,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	800,1	1.700,0	2.054,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-800,1	-1.700,0	-2.054,1

IT-Maßnahme 2004040043

InfReg90

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 212

Art IT Verfahren

Bezeichnung InfReg90

Beschreibung allgemein

Fachanwendung zur Abfrage von Kundendaten bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (vormals RegTP). Im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung kann es erforderlich sein, Fernmeldeanschlussinhaber festzustellen oder für namentlich bekannte Personen die zugeteilten Rufnummern zu ermitteln. Aufgrund von Vorgaben durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sind solche Auskunftersuchen zur Feststellung oben genannter Daten standardmäßig mittels eines elektronischen Datenaustausches durchzuführen. Nur unter bestimmten Voraussetzungen sind Auskunftersuchen per Brief oder per Fax zulässig.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	InfReg90	FA zur Abfrage von Kundendaten bei der BNetzA
2	InfReg100	Integrierte Lösung zum polizeilichen Auskunftersuchen ggü. Telekommunikationsdienstleistungen (Verbindungs- und Verkehrsdaten § 100 g StPO) ESB (Elektronische Schnittstelle Behörden)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 112 Telekommunikationsgesetz (TKÜ), §§ 100 g, h , 100 a, b StPO

Kennzahl 46

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Betriebsbereitschaft gegenüber Bundesnetzagentur 24/7/365 binnen einer Stunde	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
InfReg 90	1234	Aufrechterhaltung des Betriebes von InfReg 90	01.01.2010 - 31.12.2015
InfReg 90	1234	Implementierung der elektronischen Anlieferung von Verbindungsdaten gemäß § 100g/h StPO mittels ESB (Schnittstelle)	01.06.2010 - 30.06.2011
InfReg 90	1234	Vereinfachung des Services bei Aussperrung von Nutzern in InfReg 90 zur Selbstentsperrung durch Fa. Dialogika	01.10.2010 - 31.03.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	31,0	31,0	31,0
		davon Dataport:		31,0	31,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	31,0	31,0	31,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-31,0	-31,0	-31,0

IT-Maßnahme 2004041602

xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium

Art IT Verfahren

Bezeichnung xMeld - Entwicklung elektronische Datenübermittlung zwischen Meldebehörden

Beschreibung allgemein

Errichtung der zentralen IT-Infrastruktur für die elektronische Datenübermittlung zwischen der Meldebehörde und anderen Meldebehörden (landesintern und länderübergreifend), Bundesbehörden und Landesbehörden sowie private Stellen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
12613	Spiegeldatenbank	gespiegelter Melderegisterbestand SH
1327	E-Government-Gateway	Fachspezifische Funktionalitäten
12612	Clearingstelle	Übertragung von Daten im x-Format (Land)
12611	xMeld-Bund	Übertragung von Meldedaten im x-Format (Bund)

Sonstige Bemerkungen

Weiterentwicklungen E-Government-Gateway in Abhängigkeit zu der Zeitplanung FM Version 2.0

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 23 LMG, § 2 d. ersten BMeldDÜV (elektronisch)
§§ 5, 5c und 5d in Verbindung mit § 6 Abs. 2a der 2. BMeldDÜV

Politische Einstufung Das Meldewesen stellt einen elementaren Bestandteil des Verwaltungshandelns in Deutschland dar.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Quantifizierbare Aussagen zur Wirtschaftlichkeit sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
1102		Anteilige Kosten Kommunen (ca. 60 Prozent)

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Nutzung der Clearingstelle für die Kommunikation der Meldebehörden ist in der Landesmeldeverordnung ab dem 1. Januar 2007 zwingend vorgeschrieben.

Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Vollständige Automatisierung der Datenübermittlung der Meldebehörden (Ziel = 100 Prozent)	01.01.2010-31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Spiegeldatenbank	1261	Datenabruf der Polizei sicherstellen	01.01.2010 - 31.12.2015
Spiegeldatenbank	1261	Landes- und Bundesweiter Datenabruf von Behörden eröffnen und sicherstellen	01.01.2010 - 31.12.2015
Spiegeldatenbank	1261	Melderegisterauskünfte an private Stellen aufbauen und sicherstellen, inkl. Poweruser und Payment	01.01.2010 - 31.12.2015
Spiegeldatenbank	1261	Sicherstellung der anlassbezogenen regelmäßigen Datenübermittlung an Bundes- und Landesbehörden	01.01.2010 - 31.12.2015
Spiegeldatenbank	1261	Bundesweite Datenübermittlung der Meldebehörden untereinander sicherstellen	01.01.2010 - 31.12.2015
E-Government-Gateway	1327	Datenschutzrechtlich einwandfreie Identifizierung von Datenempfängern und Sicherstellung eines funktionierenden Paymentverfahrens	01.05.2010 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	422,5	404,2	404,2
		davon Dataport:		404,2	404,2
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	13,5	14,6	14,6
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	436,0	418,8	418,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-436,0	-418,8	-418,8

IT-Maßnahme 2004041603

Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art Grundversorgung
Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation IKO III IM SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	Mobiler Arbeitsplatz (MAP II)	
1230	Netzinfrastruktur	Optimierung der LAN-Verteilerschranke
1307	Sicherheitsmanagement	Erstellung Sicherheitskonzept für IM
1386	Fuhrparkverwaltung	
1364	Schwimm- und Badeatlas	Darstellung von Schwimm- und Badestellen in SH

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2010-31.12.2015
2	Ausstattung Heimarbeitsplätze - online und offline-Lösungen (1 Prozent pro Jahr)	01.01.2010-31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP II	1344	Aufgabenbezogene Ausstattung in den Arbeitsbereichen	01.01.2010-31.12.2015
Testlabor	1309	Konzepterstellung	01.01.2010 - 31.12.2011
Umstieg +1	1391	Konzepterstellung für den Umstieg +1 im IM	01.01.2010 - 30.06.2011
Umstieg +1	1391	Realisierung Umstieg +1	01.07.2011 - 31.12.2013
Black Berry	3	Piloteinführung Black Berry zur Erstellung des Einsatzkonzeptes	01.03.2010 - 30.06.2010
Black Berry	3	Erstellung Einsatzkonzept für die Black Berry's im IM	01.01.2011 - 31.12.2011
Fuhrparkverwaltung	1386	Einführung einer neuen Software für die Fuhrparkverwaltung	01.01.2010 - 31.12.2011
Schwimm- und Badeatlas	1364	Aufbau einer Infrastruktur in Anbindung an DANord	01.03.2010 - 31.12.2010
Schwimm- und Badeatlas	1364	Laufende Landessportentwicklung	01.01.2010 - 31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1386	Abschluss der Prüfung über Kooperation mit FHH (Fuhrparkverwaltung)	30.06.2010
1386	Erstellung Zeit- und Meilensteinplan zur Einführung einer neuen Software	01.09.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Fuhrparkverwaltung - Prüfung Kooperation mit FHH läuft
 Zeitwirtschaft - zentrale Lösung durch das Land SH

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	30,4	40,4	40,4
		davon Dataport:		0,4	0,4
525 37	019	Aus- und Fortbildung	15,0	20,0	20,0
527 06	019	Dienstreisen	4,8	7,0	7,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	456,9	445,0	457,0
		davon Dataport:		445,0	457,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	33,0	100,0	40,0
		davon Dataport:		94,5	34,5

Abschluss

Gesamtausgabe	540,1	612,4	564,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-540,1	-612,4	-564,4

IT-Maßnahme 2004041604

Systemtechnische Dienste der Landesplanung

Beschreibung

Art Grundversorgung

Bezeichnung Systemtechnische Dienste der Landesplanung

Beschreibung allgemein

Aufrechterhaltung des IT-Betriebes sowie Sicherstellung der Betreuung durch dataport und grundlegende interne Leistungen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1263	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	
1365	Gemeindedatenbank	Amtliche Gemeindekennziffern
1263	ROIS ROK	Infrastruktur der Landesplanung

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
ROIS ROK	1263	Anpassung der Infrastruktur an neue Technologien	01.01.2010 - 31.12.2015
Systemtechnische Dienste der Landesplanung	1263	Konzepterstellung für Monitoring und Controlling (einschließlich Berichtswesen) im Bereich Landesplanung	01.01.2011 - 30.06.2011
Systemtechnische Dienste der Landesplanung	1263	Prüfung, ob Betrieb der Infrastruktur Landesplanung verlagert werden kann	01.01.2010 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	3,0	4,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	38,0	51,0	38,0
		davon Dataport:		43,0	30,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			40,0	57,0	45,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-40,0	-57,0	-45,0

IT-Maßnahme 2004041605

Ersatzbeschaffungen GB IM

Beschreibung

Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen GB IM

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Anpassung der bestehenden IT-Infrastruktur an den Stand der Technik	01.01.2010 - 31.12.2015	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Ersatz IM	1264	Reinvestition von durchschnittlich 100 Arbeitsplätzen pro Jahr	01.01.2010 - 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	165,0	168,3	71,7
		davon Dataport:		168,3	71,7
		Abschluss			
Gesamtausgabe			165,0	168,3	71,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-165,0	-168,3	-71,7

IT-Maßnahme 2004042401

Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Basisinformationssysteme für Liegenschaftskataster und Landesvermessung

Beschreibung allgemein

Beschreibung und Ziel der Maßnahme:

Vollständig digitale Führung der Karten und Buchnachweise von Landesvermessung und Liegenschaftskataster mit den Bestandteilen:
 Automatisierte Liegenschaftskarte (ALK)
 Automatisiertes Liegenschaftsbuch (ALB)
 Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem (ATKIS)

Hauptziel war bisher die Zurverfügungstellung der digitalen Daten zur Nutzung in Geoinformationssystemen der Kunden und Wirtschaft und Verwaltung.
 Das Ziel der Fertigstellung der digitalen Daten ist 2005 für die gesamte Landesfläche erreicht worden. Das verbleibende Ziel ist, die Daten ständig auf dem Laufenden zu halten.

Parallel wird aber seit mehreren Jahren an der Ablösung durch die Nachfolgelösung gearbeitet. Danach werden die Verfahren heißen:
 Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS®)
 Amtliches Festpunktinformationssystem (AFIS®)
 Amtliches Topographisch-kartographisches Informationssystem (ATKIS®)
 AFIS®-ALKIS®-ATKIS® (AAA)

Die Einführung von AAA beruht auf Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) mit dem Ziel einer bundeseinheitlichen, auf internationalen Normen basierenden Geodatenbasis.

Ablauf:

Aufrechterhaltung der Altverfahren ALB und ALK und ATKIS bis ca. 2008
 Vorbereitende Arbeiten an den Altdaten seit 2004
 Pilotierung der Migration auf ALKIS® in 2006/2007 im LVerMA und im Pilotamt Lübeck
 landesweite Einführung ab 2008

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1244	ALK/ALB/ATKIS	Geobasisdaten-Altverfahren
1247	Migration	Migration der Altverfahren ins neue Datenmodell
1247	AFIS/ALKIS/ATKIS	Amtliche GeobasisdatenInformationssysteme

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 85

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2010-31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
ALK/ALB/ATKIS	1244	Pilotierung der VPK im Katasteramt Lübeck	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 1 Implementierungspartnerschaft der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein für die Datenhaltungskomponente (DHK)
 2 Kooperation mit Hamburg bzgl. der Verarbeitungs- und Präsentationskomponente (VPK)

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 Die Maßnahme steht aufgrund der engen Beziehung zum Geoserver im Kontext mit dem Projekt „Geodateninfrastruktur Deutschland GDI-DE“, „Geodateninfrastruktur Schleswig-Holstein“ und der „E-Government-Vereinbarung“ mit dem kommunalen Bereich

Verwaltungs- modernisierung

Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Durch Kommunalisierung der Katasterämter gehen Teile der Maßnahme/des Basisinformationssystems in die Zuständigkeit der Kreise über.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	15,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.144,5	1.286,0	1.308,5
		davon Dataport:		507,5	507,5
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	51,0	5,0	5,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	72,5	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.293,0	1.341,0	1.363,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.293,0	-1.341,0	-1.363,5

IT-Maßnahme 2004042402

Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen
Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2010 - 31.12.2015	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP II	1344	Ausstattung mobiler Arbeitsplätze	01.01.2010 - 31.12.2015
+1	1391	Pilot IM - Umstieg auf +1	01.02.2010 - 31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	333,5	479,0	445,5
		davon Dataport:		479,0	445,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	333,5	479,0	445,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-333,5	-479,0	-445,5

IT-Maßnahme 2004042403

Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Bürokommunikation u. Fachverfahren auf Standardarbeitsplätzen (IKO III)

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1344	MAP	Mobiler Arbeitsplatz

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2009 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
MAP	1344	Ausstattung mobiler Arbeitsplätze	01.01.2009 - 31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	15,0	55,0	45,0
		davon Dataport:		30,0	20,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	5,0	7,5	7,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	128,0	129,0	129,0
		davon Dataport:		129,0	129,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			148,0	191,5	181,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-148,0	-191,5	-181,5

IT-Maßnahme 2004042404

ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung ATKIS - Digitales Landschaftsmodell: Modell- und Kartographische Generalisierung

Beschreibung allgemein

1) Zu den zentralen Aufgaben des LVermA gehört die Bereitstellung der amtlichen topographischen Karten (ATKIS®-DTK). Diese Arbeiten sind erforderlich, da mehrere bundesweit einheitliche Kartenwerke, insbesondere auch durch die internationalen Verpflichtungen (Bundeswehr) des Bundes, vorzuhalten sind.

Seit 1995 wurden diese Arbeiten von der manuellen Kartographie auf automationsunterstützte Arbeitsweise am graphisch-interaktiven Kartographie-Arbeitsplatz umgestellt.

2) Um diese Aufgabe mit minimalem Mitteleinsatz zu erledigen, sollen derartige Karten zukünftig direkt aus den topographischen Landschaftsmodellen (ATKIS®-DLM) abgeleitet werden. Auf diese Art können zusätzliche Arbeiten bei der Beschaffung der Fortführungsdaten vermieden werden. Die Ableitung der amtlichen topographischen Karten muss auf der Grundlage einer modernen Softwareentwicklung basieren, die einen möglichst hohen Automationsgrad gewährleistet. Nur unter dieser Voraussetzung kann diese Aufgabe vor dem Hintergrund der begrenzten Personalressourcen auch zukünftig noch geleistet werden.

In den nächsten Jahren wird es insbesondere darum gehen, die automatische kartographische Generalisierung um die Komponente einer interaktiven kartographischen Generalisierung zu ergänzen. Außerdem müssen entsprechende Softwareentwicklungen für die Druckaufbereitung der digitalen Datenbestände in Auftrag gegeben werden. Gleichzeitig müssen die derzeit für die DTK50 entstehenden Programme auf die übrigen topographischen Kartenwerke übertragen werden (DGK5, DTK25 und DTK100). Hierfür werden die angemeldeten Haushaltsmittel dringend benötigt.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1247	Interaktive Kartenbearbeitung	Raster-/Vektorbearbeitung topographischer Karten
1247	ATKIS-Modellgeneralisierung	Automatische Generalisierung des DLM50 aus DLM25
1247	Automatische kartographische Generalisierung	Automatische Ableitung einer digitalen topographischen Karte
1247	Interaktive kartographische Generalisierung	Ergänzende Nachbearbeitung der automatischen Ableitung (s. Pkt. 3)

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Vermessungs- und Katastergesetz

Infrastrukturelle Bedeutung

Die modell- und kartographische Generalisierung ist ein zentrales Werkzeug zur Sicherstellung amtlicher Geobasisdaten im Maßstabsbereich 1: 5.000 – 1 : 100.000. Sie ist insofern eine wesentliche Voraussetzung für ein wirkungsvolles ressortübergreifendes Geodatenmanagement, die Einrichtung einer Geodateninfrastruktur einschließlich eines Geoservers und die darauf aufbauenden Anwendungen (e-Government).

Kennzahl 47

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Automatisierung im Bereich der Kartografie	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Automatische kartographische Generalisierung	1247	Teilweise Ablösung der "Alt-Verfahren"	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation derzeit mit 10 Bundesländern. Kooperationsvereinbarung liegt in der Fachlichkeit vor.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	17,0	17,0	17,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	110,4	121,4	121,4
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	30,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			160,4	144,4	144,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-160,4	-144,4	-144,4

IT-Maßnahme 2004042406

Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Verfahren für die Erstellung von digitalen Geländemodellen (ATKIS-DGM) und digitalen Orthophotos (ATKIS-DOP)

Beschreibung allgemein

Die Maßnahme umfasst alle Arbeiten des Landesvermessungsamtes mit Hilfe von Luftbildern
 Bereich A:
 Weitere Nutzung IT-gestützter Luftbildauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung, Neuausrüstung zur Nutzung neuester Digitaltechnik
 Bereich B:
 Weitere Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.
 Bereich C:
 Fortsetzung und Erneuerung der Produktion von digitalen Geländemodellen.
 Erweiterung des vorhandenen Arbeitsplatzes um Programme und Hardware zur Auswertung von Laserscan-Daten und Berechnung von hochgenauen digitalen Geländemodellen.
 Es besteht eine Kooperation zwischen dem MLUR und dem IM zur landesweiten Erstellung eines hochgenauen digitalen Geländemodells.
 Außerdem ist das LVerMA SH an einer Bund/Land Arbeitsgruppe Katastrophenschutz –Hochwasser- zum Aufbau des deutschen Notfallvorsorge- Informationssystem (deNIS System 2) beteiligt.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Photogrammetrie	Luftbildauswertung bei topographischen Vermessungen und Katastervermessung
2	Orthophotos DOP	Produktion digitaler Orthophotos aus den Luftbildern der topographischen Bildflüge zur Nutzung in Verwaltung und Wirtschaft.
3	Geländemodelle DGM	Produktion von digitalen Geländemodellen

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 - Vermessungs- und Katastergesetz - VermKatG vom 12. Mai 2004, §10 Aufgaben der Landesvermessung
 - Bundes-Bodenschutzgesetz zur Dokumentaion von Erosionsflächen
 - Landeskatastrophenschutzgesetz zur Ausweisung von überflutungsgefährdeten Gebieten
Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des 3-jährigen Befliegungsturnus	01.01.2010 - 31.12.2015
3	Nutzung des digitalen Geländemodellen DGM für Kartenaktualisierungen	01.01.2010 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 - Kooperation zwischen dem MLUR und dem IM zur landesweiten Erstellung eines hochgenauen digitalen Geländemodells
 - LVerMA SH beteiligt an einer Bund/Land Arbeitsgruppe Katastrophenschutz –Hochwasser- (deNIS System 2)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	5,0	5,0

533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	67,3	54,0	54,0
		davon Dataport:		39,0	39,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,0	10,0	10,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			75,3	70,0	70,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-75,3	-70,0	-70,0

IT-Maßnahme 2004042407

Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Auftragsverwaltung Landesvermessungsamt und Katasterämter

Beschreibung allgemein

Die Automatisierung der Verwaltungsabläufe in der Vermessungs- und Katasterverwaltung – AVE VUK – war Inhalt eines Beratungsprojekts der Datenzentrale, dessen Umsetzung die IT-Kommission auf ihrer Sitzung am 17. Mai 1995 dem Innenminister empfohlen hat.

Auf Basis einer umfassenden Analyse und optimierter Geschäftsprozesse wurde ein IT-Konzept erarbeitet, das neben systemtechnischer Standardisierung den Einsatz verschiedener Softwareprodukte besonders für das Auftragswesen vorsah.

Für die Katasterämter wurde daraufhin das Verfahren AGB (Automatisiertes Geschäftsbuch) eingeführt, das noch heute zentrales Werkzeug für alle auftragsbezogenen Arbeiten ist und damit auch wirtschaftliches, zügiges und bürgerfreundliches Verwaltungshandeln ermöglicht.

Zu der anschließend geplanten Einführung entsprechender Verfahren im Landesvermessungsamt kam es nicht, weil inzwischen die Einführung von SAP R/3 gestartet war und nun zunächst ein Konzept erstellt werden musste, die Aufgaben auf SAP-Basis zu lösen.

Da dies nicht zu realisieren war, verfolgen wir zurzeit den Plan für das Auftragswesen der Katasterämter und des LVerMA eine Softwarelösung eines anderen Bundeslandes zu übernehmen.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 33

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Sicherstellung des Betriebes AGB	01.01.2011 - 31.12.2015	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
AGB	1250	Pilotierung und Freigabe des neuen AGBs	01.01.2010 - 31.12.2010
AGB	1250	Laufende Weiterentwicklung des AGB	01.01.2010 - 31.12.2014
AGB	1250	Überführung in den laufenden Betrieb des neuen AGBs	01.01.2011 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,5	0,5	0,5
		davon Dataport:		0,5	0,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	98,0	105,0	105,0
		davon Dataport:		105,0	105,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			100,5	106,5	106,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,5	-106,5	-106,5

IT-Maßnahme 2004042408

Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Verfahren für Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Bodenwerte

Beschreibung allgemein

Die Katasterämter, die die Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte übertragen bekommen haben, benötigen zur fachgerechten Erledigung Hard- und Software-Ausstattung. Für die Führung der Kaufpreissammlung ist die Software PS-Explore der Fa. VGSPS im Einsatz, daneben gibt es weitere Verfahren zur Erstellung von Wertgutachten und zur Dokumentation von Richtwerten.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Kaufpreissammlung (DB)	Erfassung der Grundstückskaufverträge, Statistische Auswertung
2	Verkehrswertgutachten	Software zur Erstellung von Wertgutachten
3	Bodenrichtwerte	Dokumentation und Vertrieb von Richtwerten

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 47

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Bodenrichtwerte	1	Standardisierung der Daten für bundesweite Nutzung (VBoris)	01.01.2010 - 31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,5	0,5	0,5
		davon Dataport:		0,5	0,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	4,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	10,0	33,0	15,0
		davon Dataport:		20,0	5,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			14,5	35,5	17,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14,5	-35,5	-17,5

IT-Maßnahme 2004042409

Digitales Rissarchiv

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Digitales Rissarchiv

Beschreibung allgemein

Bereits in dem von der Datenzentrale 1995 erarbeiteten Konzept für die Automationsunterstützung der Verwaltungsabläufe (AVE-VUK) war festgestellt worden, dass auch die Verwaltung von Unterlagen in Facharchiven deutlich vereinfacht werden kann, wenn entsprechende Verfahren für digitale Archivierung eingesetzt werden.

2000 wurde eine EU-weite Ausschreibung durchgeführt, um die günstigste Hardware- und Software-Lösung für die Vermessungs- und Katasterverwaltung zu finden. Anschließend wurde ein Pilotprojekt in zwei Katasterämtern durchgeführt, um zu einer ausgereiften Verfahrenslösung zu kommen. Schrittweise wurde die Technik in weiteren Katasterämtern eingeführt, Ende 2005 sollen alle Ämter mit dem digitalen Rissarchiv arbeiten.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Kennzahl 71

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Umstellung der Papiernachweise in digitale Formate	01.01.2010 -31.12.2015	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Digitales Rissarchiv	1252	Entwicklung einer Softwarekomponente zur Verbindung des Archivs mit der AAA-Welt	01.01.2010 - 31.12.2011
Digitales Rissarchiv	1252	Untersuchung zur Verlagerung von IT-Leistungen an Dataport	01.01.2010 - 31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,5	0,5	0,5
		davon Dataport:		0,5	0,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	15,0	15,0	25,0
		davon Dataport:		0,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			20,5	20,5	30,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20,5	-20,5	-30,5

IT-Maßnahme 2004042410

Geoserver

Beschreibung

Ressort / Behörde LVermA SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Geoserver

Beschreibung allgemein

Digitaler Atlas:

Im Rahmen der Internet-Strategie des Landes Schleswig-Holstein ist im Kompetenz-bereich Raumbezug das Vorhaben „Digitaler Atlas Schleswig-Holstein“ ins Leben gerufen worden. Ziel des Projektes ist es, Geofachdaten des Landes und des kommunalen Sektors für interne Zwecke und für die Öffentlichkeit mit Hilfe der Internet-Technologie auf einem einheitlichen Kartenhintergrund zu präsentieren.

Der Digitale Atlas bietet die Möglichkeit, unterschiedlichste frei wählbare Themen zu selektieren, in verschiedene Maßstabbereiche hineinzu-zoomen und zusätzliche Sachinformationen aufzurufen. Diese Präsentation in Kartenform - "was" gibt es „wo“ in Schleswig-Holstein – ist als Infrastrukturmaßnahme zur Stärkung des Standorts Schleswig-Holstein zu verstehen.

Geoserver:

Informationen über Objekte und Sachverhalte mit Raumbezug (Geoinformationen) bilden ein Wirtschaftsgut ersten Ranges und haben sich zu einer Schlüsselressource der Informationsgesellschaft entwickelt. Mit dem Aufbau einer Geodateninfrastruktur (GDI) wird auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene das Ziel verfolgt, den Zugang zu den verschiedensten Geodaten für Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und die Bürgerinnen und Bürger durch eine verbesserte Koordinierung, sowie durch Ausschöpfung der Möglichkeiten einer modernen Informationstechnologie wesentlich zu erleichtern. Den Kern einer GDI bilden die Geobasisdaten zusammen mit den Geofachdaten und den dazugehörigen Metadaten. Durch ein Bündel von technischen, administrativen und organisatorischen Maßnahmen und Einrichtungen werden verbesserte Nutzungsmöglichkeiten dieser Geodatenbasis angestrebt.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Geoserver	Internetvertriebssystem der Vermessungs- und Katasterverwaltung
2	Digitaler Atlas	Ressortübergreifender Geodatenauftritt
3	SH-MIS Terracatalog	Metadateninformationssystem

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Vermessungs- und Katastergesetz

Kennzahl 47

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bereitstellung einer Plattform zum Vertrieb von Geodaten	01.01.2010 - 31.12.2015
2	Schaffung eines Eckpfeilers zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Land SH	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Geoserver	1	Abnahme der Phase IIa +b	01.01.2010 - 31.12.2010
Geoserver	1	Beauftragung Phase III	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation mit FHH

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0

Abschluss

Gesamtausgabe	0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2004043300

Betrieb Bürokommunikation AfK

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz
 Düsternbrooker Weg 104
 24105 Kiel

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation AfK

Beschreibung allgemein

Bürokommunikation für das AfK und Sonderanwendungen für den Katastrophenschutz in der IKOTECH- Umgebung.
 Für die Erstellung der Analysen für Hochwassergefährdete Gebiete wurde der Arbeitsplatz IV AfK 110 mit der Zusätzlichen Software Arc View / Arc Gis ausgestattet. Diese SW wird mit einem Wartungsvertrag auf dem neuesten Stand gehalten. Des weiteren wird diese SW auch auf dem vom AfK beschafften Server im GLFZ-IM für die Nutzung von Orthophotos, sowie die Bereitstellung von Geo-Basisdaten in LUPUS für die Stäbe des KatS und der Polizei eingesetzt. Für diese Lizenz wurde auch eine Folgewartung abgeschlossen. Ferner sind Anwendungen für den Assistenzrechner des Amtes im IKOTECH- Netz ständig auf dem neuesten Stand zu halten u. a. Gefahrstoffdatenbanken, Fotobearbeitung usw..
 Zukünftig müssen weiterhin vermehrt Fachanwendungen für den Katastrophenschutz eingesetzt werden u.a. für die Gefährdungsabschätzung der Kreise und kreisfreien Städte. Damit wird die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation und die Sicherstellung des Datenaustausches mit dem GLFZ-IM sowie den reibungslosen Einsatz der Fachanwendungen gewährleistet.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Orthophotos	Luftbilder
2	IKOTech III	Standard Bürokommunikation
3	Analyse hochwassergefährdenden Gebiete	Kartenerstellung über ArgGIS und Auswertung der gefährdeten Gebiete

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation und die Sicherstellung des Datenaustausches mit dem GLFZ-IM, der reibungslose Einsatz der Sonder- und Fachanwendungen und der Betrieb der technischen Ausstattung des Führungsraumes Katastrophenschutz im GLFZ-IM	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	1	Weiterführung der bestehenden IT-Infrastruktur im Bereich Hochwasserschutz	01.01.2010 - 31.12.2015
2	1	Fortschreibung der Gefahrstoffdaten (Bund)	01.01.2010 - 31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Abschluss der IT-Neuausstattung für die Führungsstab Katastrophenschutz	31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	6,0	6,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	1,5	1,5
		davon Dataport:		1,5	1,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	25,0	8,0	8,0
		davon Dataport:		6,0	6,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,0	7,0	6,0
		davon Dataport:		7,0	6,0

Abschluss

Gesamtausgabe	30,0	22,5	21,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-30,0	-22,5	-21,5

IT-Maßnahme 2004043310

Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz

Beschreibung

Ressort / Behörde AfK
Art IT Verfahren
Bezeichnung Telekommunikationseinrichtungen für den Katastrophenschutz

Beschreibung allgemein

Behördenübergreifende formelle- und nichtformelle Kommunikation mit redundanten TK-Verbindungen (Mehrwegeführung) unter einem einheitlichen Kommunikationssystem mit Übergang in die Stabskommunikation.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	deNIS II Plus	Stabsunterstützungssystem
2	Videokonferenzenanlagen	
3	Telekommunikationsanlagen	für den Führungsstab der unteren KatS-Behörden

Sonstige Bemerkungen

Neuausrichtung im Katastrophenschutz befindet sich in der Umsetzung. Daraus leiten sich neue Anforderungen an die Telekommunikation ab.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 LKatSG § 6 Abs. 1 Satz 1 und 2

Infrastrukturelle Bedeutung

Fachverfahren deNIS II plus muss über das Landesnetz abgebildet werden, da der Bund für das Fachverfahren gesicherte Kommunikationsverbindungen fordert. Diese Vorgabe ist im Rahmenvertrag des Bundes hinterlegt.

Kennzahl 46

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Kommunikationsverbindung im Katastrophenschutz zwischen Kreisen und kreisfreien Städten und dem Land	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Telekommunikation	6	Erhaltung einer krisensicheren Kommunikation im Katastrophenschutz vor dem Hintergrund der Einführung von VoIP bzw. Next Generation Networks (NGN)	01.01.2010 - 31.12.2015
Telekommunikation	5	Schaffung einer durchgängig homogenen Kommunikationstechnik zwischen Stabskommunikation und Kommunikation zwischen den Stäben.	01.01.2010 - 31.12.2015
Telekommunikation	4	Sicherstellung eines behördenübergreifenden formellen Kommunikationssystems über gesicherte Kommunikationsverbindungen.	01.01.2010 - 31.12.2013
Telekommunikation	3	Entwicklung von Schnittstellen zwischen den unterschiedlichen Stabsunterstützungssystemen	01.01.2010 - 01.01.2013
Telekommunikation	3	Harmonisierung der bestehenden Schnittstellen (xKatastrophenhilfe (wird als eigene IT-Maßnahme dann angemeldet))	01.01.2010 - 31.12.2015
Telekommunikation	2	Absicherung der Kommunikationsverbindungen im KatS durch Mehrwegeführung	01.01.2010 - 31.12.2013
Telekommunikation	1	Einführung einer Fachanwendung (deNIS II plus) als Kommunikationsbasis der KatS - Stäbe	01.01.2010 - 01.01.2012
Videokonferenzenanlagen	1	Abstimmungsprozess über die Ablösung der bestehenden Endgeräte durch Netzwerkfunktionalitäten (Abstimmung mit FM erforderlich)	01.01.2010 - 31.12.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Redundante Anbindung der Kommunikationsclients	01.09.2010
2	Abschluss des Pilotprojekts deNIS II plus (Deutsches Notfallinformationssystem)	30.04.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit dem Bund im Bereich deNIS II plus
 Kooperation mit FHH im Bereich Erfahrungsaustausch und Schulung deNIS II plus

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	10,0	10,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
527 06	019	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	33,0	33,0	33,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	63,0	26,0	26,0
		davon Dataport:		26,0	26,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			110,0	73,0	73,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-110,0	-73,0	-73,0

IT-Maßnahme 2004043350

Bürokommunikation AfK - Munitionszerlegebetrieb

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
Amt für Katastrophenschutz - Munitionszerlegebetrieb

Art Grundversorgung

Bezeichnung Bürokommunikation AfK - Munitionszerlegebetrieb

Beschreibung allgemein

Bürokommunikation für den Munitionszerlegebetrieb des AfK. Der Munitionszerlegebetrieb wurde 2003 auf IKOTECH III umgestellt. Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation, insbesondere im sicherheitstechnischen Bereich durch Schaffung der Verfügbarkeit der zentralen Dienste des LKA (PDAFB) und BKA (Waffenatlas).

Beschaffung von Sondierungssoftware zum Auffinden von Explosionskörpern im Erdreich.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Magneto	Sondierungssoftware
2	VALLON EVA2000	Sondierungssoftware
3	Waffenatlas	BKA-Datenbank mit Daten über Waffentypen

Priorität

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 165 Absatz 2 und § 175 Absatz 1 Landesverwaltungs-gesetz,
Landesverordnung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung),
§2 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410		Einnahmen aus Leistungen Sondierarbeiten / Kampfmittelräumung
67		
11167		

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1257	Ziel ist die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Bürokommunikation, insbesondere im sicherheitstechnischen Bereich durch Anbindung an die Netzwerke des LKA und BKA. Übertragen der Luftbilder an die Sondierer vor Ort. Aktuelle Fachsoftware zum Auffinden von Munition im freien Gelände.	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1257	1	Schaffung der Verfügbarkeit der Dienste des BKA und LKA gemäß den Sicherheitsanforderungen	01.01.2010 - 31.12.2011
1257	2	Fortschreibung der Sondierungssoftware für das Auffinden von Explosionskörpern gemäß den technologischen Weiterentwicklungen	01.01.2010 - 31.12.2015
1257	3	Merker (ggf. neues IT-Vorhaben): Aufbau eines IT-unterstützten Kampfmittelkatasters (See und Land)	01.01.2010 - 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	17,0	17,0
		davon Dataport:		17,0	17,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	7,0	10,0	4,0
		davon Dataport:		10,0	4,0

Abschluss

Gesamtausgabe	8,0	28,0	22,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-8,0	-28,0	-22,0

IT-Maßnahme 2004043370

Geographisches Informationssystem und digitale Luftbilddauswertung

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz - Munitionszerlegebetrieb

Art IT Verfahren

Bezeichnung Geographisches Informationssystem und digitale Luftbilddauswertung

Beschreibung allgemein

Der KMRD ist verpflichtet, flächendeckend Altlastenflächen (Munition) zu dokumentieren und den Bearbeitungsstand nachzuweisen. Die digitale Auswertung der Luftbilder ist langfristig Grundlage für die Suche nach Bombenblindgängern aus dem 2. WK. Die Koordinaten werden unter Anwendung der Software SterioHIT+ in das GIS- System automatisiert übernommen. Hierdurch wird eine wirtschaftlichere und effektivere Luftbilddauswertung ermöglicht.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Initialtext	

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 § 165 Absatz 2 und § 175 Absatz 1 Landesverwaltungsgesetz,
 Landesverordnung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung),
 §2 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0410		Einnahmen aus Leistungen für Luftbilddauswertungen (nur Unternehmen)
67		
11167		

Kennzahl 18

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1258	Befreiung von Bombenblindgängern aus dem 2. Weltkrieg für das Land SH	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1258	1	Verbesserung der Schnittstelle zwischen Luftbilddauswerteeinheit und Statusdatenbank (Sondierungsstatus)	01.01.2010 - 31.12.2013
1258	2	Kopplung der Attributdatenbank mit der Luftbilddauswertungsanwendung	01.01.2010 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Initialtext	tt.mm.jjjj

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit Bremen und Mecklenburg-Vorpommern

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	3,0	13,0	16,5
		davon Dataport:		13,0	16,5
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,0	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0

Abschluss

Gesamtausgabe	7,0	17,0	20,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-7,0	-17,0	-20,5

IT-Maßnahme 2004043380

Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium des Landes SH
 Amt für Katastrophenschutz

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Amt für Katastrophenschutz

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Kontinuierliche Erneuerung von Hard- und Software gemäß üblicher Abschreibungsfristen	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	1	Reinvestition von durchschnittlich 45 Arbeitsplätzen im Bereich AfK	01.01.2010 - 31.12.2015
1	2	Reinvestition von durchschnittlich 32 Notebooks im Bereich AfK	01.01.2010 - 31.12.2015
1	3	Reinvestition von durchschnittlich 7 Serversystemen im Bereich AfK	01.01.2010 - 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	18,1	17,7	13,9
		davon Dataport:		17,7	13,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			18,1	17,7	13,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-18,1	-17,7	-13,9

IT-Maßnahme 2004049999

Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
LPA 21/22

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb Bürokommunikation bei der LaPo SH

Beschreibung allgemein

Sicherstellung und Fortführung des Betriebes für den Bereich der Landespolizei SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1217	Fachliches Consulting	
1217	Betrieb Ikotech III (inkl. Testlabor)	
3	Support FS- und OU-Administration	
1217	Callcenter	
1221	Remedy Betrieb	
6	OVV Serverwartung	
1331	LCL-Prüftool	Prüfen von neuen Locations zur Integration in den Datenbestand
1240	FELIS-LUPUS	Einsatzleitsystem mit Stabskommunikationssoftware

Sonstige Bemerkungen

60 Prozent des Geschäftsbedarfs werden den Finanzstellen der Polizei zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Im Inventarisierungs- und Beschaffungserlass des IM wird geregelt, dass ausschließlich Papier und Toner sowie Kleinteile daraus finanziert werden dürfen. Durch weitere Ausstattungen mit IKOTech III - Arbeitsplätzen und der Anbindung an das Landesnetz erhöhen sich die Kosten des Geschäftsbedarfs kontinuierlich. Die vertraglichen Leistungen für den Betrieb IKOTech III wurden aus der IT-Maßnahme 2004040011 (Ausstattung LaPo) übernommen. Damit erhöht sich die MFP in dieser IT-Maßnahme entsprechend. Die Reisekosten werden zu 90 Prozent zur Bewirtschaftung an das LPA 25 weitergeleitet und stehen für Dienstreisen, die im Rahmen der IT notwendig werden, zur Verfügung. Allerdings ist zu beachten, dass diese Mittel nur für Beschäftigte der Dez. 21 und 22 beim LPA zur Verfügung stehen.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebes und Versorgung der PDén mit Papier und Toner etc.	01.01.2010-31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
IKOTech III	1217	Sicherstellung eines sicheren und verfügbaren Betriebes zu den vereinbarten Service Levels	01.01.2010 - 31.12.2015
IT-Aus- und Fortbildung	1	Sicherstellung der Mitarbeiterqualifikation	01.01.2010 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen LCL-Prüftool - Bund und Länder

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	565,4	570,0	570,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	100,0	100,0	100,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
527 06	019	Dienstreisen	33,0	33,0	33,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.181,6	1.215,2	1.215,2
		davon Dataport:		1.096,3	1.096,3
631 02	019	Zuweisungen an den Bund	7,0	7,0	7,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	3,0	3,0	3,0

Abschluss

Gesamtausgabe	1.890,0	1.928,2	1.928,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-1.890,0	-1.928,2	-1.928,2

IT-Maßnahme 2005041606

xPersonenstand

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art IT Verfahren
Bezeichnung xPersonenstand

Beschreibung allgemein

Zum 1. Januar 2009 ist das neue Personenstandsgesetz in Kraft getreten. Es umfasst weit reichende Änderungen der Inhalte bei Geburts-, Ehe-, Lebenspartnerschafts- und Sterberegister. Darüber hinaus bestimmt es erstmals, dass die Personenstandsregister nach Ablauf bestimmter Fristen an die zu-ständigen kommunalen Archive zur dauernden Aufbewahrung und Nutzung abzugeben sind. Revolutionieren wird die Arbeit im Standesamt aber die obligatorische Einführung elektronischer Personenstandsregister spätestens zum 1. Januar 2014.

Innenministerium, kommunale Landesverbände und Landesverband der Standesbeamtinnen und Standesbeamten haben sich darauf verständigt, dass die Errichtung eines landesweit zentral geführten elektronischen Personenstandsregisters die wirtschaftlichere Lösung gegenüber lokal in den Kommunen aufzubauenden Registern sind. Der Aufbau des zentralen Personenstandsregisters wird gemeinsam mit Dataport für Hamburg und Schleswig-Holstein vorbereitet.

Als nächster Schritt in dem Projekt ist die Ausschreibung eines Produktes für das elektronische Register vorgesehen. Es ist keine Eigenentwicklung durch Dataport geplant. Die Ausschreibung soll im März 2010 beginnen. Das Produkt soll im Juli 2010 ausgewählt sein.

Der Aufbau der elektronischen Mitteilungsdienste kann unabhängig vom Vorhandensein des elektronischen Registers vorangetrieben werden, da die Mitteilungen im Rahmen der Sachbearbeitung aus den Fachverfahren erzeugt werden. Auch der Mitteilungsverkehr soll wie im Meldewesen auch gemeinsam für Schleswig-Holstein und Hamburg aufgebaut und betrieben werden. Für das Personenstandswesen soll hier die für das Meldewesen aufgebaute zentrale IT-Infrastruktur bei Dataport (Clearingstelle, Landesnetz, DVDV) genutzt werden.

Deshalb hat Dataport den Auftrag erhalten, den elektronischen Mitteilungsverkehr im Personenstandswesen konzeptionell vorzubereiten, damit die Umsetzung zeitnah erfolgen kann.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Kryptografische Funktionalitäten	Qualifizierte digitale Signatur, Langzeitarchivierung, Nachsignierung, Zeitstempeldienst (Nutzung E-Government-Infrastruktur)
2	Personenstandsregister (Land)	
3	xPersonenstand	Austauschformat Bundesebene
4	Mitteilungsdienste	DVDV - Nutzung der Clearingstelle

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. § 3 Abs. 3 PStRG
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Prioritäres DOL-Projekt
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. März 2009, Nutzwertanalyse

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
1102.00.63.313	150.000,0	Deckung aus dem kommunalen Haushalten zur Finanzierung des Aufbaues ePersonenstand

Infrastrukturelle Bedeutung

Verknüpfungen bestehen insbesondere zur IT-Maßnahme XMeld/Spiegeldatenbank, da geplant ist, die gleichen technischen Kommunikationsinfrastrukturen zu nutzen und ggf. auch die Konzeption für die Spiegeldatenbank weiter zu entwickeln. Berührungspunkte könnten zu verschiedenen Projekten im Justizbereich bestehen, die bereits Erfahrungen mit digitaler Signierung (Grundbuch, Register) haben. Nutzung der zentralen E-Government-Infrastruktur im Bereich Netze, Brooking-Dienste, Archivierung, Signatur

Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des elektronischen Registerverfahrens im Personenstandswesen	01.01.2010 - 31.12.2015
2	Umsetzung der Vorgaben aus dem E-Governmentgesetzes	01.01.2010 - 01.01.2014

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
xPersonenstand	1334	Abschluss der VwV zum dauerhaften Betrieb von xPersonenstand	01.01.2010 - 31.12.2015
Mitteilungsdienste	1	Anpassung DVDB und Vermittlungsstelle an die Anforderungen im Personenstandswesen	01.01.2010 - 31.12.2015
Kryptografische Funktionalitäten	2	Aufbau und Betrieb der qualifizierten digitalen Signatur, Zeitstempeldienst, Langzeitspeicherung, Nachsignierung	01.01.2010 - 31.12.2015
Personenstandsregister	4	Aufbau des landesweiten elektronischen Personenstandsregisters	01.01.2010 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Ausschreibung des landesweiten Personenstandsregisters	01.03.2010
2	Zuschlagserteilung für Ausschreibungsverfahren Personenstandsregister	15.07.2010
3	Abschluss der VwV (Betrieb xPersonenstand)	01.03.2010
4	Pilotierung Mitteilungsdienste	01.11.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Verwaltungsvereinbarung mit allen Bundesländern
 gemeinsames Projekt mehrerer Länder bei Dataport (derzeit FHH und SH, HB prüft)

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 prioritäres DOL-Projekt

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
 Optimierung der Verwaltungsprozesse untereinander (vgl. Electronic Government in SH - Ber. d. LR vom 24.04.2007) und andererseits auch die Bürgerservices und die Nutzungsmöglichkeiten der Daten i. R. des Zulässigen verbessern (z.B. Ahnenforschung).

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	636,0	377,0	277,0
		davon Dataport:		377,0	277,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	28,0	18,0	18,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			664,0	395,0	295,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-664,0	-395,0	-295,0

IT-Maßnahme 2006040050

Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)

Beschreibung

Ressort / Behörde LPA 20
Art IT Verfahren
Bezeichnung Ausstattung LaPo (Unterstützungsleistungen)

Beschreibung allgemein

Für die Ausstattung der Polizei mit IKOTECH III, insbesondere für die Ausstattung der Kleinstdienststellen und der Nachsteuerung in der Fläche sollen Dienstleistungen durch Dataport erbracht werden. Diese Maßnahme wird erforderlich, damit die Ausstattung in der LaPo mit IKOTECH III zeitnah abgeschlossen werden kann und somit die Vorteile einer einheitlichen Infrastruktur genutzt werden können.

Sonstige Bemerkungen

Nach der Ablösung von COMPAS ist die Ablösung der APC auf den Kleinstdienststellen und Migration sonstiger Anwendungen und Verfahren zur Konsolidierung der IT-Umgebung dringend erforderlich. Die bestehenden Personalkapazitäten werden durch diese Aufgabe gebunden, so dass für die Ausstattung der LaPo mit IKOTECH III nicht mehr entsprechendes Personal zur Verfügung gestellt werden kann. Abhängigkeiten zur IT-Maßnahme Ersatz LaPo (2004040040)

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit der Fortsetzung der Ausstattung wird die Konsolidierung der IT-Infrastruktur fortgesetzt.

Kennzahl 59

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Durchführung der Re-Investition bei der Landespolizei	01.01.2008-31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Sicherheitsmanagement	1307	Erstellung Sollkonzeption für Löschung der Festplatten und anschließenden Audit	01.02.2008-31.12.2008
Ersatz LaPo	1233	Durchführung der geplanten Re-Investition	01.01.2008-31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	330,0	500,0	500,0
		davon Dataport:		500,0	500,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	330,0	500,0	500,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-330,0	-500,0	-500,0

IT-Maßnahme 2006041607

Beteiligung-online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art IT Verfahren
Bezeichnung Beteiligung-online LEP (Neuaufstellung Landesentwicklungsplan SH)

Beschreibung allgemein

In der Koalitionsvereinbarung ist die Neuaufstellung des Landesraumordnungsplanes 1998 (künftig Landesentwicklungsplan - LEP) innerhalb dieser Legislaturperiode vorgesehen. Nach derzeitiger Rechtslage ist im Rahmen der für 2007/2008 geplanten Neuaufstellung des LEP ein Anhörungs- und Beteiligungsverfahren durch Übersendung der Planunterlagen (Entwurfstext und Entwurfskarte) gem § 7 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LaplaG) durchzuführen. Dabei werden neben sämtlichen Kommunen des Landes (1.125) auch zahlreiche andere Träger der öffentlichen Verwaltung (Fachbehörden, Kammern, Verbände etc. - rd. 400 Stellen) beteiligt. Darüber hinaus ist aufgrund des Gesetzes zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG (SUPG) erstmals eine umfangreiche Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit bezüglich des Plans und des darüber hinaus zu erstellenden Umweltberichtes durchzuführen. Dadurch ist erstmals auch den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern oder anderen Privaten Gelegenheit zu geben, sich zu dem Entwurf des Planes und dem Umweltbericht zu äußern.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschluss Arbeitsprogramm Landesregierung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
0401.		Reduzierung der Druckkosten

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit Hilfe des Pilotprojektes soll die Funktionalität, Effektivität und Akzeptanz eines umfangreichen internetgestützten, raumbedeutsamen Beteiligungsverfahrens und seiner rechtskonformer Ausgestaltung erprobt werden.

Kennzahl 14

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Effektive Durchführung des Beteiligungsverfahrens (intern) und transparenter Zugriff und Informationsfluss über das Beteiligungsverfahren durch den Bürger	01.01.2010 - 30.10.2010

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
E-Government	1327	Verfügbarkeit des Services LEP für Beteiligte (Behörden, Bürger)	01.01.2010 - 30.10.2010
LEP	1347	Vorbildfunktion für andere raumbedeutsame Planverfahren	01.01.2010 - 30.10.2010
LEP	1347	Auswertung der Stellungnahmen und Erarbeitung von Voten, Ressortabstimmung, Kabinett	01.01.2010 - 30.06.2010
LEP	1347	Auswertung sowie Anforderungskatalog und Vergabe einer externen Konzepterstellung „Laufender Betrieb“ für weitere raumbedeutsame Beteiligungsverfahren	01.10.2010 - 31.12.2010
LEP	1347	Externe Konzepterstellung „Laufender Betrieb“	01.01.2011 - 31.03.2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Projekteinrichtung mit Niedersachsen
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Vorbereitende Maßnahme zur anstehenden Kommunalisierung der Regionalplanaufstellung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	25,0	25,0	25,0
		davon Dataport:		25,0	25,0

Abschluss

Gesamtausgabe	25,0	25,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-25,0	-25,0	-25,0

IT-Maßnahme 2006042411

Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

Beschreibung

Ressort / Behörde LVerMA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Pflege und Betrieb des SAPOS / Galileo

Beschreibung allgemein

SAPOS Schleswig-Holstein

Der Satellitenpositionierungsdienst der Deutschen Landesvermessung, kurz SAPOS, besteht bundesweit aus über 250 Stationen und stellt das amtliche Bezugssystem sowie aktuelle Raumbezüge mit modernen Kommunikationsmitteln flächendeckend bereit. SAPOS basiert auf dem „Global Positioning System“, kurz GPS, der USA.

Der SAPOS- Dienst Schleswig-Holstein besteht aus 14 Stationen. Angebunden sind diese Stationen an die Server im Landesvermessungsamt über das Landesnetz bzw. Landesnetz verlängert mit angemieteter Standleitung oder DSL-Verbindung www.static.lverma.schleswig-holstein.defsapos/lverma_sapos.html

Der Transport der GPS-Daten an die Zentrale Stelle SAPOS in Hannover geschieht über das TESTA-Netz. Ebenso werden über diese Verbindung die Daten der Randstationen der benachbarten Länder Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern empfangen, damit bis an die Landesgrenze die Vorteile der Vernetzung der SAPOS-Stationen genutzt werden kann www.static.lverma.schleswig-holstein.de/sapos/lverma_p_imapemap.html Zum Laridesbetrieb für Geoinformation und Vermessung Hamburg besteht eine separate TESTA-Verbindung, für das Kooperationsprojekt einer gemeinsamen zentralen Datenabgabe an Dritte. Diese Projekt untergliedert sich in die Bereiche: Abgabe der Korrekturdaten über Telefon(GSM), Abgabe der Korrekturdaten über Internet (NTRIP) sowie die Abgabe der GPS-Rinexdaten über einen Web-Server. Weitere Informationen über dieses Projekt erhält man unter www.sapos.peonord.de

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	TESTA-Netz	Bundesweites Netz

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Vermessungs- und Katastergesetz
Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Beitrages Land SH zum bundeseinheitlichen Positionierungsdienst	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
SAPOS	1254	Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2010 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Bundesweites Verfahren

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,5	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	65,7	69,8	71,8
		davon Dataport:		68,3	70,3
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	1,5	2,0	2,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	15,0	0,0
		davon Dataport:		15,0	

Abschluss

Gesamtausgabe	68,7	88,8	75,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-68,7	-88,8	-75,8

IT-Maßnahme 2007041608

Wahlabendprogramm

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art IT Verfahren
Bezeichnung Wahlabendprogramm

Beschreibung allgemein

Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung vorläufiger Ergebnisse am Wahlabend bei Gemeinde- und Kreiswahlen (Kommunalwahl), Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen - Wahlabendprogramm -)

Sonstige Bemerkungen

Ermittlung vorläufiger Wahlergebnisse am Wahlabend gemäß den rechtlichen Anforderungen (s. Nr. 4)
 Darüber hinaus ist eine zeitnahe Aufbereitung und Darstellung von Wahlergebnissen am Wahlabend unter Beibehaltung des bisherigen Umfangs und Qualitätsstandards ohne DV-Unterstützung nicht möglich.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Kennzahl 53

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ermittlung, Aufbereitung und Darstellung der Wahlergebnisse am Wahlabend	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Wahlabendprogramm	1355	Aufnahme des Wirkbetriebes und Aufrechterhaltung des Betriebes	01.01.2011 - 31.12.2016

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Umsetzung neuer gesetzlicher Anforderungen	31.03.2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Die Kooperation mit FHH wurde aufgrund der hohen Kostenbeteiligung als nicht zielführend eingestuft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	58,0	70,0	70,0
		davon Dataport:		70,0	70,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	28,5	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			86,5	70,0	70,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-86,5	-70,0	-70,0

IT-Maßnahme 2008040051

IT-Architektur

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Architektur

Beschreibung allgemein

Die IT-Architektur eines Unternehmens stellt die Gesamtheit aller Komponenten, Technologien und organisatorischer Maßnahmen dar, die die im Unternehmen vorkommenden Funktionen, Prozesse und Daten abbilden und deren Zusammenspiel ermöglichen.

Aus: www.galileocomputing.de/download/dateien/446/galileocomputing_it_architektur.pdf

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme IT-Architektur wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Aufbau einer IT-Architektur im Ressort	01.01.2010 - 31.12.2015	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
IT-Architektur	1339	Bestandsaufnahme IT-Architektur (externe Personalleistungen)	01.06.2010 - 31.12.2015
IT-Architektur	1339	Ausbau von ARIS als technische Plattform der IT-Architekturplanung	01.03.2010 - 31.12.2015
IT-Architektur	1339	Entwicklung einer Schnittstelle ARIS zu METIS	01.06.2010 - 31.12.2011
Nr.	Beschreibung	Datum	
1	Alle Fachanwendungen in ARIS aufgenommen	31.12.2010	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit Dataport geprüft und befürwortet. Die Zusammenarbeit mit dem FM wird über die AG +1 und der AG 3 EU-DLR sichergestellt. Im Rahmen der E-Gov.-Kompetenzinitiative ist eine Zusammenarbeit mit Beteiligten (z. B. Fraunhofer Fokus) erfolgt.

E-Government-Initiativen Im Rahmen der E-Gov.-Kompetenzinitiative ist eine Zusammenarbeit mit Beteiligten (z. B. Fraunhofer Fokus) erfolgt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	30,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			30,0	30,0	30,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-30,0	-30,0	-30,0

IT-Maßnahme 2008040052

Wissensmanagement

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung Wissensmanagement

Beschreibung allgemein

Einführung eines prozessorientierten Wissensmanagements im Ressort. Die technische Basis im Pilotierungsbereich LaPo wird ausgetauscht. Im Kooperationspartnerland NRW wurde eine Neuimplementierung der technischen Basis bereits vorgenommen, die aufgrund fehlender Personalkapazitäten im Land SH derzeit nicht übernommen werden konnte.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1225	IMtranet	
1226	Wissensmanagement	
1317	WSS-Technologie	

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme Wissensmanagement wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Befindet sich in der Erstellung. Geplanter Fertigstellungstermin: 31.03.2010
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung eines prozessorientierten IT-Anfrage- und Wissensmanagements	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Wissensmanagement	1226	Aufbau einer neuen technologischen Basis	01.06.2010 - 01.03.2011
Wissensmanagement	1226	Reaktivierung des Expertennetzwerkes	01.06.2010 - 01.03.2011
Wissensmanagement	1226	Marketing aufbauen	01.03.2010 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit dem Wirtschaftsministerium NRW

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	110,2	90,5	90,5
		davon Dataport:		90,5	90,5
		Abschluss			
Gesamtausgabe			110,2	90,5	90,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-110,2	-90,5	-90,5

IT-Maßnahme 2008040053

Prozessmanagement

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung Prozessmanagement

Beschreibung allgemein

Aufbau und Einführung eines Prozessmanagements im Ressort mit Schwerpunkt auf IT-Managementprozesse, IT-unterstützte Fachprozesse und Betreiben eines Competence-Centers (ARIS CC).
 Bei der Einführung eines Prozessmanagements ist zu berücksichtigen, dass Prozessmanagement nicht zum Teil oder isoliert, sondern nur ganzheitlich eingeführt werden kann. Damit sind starke Abhängigkeiten zur Organisation, Personalwirtschaft und zum Controlling (Planung und Steuerung) gegeben, die nicht an Organisationsgrenzen beendet werden können.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1355	ARIS CC	Beratungszentrum für Prozessmanagement und Unternehmensmodellierung

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme Prozessmanagement wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Erstellt am 20.07.2009 mit positiven Nutzwert
Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die Einführung eines Prozessmanagements im Bereich der IT	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Prozessmanagement	1355	Schnittstellen zu anderen Verfahren entwickeln (z. B. Prozessregister, ZuFiSH)	01.06.2010 - 31.12.2014

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Die Kooperation mit FHH konnte nicht umgesetzt werden, da die FHH ihr Serverhosting bei der Fa. IDS-Scheer betreibt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	103,0	103,0	103,0
		davon Dataport:		103,0	103,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			103,0	103,0	103,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-103,0	-103,0	-103,0

IT-Maßnahme 2008040056

IT-Steuerung im GB IM SH

Beschreibung

Ressort / Behörde IM IV 12
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Steuerung im GB IM SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1325	BSC	Balanced Score Card
1356	PPM	Leistungsorientierte Kennzahlenerfassung
1357	LiSaNET	CMDB
1352	IT-Steuerung	Planen und Steuern
1351	Verlagerung von IT-Aufgaben	Praktizierte UN-Modellierung
1341	Vertragsmanagement	Service Management
1336	Lizenzmanagement	

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme IT-Steuerung wurde aus der IT-Maßnahme ITNet-SH selektiert. Die Vorgabe kann im Bericht des LRH (E-Governmenttätigkeiten Land SH) nachgelesen werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Der landesweite Ansatz wird unter dem Arbeitsbegriff "PLAFIS" verfolgt und wurde durch das Kabinett im Jahr 2006 beschlossen.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Nutzwertanalyse für IT-Finanzcontrolling mit positiven Nutzwert, Nutzwertanalyse für Vertragsdatenbank mit positiven Nutzwert

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Vertragsdatenbank und das Rechnungsbuch wurden gemäß Vereinbarung mit dem FM (ZIT) für den landesweiten Einsatz entwickelt. Derzeit erfolgt eine Mitnutzung der Vertragsdatenbank durch das FVA.

Die Vertragsdatenbank könnte als Teilkomponente für eine landesweit aufzubauende CMDB verwendet werden. Die Anbindung an die ITSM-Suite bei Dataport wird derzeit geprüft. Eine Ausrichtung der Geschäftsprozesse nach dem Referenzmodell "ITIL" wäre mit Einführung der ITSM-Suite möglich.

Kennzahl 45

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbau einer prozessorientierten und ganzheitlichen IT-Steuerung	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
LiSa-IT	1357	weiterer Aufbau und Implementierung der Vertragsdatenbank (Version 2.0)	01.01.2010 - 31.12.2011
LiSa-IT	1357	weiterer Aufbau und Implementierung des Lizenzmanagements	01.01.2011 - 31.12.2012
IT-Steuerung	1352	weiterer Aufbau und Implementierung von Shared Services	01.01.2010 - 31.12.2015
IT-Steuerung	1352	Konzeptionierung und Umsetzung eines standardisierten Anforderungs- und Changemanagements	01.07.2010 - 31.12.2013
BSC	1325	Durchführung von Workshops (Führungsebene) zur BSC	01.01.2010 - 31.12.2011
CMDB	1284	weiterer Aufbau einer CMDB und eines DWH	01.01.2010 - 31.12.2013

Nr.	Beschreibung	Datum
1357	Einführung Vertragsdatenbank im GB IM	01.04.2010
1352	Aufbau eines Prototypen prozessunterstützte Sharepoint-Lösungen	31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	692,0	487,0	487,0
		davon Dataport:		487,0	487,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			692,0	487,0	487,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-692,0	-487,0	-487,0

IT-Maßnahme 2009040057

Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LKA 1
Art IT Verfahren
Bezeichnung Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten

Beschreibung allgemein

Mit der IT-Maßnahme sollen zeitnah die Datenbestände des Landes, insbesondere die im Vorgangsbearbeitungssystem @rtus vorhandenen Daten, mit zielgruppenorientierten professionellen Tools einer strategischen und operativen Auswertung zugänglich gemacht werden.

Die Datenbankarchitektur sowie die verwendeten Werkzeuge sollen

- flexibel und anwendergerecht,
- umfassend analysegeeignet,
- effizient,
- entwicklungs- und damit zukunftsfähig sein.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1206	PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
4	InfoZoom	Auswertetool für PKS etc.
1358	Geoinformationssystem	
2	Bi-Tool	Business Intelligence Tool
3	Data Ware House	
6	@rtus-Recherche	Recherche für VBS-Daten
7	ELDIS - Einsatzleitstellen-Informationssystem	geplante Schnittstelle zu @rtus-Auswertung (DWH)
8	PIAV - Landesspezifische Anpassungen	Bereitstellung von Daten für kriminalpolizeiliche Meldedienste
9	IMP - Informationsmodell Polizei	Harmonisierung der IT-Landschaft der Polizeien (x-Polizei)
10	Verkehrsunfallauswertung	Geografische Darstellung (Steckkarte) der Unfallschwerpunkte etc.

Sonstige Bemerkungen

In dieser IT-Maßnahme wurden die Themen zur Auswertung und Analyse von polizeilichen Daten gebündelt. Teile der IT-Maßnahme wurde aus anderen IT-Maßnahmen selektiert und die Ansätze übertragen.

Die in der Polizei SH eingesetzten Fachverfahren, insbesondere @rtus, enthalten eine Vielzahl von (personenbezogenen) Daten, die zum jetzigen Zeitpunkt nur in sehr eingeschränktem Maße einer Auswertung zugänglich sind. Darüber hinaus sind weitere Datenbestände, die nicht in @rtus enthalten sind, und Anwendungen vorhanden, die diese Daten ergänzen. Auch diese sind einer Auswertung perspektivisch zugänglich zu machen.

Gleichzeitig wurden bereits in der Vergangenheit dringende Bedürfnisse nach standardisierten und individuellen Auswertungen in vielerlei Hinsicht, z. B. als Lageinformationen, artikuliert.

Insbesondere für eine effektive Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein bedarf es eines geeigneten Unterstützungsinstrumentes.

Aus polizeifachlicher Sicht sollte eine derartige Fachanwendung eine strategische und eine operative Komponente beinhalten:

- Die operative Komponente entfaltet z. B. eine unmittelbare ermittlungsunterstützende, -initiierende und -begleitende Wirkung z. B. durch das Erkennen von Tat-Tat- und Tat-Täter-Zusammenhängen, also auch der Identifizierung unbekannter Täter und dem Erkennen deliktsübergreifend und/oder überörtlich handelnder Täter.

- Die strategische Komponente bietet eine steuerungsrelevante Basis für operative Schwerpunktsetzungen und die Entwicklung von Fachkonzepten wie auch für ein führungs- und entscheidungsunterstützendes polizeiliches Informationssystem, indem frühzeitig bestimmte Kriminalitätssphären, zeitliche und geografische Kriminalitätsbrennpunkte u.ä.m. identifiziert und z.B. in Kriminalitätslagebildern zusammengestellt werden können.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Bundeskriminalamtsgesetz (BKAG)
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 @rtus-Recherche - Nutzwertanalyse - 03.04.2009
 DWH - Nutzwertanalyse - 22.10.2009
 IMP - Nutzwertanalyse - in der Erstellung (Entwurf V 0.1a 26.11.2009)
 NWA zur Verkehrsunfallauswertung - Stand 2010

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
-------	--------------	------------

1103. 75,0
00.11
902

geplanter Beitritt BPol

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Umsetzung der IT-Maßnahme führt zu Minderausgaben im EPL/Kap. 1103 und 0410, da gesonderte - teilweise schon eingeführte - Fachanwendungen nicht realisiert bzw. abgelöst werden können. Daneben können Synergien durch Reduzierung von manuellen Erfassungsaufwänden erzielt werden. Die freiwerdenden personellen Kapazitäten werden für die Erledigung bisher nicht wahrgenommener Aufgaben eingesetzt.

Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die IT-Lösung zur Auswertung und Analyse dient zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung in Schleswig-Holstein. Sie soll die Wahrnehmung der Verpflichtung auf Bundesebene, insbesondere die nach dem Bundeskriminalamtsgesetz erleichtern.	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
@rtus-Recherche	1	Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit für operative Auswertungen	01.01.2010 - 31.12.2015
DWH	2	Aufbau eines DWH für strategische Auswertungen (u. a. Führungsinformationen)	01.01.2010 - 31.12.2015
BI-Tool	3	Aufbau eines Berichtswesen zur Ressourcensteuerung	01.08.2010 - 31.12.2011
BI-Tool	3	Weiterentwicklung des Berichtswesens und der Analysemöglichkeiten	01.01.2012 - 31.12.2015
GIS	1358	Implementierung der Software zur Geovisualisierung von Daten	01.01.2010 - 31.12.2010
GIS	1358	Weiterentwicklung zur Geovisualisierung von Daten	01.01.2011 - 31.12.2015
EUSKA	1236	Aufnahme der Anforderungen ins DWH	01.01.2011 - 30.06.2013
PIAV Land	6	Aufnahme der Anforderungen ins DWH	01.10.2010 - 31.12.2011
IMP	7	Integration von Anforderungen IMP in die bestehende Lösung @rtus-Auswertung (Pilot IMP 2)	01.06.2010 - 31.05.2011
VU	10	Entwicklung der Auswertungen im DWH für Verkehrsunfalldaten	01.07.2010 - 31.12.2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Kooperation mit NI, MV, BPol, geplant HB

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	793,2	799,0	774,0
		davon Dataport:		799,0	774,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			793,2	799,0	774,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-793,2	-799,0	-774,0

IT-Maßnahme 2010040058

Akkreditierungsverfahren

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LKA
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Akkreditierungsverfahren

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1371	LIMS	Laborinformationsmanagementsystem

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 EU-Verordnung
 RAHMENBESCHLUSS 2009/905/JI DES RATES
 vom 30. November 2009
 über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen

Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
LIMS	1371	Konzeptionierung LIMS für das Land SH	01.01.2010 - 31.12.2010
LIMS	1371	Weitere Entwicklung LIMS	01.01.2011 - 31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	50,0	100,0	250,0
		davon Dataport:		100,0	250,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			50,0	100,0	250,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,0	-100,0	-250,0

IT-Maßnahme 2010040059

Hochverfügbarer mobiler LSK-Zugang

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LKA
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Hochverfügbarer mobiler LSK-Zugang

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1302	Landesnetz	

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Entscheidungsgrundlage durch IV M
Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Hochverfügbarer mobiler LSK-Zugang	1302	Konzeptionierung der Lösung in Abstimmung mit dem FM	01.01.2010 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2010040060

OWI-Interaktiv

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Vorhaben
Bezeichnung OWI-Interaktiv

Beschreibung allgemein

Das Verfahren Dataport.OWI arbeitet gegenwärtig nur auf Sachbearbeiter- und Drittverfahrensebene elektronisch. Eine Einbindung der Betroffenen in den elektronischen Informationsfluss ist nicht realisiert. Diese Möglichkeit soll mit Einführung eines Internet-basierten Zugangs geschaffen werden.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1303	eAnhörung	Einbindung in das Landesportal wird erforderlich
1211	OWI 21	VBS für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Angebot an den Bürger - Bürgerfreundlichkeit/-nähe

Infrastrukturelle Bedeutung

Aufgrund der Ausrichtung auf den Bürger wird die Nutzung des Landesportals erforderlich. Die Einbindung eines Fachverfahrens in die E-Government-Infrastruktur wird somit eine wesentliche Voraussetzung.

Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
OWI-Interaktiv	1211	Konzeptionierung einer internetgestützten Lösung	01.01.2012 - 31.12.2015
eAnhörung	1303	Realisierung der Internet gestützten Lösung	01.01.2013 - 31.12.2015
OWI 21	1211	Anpassungen am bestehenden VBS	01.01.2013 - 31.12.2014

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:			0,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2010040061

Digitales Bildnetz

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Digitales Bildnetz

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Digitales Bildnetz	1368	Erstellung der Konzepte	01.01.2010 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2010040062

IMP - Informationsmodell Polizei

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Vorhaben
Bezeichnung IMP - Informationsmodell Polizei

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1393	xPolizei	Austauschformat der Polizeien - Land/Bund
1203	INPOL	

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 IMK-Beschluss
Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
xPolizei	1393	Erarbeitung der Konzepte auf Bundesebene	01.01.2010 - 31.12.2011
INPOL	1203	Erarbeitung der landesseitigen Lösung	01.08.2010 - 31.12.2013
IMP	1203	Schließung einer Verwaltungsvereinbarung	01.03.2010 - 30.06.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	42,3	192,3	192,3
		davon Dataport:		192,3	192,3
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	7,7	7,7	7,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			50,0	200,0	200,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,0	-200,0	-200,0

IT-Maßnahme 2010040063

BAO - Lagen

Beschreibung

Ressort / Behörde IM / LPA
Art IT Vorhaben
Bezeichnung BAO - Lagen

Beschreibung allgemein

Merlin hat sich zur zentralen Informationsdrehscheibe im Rahmen einer BAO TG (Besondere Aufbauorganisation Terroristische Gewalt) entwickelt. Durch die Nutzbarkeit der BLDS zu den INPOL-Fall-Dateien, deren Befüllung für Bund und Länder verpflichtend ist, wurde diese Rolle noch verstärkt.

Derzeit erfolgt der Datenabfluss lediglich in Richtung der INPOL-Fall Lagefalldatei. Für die INPOL-Fall Streugutdatei sind noch Anpassungen in rsCASE/Merlin erforderlich.

Auch für die neu einzurichtende BAO-Ermittlungsdatei, welche über die „BLPG Perspekti-ve Dateienverbund“ definiert wird, ist Aufwand einzuplanen.

Die INPOL-Fall GSL sollte über die Anwendung GSL.net bedient werden, die in der kommenden Version eine entsprechende Schnittstelle vorsehen wird.

Da im Anschlagsfall die Ermittlungen anschließend aber in rsCASE/Merlin geführt werden müssen, kommt hier das Problem zum Tragen, dass über die GSL.net-Schnittstelle angelieferte Daten nicht mehr über Merlin in INPOL-Fall bearbeitet werden können. Dies ist nur in der Ursprungsanwendung möglich.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1212	BAO TG GSL	Besondere Aufbauorganisation Terroristische Gewalt (Großschadenslagen)
1212	SoKo-TE-Modul	automatisierte Anreicherung der Daten durch Fahndungs- und Erkenntnisanfragen

Sonstige Bemerkungen

Selektiert aus Merlin (2004040008)

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. TerrorBekämpfG
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Beschlussfassung zur Bekämpfung terroristischer Gewalt durch die Bundesregierung
Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Merlin	1212	Realisierung der Lösung BAO-TG-GSL	01.01.2010 - 31.03.2011
Merlin	1212	Aufbau der Infrastruktur für SoKo-TE-Modul	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Es wurde aufgrund der länderspezifischen Anforderungen eine Interessengemeinschaft mit allen Ländern und dem Bund geschlossen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	80,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	135,0	60,0
		davon Dataport:		135,0	60,0

Abschluss

Gesamtausgabe	80,0	165,0	90,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-80,0	-165,0	-90,0

IT-Maßnahme 2010041609

Verlagerung von Aufgaben an externe Dienstleister

Beschreibung

Ressort / Behörde IM SH
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Verlagerung von Aufgaben an externe Dienstleister

Beschreibung allgemein

Aufgrund der finanziellen und personellen Einsparvorgaben durch die Landesregierung müssen Aufgaben - bei denen ein Aufgabenverzicht ausgeschlossen werden kann - an die zentralen Dienstleister des Landes verlagert werden. Allerdings sind auch die im Arbeitsprogramm der Landesregierung vorgegebenen Ziele mit zu bewerten (z. B. Gründung eines LVA). Des Weiteren sind aufgrund der erhöhten Sicherheitsanforderungen die bestehenden Infrastrukturlösungen beim IM neu zu bewerten.

Sonstige Bemerkungen

Abstimmung mit weiteren Ressorts erforderlich, insbesondere FM.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Einsparvorgaben der Landesregierung - Arbeitsprogramm
Wirtschaftlichkeitsberechnung Wird im Rahmen des Projektes erstellt
Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Outsourcing	9999	Einrichtung eines Projektes zur Erarbeitung von Lösungsvarianten	01.04.2010 - 31.12.2011
Outsourcing	9999	Verlagerung von weiteren Support-Leistungen an Dataport	01.03.2010 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	200,0	200,0
		davon Dataport:		200,0	200,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	200,0	200,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-200,0	-200,0

IT-Maßnahme 2010041610

Teilfortschreibung der Regionalpläne

Beschreibung

Ressort / Behörde IM
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Teilfortschreibung der Regionalpläne

Beschreibung allgemein

Die Teilfortschreibung der Regionalpläne soll dazu dienen, weitere Eignungsgebiete für die Windenergienutzung landesweit auszuweisen. Dies ist die planungsrechtliche Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Windenergienutzung in SH und damit wichtige Voraussetzung für das Erreichen der Ausbauziele für den Bereich erneuerbare Energien.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1263	Systemtechnische Dienste der Landesplanung	
1347	Beteiligung-online LEP	Internetgestütztes Beteiligungsverfahren

Sonstige Bemerkungen

Derzeit wird geprüft, ob die für das Beteiligungsverfahren aufgebaute IT-Infrastruktur für die Teilfortschreibung Regionalpläne mit verwendet werden kann.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Arbeitsprogramm der Landesregierung
Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Reginoalpläne	1263	Konzeptionierung Teilfortschreibung der Regionalpläne	01.06.2010 - 31.12.2010
Regionalpläne	1263	Realisierung der konzeptionellen Infrastruktur	01.01.2011 - 31.12.2011
Beteiligung online LEP	1347	Prüfung, ob bestehende IT-Infrastruktur für Teilfortschreibung Regionalpläne mit genutzt werden kann (auch Vergaberecht)	01.04.2010 - 30.10.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	2,0	0,0
		davon Dataport:		2,0	
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	12,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-12,0	-10,0

IT-Maßnahme 2010043390

XKatastrophenhilfe

Beschreibung

Ressort / Behörde

Art IT Vorhaben

Bezeichnung XKatastrophenhilfe

Sonstige Bemerkungen

Die IT-Maßnahme kann derzeit noch nicht abschließend beschrieben werden. So wurde z. B. die VwV noch nicht geschlossen und eine Lösung für das Land SH noch nicht beschrieben. Da auf Bundesebene eine entsprechende Beschlussfassung in der Erstellung ist, werden die fehlenden Informationen nachgepflegt, sofern diese vorliegen. Die Kosten für die Umsetzung wurden derzeit geschätzt.

Die vorhandenen Unterlagen können aufgrund des Dateiformates nicht in IT-Web eingestellt werden (pdf-Dateien). Aus diesem Grund werden diese per E-Mail dem FM zugeleitet.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Kennzahl 0

Ziele

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
XKatastrophenhilfe	1392	Beschreibung der geplanten Lösung	01.04.2010 - 31.12.2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2011042412

Geodateninfrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde Innenministerium
Art IT Verfahren
Bezeichnung Geodateninfrastruktur

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1248	Geodatenvertrieb	Leitstelle, Kopfstelle Geodaten

Sonstige Bemerkungen

Das Land SH wird der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zum gemeinsamen Aufbau und Betrieb der Geodateninfrastruktur Deutschland (Verwaltungsvereinbarung GDI-DE) in 2008 beitreten.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Aufbau Geodateninfrastruktur

Infrastrukturelle Bedeutung

Länderübergreifende Geodateninfrastruktur, einschl. Kommunen etc.

Kennzahl 92

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes Druck , Vertrieb und der Geodatenleitstelle SH	01.01.2010 - 31.12.2015
2	Bereitstellung einer Plattform zum Vertrieb von Geodaten	01.01.2010 - 31.12.2015
3	Schaffung eines Eckpfeilers zum Aufbau der Geodateninfrastruktur Land SH	01.01.2010 - 31.12.2015

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Geoserver	1253	Abnahme der Phase IIa +b	01.01.2010 - 31.12.2010
Geoserver	1253	Beauftragung Phase III	01.01.2010 - 31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,5	12,5	12,5
		davon Dataport:		12,5	12,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	590,9	683,9	722,4
		davon Dataport:		604,9	614,9
631 02	019	Zuweisungen an den Bund	13,5	13,5	13,5
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	1,2	1,2	1,2
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	80,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0

Abschluss

Gesamtausgabe	698,1	746,1	784,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-698,1	-746,1	-784,6

Finanzministerium (ohne ZIT SH)

Teil I (Beschreibungen)

Allgemeines

Beschreibung der IT-Organisation im Finanzministerium (FM)

Aufgrund der zentralen Zuständigkeit des FM für ressortübergreifende Aufgaben der IT gliedert sich der IT-Ressortplan 2011/2012 in folgende drei Teile:

1. Ressortplanung des ZIT SH

Die Aufgaben des ZIT SH nehmen die Referate VI 16 (Ressortübergreifende IT und E-Government) und VI 17 (Ressortübergreifende IT-Basisinfrastrukturen und ressortübergreifende Organisation) wahr.

Aus Gründen der Transparenz und Übersichtlichkeit sowie des ausschließlich ressortübergreifenden Charakters der Aufgabenstellung erfolgt die Zuordnung der IT-Maßnahmen des ZITSH im IT-Gesamtplan 2011/2012 an anderer Stelle (hierzu siehe den gesonderten IT-Ressortplan „Finanzministerium (ZIT SH)“).

2. Ressortplanung des DIT FM

Der Referatsleiter VI 10 ist der IT-Beauftragte des Ressorts. Das DIT FM ist im Ref. VI 10 angesiedelt.

Das DIT FM steuert die IT des Ministeriums und begleitet die IT folgender zu- bzw. nachgeordneten Ämter:

- a) Amt für Informationstechnik (AIT)
- b) Finanzverwaltungsamt (FVA)
- c) Amt für Bundesbau (AfB)

3. Ressortplanung des Projektes Steuer-PC

Zur Harmonisierung der Bürokommunikation der Steuerverwaltung mit der Standardisierung der Obersten Landesbehörden wurde im FM das Projekt „Steuer-PC“ eingerichtet. Der Projektleiter VI SPC handelt eigenständig und stimmt seine Tätigkeiten mit dem DIT FM und ZIT SH regelmäßig ab.

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:
Finanzministerium Schleswig-Holstein
IT-Beauftragter GB FM

Name, Tel., E-Mail:
Stefan Möller; Tel: 0431-9884118; eMail: stefan.moeller@fimi.landsh.de

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation

Die Aufgaben des Dezentralen IT-Managements werden im FM wie folgt wahrgenommen:

A Dezentrales IT-Management (ohne Steuerverwaltung)

für die Bereiche Ministerium, Finanzverwaltungsamt (FVA SH) und Amt für Bundesbau (AfB)

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail):

Technologie und IT-Organisation

Sonja Schierling-Eybe, VI 101; 0431-988 4046;
sonja.schierling-eybe@fimi.landsh.de

B Dezentrales IT-Management (Steuer)

für die Bereiche Amt für Informationstechnik (AIT), Finanzämter, Bildungszentrum Malente (BIZ)

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail):

Technologie und IT-Organisation

Volker Mateyka, Leiter AIT (IT); 0431-2391 1000;
volker.mateyka@ait.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für den Planungszeitraum 2011/2012

A Dezentrales IT-Management (ohne Steuer)

Bereich Leitlinien / Ziele

FM	Gem. Vorgaben des Zentralen IT-Managements zur Fortentwicklung des standardisierten Arbeitsplatzes
FVA	Sicherstellung des Dienstbetriebes während und nach dem Umzug in die Adolfstraße im Planungszeitraum 2011/2012. Anpassung der lfd. Verfahren an gesetzliche und tarifliche Änderungen. Mitwirkung bei den Entwicklungen des Projektes KoPers.
AfB	Betrieb der standardisierte Arbeitsplätze (zzt. IKO III) , ab 01/2011 Umstellung zur +1 Architektur

B Dezentrales IT-Management (Steuer)

Bereich Leitlinien / Ziele

AIT Einsatz von IT zur Sicherstellung des Steueraufkommens und der Funktionsfähigkeit der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein. Ergänzung des eingesetzten EOSS-Verfahrens durch Einführung weiterer Verfahren aus dem bundeseinheitlichen Verfahren KONSENS sowie schrittweise Überleitung der bestehenden EOSS-Verfahren in KONSENS auf der Grundlage des zum 01.01.2007 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommens für die Zusammenarbeit aller 16 Länder und des Bundes.

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für das Planungsjahr 2011

A Dezentrales IT-Management (ohne Steuer)

Bereich Wichtige technologische Entwicklungen

FM Einsatz von Virtualisierungstechnologien; Einführung der E-Mailarchivierung.

FVA Einsatz von leistungsfähiger Hard- und Software zur Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit

AfB E-Mail Archivierung und revisionssichere Archivierung

B Dezentrales IT-Management (Steuer)

Bereich Wichtige technologische Entwicklungen

AIT Beginn des Einsatzes ausgewählter Anwendungen unter Citrix.

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für das Planungsjahr 2011

A Dezentrales IT-Management (ohne Steuer)

Bereich Kooperationen Bund/Land/Kommunen

FM ./.

FVA 1. Die Kooperation mit Hamburg im Bereich der Beihilfe (PERMIS-B) wird fortgesetzt. Für den Bereich der Beihilfe ist der Beitritt Bremens in Vorbereitung. Bremen wird ca. in der ersten Jahreshälfte 2011 beitreten. Die auftraggebende Leitstelle liegt im FVA. Darüber hinaus werden die Projekte im Bereich KoPers (IT und Org.) vom FVA personell unterstützt.

2. Es ist politischer Wille Querschnittsaufgaben in einem Landesverwaltungsamt zu bündeln. Hierzu wird das FVA als Amt in der Gründung betrachtet. Dieser Prozess wird vom FVA in enger Abstimmung mit dem FM und hinsichtlich der Personalmanagementaufgaben gemeinsam mit der Staatskanzlei (KoPers) vorbereitet.

- AfB
1. Einführung Informationssystem der Firma WIKO im Rahmen des Pilotprojektes VKE (= Verwaltungskostenerstattung) mit dem Bund
 2. Pflege und Weiterentwicklung des webbasierten Contentmanagementsystems Fachinformationssystem des BMVg (FIB)

B Dezentrales IT-Management (Steuer)

Bereich Kooperationsen Bund/Land/Kommunen

AIT Das zum 01.01.2006 auf der Grundlage des vorherigen Steuerrechenzentrums MV neu gebildete Data Center Steuern (DCS) ist die technische Basis für die Abarbeitung des Besteuerungsverfahrens (EOSS und KONSENS) für die Länder HB, HH, M-V und S-H.

Zur Zukunftssicherung der IT-Unterstützung ihrer Steuerverwaltungen haben die vier norddeutschen Länder und das Land NI im Jahr 2010 die Grundlagen für die Beteiligung Niedersachsens an Dataport als Trägerland sowie die Aufnahme des Produktivbetriebes der niedersächsischen steuerlichen Verfahren gemäß KONSENS I (beschleunigte Vereinheitlichung der steuerlichen Automationsverfahren mit dem Ziel, die von BY fortentwickelten Programme als einheitliche Software-Plattform bundesweit einzusetzen) im DCS verhandelt. Nach der Parlamentsbefassung in den fünf Ländern wurde die Ratifizierung des Gesetzes zum Staatsvertrag über den Beitritt des Landes NI zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Dataport“ vorgenommen.

Die aus Anlass des Beitritts durch Niedersachsen vorgesehene Einbringung des Druckzentrums Lüneburg in Dataport wurde am 01.01.2011 vollzogen. Hierdurch werden weitere Druckkapazitäten und eine Back-up-Lösung zum bestehenden Druckzentrum Dataports in Altenholz geschaffen.

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:

Finanzministerium Schleswig-Holstein; Projekt VI SPC

Name, Tel., E-Mail:

Manfred Gehler, Tel.: 0431-988 8021, manfred.gehler@fimi.landsh.de

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation

Die Aufgaben des Projekts Steuer-PC (VI SPC) werden im FM wie folgt wahrgenommen:

Projektleiter VI SPC

Für die Bereiche AIT und Finanzämter (Steuerverwaltung)

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail):

Technologie und IT-Organisation

Ulf Owesen, VI SPC; 0431-988 2923; ulf.owesen@fimi.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Ziel: Optimierung des IT-Betriebes in den Finanzämtern unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten durch Abbau von Doppelstrukturen im IT-Bereich, insbesondere bei der Infrastruktur zur Bürokommunikation.

Auftrag / Meilensteine: Das Projekt soll aus 2 Modulen bestehen.

Im **Modul 1** werden die Einführung einer Citrix-Lösung und die Integration der IT-Arbeitsplätze in das LSK im Mittelpunkt stehen. Vorgesehen ist die Bildung der Arbeitsgruppen Technik und Services zu Beginn des Jahres 2011, die Arbeitsgruppe Recht wird voraussichtlich im Mai eingerichtet. Ermittlung der Anforderungen und Analyse der Ist-Situation in technischer, organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Umstellung der IT-Arbeitsplätze in den Finanzämtern - soweit möglich - auf die im norddeutschen Verbund favorisierte Lösung.

Im **Modul 2** steht die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes, das die zentrale IT-Steuerung, das Auftragscontrolling und die in der Steuerverwaltung verbleibenden Aufgaben berücksichtigt, im Mittelpunkt.

Ein Vorschlag für die künftige Organisation dieser Aufgaben wird bis August 2011 erarbeitet.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Erzielung von Effizienzgewinnen.

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre:

- Realisierung einer Citrix-Anbindung hinsichtlich des Verfahrens KONSENS-Dialog.
- Integration der IT-Arbeitsplätze der Finanzamts-Mitarbeiter in das Landessystemkonzept.
- Gestaltung der Citirix-Lösung als weitere Ausprägung des Landesstandards.

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für die aktuellen Planungsjahre

Die Entwicklungen werden in enger Zusammenarbeit mit den norddeutschen Ländern (FHH, HB, MV) und mit Dataport erfolgen.

Teil II (Erhebungen)

1. Erhebungen (Kataster)

Hardware

GESAMT GB FM

Art	ANZAHL
Server	343
APC	5449
Notebook	1293
Drucker	5523
Monitore	6271
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	844

Ministerium

Art	ANZAHL
Server	6
APC	245
Notebook	59
Drucker	226
Monitore	285
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	./.

FVA (LKSH + LBesA)

Art	ANZAHL
Server	4
APC	430

Notebook	8
Drucker	339
Monitore	420
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	22

AIT

Art	ANZAHL
Server	328
APC	4738
Notebook	1218
Drucker	4922
Monitore	5527
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	814

AfB

Art	ANZAHL
Server	5
APC	36
Notebook	8
Drucker	36
Monitore	39
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	8

IT-Maßnahme 2005050012

Hausbankverfahren [HVB / früher Elektronischer Schalter (ELS)]

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 24
Art IT Verfahren
Bezeichnung Hausbankverfahren [HVB / früher Elektronischer Schalter (ELS)]

Beschreibung allgemein

Zahlungsverkehr mit der Deutschen Bundesbank mittels der Software "Telenet-ZV ELS für Windows". Mit dem Betrieb und der Anpassung des Verfahrens an die rechtlichen und technische Vorgaben der Bundesbank ist Dataport oder der EU (SEPA - Richtlinie) hat das Finanzministerium Dataport beauftragt.

Sonstige Bemerkungen

Übernahme der Zahlungsdaten aus der dMB (SAP R/3) und diverser Schnittstellen aus Vorverfahren wie z. B. PERMIS. Direktzugriff auf die Bankkonten des Landes Schleswig-Holstein bei der Deutschen Bundesbank (Liquiditätssteuerung / Kassenverstärkungskredite / alle Aus- und Einzahlungen des Landes SH über die Landeskasse SH; Abgaben an den Bund; Zentraler Zahlungsverkehr u. v. m.).

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. LHO § 70 VV-Nr. 30 und 31; Bundesbesoldungsgesetz § 3 und 17a; Bundesbankgesetz
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Kennzahl 83

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Zahlungsverkehrs der Landesverwaltung Schleswig-Holstein nach Innen und Außen	unbefristet
2	Sicherstellung der Liquiditätssteuerung des Landes SH zur tagesgenauen Steuerung von Zahlungen	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Umsetzung der SEPA - Richtlinie (EU) im Finanzverkehr des Landes Schleswig-Holstein (1. Schritt; Überweisungen tätigen und annehmen)	02.06.2008
2	Umsetzung der SEPA - Richtlinie (EU) im Finanzverkehr des Landes Schleswig-Holstein (2. Schritt; Einführung der SEPA Lastschrift)	2009
3	Umsetzung der SEPA - Richtlinie (EU) im Finanzverkehr des Landes Schleswig-Holstein (3. Schritt; Realisierung Kreditkartengeschäft)	2010 / 2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation im Rahmen des Betriebes ELS bei / über Dataport

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	216,8	216,8	216,8
		davon Dataport:		216,8	216,8
Abschluss					
Gesamtausgabe			217,8	217,8	217,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-217,8	-217,8	-217,8

IT-Maßnahme 2005050024

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)

Beschreibung

Ressort / Behörde FVA
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Abrechnung)

Beschreibung allgemein

Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlicher Nebenerfordernisse

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Lizenzen Applin X	
2	PC-BAT/PC-Beamte	
3	Rentenabgleich	
4	LSt-Außenprüfung	
5	Versorgungsausgleich	

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kennzahl 55

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließlich aller rechtlichen Nebenerfordernisse	laufend

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
PERMIS-Abrechnung	1	Pünktlich und vollständig einschl. aller rechtlichen Nebenerfordernisse	laufend

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Pünktliche und vollständige Bezügezahlung einschließl. aller rechtlichen Nebenerfordernisse, z. B. Schnittstellen zu anderen PERMIS-Verfahren, SAP, FiBu, ZEZA, Sozialversicherungsträger (incl. VBL), Zentralstelle für Altersvermögen, ELSTER-Lohn, SP-Expert, digitale Betriebsprüfung, Statistisches Amt	laufend

Sonstiges

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Prüfung der Kooperationsmöglichkeiten mit der Freien und Hansestadt Hamburg; Einsparungen sind insbesondere hinsichtlich der Programmpflege- und -entwicklungskosten zu erwarten.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,8	2,5	2,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	1,1	5,0	5,0
527 06	019	Dienstreisen	3,1	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	4.030,0	3.950,9	4.063,9
		davon Dataport:		3.950,9	4.063,9
Abschluss					
Gesamtausgabe			4.041,0	3.963,4	4.076,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4.041,0	-3.963,4	-4.076,4

IT-Maßnahme 2005050025

KONSENS (inkl. ELSTER)

- Entwicklung und Pflege sowie Betrieb (gemeinsamer Einrichtungen)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-
Art IT Verfahren
Bezeichnung KONSENS (inkl. ELSTER)
 - Entwicklung und Pflege sowie Betrieb (gemeinsamer Einrichtungen)

Beschreibung allgemein

Das umfassende und komplexe Vorhaben KONSENS bezeichnet die gesamten Verfahren und Entwicklungen zur IT-unterstützten Durchführung des Besteuerungsverfahrens in der Steuerverwaltung. Ziel ist es dabei, eine Vereinheitlichung und Modernisierung der IT-Verfahren zu erreichen (bundeseinheitliche Software, IT-Verfahren und Organisation). Es beruht auf den Beschlüssen der Finanzministerkonferenz mit einem zwischen den 16 Ländern und dem Bund getroffenen, und zum 01. Januar 2007 in Kraft getretenen, Verwaltungsabkommen.

Das Vorhaben wird von den 17 Vertragsbeteiligten gemeinsam finanziert; wesentlicher Beteiligungsmaßstab ist dabei der Königsteiner Schlüssel (Anteil Schleswig-Holsteins dabei derzeit 3,31536%).

Die Gesamtkosten gliedern sich in Entwicklungsaufwendungen, Pflegeaufwendungen und Aufwendungen für den Einsatz gemeinsam betriebener Einrichtungen. Dieser gemeinsame Betrieb (für alle Länder und den Bund) bezieht sich insbesondere auf wesentliche Teile des E-Government-Bereichs ELSTER (s.u.).

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	GINSTER	(Grundinformationsdienst)
2	ELFE	(Festsetzungsverfahren)
3	BIENE	(Erhebungsverfahren)
4	ELSTER	
5	Prüfungsdienste	
6	SESAM	(Verfahren zum Scannen, Archivieren und maschinellen Bearbeiten von Steuererklärungen)
7	RMS	(Risikomanagementsystem)
8	KONSENS-Dialog	
9	BuStra/Steufa	
10	StundE	
11	Vollstreckung	
12	ITSM	(IT Service Management)
13	DAME	(DataWareHouse, Auswertungen und BI-Methoden)
14	MÜST	(Maschinelle Überwachung der Steuerfälle)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gem. § / LHO wurde in der Form durchgeführt, dass (im Vorläuferprojekt FISCUS) eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit bundesweiter Betrachtung erstellt und dem BRH zugeleitet wurde.
Kennzahl 76

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Schaffung eines bundeseinheitlichen IT-gestützten Besteuerungsverfahrens	
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Innerhalb des Bund-/Länder-Projektes, einschließlich verbindlicher Einsatzplanung (VEP) für alle Länder, vorhanden	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Entwicklung:
 Gemeinsam mit allen Ländern und dem Bund (BMF).
 Einsatz:
 Datenübermittlungsverfahren mit mehr als 30 Partnern auf allen Ebenen einschließlich Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
ELSTER (s. IT-Gesamtplan bzgl. Steuerverwaltung)

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Die IT-Maßnahme schließt die von der Finanzministerkonferenz (FMK) beschlossenen Maßnahmen zur Modernisierung der Steuerverwaltungen der Länder ein.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	70,9	62,4	62,9
525 37	019	Aus- und Fortbildung	30,0	30,0	35,0
527 06	019	Dienstreisen	30,0	30,0	30,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	20,0	20,0	25,0
		davon Dataport:		20,0	25,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	2.215,4	2.292,3	2.287,2
		davon Dataport:		33,5	
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			2.366,3	2.434,7	2.440,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.366,3	-2.434,7	-2.440,1

IT-Maßnahme 2005050029

Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM SH
in geteilter Zuständigkeit: VI 16 / VI 24

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb und Fortentwicklung der SAP R/3 Systeme des Landes SH (SAP SH)

Beschreibung allgemein

Über die Systeme SAP Land SH wird das Finanzwesen des Landes SH automatisiert abgewickelt. Die Kernverfahren sind das Haushalts-, Kas- sen- und Rechnungswesen (dMB) und die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR). In den Landesbetrieben werden darüber hinaus Module zur Projektplanung und Controlling eingesetzt. In der mittelbaren Landesverwaltung werden zudem eigene SAP - Systeme zur Durchführung der doppelten Buchführung betrieben.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Dezentrale Mittelbewirtschaftung und Kassenverfahren (dMB)	Module SAP PSM; einschl. SAP FI
2	Kosten- und Leistungsrechnung und Anlagenbuchhaltung (KLR)	SAP CO; SAP AA
3	LBV SH - Projektabwicklung und Berichtswesen	SAP PS, BW SEM
4	Landeslabor - Doppelbuchführung	SAP FI
5	Landesamt für Küstenschutz und Natur (LKN) - Doppelbuchführung	SAP FI

Sonstige Bemerkungen

Die Systeme des SAP realisieren diverse Schnittstellen zu anderen IT-Maßnahmen: Anordnungsschnittstellen zur Justiz, Katasterverwaltung, Forstwesen pp.; Sachkontenbuchungen in den Verfahren PERMIS, OWI pp.; Haushaltsplanung (HAV Web LSH); ELS der Bundesbank Deutschland usw.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. durch KV der LReg SH beschlossen

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Bei Projekteinführung und Produktionsbeginn überprüft und durch LReg SH sowie FinA genehmigt.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ordnungsgemäße Abwicklung eines behördlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens	01.01.2004 - 31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Auslandszahlungsverkehr (Aufbau und Betrieb)	2008
2.	SEPA - Richtlinie (EU) - Anpassung an die rechtlichen Vorgaben	2008 / 2009
3	Releasewechsel (mittelfristige Planungen)	2011/2012

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
527 06	019	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver- tragsformen	3.655,4	3.102,0	3.418,0
		davon Dataport:		3.102,0	3.418,0
536 02	019	Beiträge an Vereine und Gesellschaften	1,0	1,0	1,0

Abschluss

Gesamtausgabe	3.671,4	3.118,0	3.434,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-3.671,4	-3.118,0	-3.434,0

IT-Maßnahme 2005050030

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

Beschreibung

Ressort / Behörde FVA

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (Zentraler Zahlungsdienst PERMIS-A und PERMIS-B)

Beschreibung allgemein

Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen. Entwicklung des Sepa-Verfahrens.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Infrastrukturelle Bedeutung

Ohne die IT-Anwendung "Zentraler Zahlungsdienst" können weder Bezüge-, Versorgungs- noch Beihilfeleistungen geleistet werden.

Kennzahl 29

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen.	laufend

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Zentraler Zahlungsdienst	1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlungen aller Bezüge und Beihilfeleistungen	laufend

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Aufbereitung der für den Zahlungsverkehr notwendigen Daten. Zeitnahe Zahlung aller Bezüge und Beihilfeleistungen, z. B. Verknüpfung zu Schnittstellen PERMIS-A (2005050024) und PERMIS-B (2005050033).	wöchentlich und monatliche Zahlungen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	32,0	32,0	7,8
		davon Dataport:		32,0	7,8
		Abschluss			
Gesamtausgabe			32,0	32,0	7,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-32,0	-32,0	-7,8

IT-Maßnahme 2005050031

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 17

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Verwaltung, PERMIS-PCS, PERMIS-PKH)

Beschreibung allgemein

Das Personal ist die wichtigste und zugleich die teuerste Ressource im öffentlichen Sektor. Das Aufgabenfeld „Personal“ hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich in Richtung eines ganzheitlichen Personalmanagements weiter entwickelt. Mit diesem neuen Ansatz wird deutlich, dass sowohl die Aufgabenbreite und –reichweite deutlich zugenommen hat, aber auch, dass der Kerngedanke effizienter Personalarbeit sich in Richtung Vernetzung und Integration der verschiedenen personalpolitischen Handlungsfelder entwickelt hat. Das Ziel der IT-Verfahren ist es, diese komplexen Aufgabenstellungen zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Zurzeit sind für das Personalmanagement folgende IT-Verfahren im Einsatz:

•PERMIS-Verwaltung (PERMIS-V), das Personalmanagement und -informationssystem für die tägliche Unterstützung im gesamten Bereich der Personalverwaltung. Permis-V unterstützt mit seinen Funktionalitäten die Personalverwaltung in der täglichen Praxis bei der Bearbeitung von Einzelfall bezogenen Personalvorgängen und stellt personenbezogene und statistische Informationen zur Verfügung.

•PERMIS-Personal-Controlling-System (PERMIS-PCS), zur Aufbereitung von aggregierten Daten über den Personalbestand und -struktur als Informationsgrundlage für Entscheidungsfindungen der Führungsspitzen

•PERMIS-Personalkosten-Hochrechnung (PERMIS-PKH), als Sonderauswertung aus PERMIS-Abrechnung. PERMIS-PKH rechnet haushalts-wirksame Personaldaten auf Basis der Ist-Werte für das laufende und das folgende Jahr hoch.

Weitere Einzelheiten sind im SHIP verfügbar unter:

<http://intranet/-3.Allgemeines/-Informationstechnik/-Anwendungen/PERMIS/intranet.htm>

Korrespondierende IT-Maßnahmen (werden gesondert zum HH angemeldet):

- PERMIS-Abrechnung (PERMIS-A)
- Personalverwaltung-Lehrkräfte (PERLE)
- Bewerberverfahren des Innenministeriums
- Bewerberverfahren der Landespolizei

Sonstige Bemerkungen

Das Ziel der PERMIS-Verfahren ist es, die komplexen Aufgabenstellungen im Personalmanagement integriert zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschluss vom 9. Mai 1995. Die IT-Unterstützung für das Personalmanagement ist - auch nach Auffassung des LRH - Bestandteil der zentralen Modernisierungsmaßnahmen der Landesregierung.

Infrastrukturelle Bedeutung

In der gesamten Landesverwaltung sind mehr als 600 Arbeitsplätze betroffen

Kennzahl 53

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Das Ziel der PERMIS-Verfahren ist es, die komplexen Aufgabenstellungen im Personalmanagement integriert zu unterstützen, um ein wirtschaftliches Verwaltungshandeln sicherzustellen.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Die Landesregierung und die Bürgerschaft der FHH haben im Januar 2008 ein gemeinsames Kooperationsprojekt zur IT-Unterstützung des Personalmanagements beschlossen (siehe IT-Maßnahme 2006050066)

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Das IT-Projekt mit der FHH (IT-Maßnahme 2006050066) soll durch ein Organisationsuntersuchungsprojekt begleitet werden (Kab.-Beschluss vom 22.01.2008)

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	13,0	13,0	13,0
527 06	019	Dienstreisen	1,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	816,0	819,6	816,0
		davon Dataport:		819,6	816,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			830,0	834,6	831,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-830,0	-834,6	-831,0

IT-Maßnahme 2005050033

IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

Beschreibung

Ressort / Behörde FVA

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung Personalmanagement SH (PERMIS-Beihilfe)

Beschreibung allgemein

Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Kooperationsentwicklungen mit der FHH	Eingangsscanning Beihilfe einschließlich Gerätebeschaffung

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 53

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	PERMIS-B Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen	laufend	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
PERMIS-B	1	Zeitnahe Festsetzung und Zahlung aller Beihilfeleistungen	laufend
Nr.	Beschreibung	Datum	
1	PERMIS-B Zeitnahe Festsetzung und Zahlung von Beihilfeleistungen sowie Pflege der Schnittstellen zu PERMIS-A (2005050024), SAP und Zentraler Zahlungsdienst (ZEZA 2005050030)	laufend	
2	Zur IT-gestützten Weiterentwicklung des Verfahrens PERMIS-B (Eingangsscanning im Sinne eines Workflow) ist das FVA in eine Voruntersuchung eingetreten, an der sich das ZPD Hamburg aufgrund der gleichen Zielsetzung (Verbesserung des Verfahrens) beteiligt.		

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	587,4	622,5	639,6
		davon Dataport:		622,5	639,6
Abschluss					
Gesamtausgabe			590,4	625,5	642,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-590,4	-625,5	-642,6

IT-Maßnahme 2005050035

Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 20

Art IT Verfahren

Bezeichnung Haushaltsplanaufstellungsverfahren (HAVWeb SH)

Beschreibung allgemein

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren wird zur Erfassung und Auswertung der Plandaten im Ansatzjahr und der MFP genutzt. Das Finanzministerium generiert aus dem IT Web LSH die Entscheidungsgrundlagen im Rahmen der Haushaltsverhandlungen und fügt die abgestimmten Daten in einem Haushaltsplan zusammen. Der Druck des Haushaltsplan steht dadurch zeitnah zur Verfügung.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Modul HAV Web LSH (Kernverfahren)	Die Daten der Haushaltsaufstellung inkl. des Stellenplans und der MFP werden automatisiert erfasst und zeitnah in einen "lesbaren" Haushaltsplan umgesetzt. Darüber hinaus bietet das Verfahren unterschiedliche Auswertungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Das Gesamtverfahren ist modular strukturiert.
2	Modul IT Web LSH	Im Zusatzmodul IT Web LSH werden die haushaltsrelevanten Daten der IT im Kapitel 1103 erfasst und verwaltet. Grundsätzlich stehen in diesem Modul alle Funktionen des Kernverfahrens und der klassischen Haushaltsplanung zur Verfügung. Das Modul unterstützt darüber hinaus aber auch die besonderen Anforderungen der IT bei der Erstellung der IT-Ressortpläne und es IT-Gesamtplans.
3	Szenarien Landeshaushalt LSH und MFP	In der Einsatz befindet sich ein weiteres Modul (Masterplan 2020), dass Szenarien darstellen kann, um die planungstechnischen Daten auch als weiterführendes Führungsinformationssystem nutzen zu können.

Sonstige Bemerkungen

Das Haushaltsplanaufstellungsverfahren visualisiert das Ziel den Haushalt strukturell und dauerhaft zu konsolidieren. Das Planaufstellungsverfahren ist ein Führungsinformationssystem.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Haushaltsaufstellung der Landesverwaltung Schleswig-Holstein	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	5,0	5,0	5,0
527 06	019	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	346,0	244,2	244,2
		davon Dataport:		33,5	33,5
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,4	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0

Abschluss

Gesamtausgabe	361,4	259,2	259,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-361,4	-259,2	-259,2

IT-Maßnahme 2005050038

Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-
Art IT Verfahren
Bezeichnung Einsatz des automatisierten Gesamtverfahrens (EOSS/KONSENS) in der Steuerverwaltung

Beschreibung allgemein

Einsatz des gesamten automatisierten Besteuerungsverfahrens sowohl hinsichtlich der dezentralen (Client/Server), als auch der rechenzentrumsbezogenen Verfahren. Grundlage ist das Hauptverfahren EOSS mit gleitender Umstellung auf KONSENS (bundeseinheitliche Software, Verfahren und Organisation), einschließlich neuer/zusätzlicher KONSENS-Verfahren (z.B. Risikomanagement, USt-Betrugsbekämpfung usw.).

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Initialtext	

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Der Eintritt Schleswig-Holsteins in den EOSS-Verbund (identisch für zwölf Länder) entspricht einer Forderung des LRH.
 Hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit wird auf die Berechnung zu KONSENS verwiesen; Maßnahmenummer 2005050025.

Kennzahl 76

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erhaltung und Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Steuerverwaltung	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 siehe Maßnahme 2005050025
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
 siehe Maßnahme 2005050025

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,8	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	77,0	60,0	60,0
527 06	019	Dienstreisen	30,0	30,0	30,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	6.726,2	8.002,5	8.977,7
		davon Dataport:		7.102,5	7.427,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			6.844,0	8.122,5	9.097,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-6.844,0	-8.122,5	-9.097,7

IT-Maßnahme 2005050048

Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 10

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen des FM (Ministerium)

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffungen Hard- und Software (u. a. IKO III) des Finanzministerium SH.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	29,9	63,9	47,7
		davon Dataport:		63,9	47,7
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	29,9	63,9	47,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-29,9	-63,9	-47,7

IT-Maßnahme 2005050049

Ersatzbeschaffung der LKSH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM /Dezernat 5 LKSH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung der LKSH

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes	dauernd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,0	23,9	7,8
		davon Dataport:		23,9	7,8
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	3,0	23,9	7,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3,0	-23,9	-7,8

IT-Maßnahme 2005050050

Ersatzbeschaffungen LBesA

Beschreibung

Ressort / Behörde FVA
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen LBesA
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	39,4	80,8	59,2
		davon Dataport:		80,8	59,2
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	39,4	80,8	59,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-39,4	-80,8	-59,2

IT-Maßnahme 2005050051

Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen dezentraler IT-Infrastruktur im AIT / Steuerverwaltung

Beschreibung allgemein

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	1.341,9	1.487,2	1.785,3
		davon Dataport:		1.487,2	1.785,3
		Abschluss			
Gesamtausgabe			1.341,9	1.487,2	1.785,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.341,9	-1.487,2	-1.785,3

IT-Maßnahme 2005050052

Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde VI 10

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung des FM (Ministerium) mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Betrieb Büroautomation FM - IKO III

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	73,0	72,0	77,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	25,0	30,0	35,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	271,5	254,5	259,5
		davon Dataport:		251,0	256,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	18,5	19,9	20,0
		davon Dataport:		19,9	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			388,0	376,4	391,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-388,0	-376,4	-391,5

IT-Maßnahme 2005050053

Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde Finanzministerium / Dezernat 5 LKSH
Art Grundversorgung
Bezeichnung Grundversorgung der LKSH mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Betrieb und Fortentwicklung der Bürokommunikation (IKO III)

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufrechterhaltung des Betriebsablaufes	dauernd

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80,4	30,5	30,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	35,8	30,0	38,0
		davon Dataport:		30,0	38,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			119,2	63,5	71,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-119,2	-63,5	-71,5

IT-Maßnahme 2005050054

Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde FVA

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung des LBesA mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Bereitstellung einer IT-Ausstattung als grundsätzliches Arbeitsmittel für die Mitarbeiter des Landesbesoldungsamtes Schleswig-Holstein

Sonstige Bemerkungen

Anwendung Ikotech III Standard-Betrieb unter der Domäne landsh.de

Priorität

Infrastrukturelle Bedeutung

siehe Beschreibung der Maßnahme

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	68,8	26,7	44,3
525 37	019	Aus- und Fortbildung	6,0	6,0	6,0
527 06	019	Dienstreisen	2,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	40,1	21,8	26,6
		davon Dataport:		21,8	26,6
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			116,9	56,5	78,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-116,9	-56,5	-78,9

IT-Maßnahme 2005050056

Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -AIT-

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung der Finanzämter / AIT mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Einrichtung, Aktualisierung und Betrieb der dezentralen Infrastruktur der Finanzämter und des AIT

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	365,1	479,8	500,7
525 37	019	Aus- und Fortbildung	20,0	95,0	75,0
527 06	019	Dienstreisen	15,0	25,0	25,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	344,3	163,2	164,7
		davon Dataport:		149,3	150,6
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	0,0	70,0	70,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	90,5	130,0	130,0
		davon Dataport:		130,0	130,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			834,9	963,0	965,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-834,9	-963,0	-965,4

IT-Maßnahme 2005050061

Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM -BIZ-
Art Grundversorgung
Bezeichnung Kosten der IT-Schulungen im Bildungszentrum Steuer (BIZ)
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	150,0	150,0	150,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			150,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-150,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2006050066

Kooperation Personaldienste FHH / SH (Projekt KoPers)

Beschreibung

Ressort / Behörde Staatskanzlei / FM
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Kooperation Personaldienste FHH / SH (Projekt KoPers)

Beschreibung allgemein

Das Projekt „Kooperation Personaldienste SH und FHH“ ist mit der Vorlage des Abschlussberichts und den Empfehlungen der Lenkungsgruppe am 23. 01.07 abgeschlossen worden.

Ein erstes Teilprojekt wurde bereits während der Hauptuntersuchung erfolgreich initiiert; die FHH und SH werden künftig das SH-Beihilfeverfahren gemeinsam betreiben, weiterentwickeln und pflegen. Das entsprechende gemeinsame Umsetzungsprojekt soll im Herbst 08 abgeschlossen sein.

Die Kooperation soll alle Möglichkeiten einer Effizienz- und Effektivitätssteigerung ausschöpfen, aber keinen Selbstzweck bilden. Geplant ist der gemeinsame Einsatz eines integrierten Verfahrens für die Kernbereiche des Personalmanagements, an das weitere Verfahren für spezielle Aufgabenfelder gekoppelt werden.

- Personalverwaltung
- Bezügeabrechnung
- Versorgung inkl. Versorgungsausgleich
- Personalcontrolling

- Familienkasse
- Beihilfe
- Umzugskosten
- Trennungsgeld
- Travelmanagement
- Heilfürsorge
- Dienstunfallfürsorge
- Zeitwirtschaft.
- Abwesenheitsverwaltung
- Bewerberverwaltung
- Personalkostenbudgetierung
- Personalbedarfsplanung
- Personalentwicklung / Fortbildung
- Dienstpostenverwaltung
- Stellenbewirtschaftung

Auf Basis der Projektempfehlungen hat die Landesregierung am 22.01.2008 beschlossen, dass gemeinsam mit der FHH ein IT-Projekt eingesetzt werden soll, das als ersten Schritt ein Vergabeverfahren für ein integriertes Personalmanagementsystem vorbereitet und durchführt. Die dortige Bürgerschaft hat am 23.01.2008 ebenfalls ihre Zustimmung zum Projekt erteilt.

Weiterhin sollen die notwendigen und die durch den Einsatz integrierter IT-Verfahren in SH möglichen organisatorischen Veränderungen im Bereich des Personalmanagements durch ein Organisationsuntersuchungsprojekt nach Maßgabe einer noch zu treffenden politischen Grundsatzentscheidung zu Eckpunkten künftiger Organisationsstrukturen geprüft werden. Die Federführung für beide Projekte übernimmt die Staatskanzlei.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Die LR und die Bürgerschaft der FHH haben in 01/08 ein gemeinsames Kooperationsprojekt zur IT-Unterstützung des PM beschlossen. Der zeitgleiche Beschluss ist ein positives Signal für das Projekt. Das Projekt ist Bestandteil des Arbeitsprogramms der LR.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Die durchgeführte WiBe führte zu dem plausiblen Ergebnis, dass sich monetäre Vorteile ergeben, wenn beide Länder gemeinsam eine Software neu einführen und betreiben. Die Verfahrensauswahl wird in einem Vergabeverfahren erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
	20.000,0	Die Kosten für die Realisierung einer IT-Lösung, (u. a. Kosten für Lizenzen, externe Beratung, Softwareanpassung, Migration) sind durch das Projekt geschätzt worden (einmalig rd. 20 Mio. €). Exakte Kostenangaben und die Verteilung auf die einzelnen HHJ liegen erst nach Abschluss des Vergabeverfahrens vor.

Infrastrukturelle Bedeutung

Die IT-Unterstützung für das PM gehört zu den wichtigsten Fachanwendungen des Landes. Eine Einbindung in die eGovernment-Strategie des Landes ist zwingend erforderlich. Von dem Projekt sind ca. 900 Arbeitsplätze in SH betroffen.

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel des Projekts ist es, im Rahmen einer Verwaltungskooperation zwischen Schleswig Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg alle Möglichkeiten einer Effizienz und Effektivitätssteigerung der IT Unterstützung von Personalmanagementaufgaben auszuschöpfen (Beschluss der CdS vom 5. Mai 2004). Eine Kooperation soll dabei kein Selbstzweck, sondern das Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung anhand der Kriterien Gesamtwirtschaftlichkeit und der je Land darzustellenden Win Win Situation sein.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	0,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	0,0	0,0
527 06	019	Dienstreisen	18,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.317,0	0,0	0,0
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	4,0	0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.350,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.350,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2007050069

IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / AfB
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT des Amtes für Bundesbau (AfB) des Landes Schleswig-Holstein

Beschreibung allgemein

Betrieb des Liegenschaftsinformationssystems, der arbeitsplatzbezogenen Programme im Ingenieurwesen des Landes Schleswig-Holstein sowie landesinterner Austausch von Fachinformationen (Text und Pläne) und Liegenschaftsentwicklungen (Geoinformationssystem) sowie Austausch von Regelwerken, Bauunterlagen, Erlass- und Berichtswesen zur Durchführung der Bundesbauvorhaben und Einhaltung und Umsetzung der bundeseinheitlichen Verfahren.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Büroorganisation AfB	IKOTECH III für die Verwaltung des AfB
2	Bilaterales Infomanagement AfB / GMSH	Fachinformationen / Liegenschaftsinformationen; das Infomanagement unterstützt den effektiven Datenaustausch zwischen AfB / GMSH und Landesbehörden
3	Infomanagement bundesweit für staatliche Bauverwaltungen, Bundesministerien und freiberuflich Tätige	Bearbeitung von Sonderaufgaben des Bundes im Bereich der Informationsbereitstellung von Fachinformationen, Gebäude- und Liegenschaftsinformationen
4	Projekt- und Liegenschaftsentwicklung in SH	Informationsdatenbank auf der Basis LISA / BFR GBestandsdaten

Sonstige Bemerkungen

Die Kosten der IT des AfB werden vom Bund erstattet. Die Abrechnung der Leistungen durch den Bund erfolgt über das Haushaltsreferat des FM. Aus haushaltsrechtlichen Gründen wird die Maßnahme in 2010 noch über das IT-Budget abgewickelt. Ab 2011 wird das AfB komplett im Kap. 0506 - MG 04 veranschlagt. Die IT-Planungen unterliegen weiterhin der RL IT SH.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Über die Einrichtung des AfB gibt es eine KV und Befassungen im FinA und Landtag.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Die Organisationsmaßnahme ist in der Abt. VI 1 geprüft worden.

Finanzielle Auswirkungen im Landshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0506- 214,6 231 02		Erstattung von Projekt- und Verwaltungskosten durch den Bund für das Amt für Bundesbau; hier: Erstattung der Kosten der IT

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Das AfB übernimmt die Funktion der Fachaufsicht führenden Ebene in SH für die Durchführung der Bundesbauvorhaben und ist verantwortlich für die Einhaltung und Umsetzung der bundeseinheitlichen Verfahren.	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
427 04	016	Beschäftigungsentgelte an Vertretung- und Aushilfskräfte	0,0	0,0	0,0
(MG 04)					
511 05	016	IT-Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	21,0	0,0	0,0
(MG 04)					

511 06 (MG 04)	016	IT-Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände für die Fachinformationsbörse	16,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
525 02 (MG 04)	016	Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten für die Fachinformationsbörse Bau	35,0	0,0	0,0
533 05 (MG 04)	016	IT-Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	88,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
533 06 (MG 04)	016	IT-Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen für die Fachinformationsbörse	82,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 03 (MG 04)	016	Erwerb von IT-Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	20,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 04 (MG 04)	016	Erwerb von IT-Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Fachinformationsbörse	20,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			282,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-282,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2008050072

Kosten des Umzuges des Finanzverwaltungsamt SH in ein neues Dienstgebäude ab 2012

Beschreibung

Ressort / Behörde Finanzverwaltungsamt SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Kosten des Umzuges des Finanzverwaltungsamt SH in ein neues Dienstgebäude ab 2012

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Umzug des Finanzverwaltungsamt SH in ein neues Dienstgebäude ab 2012	01.01.2012

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	20,0	0,0	40,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			20,0	0,0	40,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20,0	0,0	-40,0

IT-Maßnahme 2009050074

Servicestelle Steueraufsicht

Beschreibung

Ressort / Behörde FM / VI 34
Art IT Verfahren
Bezeichnung Servicestelle Steueraufsicht

Beschreibung allgemein

Die Aufgaben der Servicestelle erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:
 1. Wahrnehmung der Steueraufsicht nach § 208 Abs. 1 Nr. 3 AO einschließlich der bisher durch die Clearingstelle beim FA Kiel-Süd wahrgenommenen Aufgaben
 2. Ansprechpartner für die Zentrale Koordinierungsstelle beim Bundeszentralamt für Steuern (KUSS)
 3. Betreuung und Koordinierung der Arbeiten der Schwerpunktteams
 4. Verbindungsstelle für die Außenprüfungsstellen in den Finanzämtern zur Verbesserung des Informationsaustauschs und Nutzung der vorhandenen Prüfungserfahrungen
 5. Zusammenarbeit auf norddeutscher Ebene über einen Lenkungskreis zur großflächigen Durchführung bestimmter Risikobereichen oder Prüffelder

Sonstige Bemerkungen

Die Servicestelle Steueraufsicht nimmt ihre Arbeit zum 01.09.2008 auf. Die Kosten der technischen Ersteinrichtung werden daher bereits im Haushalt 2008 auf dieser ITM gebucht.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Wahrnehmung der Steueraufsicht nach § 208 (1) Nr. 3 AO
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Beschluss der Finanzminister der norddeutschen Länder v. Feb. / März 2008
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Die Wirtschaftlichkeit ist im Rahmen der Einrichtung und Organisation der Servicestelle Steueraufsicht durch VI 12 geprüft worden.
Kennzahl 96

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung einer organisierten Steueraufsicht nach § 208 (1) Nr. 3 AO	unbefristet
2	Unterstützung der Finanzämter in ihren Außendiensttätigkeiten	unbefristet
3	Koordinierung einer norddeutschen Zusammenarbeit im Bereich der Steueraufsicht der norddeutschen Länder	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Konkrete Planung der Einrichtung der Servicestelle Steueraufsicht im FM SH	03 - 06/2008
2	Ausschreibung der Dienstposten und personeller Aufbau der Servicestelle (intern / Stamm Steuerverwaltung)	06/2008
3	Aufnahme der Tätigkeiten der Servicestelle	09/2008
4	Evaluation der Anbindungsform im Finanzministerium	04/2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit den norddeutschen Ländern FHH, NS, MV

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	12,0	8,0	8,0
527 06	019	Dienstreisen	12,0	8,0	8,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	18,0	15,0	15,0

812 46 019 Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	4,2
davon Dataport:		0,0	4,2
Abschluss			
Gesamtausgabe	47,0	36,0	40,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-47,0	-36,0	-40,2

IT-Maßnahme 2010050075

eBeihilfe

Beschreibung

Ressort / Behörde Finanzverwaltungsamt SH

Art IT Vorhaben

Bezeichnung eBeihilfe

Beschreibung allgemein

Voruntersuchung und Umsetzung e-Beihilfe mit dem Ziel der Reduzierung der Beihilfeausgaben

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	8,0	8,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	40,0	82,0	970,0
		davon Dataport:		82,0	970,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	404,0
		davon Dataport:		0,0	404,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			40,0	92,0	1.384,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-40,0	-92,0	-1.384,0

IT-Maßnahme 2010050076

Digitales Archivverfahren

Beschreibung

Ressort / Behörde Finanzverwaltungsamt SH

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Digitales Archivverfahren

Beschreibung allgemein

Archivierung von Dokumenten und Listen aus den IT-Verfahren PERMSIS Abrechnung und PERMIS Beihilfe

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	7,0	7,2
		davon Dataport:		7,0	7,2
527 06	019	Dienstreisen	0,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	183,8	134,8
		davon Dataport:		183,8	134,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	40,0	0,0
		davon Dataport:		40,0	
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	230,8	142,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-230,8	-142,0

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Name, Tel., E-Mail:

Marcus Feldt, 0431/988-4662, marcus.feldt@wimi.landsh.de

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Marcus Feldt

IT-Leitstelle, VII 136

Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 7128
24171 Kiel

Tel.: 0431/988-4662

Fax: 0431/988-617-4662

mailto:marcus.feldt@wimi.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für die aktuellen Planungsjahre

Der Focus liegt in der konsequenten Modernisierung der Server- und APC-Landschaft (Arbeitsplatzpc's) um die technischen Abläufe zu optimieren. Die Abläufe sollen mit weniger Zeitaufwand sicherer und zuverlässiger und für die Anwender performanter werden.

Die hohe Anzahl veralteter APC's in 2008 mit bis zu 30 Minuten Anmeldezeiten demotivieren die Beschäftigten und sind bei immer knapper werdenden Personalressourcen kontraproduktiv. Auch belastet die von diesen APC's ausgehende und von der IT zu bearbeitende hohe Anzahl der Störungsmeldungen. Das in 2008 eingeführte professionelle Aufsetzen der PC's durch Festplattenimages war der Grundstein für die deutlich höheren Ausrollraten in 2008 und 2009.

Neben der Erneuerung der APC's wurde begonnen vom klassischen Serverbetrieb auf eine hochmoderne VMware-Virtualisierungslandschaft bestehend aus Virtual Center, 3 ESX Servern in einer SAN-Umgebung zu konsolidieren. Ergänzt wird das durch eine über Fibre Channel (High Speed Übertragungstechnik) angebundene neue Backuplösung mit Vollsicherung to Tape und Disk. Sowohl das Zeitfensterproblem Datensicherung als auch die langsame Rücksicherung entfallen dann, was zur einer höheren Verfügbarkeit der Systeme und Daten führt.

Sowohl die veraltete Großkopiererlandschaft wurde in 2010 durch neue, leistungsfähigere Geräte abgelöst als auch die erste Stufe des Vlan-Konzeptes umgesetzt. Auch die Blackberryeinführung konnte im 1. Halbjahr 2010 erfolgreich umgesetzt werden.

Der mit der Modernisierung einhergehende technische Fortschritt wird durch geeignete IT-Schulungen unterstützt. Aufgrund der vielen technischen Modernisierungen als auch wegen der personellen Umstrukturierungen in der IT-Leitstelle nimmt das wesentlich mehr Raum als in den Vorjahren ein.

Für 2011 stehen neben der fortlaufenden Modernisierung an :

- Ablösung der bisherigen Helpdesksoftware zwecks besserer Aufgabenorganisation
- Windows 7 Pilotierung im Rahmen der +1 Migration
- Homogenisierung der Softwarelandschaft sowie bevorzugte Umstellung auf Softwareverteilung statt aufwendigen manuellen Installationen

Teil II (Erhebungen)

3. Erhebungen (Kataster)

Hardware

Art	ANZAHL
Server	14
APC	331
Notebook	25
Drucker	306
Monitore	339
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	14

IT-Maßnahme 2005060001

BAföG / BaföG 21

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung BAFöG / BaföG 21

Beschreibung allgemein

Verwaltung und Berechnung von Studierendendaten zwecks Zahlbarmachung von BAFöG.
 Das BAFöG-Verfahren (alt) ist bereits seit 1980 im Einsatz. Es wurde durch ein neues zeitgemäßes Verfahren (BAföG 21) abgelöst. Die Entwicklung und Programmierung erfolgte durch den BAFöG-Verbund, dem 13 Bundesländer angehören. Durch BAFöG 21 werden alle Verwaltungsvorgänge vereinfacht, hauptsächlich durch den Einsatz von e-Akten, direkten Zugriff auf Studierendendaten, Berechnung und Bescheiderstellung Vorort, Schnittstellen zur Bürokommunikations-Software, online- Antragstellung durch die Studierenden.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	BAföG 21	Fallpauschalen Dataport
2	Archivierung	Archivierung durch Dataport
3	BAföG 21	Gesamtintegration und Pflege
4	Dialog 21	Pflege
5	Kasse 21	Pflege
6	PAP	Pflege Programmablaufplan

Sonstige Bemerkungen

Erläuterung der Steigerungsrate bei den Fallpauschalen:
 Jahr 2008 = 92.237 Zahlfälle.
 Jahr 2009 = 101.203 Zahlfälle.
 Steigerung der Zahlfälle ca. 9%.
 Weiterhin wird eine große Anzahl von Zahlfällen ab dem HH-Jahr 2010 aufgrund des 23. BAFöGÄndG hinzukommen, da aufgrund geänderter Rahmenbedingungen weitere Studierende/Schüler in den "Genuss" von BAFöG-Zahlungen kommen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Kabinettsbeschluss
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 für Dialog21
Kennzahl 71

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellen der elektronischen Verwaltung und Berechnung von Studierendendaten zwecks Zahlbarmachung von BAFöG.	01.01.1991 -31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Fertigstellung länder einheitlicher Programmmodule (Kasse21)	31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperationsverbund mit 12 Bundesländern

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	181,5	210,0	210,2
		davon Dataport:		210,0	210,2
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	23,5	20,8	20,8

Abschluss

Gesamtausgabe	205,0	230,8	231,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-205,0	-230,8	-231,0

IT-Maßnahme 2005060002

Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Verbesserung der Kommunikation in Arbeitsgruppen und mit dem nachgeordneten Bereich (Sharepoint)

Beschreibung allgemein

Durch den Einsatz des Produktes "Sharepoint" werden sowohl interne (gehostet im MWV), als auch externe (gehostet bei Dataport) Webs erzeugt, mit deren Hilfe sich Arbeitsgruppen, Abteilungen oder auch Referate austauschen können.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Extranet "Zukunftsprogramm Wirtschaft"	Betrieb der Sharepoint-Site
2	Extranet "Wissenschaftsabteilung"	Betrieb der Sharepoint-Site

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 4

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Behörden- und Institutionsübergreifende Projektzusammenarbeit	01.01.2008-31.12.2015

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Inbetriebnahme der Site's	27.05.2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2,5	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	2,5	3,0	3,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,5	-3,0	-3,0

IT-Maßnahme 2005060003

Zeiterfassung

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung Zeiterfassung

Beschreibung allgemein

Die Mittel dienen dem Betrieb des elektronischen Zeiterfassungs- und Zutrittskontrollsystems im MWV und seinen beiden Nebengebäuden.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 34

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Den zuverlässigen Betrieb des vorhandenen Zeiterfassungs- und Zugangssystems sicherstellen	01.01.1990-31.12.2011
2	Ersatz der technisch veralteten Controller	ab 01.07.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2,0	5,0	5,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	3,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			2,0	8,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,0	-8,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005060004

Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Finanzplanung im Straßenbaubereich Bund/Land/Kommunen

Beschreibung allgemein

Das Programm dient der Finanzbedarfsplanung im Straßenbau.

Neben den Kosten für die reine Softwarepflege (Uniface) benötigt das Fachreferat Mittel für Programmanpassungen, um den sich wandelnden Anforderungen gerecht zu werden.

Sonstige Bemerkungen

Wird z.Zt. auf 6 Arbeitsplätzen eingesetzt.

Das Fachreferat meldet für die kommenden Jahre einen grundsätzlichen Bedarf für die komplette Umgestaltung der IT-Anwendungen an. Insbesondere wird eine bessere Vernetzung mit der Straßenbauverwaltung angestrebt. Hierzu muss eine Projektgruppe gebildet werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinettsbeschluss

Kennzahl 32

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die Finanzplanung bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen mithilfe der Software sicherstellen	01.01.1990-31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	1,0	1,0	1,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1,0	-1,0	-1,0

IT-Maßnahme 2005060005

Aktenverwaltung mit FAME

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung Aktenverwaltung mit FAME

Beschreibung allgemein

Das Programm dient der Aktenplanverwaltung im MWV. Veranschlagt sind die Kosten des Wartungsvertrages. Das Programm wird aus Rücksicht auf das DMS-System des Landes nicht weiterentwickelt.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. siehe Vermerk Kalkowski im Register Beschreibung
Kennzahl 32

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	5,0	5,0	5,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			5,0	5,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-5,0	-5,0

IT-Maßnahme 2005060006

Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Verfahren

Bezeichnung Datenbank gestütztes Kundenmanagement (CRM)

Beschreibung allgemein

In der Pressestelle und im Fachreferat für Mittelstandsförderung wurde ein sogenanntes Kundenbetreuungsprogramm (Customer Relationship Management, CRM) eingeführt. Das Programm ermöglicht eine zeitgemäße und professionelle Pflege von Kundenbeziehungen zu den Kundengruppen "Medien" und "Mittelstand". Auskünfte und Anträge können effizienter behandelt werden.

Veranschlagt sind die Kosten für Wartung sowie die Ausstattung weiterer Mitarbeiter

Sonstige Bemerkungen

2011 muss aufgrund der Umstellung auf ein neues Betriebssystem die CTI-Schnittstelle (Schnittstelle PC-Telefon) erneuert werden. Die Kosten hierfür werden aus der IT-Maßnahme "+1" getragen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2005060008

Ersatzbeschaffung MWV

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung MWV

Beschreibung allgemein

Kosten für die Ersatzbeschaffung von Hard- und Software im MWV.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	100,0	55,8	62,7
		davon Dataport:		53,0	59,9
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	100,0	55,8	62,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,0	-55,8	-62,7

IT-Maßnahme 2005060009

Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der IT-Basisinfrastruktur des MWV

Beschreibung allgemein

Veranschlagt sind die Kosten für den IT-Betrieb im MWV, z.B. Tinte und Toner für Drucker, Datensicherungsbänder, Support durch das "Büro Land" von Dataport, die Betriebskosten der Telearbeitsplätze usw. .

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	40,0	40,0	40,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	15,0	15,0	15,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	54,8	54,8	54,8
		davon Dataport:		40,0	40,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	0,2	0,2	0,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			110,0	110,0	110,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-110,0	-110,0	-110,0

IT-Maßnahme 2005060010

Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung Informationssysteme Ernährungsnotfallvorsorge (IS-ENV)

Beschreibung allgemein

Informationssystem zur Ernährungsnotfallvorsorge

Die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung in bundesweiten Notsituationen gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates im Rahmen seiner Daseinvorsorge für den Bürger. Die hierfür zu treffenden Vorsorgemaßnahmen stellen eine gesetzliche Aufgabe dar.

Bund und Länder haben vereinbart mit Hilfe eines elektronischen Informationssystem Ernährungsnotfallvorsorge die technischen Voraussetzung für eine Kommunikation im Krisenfall zu schaffen. Sie hierzu Beschluss des Agrarministerrates:

Die Agrarministerinnen, -minister und Senatoren der Länder haben in der Agrarministerkonferenz am 22. März 2002 in Bad Nauheim die Auffassung vertreten, dass für die Bewältigung von Versorgungskrisen nach dem Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) und zur Sicherstellung der Versorgung im Spannungs- und Verteidigungsfall nach dem Ernährungssicherstellungsgesetz (ESG) ein bundesweit einheitliches DV-Informationssystem hilfreich und notwendig ist.

Die Agrarministerinnen, -minister und Senatoren der Länder haben aus diesem Grund das BMVEL gebeten die Voraussetzungen für eine bundesweite Nutzung zu schaffen und federführend einen Vorschlag für die gemeinsame Finanzierung des Programmpaketes unter Beteiligung des Bundes und der Länder zu erarbeiten.

Die Länder ihrerseits verpflichten sich, spätestens im nächsten Haushalt die Voraussetzung für die Beschaffung herzustellen. Die Kostenaufteilung könnte in Anlehnung an den Königssteiner Schlüssel erfolgen.

Bei einer Gesamtinvestitionssumme von 927.420,- Euro ist von SH gemäß Königssteiner Schlüssel (3,2386%) ein Betrag von 22.527 Euro zu übernehmen. Hinzu kommen Kosten für die jährliche Pflege und Wartung sowie eine erforderliche Einführungsschulung; diese sind mit ca. 5 Tsd. Euro jährlich zu beziffern.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Schriftlicher Auftrag VII M
Kennzahl 27

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung im Krisenfall	01.01.2008 -31.12.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
631 02	019	Zuweisungen an den Bund	9,0	9,0	9,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			9,0	9,0	9,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9,0	-9,0	-9,0

IT-Maßnahme 2006060011

Datenbank Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Datenbank Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie

Beschreibung allgemein

Auf der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer am 29.09.2008 wurde beschlossen, eine Datenbank mit Projekten und Akteuren der Brennstoffzellen und Wasserstofftechnologie aufzubauen. Die Datenbank wird via Internet veröffentlicht.

Die Kosten werden auf die norddeutschen Länder nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt.

Ab 2011 wird die Aktualität der Datenbank durch einen Pflegevertrag sichergestellt.

Das Projekt wird federführend durch das Wirtschaftsministerium des Landes Niedersachsen bearbeitet. Beauftragt ist die fK-Wind der Hochschule Bremerhaven.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Phase 1 - 2010	Erstellung der Datenbank
2	Phase 2 - ab 2011	Pflege der Datenbank

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Auf der Konferenz der Wirtschafts- und Verkehrsminister/-senatoren der norddeutschen Küstenländer am 29.09.2008 beschlossen.

Kennzahl 71

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Bundesweite, länderübergreifendes Verfahren

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	5,0	0,1
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	5,0	0,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-5,0	-0,1

IT-Maßnahme 2010060012

Datenbezug Versorgerinformationssystem (VIS)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung Datenbezug Versorgerinformationssystem (VIS)

Beschreibung allgemein

Das Bundeskartellamt stellt der Landeskartellbehörde (MWV SH) Daten aus der VIS-Datenbank (Versorgerinformationssystem; Strom, Gas) zur Verfügung

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Liegt mit ausführlichem Vermerk VII 346 - 604.536.72 vom 21.1.2010 vor:
 Kostenersparnis 2010= 5.092,50 €
 Kostenersparnis 2011= 8.459,00 €

Kennzahl 50

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Nutzung der Daten als Grundlage zur Unterstützung der lt. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen obliegenden Zuständigkeit	01.02.2010 - 31.12.2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Weitere Teilnehmer am Datenbezug (Bundesländer Bayern und Nordrhein-Westfalen) Hierdurch ergeben sich Kostenvorteile für SH.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	1,0	2,0	2,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1,0	2,0	2,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1,0	-2,0	-2,0

IT-Maßnahme 2010060013

xKfz-Standard

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung xKfz-Standard

Beschreibung allgemein
 eGovernment/ Deutschland-Online
 Handlungsfeld "Kfz-Wesen"; hier Online-Zulassung von Fahrzeugen

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Beschluss der gemeinsamen Verkehrsministerkonferenz vom 17./18. März 2010
Kennzahl 31

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Entwicklung eines Online-Kfz-Zulassungsverfahrens	01.01.2010 - 31.12.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 Deutschland-Online

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2,5	1,4	1,4
Abschluss					
Gesamtausgabe			2,5	1,4	1,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,5	-1,4	-1,4

IT-Maßnahme 2010060014

Unterstützung der Prüfbehörden für EFRE / ESF (IDEA)

Beschreibung

Ressort / Behörde MWV
Art IT Verfahren
Bezeichnung Unterstützung der Prüfbehörden für EFRE / ESF (IDEA)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 Verordnung (EG) Nr. 1083 und 1828/2006

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 siehe Vermerk der Leiterin der Prüfbehörde "Begründung IDEA Prüfbehörde"

Kennzahl 42

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	1,8	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,1	0,7	0,7
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	2,5	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			4,4	0,7	0,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4,4	-0,7	-0,7

Ministerium für Bildung und Kultur

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:

Ministerium für Bildung und Kultur

Name, Tel., E-Mail:

Thomas Banck, 0431/988-2211, Thomas.Banck@mbk.landsh.de

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

1.1 Ministerium für Bildung und Kultur

Im Ministerium für Bildung und Kultur ist das Referat für 'IT-Management' zuständig die strategische Ausrichtung und Konzeption der IT im Ministerium, den u.a. nachgeordneten Dienststellen sowie in den Schulämtern und in den Schulverwaltungen in Abstimmung mit den Kommunalverbänden.

Außerdem ist das Referat zuständig für den IT-Einsatz im Ministerium, d.h. für den Betrieb der IT, die Betreuung und Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für den Betrieb und die Pflege des PERLE-Verfahrens (PERsonalverwaltung LEhrkräfte).

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Thomas Banck, 0431/988-2211, Thomas.Banck@mbk.landsh.de

1.2 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen

Die Abteilung IT-Dienste des Instituts für Qualitätsentwicklung an Schulen unterstützt die Schulen in IT und Schulverwaltung durch Beratung, Schulung, Informations- und Kommunikationsangebote, eLearning und Medienschließung und -distribution. Daneben ist sie für den Betrieb der IT und Netze des Hauses incl. der Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zuständig.

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Reinhard Buhse; 0431/5403-124; reinhard.buhse@iqsh.landsh.de

1.3 Archäologisches Landesamt

Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein (ALSH)

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Volker Neuse, 04621/387-23, volker.neuse@alsh.landsh.de

Thomas Poelmann, 04621/387-24, thomas.poelmann@alsh.landsh.de

1.4 Landesarchiv

Landesarchiv Schleswig-Holstein

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Dr. Carsten Müller-Boysen, Telefon 04621/861847, E-Mail cmb@la.landsh.de

1.5 Landesamt für Denkmalpflege

Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Dr. Heiko K. L. Schulze, Tel. 0431/69677.80, heiko.schulze@ld.landsh.de

1.6 Landesbibliothek

Die Landesbibliothek betreibt ein EDV-System mit eigenen Fachanwendung und Katalogen in Verbundsystemen. Den laufenden Betrieb der 38 Rechner und die Betreuung der Server liegen in der Hand eines EDV-Sachbearbeiters.

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Michael Piegenschke, Tel. 696 77 19, michael.piegenschke@shlb.de

1.7 Landeszentrale für politische Bildung

Landeszentrale für politische Bildung

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Christina Batzlaff, 0431/988-5939, Christina.Batzlaff@lpb.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für die aktuellen Planungsjahre

2.1 Ministerien für Bildung und Kultur

- Ausbau des Landesnetzes Bildung zu einem innovativen und leistungsfähigen Verwaltungsnetz für die Schulämter und Schulverwaltungen in Abstimmung mit dem Finanzministerium
- Optimierung der Wirtschaftlichkeit des IT-Einsatzes im Bildungsbereich durch Standardisierung und Homogenisierung der Systemlandschaften (Hard- und Software) in Abstimmung mit den Kommunalen Landesverbänden
- Verstärkte Nutzung der zentralen E-Government-Komponenten des Landes für Anwendungen im Bildungsbereich

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

- Entlastung von Schulleitungen, Lehrkräften und Schulaufsicht von bürokratischen Aufgaben durch die Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für arbeitsplatzunterstützende IT-Lösungen
- Ausbau von mobilen IT-Arbeitsplätzen

2.2 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen

- Beratung und Unterstützung der Schulen bei der Standardisierung mit dem Ziel einer durchgängigen, beiläufigen IT- Nutzung im Unterricht
- Anpassung der IT im Haus an die technologische Entwicklung zur optimalen Unterstützung von Verwaltungs- und Organisationsprozessen
- Konsolidierung und Weiterentwicklung der internetgestützten IT- Dienstleistungen für Schulen, um eine gute Unterstützung von Verwaltungs-, Organisations- und Bildungsprozessen an Schulen zu erreichen

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

- Optimierung der IT-gestützten Dienstleistungen für Schulen
- Anschluss aller Schulen an das Landesnetz

- Einführung zentraler Verfahren

2.3 Archäologisches Landesamt

Das ALSH ist als Obere Denkmalschutzbehörde Träger öffentlicher Belange und hat landesweit jährlich ca. 2.500 öffentliche oder private Bauplanungen, die in den Boden eingreifen und archäologische Kulturdenkmale beeinträchtigen oder zerstören können, zu bewerten. Grundlage für die Stellungnahmen ist die archäologische Landesaufnahme, in der bisher nunmehr über 60.000 Fundstellen digital in einem archäologisch-geographischen Informationssystem SH (AGIS-SH) erfasst worden sind; die zugehörigen Fundstellenbeschreibungen liegen nur z. T. in Datenbanken vor.

Durch den bevorstehenden Stellenabbau dieser schon überschaubaren Behörde, ist es unbedingt notwendig, die digitale Verwaltung und Bereitstellung der Fundstellen auszubauen, um fristgerecht Investoren u. a. bei Straßenbau-, Kiesabbau-, Biogas-, oder anderen Bauvorhaben (Fehmarnbeltquerung, NOKanal-Ausbau) Planungssicherheit geben zu können.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Für die Haushaltsjahre 2011/12 soll die Eingabe aller Fundstellen in eine Datenbank wenn nicht abgeschlossen, aber doch weit vorangetrieben werden. Dazu gehört auch die Einarbeitung der noch ca. 20.000 fehlenden Fundpunkte in das AGIS-SH

2.4 Landesarchiv

Langfristige Sicherstellung des Betriebs von AIDA durch Entwicklung einer Nachfolgeversion (3.0), die den aktuellen Betriebssystemen von Microsoft angepasst und für zukünftige offen ist.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

- Öffnung zur E-Akte (VISKompakt)
- Automatisiertes Generieren von elektronischen Findmitteln
- Automatisiertes Generieren von Bestandsinformationen für das Internet
- Magazinverwaltung
- Verknüpfungsmöglichkeit von Verzeichnungsdaten mit Bilddateien und audiovisuellen Medien

2.5 Landesamt für Denkmalpflege

- Überführung der vorhandenen Datenbankanwendungen in einen zentralen SQL-Server
- Aufbau eines servergestützten digitalen Bildarchivs
- Aufbau eines zentralen Archivs für digitale Schriftstücke
- Vorbereitung eines digitalen Denkmalbuchs (zusammen mit dem Archäologischen Denkmalamt)
- Errichtung einer zentralen Formularverwaltung
- Personalschulung zwecks Optimierung der digitalen Bürokommunikation
- Kontinuierlicher Ausbau der vorhandenen Datenbanken

2.6 Landesbibliothek

Die Landesbibliothek stellt ihre Fachanwendungen über Internet für Kunden in- und außerhalb des Hauses zur Verfügung. Diese Datenbanken werden teils im Haus, teils in Verbunddatenbanken erstellt. Diese Anwen-

dungen sind laufend weiterzuentwickeln. Dazu werden die konventionellen Zettelkataloge und Bilddokumente digitalisiert und online zur Verfügung gestellt. Insbesondere das Arbeiten in den Verbunddatenbanken muss sicher und störungsfrei gewährleistet sein, da alle Arbeitsgänge auf diesen Anwendungen basieren. Der Ausleihbetrieb ist nach abgeschlossener Digitalisierung auf automatisierte Verfahren umzustellen (2010/2011).

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

- 2006 – 2021 Rückwärtige Digitalisierung der Buchbestände
- 2006 – 2016 Digitalisierung der Bilddokumente im DigiCult-Projekt
- 2010/2011 Einführung der automatisierten Ausleihe und Fernleihe

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre

3.1 Ministerium für Bildung und Kultur

- Erhöhung der Ausfallsicherheit der zentralen IT-Infrastruktur im Ministerium
- Vorbereitung und Test der Migration auf den neuen Landesstandard „+1“

3.2 Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen

- Migration der IT des Hauses auf den neuen Landesstandard Plus 1

3.3 Archäologisches Landesamt

- Ausbau des webbasierten Archäologisch-Geographischen Informationssystems (AGIS)-SH
- Wirtschaftlichere Dokumentation von archäologischen Funden in 3D Qualität mit einem Streifenlichtscanner
- Aufbau einer webbasierten archäologischen Grabungsdatenbank Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit dem Archäologischen Landesmuseum Schloss Gottorf und dem Helmsmuseum Hamburg

3.4 Landesarchiv

- Neuprogrammierung von AIDA-SH als objektorientierte Entwicklung unter Einsatz von VB.NET mit ergänzender XML-Datenhaltung

3.5 Landesamt für Denkmalpflege

- Anschaffung eines eigenen Servers für digitale Bildarchive

3.6 Landesbibliothek

- Die Digitalisierung der Bilddokumente über DigiCult umfasst die Digitalisierung von Bildern und die Beschreibung von Bilddokumenten. Die erforderlichen Geräteanschaffungen umfassen Bildscanner, Server, Erfassungsstationen, Datenspeicher und Bildausgabegeräte (Farbdrucker)
- Die Automatisierung der Benutzung würde vor allem bedeuten, dass konventionelle Recherche über Zettelkataloge und Bestellzettel vollständig durch Bildschirmrecherche und Bestellverfahren abgelöst werden

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für die aktuellen Planungs-

jahre

- sh21 - Standardisierung der pädagogischen IT-Ausstattung an Schulen in Absprache mit den Kommunalen Landesverbänden
- Landesnetz Bildung - Einführung standardisierter IT-Arbeitsplätze in den Schulämtern und Schulverwaltungen in Absprache mit den Kommunen und in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium
- Kooperation Personaldienste - Ablösung des IT-Verfahrens zur Personalverwaltung der Lehrkräfte (PERLE) durch eine gemeinsame IT-Nachfolgelösung der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein
- Konzeption eines Internetportals zur Online-Bewerbung im Schulbereich auf der Basis des in Hamburg eingeführten IT-Verfahrens PBO
- eLearning: Bayern, Saarland
- Mediierschließung und -distribution: Bund, div. Bundesländer, Firmen
- Einbindung von Teilen der Datenbank des Landesamtes für Denkmalpflege in das Portal der „Deutschen Digitalen Bibliothek“ (www.ddb.de) in Zusammenarbeit mit den anderen Landesämtern für Denkmalpflege der Bundesrepublik. Die Vorbereitung der Realisierungsphase beginnt ab Mitte 2010.
- Umsetzung der Inspire-Richtlinie (Bereitstellung von Geodatenätzen), abhängig vom Gesetzgebungsverfahren in Schleswig-Holstein (Umsetzung der Richtlinie bzw. Novellierung des Denkmalschutzgesetzes)
- Die Landesbibliothek ist Teilnehmer im GBV (Gemeinsamer Bibliotheksverbund)
- Die Landesbibliothek ist Mitglied der Digicult-Genossenschaft

Teil II (Erhebungen)

5. Erhebungen (Kataster)

Hardware

Art	ANZAHL
Server	35
APC	592
Notebook	297
Drucker	502
Monitore	634
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	69

IT-Maßnahme 2005070001

Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur
Art IT Verfahren
Bezeichnung Personalverwaltung Lehrkräfte (PERLE)

Beschreibung allgemein

IT-Verfahren zur Unterstützung der Fachreferate bei der Bewerber- und Lehrpersonalverwaltung.
 Es werden alle Aufgaben unterstützt, die bei der Lehrkräfteverwaltung anfallen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der kombinierten Datenpflege und der automatischen Erstellung von standardisierten Schriftgut.
 Außerdem sind diverse Auswertemöglichkeiten vorhanden.
 Die Bewerberverwaltung umfasst den Vorbereitungs- und Schuldienst.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Einsparung von 18 Stellen. Die entsprechenden kw-Vermerke sind im Haushalt 1986 ausgewiesen (§13 Abs. 11 HG) und bis zum Jahr 1998 realisiert worden.
Kennzahl 17

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Unterstützung der Arbeitsabläufe in der Lehrpersonalverwaltung	
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Dauerbetrieb des IT-Systems	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	180,0	206,5	206,5
		davon Dataport:		206,5	206,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	180,0	206,5	206,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-180,0	-206,5	-206,5

IT-Maßnahme 2005070002

Landesnetz-Bildung

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur

Art IT Verfahren

Bezeichnung Landesnetz-Bildung

Beschreibung allgemein

Erstellung eines Konzeptes für eine einheitliche IT-Ausstattung in der Schulverwaltung und den Schulämtern. Aufbau und Betrieb der erforderlichen zentralen Infrastruktur. Aufbau eines Informationspools für die am Landesnetz angeschlossenen Schulen und Schulämter in Schleswig-Holstein.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

**Wirtschaftlichkeits-
berechnung** Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Qualitativer Nutzen

Kennzahl 25

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbau und Betrieb einer Service-Infrastruktur	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Aufbau und Betrieb der zentralen Anmelde- und Mail-Infrastruktur	
2	Aufbau und Betrieb eine Patch-Managements	2009
3	Aufbau und Betrieb einer zentralen Arbeits- und Informationsplattform (Share-Point)	2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
427 03	019	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	80,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	50,0	194,0	74,0
		davon Dataport:		194,0	74,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			130,0	194,0	74,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-130,0	-194,0	-74,0

IT-Maßnahme 2005070004

Automatisierung des Lehrerländertausches

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Automatisierung des Lehrerländertausches

Beschreibung allgemein

Einführung eines IT-gestützten Verfahrens zum länderübergreifenden Lehrertausch.
 Angestrebt wird eine einheitliche Handhabung in den Bundesländern.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 27

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Unterstützung der Arbeitsabläufe beim Lehrerländertausch	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Aufbau eines landesinternen Plattform	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			2,0	2,0	2,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,0	-2,0	-2,0

IT-Maßnahme 2005070005

Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung von IT-Hardware im Ministerium

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
 Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
 Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Sonstige Bemerkungen

Es erfolgt eine gemeinsame Beschaffung mit Hamburg durch den Dienstleister Dataport.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	41,7	117,5	30,9
		davon Dataport:		117,5	30,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			41,7	117,5	30,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-41,7	-117,5	-30,9

IT-Maßnahme 2005070006

Betrieb der IT im Ministerium

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der IT im Ministerium

Beschreibung allgemein

IT-Grundversorgung der Dienststelle mit Basis-IT, Verbrauchsmitteln, Nutzung externer Datenbanken, Aus- und Fortbildung und Vertrag zum Support Landessystemkonzept.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	75,0	75,0	75,0
		davon Dataport:		75,0	75,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	13,0	208,0	208,0
		davon Dataport:		208,0	208,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	3,0	15,0	3,0
		davon Dataport:		12,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			93,0	300,0	288,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-93,0	-300,0	-288,0

IT-Maßnahme 2006070007

Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen

Beschreibung

Ressort / Behörde Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Art IT Verfahren

Bezeichnung Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen

Beschreibung allgemein

Das IQSH betreibt für Aus- und Fortbildungszwecke die synchrone Online-Konferenzplattform Interwise.

Auf in der Regel angemieteten Servern werden Unterstützungssysteme für die Arbeit im IQSH, für die Unterstützung von Schulen und Lehrkräften, sowie für Projektpartner betrieben.

Hierzu gehören Verfahren wie ODIS, EVIT, VERA, LEONIE, Fächerportal, Webauftritt des IQSH, Online-Buchungssysteme, Ticketsystem, Mediendownload für Schulen, Kundenhosting von 500 Schulen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Elearning	Life-Lehrerfortbildung mit der Konferenzserverplattform Adobe Connect
2	Online Verfahren	Internetbasierte Unterstützungssysteme für Schulen und Lehrerbildung

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 41

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Betrieb von Unterstützungssystemen für Schulen (Server mit Dienstleistungen für Schulen, E-Learning-plattform)	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Dauerbetrieb der Dienstleistungen (Web-Server, E-Learning)	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,0
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	56,5	45,5	45,5
		davon Dataport:		33,3	33,3
Abschluss					
Gesamtausgabe			61,5	50,5	50,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-61,5	-50,5	-50,5

IT-Maßnahme 2006070008

Ersatzbeschaffungen des IQSH

Beschreibung

Ressort / Behörde Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen des IQSH

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	41,7	62,4	77,9
		davon Dataport:		52,4	58,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			41,7	62,4	77,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-41,7	-62,4	-77,9

IT-Maßnahme 2006070009

Betrieb der IT im IQSH

Beschreibung

Ressort / Behörde Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der IT im IQSH

Beschreibung allgemein

Im IQSH gibt es neben dem Landesnetzzugang eine freie Internetanbindung über eine Standleitung zur Universität Kiel (DFN). Diese freie Internetanbindung wird für die Schulungs- und Veranstaltungsräume sowie für eLearning (Adobe Connect), Upload digitaler Medien, Fernwartung von PCs an Schulen und Pflege externer Server benötigt.

Weiterhin werden in dieser Maßnahme Kosten für die Reparatur und Pflege der Hardware sowie Internetdienste für das Haus (Mailserver, Bibliotheksverwaltung,...) finanziert.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,2	4,0	4,0
		davon Dataport:		4,0	4,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	21,8	24,0	94,0
		davon Dataport:		7,2	77,2
Abschluss					
Gesamtausgabe			27,0	28,0	98,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-27,0	-28,0	-98,0

IT-Maßnahme 2009070011

Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Entwicklung von IT-Lösungen zur Optimierung von Arbeitsprozessen

Beschreibung allgemein

Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Verminderung des Aufwandes bei schulbezogenen Verwaltungsabläufen. Dies betrifft unter anderem die Verminderung des Aufwandes bei Datenerhebungen in den Schulen, die Verminderung des Aufwandes bei der Pflege von Schulverwaltungsprogrammen, die Nutzungsmöglichkeiten zentraler gespeicherter Lehrerdaten für die Schulverwaltung und die Schulämter, die IT-technische Unterstützung des Schulwechsels von Schülern, die Nachverfolgung des Schulwechsels sowie die IT-Unterstützung für die Schulentwicklungsplanung.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Schulentwicklungsplanung	Das Ministerium und die Kreise verwenden bisher unterschiedliche IT-Lösungen und Basiszahlen für die Schulentwicklungsplanung. Daher wird der Einsatz der bereits in den Kreisen eingesetzten IT-Lösung als Landeslösung angestrebt

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Kennzahl 25

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Optimierung von Arbeitsprozessen, insbesondere im Verwaltungsbereich	

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
Schulentwicklungsplanung	1	Einführung eines landeseinheitlichen IT-Lösung für die Schulentwicklungsplanung	1.07.2010 - 1.07.2011

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Vereinbarung mit den Kommunalen Landesverbänden über Betrieb der Schulentwicklungsplanung	3. Quartal 2010
1	Aufbau und Ausbau der zentralen IT für die Schulentwicklungsplanung	4. Quartal 2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Insbesondere im Bereich der Schulverwaltungsprogramme wird eine Kooperation mit anderen Ländern angestrebt.
 Aktuell werden Kooperationsmöglichkeiten mit Hamburg geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	100,0	60,0	60,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			100,0	60,0	60,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,0	-60,0	-60,0

IT-Maßnahme 2009070012

Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Bildung und Kultur
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Online-Bewerbung im Schulbereich (pbOn)

Beschreibung allgemein

Webbasiertes IT-Verfahren für Online-Bewerbungen im Schulbereich, das im Internet Stellenangebote von schleswig-holsteinischen Schulen verfügbar macht und eine Bewerbung über das Internet ermöglicht

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Kennzahl 25

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Durch ein Onlineportal mit nach Regionen und Fachgebieten selektierbaren Stellenangeboten soll eine optimale Ansprechbarkeit von Interessenten, eine zeitnahe Rückmeldung von Bewerbungen und eine transparente Übersicht für die Schulleitungen und das Ministerium erreicht werden.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Erarbeitung der erforderlichen Konzepte und Beginn der technischen Umsetzung	bis 3. Quartal 2010
2	Pilotierung und Inbetriebnahme	ab 4. Quartal 2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Vorgesehen ist die Übernahme des in der Hamburger Behörde für Bildung und Sport realisierten Verfahrens PbOn

E-Government-Initiativen Das Verfahren nutzt das für E-Government-Anwendungen entwickelte Schleswig-Holstein Gateway

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	164,5	170,0	160,0
		davon Dataport:		170,0	160,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	164,5	170,0	160,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-164,5	-170,0	-160,0

IT-Maßnahme 2010070013

Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarchiv SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Weiterentwicklung archivischer Fachverfahren - Landesarchiv

Beschreibung allgemein

Das Landesarchiv setzt für die Katalogisierung seiner Bestände die von Dataport entwickelte Lösung AIDA ein. Die Software wird insbesondere für die Erstellung von Findbüchern und die Verwaltung der Aktenbestände eingesetzt.

Mittelfristig ist geplant, die vorhandenen Informationen allen Bürgern per Internettechnologie zur Verfügung zu stellen. Dazu bedarf es einer Vergrößerung der Funktionsfähigkeit von AIDA-SH und eines Ausbau des Internetangebotes des Landesarchivs.

Weiterhin werden Mittel benötigt, um die Archivverwaltung und insbesondere die eingesetzte Software auf die Übernahme von elektronischen Akten aus der Landesverwaltung vorzubereiten.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 7

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Erweiterung der Funktionalitäten von AIDA	2009 - 2010
2	Vorbereitende Maßnahmen für die Übernahme von elektronischen Akten aus der Landesverwaltung	ab 2010

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	15,0	145,0	145,0
		davon Dataport:		145,0	145,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			17,0	147,0	147,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-17,0	-147,0	-147,0

IT-Maßnahme 2010070014

Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesamt für Denkmalspflege SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	2,0	2,5
		davon Dataport:		2,0	2,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
		davon Dataport:		3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	21,0	22,0	22,0
		davon Dataport:		22,0	22,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	1,5	1,5	1,5
		davon Dataport:		1,5	1,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			27,5	28,5	29,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-27,5	-28,5	-29,0

IT-Maßnahme 2010070021

Ersatzbeschaffung - Landesarchiv

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarchiv SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Landesarchiv

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,5	29,1	6,6
		davon Dataport:		28,0	5,5
		Abschluss			
Gesamtausgabe			5,5	29,1	6,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,5	-29,1	-6,6

IT-Maßnahme 2010070022

Ersatzbeschaffung - Landesbibliothek

Beschreibung

Ressort / Behörde Landebibliothek
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Landesbibliothek

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
 Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
 Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,7	3,2	11,3
		davon Dataport:		3,2	11,3
		Abschluss			
Gesamtausgabe			10,7	3,2	11,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-10,7	-3,2	-11,3

IT-Maßnahme 2010070023

Laufender Betrieb - Landeszentrale für politische Bildung

Beschreibung

Ressort / Behörde Landeszentrale für politische Bildung
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Landeszentrale für politische Bildung
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,0	1,0	1,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	1,5	1,5	1,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	11,6	12,6	12,6
		davon Dataport:		12,6	12,6
		Abschluss			
Gesamtausgabe			14,1	15,1	15,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-14,1	-15,1	-15,1

IT-Maßnahme 2010070024

Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Archäologisches Landesamt
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	6,0	6,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	44,0	47,0	47,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	4,0	10,0	10,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,7	2,8	0,0
		davon Dataport:		2,8	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			58,7	67,8	65,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-58,7	-67,8	-65,0

IT-Maßnahme 2010070025

Laufender Betrieb - Landesarchiv SH

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarchiv SH
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesarchiv SH
Priorität
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7,0	8,0	8,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	3,0	6,0	3,0
		davon Dataport:		6,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	39,5	53,5	41,5
		davon Dataport:		53,5	41,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			49,5	67,5	52,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-49,5	-67,5	-52,5

IT-Maßnahme 2010070026

Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt S-H
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Webbasierte Datenbank der Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung allgemein

Nach der bevorstehenden Novellierung des Denkmalschutzgesetzes in 2008 ist für Ende 2009 eine gemeinsame Datenbank mit GIS Darstellung der Kulturdenkmale Schleswig-Holsteins vorgesehen, auf die interessierte Bürger und insbesondere Planungsbüros, Investoren und Gemeinden über das Internet zugreifen können, um sich vorab über mögliche Konflikte der beabsichtigten Bauvorhaben mit Kulturdenkmalen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen informieren können.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Novellierung des Denkmalschutzgesetzes. Die anwachsende Zahl von Grabungsprojekten machen schnelle, webbasierte GIS gestützte Abfragen mit verbindlichen Antworten notwendig. Lt. Koalitionsvertrag soll das DSchG novelliert werden.
Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Datenbank mit GIS Darstellung der Kulturdenkmale in S-H	2008 bis 2010
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Planung / Konzepterstellung	2008
2	Datenaufbereitung	2009
3	Inbetriebnahme	Ende 2009 / 2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperationsgespräche mit Dänemark und dem Niedersächsischen Landesdenkmal Hannover. Weitere Kooperationen mit Archäologischen Landesämtern angrenzender Bundesländer

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,5	2,5	2,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2,5	2,5	2,5
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			15,0	5,0	5,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-15,0	-5,0	-5,0

IT-Maßnahme 2010070027

Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt S-H
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Digitale Fotodokumentation mit 3D Laserscanner

Beschreibung allgemein

Die Dokumentation von archäologischen Funden erfolgt bislang in aufwändiger Zeichenarbeit durch Grafiker. Durch die digitale Fotodokumentation mit einem 3D-Laserscanner, ist es möglich die Fundstücke automatisiert in reale und druckfertige Zeichnungen umzusetzen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Vorbereitung	2008
2	Umsetzung	2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,0	3,0	3,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			5,0	3,0	3,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-3,0	-3,0

IT-Maßnahme 2010070028

Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesamt für Denkmalpflege
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Landesamt für Denkmalpflege

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
 Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
 Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	26,1
		davon Dataport:		0,0	26,1
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	0,0	26,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	-26,1

IT-Maßnahme 2010070029

Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung

Beschreibung

Ressort / Behörde Landeszentrale für politische Bildung

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Landeszentrale für politische Bildung

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,7	0,7	3,6
		davon Dataport:		0,7	3,6
		Abschluss			
Gesamtausgabe			5,7	0,7	3,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,7	-0,7	-3,6

IT-Maßnahme 2010070030

Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung - Archäologisches Landesamt

Beschreibung allgemein

Regelmäßiger Ersatz der eingesetzten IT-Hardware zur Aufrechterhaltung des IT-Betriebes.
Dabei handelt es sich um einen kontinuierlichen Prozess unter Berücksichtigung der Mindestnutzungsdauer.
Die IT-Basisinfrastruktur bildet die Grundlage für alle darauf aufbauenden IT-Fachverfahren.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	9,7	20,4	23,2
		davon Dataport:		20,4	23,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			9,7	20,4	23,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9,7	-20,4	-23,2

IT-Maßnahme 2010070031

Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung

Ressort / Behörde Archäologisches Landesamt S-H

Art IT Verfahren

Bezeichnung Weiterentwicklung GIS (geografisches Informationssystem) für Kulturdenkmale in S-H

Beschreibung allgemein

Im Geographischen Informationssystem des Archäologischen Landesamtes sind zur Zeit rund 60.000 arch. Kulturdenkmale und Funde verzeichnet und intern für Beurteilungen von Planungen und wissenschaftlichen Fragestellungen abrufbar; in den folgenden Jahren sind noch rund 20.000 Denkmäler nachzutragen. Neben der kontinuierlichen Datenerfassung und -validierung erfolgt parallel die Optimierung und Anpassung des Systems an gesteigerte Anforderungen bei Datenabfragen. Ziel der Maßnahme ist die Einbindung auch der obertägigen Baudenkmale in das GIS, um Planungsbüros, Gemeinden und anderen Nutzern die Möglichkeit zu geben, sich zentral über Kulturdenkmale zu informieren, um diese bei Bauvorhaben entsprechend zu berücksichtigen. Eine schnelle webbasierte Abfragemöglichkeit (vgl. Maßnahme 2008030023) ist dafür Voraussetzung.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 12

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Inbetriebnahme	2009

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
427 03	019	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	35,0	35,0	0,0
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,8	2,8	2,8
Abschluss					
Gesamtausgabe			37,8	37,8	2,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-37,8	-37,8	-2,8

IT-Maßnahme 2010072015

Laufender Betrieb - Landesbibliothek

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesbibliothek
Art Grundversorgung
Bezeichnung Laufender Betrieb - Landesbibliothek

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des Betriebes der bereits eingeführten Maßnahmen und der Basisinfrastruktur

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3,0	3,0	3,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	30,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	4,0	4,3	4,3
Abschluss					
Gesamtausgabe			39,0	39,3	39,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-39,0	-39,3	-39,8

***Ministerium für Justiz, Gleichstellung
und Integration***

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation

- a. Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration mit den Liegenschaften
 - Haupthaus Lorentzendam
 - Legienstraße
 - Knooper Weg
 - Adolf-Westphal-Straße

- b. Gerichte,
Staatsanwaltschaften,
Vollzug
und Bewährungshilfe

- c. Landesamt für Ausländerangelegenheiten, Neumünster

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

Zu 1a. Rolf Kubach, 988-3734, rolf.kubach@jumi.landsh.de

Zu 1b. Dr. Nils Trares-Wrobel, 988-3821, nils.trares-wrobel@jumi.landsh.de

Zu 1c. Rolf Kubach, 988-3734, rolf.kubach@jumi.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für das aktuelle Planungsjahr

- Zu 1a. Das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration betreibt eine IT-Landschaft auf Basis des aktuellen Landesstandards.
Primäre Ziele sind die Sicherstellung einer modernen Bürokommunikationsplattform mit umfassenden Informationsangeboten und der Einsatz der für die effektive Aufgabenerfüllung erforderlichen Fachanwendungen.
Durch gezielten Aufgaben-bezogenen Einsatz mobiler Technologien wird die moderne und flexible Arbeitsplatzgestaltung gefördert.
Die Basiskosten IT werden durch Nutzung der vom Zentralen IT-Management angebotenen Dienste und Standards sowie Verlagerung zentralisierbarer Aufgaben an Landes-IT-Dienstleister gesenkt.
- Zu 1b. Ziel des IT-Einsatzes in der Justiz SH ist die Modernisierungsvorhaben so zu unterstützen, dass im Rahmen einer optimalen Wirtschaftlichkeit rechtlich vorgeschriebene Aufgaben erfüllt und die Qualitätsverbesserung ausgewählter Prozesse durchgeführt werden können. Dabei müssen sowohl die IT-Standards bundesweiter, wie auch landesweiter Vorhaben berücksichtigt werden.
Zudem muss die IT-Organisation der Justiz so modernisiert werden, dass auch zukünftig die stetig wachsenden Aufgaben im IT-Bereich wirtschaftlich mit guter Qualität erledigt werden können.
- Zu 1c. Ziel des IT-Einsatzes im Landesamt für Ausländerangelegenheiten ist die Bereitstellung einer modernen Bürokommunikationsplattform nach dem aktuellen Landesstandard unter besonderer Berücksichtigung der Fachanwendungen, ohne die die vielfältigen mit dem Asylverfahren und der Betreuung von Asylbewerbern verbundenen Aufgaben nicht zu erfüllen wären.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

- zu 1a. Die geplanten IT-Maßnahmen sollen den erreichten Standard sicherstellen und darüber hinaus die Basis für ressortübergreifende IT-Verfahren bilden.

Unter Berücksichtigung der Beschaffungsplanung ist die Migration der Arbeitsplätze und Server-Infrastruktur in den +1-Standard geplant.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Ausweitung der Nutzung der elektronischen Akte zur Vorbereitung der vom Landesrechnungshof vorgeschlagenen Einführungsstrategie.

Das mobile Arbeiten soll Aufgaben-bezogen unter Nutzung der zentralen

Standards mobiler Arbeitsplatz und Blackberry ausgeweitet werden.

zu 1b. Mit den geplanten IT-Maßnahmen wird die Justiz in Schleswig-Holstein den eingeschlagenen Modernisierungsprozess weiter vorantreiben. So werden durch die Projekte MEGA-neu, EUREKA-FACH, MESTA, Elektronischer Briefkasten, Schleswig-Holsteinsches elektronisches Mahnverfahren, Elektronisches Grundbuch, Justizportal, Datenaustausch Polizei-Justiz, IT-Einsatz im Justizvollzug und der Bewährungshilfe und Registerautomation Schleswig-Holstein wichtige Bausteine zum Ausbau des Elektronischen Rechtsverkehrs gesetzt. Dieser soll in den nächsten Jahren immer weiter in der Justiz ausgebaut werden. Dazu sollen die Infrastrukturen, die bisher für einzelne Fachverfahren aufgebaut worden sind, so ausgebaut werden, dass sie auch anderen Verfahren zur Verfügung gestellt werden können. Daneben gilt es im Rahmen des Projektes „Datacenter Justiz“ eine zukunftsfähige IT-Organisation für die Justiz aufzubauen und zudem den Prozess der Standardisierung voranzutreiben. Dazu gehört nicht nur das Voranbringen des Projektes "sanfte Migration" für die Justiz mit dem Ziel sich dem Landesstandard „+1“ zu nähern, sondern auch die Angleichung der eingesetzten Software-Produkte im Bereich der Bürokommunikation über die regelmäßige IT-Ausstattung der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugseinrichtungen und die Integration der bisher für das eJustice aufgebauten IT-Infrastruktur in die E-Government-Infrastruktur 2.0.

Zu 1c. Im Rahmen der Ersatzbeschaffung wird die Einführung des aktuellen Landesstandards +1 geprüft, wobei ein besonderer Augenmerk auf die Lauffähigkeit der eingesetzten Fachanwendungen liegt. Das Landesamt plant die mittelfristige Ablösung des eingesetzten Fachverfahrens.

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für das aktuelle Planungsjahr

zu 1a. aa) Test und Migration der Arbeitsplätze der Liegenschaften Lorentzendamm, Legienstraße und Knooper Weg in den Plus1-Standard.

bb) Umstellung der Server auf den Plus1-Standard nach Maßgabe der Ersatzbeschaffungszyklen.

cc) Ausweitung des eAkte-Betriebs und Pilotierung von Einsatzkonzepten zur Vorbereitung der flächendeckenden Einführung gemäß Prüfungsergebnissen des LRH.

dd) Konsolidierung der aus anderen Ressorts übernommenen Fachbereiche.

ee) Einführung von Blackberry-Smartphones

zu 1b. aa.) Ausbau der IT-Infrastruktur zur Umsetzung des Elektronischen Rechtsverkehrs für die Justiz in Schleswig-Holstein in Abstimmung mit den Entwicklungen der eGovernment-Infrastruktur 2.0.

bb.) Einführung der elektronischen Akte im Rahmen des Projektes eJuVA – elektronische Justizverwaltungsakte – (elektronischer Briefkasten EGVP und / oder Dokumentenmanagementsystem VISKompakt) analog des Projektes RaSch.

cc.) Weiterer Ausbau des AD's für die Justiz im Rahmen des Projektes "sanfte Migration".

Zu 1c. aa) Ersatzbeschaffung der vorhandenen Ausstattung.

bb) Ausbau der Vor-Ort-Kompetenzen, Verbesserung der Support-Qualität durch Stärkung der örtlichen Betreuung, Einsparung laufender Kosten durch Anpassung der Supportverträge

cc) Test und ggf. Einführung des +1-Standards

dd) Vorbereitung der Auswahlentscheidung eines Nachfolgesystems für das eingesetzte Fachverfahren Asylix.

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für das aktuelle Planungsjahr

zu 1a. Beteiligung an DOL (Fortentwicklung des xAusländer-Standards)

zu 1b. Länderkooperationen bestehen bei den folgenden Projekten:

- SHEMA: Hamburg, Bremen, (Mecklenburg-Vorpommern)
- Elektronisches Grundbuch: alle 16 Länder
- RaSch: Berlin, Brandenburg, Bremen
- MEGA: Brandenburg, Hamburg
- Justizportal: alle 16 Länder (und Bund)
- MESTA: Hessen, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin
- ERV-D: alle 16 Landesjustizverwaltungen

- EUREKA-FACH: Brandenburg, Saarland, Bremen, Hamburg, Sachsen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern
- SAFE: alle 16 Landesjustizverwaltungen
- SoPart: Hessen und Nordrhein-Westfalen
- Basis-Web: alle 16 Landesjustizverwaltungen (außer Bayern, Thüringen, Baden-Württemberg)

Zu 1c. Prüfung einer Länderkooperation zur Ablösung des eingesetzten Fachverfahrens Asylix.

5. Verwaltungsmodernisierung

Beschreibung der Aufträge zur Verwaltungsmodernisierung im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

keine

6. Funktional- und Verwaltungsstrukturreform

Beschreibung der Aufträge zur Funktional- und Verwaltungsstrukturreform - insb. Kommunalisierung von Aufgaben - im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

keine

Teil II (Erhebungen)

7. Erhebungen (Kataster)

Zu 1a.

Art	ANZAHL
Server	7
APC	233
Notebook	44
Drucker	258
Monitore	245
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	10

Sonstige Bemerkungen:

- Server
 - 3 Liegenschaften mit eigenen Servern, 1 Liegenschaft mit direkter Anbindung an Haupthaus
 - Schulungsraum
- PC's / Notebooks
 - Schulungsraum
 - Referendar-/Auszubildenden-/Funktionsarbeitsplätze
 - IT-Referat mit mehreren AP-Rechnern
 - Prüfnotebooks für Abteilung Reaktorsicherheit können aus Sicherheitsgründen nicht als APC verwendet werden!
 - Verleihnotebooks
- Drucker
 - Netzwerkdrucker
 - Funktionsdrucker
- Netzkomponenten
 - Nur eigene Komponenten in den nicht von T-Com ausgestatteten Liegenschaften

Zu 1b.

Art	ANZAHL
Server	259
APC	5.317
Notebook	167
Drucker	5.004
Monitore	5.403
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	In jeder Behörde

IT-Maßnahme 2004096100

Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH

Beschreibung

Ressort / Behörde LfA
Art IT Verfahren
Bezeichnung Individualprogramme Asylix, Asybelix, Visa, Linx im Ausländerwesen SH

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Neuerwerb Software	Ablösung der alten Verfahren

Sonstige Bemerkungen

Reduzierung des Dataport-Pflegevertrags geplant

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Vorgaben durch AZR-Gesetz, § 46 AsylVfG, § 15 AufenthG, § 64, 65 AufenthVO
Wirtschaftlichkeitsberechnung Für die Neubeschaffung ist die Erstellung einer Nutzwertanalyse geplant.
Kennzahl 67

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Gewährleistung der aufenthalts- und asylverfahrensrechtlichen Betreuung	01.01.2008 - 31.12.2013

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1242	1	Sicherstellung der Aufnahmeverteilung von Asylsuchenden / unerlaubt Eingereisten	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	2	Aufenthalts- und Asylverfahrensrechtliche Betreuung der wohnverpflichteten Ausländern	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	3	Sicherstellung der Aufnahme und Verteilung der in § 3 LAufG genannten Personengruppen	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	4	Durchführung aufenthaltsbeendenden Maßnahmen	01.01.2009 - 31.12.2009
1242	5	Sicherstellung der Organisation und Betreuung in den Landesunterkünften	01.01.2009 - 31.12.2013
1242	6	Sicherstellung der ärztlichen Betreuung	01.01.2009 - 31.12.2013
9999	1	Neuerwerb einer Software, die den neuen technologischen und bundesrechtlichen Anforderungen gerecht wird	01.01.2009 - 30.06.2010

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Kauf der Software	30.06.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation mit FHH und MV nicht zu Stande gekommen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	26,0	26,0	28,0
		davon Dataport:		1,0	3,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	4,0	4,0	4,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	86,8	87,3	87,3
		davon Dataport:		72,3	72,3

Abschluss

Gesamtausgabe	116,8	117,3	119,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-116,8	-117,3	-119,8

IT-Maßnahme 2004096101

Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten

Beschreibung

Ressort / Behörde LfA
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Landesamt für Ausländerangelegenheiten

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum	
1	Fortschreibung und Aufrechterhaltung der bestehenden IT-Infrastruktur	01.01.2009 - 31.12.2013	
Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1243	1	Reinvestition aller Arbeitsplätze beim LfA	01.01.2011 - 30.06.2011
1243	2	Reinvestition aller Server beim LfA	01.01.2011 - 30.06.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	44,8	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	44,8	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-44,8	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2005090001

Bundesweite Internetplattformen der Justiz

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bundesweite Internetplattformen der Justiz

Beschreibung allgemein

Betrieb von einheitlichen Veröffentlichungen und Dienstleistungsplattformen der Justiz (Bund und 16 Bundesländer) in der Bundesrepublik Deutschland im Internet über die Bekanntmachungen (Insolvenz bekanntmachungen, Zwangsvollstreckungstermine, Gerichtstafel) und Dienstleistungen (Rechtsdienstleistungsregister, Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank, Justizauktion) angeboten werden. Diese unterschiedlichen Angebote werden über ein zentrales Portal www.justiz.de erreichbar sein.

Sonstige Bemerkungen

Ziel ist es, sämtliche Register und Bekanntmachungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die teuren Papierbekanntmachungen in Tageszeitungen und Publikationsorganen (z.B. Bundesanzeiger oder Schleswig-Holsteinischen Anzeigen) durch die günstigen Internetbekanntmachungen zu ersetzen, die im Gegensatz zu Printmedien weltweit und vor allem länger verfügbar sind. Die elektronische Veröffentlichung entlastet zudem die Mitarbeiter, da sie schneller und ohne Zeitverzug abzurechnen sind. Das Rechtsdienstleistungsregister sowie die Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank sind aufgrund der EUDLR verpflichtend.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. § 9 InsO; §§ 9, 10 HGB i.d.F des EHUG, § 39 ZVG, EUDLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Koalitionsvertrag: 2144, 2145

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Veröffentlichung wird durch die BLK für alle Bundesländer organisiert.

Kennzahl 85

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel ist es, sämtliche Register und Bekanntmachungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die teuren Papierbekanntmachungen in Tageszeitungen und Publikationsorganen (z.B. Bundesanzeiger oder Schleswig-Holsteinischen Anzeigen) durch die günstigen Internetbekanntmachungen zu ersetzen, die im Gegensatz zu Printmedien weltweit und vor allem länger verfügbar sind.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Ausbau des Justizportals (z. B. Formulservers, Internationaler Rechtsverkehr, Mehrsprachigkeit)	laufend

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation mit dem Bund und allen 16 Bundesländern

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	24,3	30,9	28,9
Abschluss					
Gesamtausgabe			25,3	31,9	29,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-25,3	-31,9	-29,9

IT-Maßnahme 2005090002

Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA (Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation) + Ergänzungsbeschaffung

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI / Generalstaatsanwaltschaft
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung MESTA
(Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation)
+ Ergänzungsbeschaffung

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des IT - Betriebes und des Einsatzes sowie der Fortentwicklung des Fachverfahrens MESTA und weiterer Projekte (elektronische Geldstrafenvollstreckung, elektronische Akte, MESTA Schreibwerk) und den dazu erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	eGsV	elektronische Geldstrafenvollstreckung
2	FAME	MESTA-Schreibwerk

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG sowie Ausführungsbestimmungen GBundesanzw. (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)
§§ 483 ff StPO (Datenübermittlung an Polizei).
§§ 492 ff StPO Bedienung Zentrales Staatsanzw. Verfahrensregister.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Der Einsatz von MESTA wurde 1997 vom Kabinett beschlossen.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Der Rationalisierungseffekt wurde bereits mit der Einführung des GAST-Verfahrens erwirtschaftet. Mit der Umschreibung des Verfahrens auf MESTA traten keine weiteren wesentlichen Einspareffekte ein.

Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der laufenden Kosten sowie der vertraglichen Verpflichtungen. Einzelheiten sind den Haushaltstiteln mit ihren Begründungen zu entnehmen.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	MESTA-SAP-Kostenschnittstelle	31.12.2010
2	Konzeptionierung MESTA-Replikation	31.12.2011
3	MESTA-Auditierung	30.06.2012
4	MESTA-J2EE-Anwendung	30.06.2011
5	Migration auf Windows Server 2008	sofort
6	Datacenter Justiz (bei Dataport)	2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
MESTA-Länderverbund mit Hamburg, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Berlin
FAME-Länderverbund mit Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	62,0	60,0	60,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	20,0	60,0
527 06	019	Dienstreisen	12,0	12,0	12,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	175,1	192,8	175,3
		davon Dataport:		171,1	168,4
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	1,1	2,0	2,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	44,9	107,8	56,0
		davon Dataport:		107,8	56,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			305,1	394,6	365,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-305,1	-394,6	-365,3

IT-Maßnahme 2005090003

Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bereitstellung von externen Datenbanken für die Justiz SH

Beschreibung allgemein

Bereitstellung von externen Datenbank für die Justiz

Sonstige Bemerkungen

Verbesserung der Versorgung der Justiz mit aktuellen Gesetzen, Kommentaren und Zeitschriften, Erhöhung der Qualität der Rechtssprechung, Anreiz für die Nutzung des PC als Handwerkszeug durch eine attraktive Gestaltung des Justizarbeitsplatzes.

Die Verträge mit den Anbietern sehen vor, dass die Justiz als Gegenleistung für die Nutzung der Datenbanken alle veröffentlichungswürdigen Entscheidungen der Gerichte zuliefert. Da auch die Landesverwaltung und die Kommunen Online-Datenbanken nutzen, haben diese sofort Zugriff auf die aktuelle Rechtsprechung und können ihr Handeln danach ausrichten.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Der Justizgewährleistungsanspruch sowie die richterliche Unabhängigkeit gemäß GG gebieten eine Versorgung der Justiz mit aktuellen Gesetzen, Urteilen und Kommentaren.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Koalitionsvertrag: 2144, 2145
Kennzahl 60

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Alle Bundesländer und der Bund

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	3,0	3,0	3,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	321,6	337,1	337,2
		davon Dataport:		2,4	2,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			324,6	340,1	340,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-324,6	-340,1	-340,2

IT-Maßnahme 2005090004

Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA (Mehrländer-Gerichts-Automation)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung MEGA
(Mehrländer-Gerichts-Automation)

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des lfd. Betriebes in den MEGA-Amtsgerichten

Sonstige Bemerkungen

keine

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG sowie Ausführungsbestimmungen GBundesanzw. (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 1995

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Durchführung einer Wirtschaftlichkeitsberechnung im Jahr 1996, die durch mehrere Ergebnisprüfungen konkretisiert worden ist. Die letzte aus dem Jahr 2004 stellte eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von 23% fest.

Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes und der vertraglichen Verpflichtungen. Einzelheiten sind den Haushaltsansätzen mit ihren Begründungen zu entnehmen.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
MEGA-Länderverbund mit Hamburg und Brandenburg.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	250,0	250,0	250,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
518 14	019	Miet- und Leasingkosten	0,0	0,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	60,0	75,0	75,0
527 06	019	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	269,8	340,4	226,4
		davon Dataport:		340,4	226,4

Abschluss

Gesamtausgabe	584,8	670,4	556,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-584,8	-670,4	-556,4

IT-Maßnahme 2005090005

Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Betrieb Zentrale Kommunikationskopfstelle (ZKK-Justiz)

Beschreibung allgemein

Informationsaustausch zwischen den IT -Justizbehörden und den IT - Verfahren externer Organisationen sowie landesinterner Anwendungen

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 Der elektronisch vorgeschriebene Austausch von Mitteilungen und Auskünften BZR und VZR erfolgt über die ZKK.
Kennzahl 80

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	113,0	115,8	115,8
		davon Dataport:		115,8	115,8
		Abschluss			
Gesamtausgabe			113,0	115,8	115,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-113,0	-115,8	-115,8

IT-Maßnahme 2005090006

Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)“

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege der Registerautomation SH (RaSch)“

Beschreibung allgemein

Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Einführung der elektronischen Akte im Vereinsregister, Fortführung und Aktualisierung der Elektronischen Akte im allg.; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet (bundesweites Registerportal)

Sonstige Bemerkungen

Vollelektronifizierung des Handelsregisters

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 Gemäß § 12 HGB i. V. m. § 2 der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist das EGVP für die elektronische Einreichung von Dokumenten zum Handelsregister vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Laut Koalitionsvertrag sind IT-gestützte Dienstleistungen beschleunigt zu gewährleisten. Hierzu gehört der elektronische Rechtsverkehr als prägende eGovernment-Maßnahme.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 4.1.2003: 549.823 € (+)
 26.1.2006:48.599 € (+)

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0902 111 02	388,0	jährliche Gebührenmehreinnahmen
0902 425 01	511,0	jährliche Personaleinsparungen

Infrastrukturelle Bedeutung

Erste Anwendung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenverwaltung in Schleswig-Holstein. Das eingesetzte Produkt wird zusammen mit Berlin, Brandenburg und Bremen entwickelt. Nutzung der Basis-Infrastruktur durch den Einsatz von VISKompakt

Kennzahl 78

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Fortführung des Elektronischen Rechtsverkehrs in den Registergerichten, Einführung der elektronischen Akte im Vereinsregister, Fortführung und Aktualisierung der Elektronischen Akte im allg.; Abruf von Daten aus dem Register sowie aus der Elektronischen Akte via Internet (bundesweites Registerportal)	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit Berlin, Bremen und Brandenburg im AUREG-Verbund
 Kooperation mit allen anderen Bundesländern beim bundesweiten Registerportal

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 Das maschinell geführte Handelsregister liefert Daten an das Deutsche Unternehmensregister - dem größten Projekt des BMJ im Rahmen von Deutschland-Online.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	8,0	14,0	14,0
527 06	019	Dienstreisen	8,0	8,0	8,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	540,3	632,3	784,4
		davon Dataport:		318,8	323,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			561,3	661,3	813,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-561,3	-661,3	-813,4

IT-Maßnahme 2005090007

Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung Elektronisches Grundbuch

Beschreibung allgemein

Betrieb, Pflege und Weiterentwicklung des Elektronischen Grundbuchs (EGB) in den Schleswig-Holsteinischen Grundbuchämtern mit den Zielen

- Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein
- Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung
- Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens
- schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Landesverordnung über die Einführung des maschinell geführten Grundbuchs vom 14.09.2001

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinettsbeschlüsse vom 06.07.1998 / 07.07.2000

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Kapitalwert laut WiBe vom 16.01.2006: 2,8 Mio. EUR

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Einnahmen

Titel	Betrag in T€	Begründung
0902 111 02	12.200,0	Gebühreneinnahmen gerechnet auf die Jahre 2006-2026
0902 425 01	30.800,0	Personaleinsparungen gerechnet auf die Jahre 2004-1016

Infrastrukturelle Bedeutung

Es besteht derzeit ein Entwicklerverbund mit Baden-Württemberg, der durch das Redesign des Fachverfahrens auf alle 16 Bundesländer ausgeweitet wird. Dabei wird eine weitest mögliche Kooperation bei Entwicklung, Pflege und Betrieb angestrebt. Von der Maßnahme sind rund 350 Arbeitsplätze betroffen.

Kennzahl 98

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Schaffung von Rahmenbedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein	
2	Verbesserung des Grundstücksverkehrs, der Dienstleistung für Bürger, Kreditinstitute, Investoren sowie für die Notare und Behörden, insbesondere die Katasterverwaltung	
3	Beschleunigung des Grundbucheintragungs- und Mitteilungsverfahrens	
4	schnelle Auskunft aus dem Grundbuch durch unmittelbaren Zugriff auf Grundbuchdaten, insbesondere für Notare, Kreditinstitute und Behörden und damit gleichzeitig Verbesserung der Einnahmesituation des Landes	
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Einführung und fortlaufender Betrieb des EGB-Produktionssystems in allen 27 Amtsgerichten (unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Amtsgerichtsstrukturreform) im Zeitraum 2001 bis 2006	31.12.2006
2	schnellstmögliche Umstellung aller Grundbuchblätter auf digitale Führung	
3	fortlaufender Betrieb des zentralen Archiv- und Auskunftssystems bei Dataport	
4	Beteiligung an der bundesweiten Neukonzeption und -entwicklung eines datenbankgestützten Grundbuch als Folgesystem für die aktuellen Fachanwendungen in allen 16 Bundesländern	2007-2016

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
landesintern mit der Kataster- und Vermessungsverwaltung
bundesweit mit allen 16 Bundesländern

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
Der Zugang zum automatisierten Abrufverfahren soll nach Möglichkeit über Schleswig-Holstein Online realisiert werden. Die Machbarkeit wird im Rahmen des Aufbaus des zentralen Archivsystems geprüft.

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
Durch die Amtsgerichtstrukturreform sind Mehrausgaben für Support erforderlich für die Datenmigration in Höhe von rund 228 TEUR. Dem gegenüber stehen Einsparungen bei der Ersatzbeschaffung in Höhe von rund 165 TEUR gerechnet auf die Jahre 2006-2017.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	20,0	68,0	42,3
527 06	019	Dienstreisen	13,0	13,0	13,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.091,3	1.020,6	1.027,8
		davon Dataport:		642,2	567,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	7,4	7,4
		davon Dataport:		7,4	7,4
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.124,3	1.111,0	1.092,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.124,3	-1.111,0	-1.092,5

IT-Maßnahme 2005090008

Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI / Amtsgericht SL
Art IT Verfahren
Bezeichnung Lfd. Einsatz und Pflege "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung allgemein

Haushaltsmittel für das Betreiben des automatisierten Mahnverfahrens im EDA – Verfahren (ELEKTRONISCHER DATENAUSTAUSCH) und via Internet (PROFIMAHN) sowie BELEGVERFAHREN und BARCODEVERFAHREN.

In Schleswig-Holstein ist seit dem 16. September 2002 das automatisierte Mahnverfahren (AMV) in landesweiter Zuständigkeit des Amtsgerichts Schleswig eingeführt, d.h. zugelassene Antragsteller und Antragstellerinnen können Mahnbescheids- und Folgeanträge über einen elektronischen Datenaustausch (EDA) einreichen.

Das Amtsgericht Schleswig bietet zusätzlich das so genannte Belegverfahren an. Diese Verfahrensart setzt das gesetzlich vorgeschriebene maschinenlesbare Antragsformular voraus, welches z.B. im Schreibwarenhandel erhältlich ist. Das Belegverfahren ist die Standardvariante für Antragsteller und Antragstellerinnen, die nicht zu dem elektronischen Datenaustausch (EDA) zugelassen sind. Dieses Verfahren ersetzt die bisherige Nutzung des fünfseitigen Durchschreibesatzes. Der Belegvordruck ist hand- oder maschinenschriftlich auszufüllen und an das Amtsgericht Schleswig zu übersenden.

Ferner besteht die Möglichkeit des Online-Mahnbescheidantrags (www.Online-Mahntrag.de). Er bietet für gelegentliche Antragsteller und Antragstellerinnen sowie Privatpersonen, die keine Mahnsoftware besitzen, die Möglichkeit, den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides zu Hause am PC einzugeben, vom Programm vorprüfen zu lassen und als Barcode-Antrag (ohne Belegvordruck) oder auf dem Antragsformular auszudrucken. Dieser ist dann auch auf dem Postwege an das Mahngericht Schleswig zu übersenden.

Sonstige Bemerkungen

Die bisherige Zuständigkeit der übrigen Amtsgerichte ist dadurch aufgehoben. Das Amtsgericht Schleswig ist somit allein zuständiges Gericht für alle Antragsteller und Antragstellerinnen eines Mahnantrages mit (Wohn-) Sitz in Schleswig-Holstein.

Ausnahme: Mahnanträge, die die Arbeitsgerichtsbarkeit betreffen, müssen auch weiterhin an das jeweils zuständige Arbeitsgericht gerichtet werden. Diese werden dort nicht automatisiert bearbeitet, so dass der bisherige Durchschreibesatz für Mahnanträge in der Arbeitsgerichtsbarkeit weiterhin genutzt werden muss.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Koalitionsvertrag 2149 / 2150
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Kennzahl 81

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des laufenden Betriebes des "Automatisierten Mahnverfahrens"	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Länderverbund (auch mit Hamburg) unter Federführung von Baden-Württemberg. Gemeinsamer Dienstleistungsvertrag (Dataport) der Mahngerichte S-H, HH, MV und BRE.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8,0	8,0	8,0
		davon Dataport:		5,7	5,7
527 06	019	Dienstreisen	2,5	2,5	2,5

533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	360,0	373,9	373,9
		davon Dataport:		360,0	360,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	44,5	44,5	44,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	415,0	428,9	428,9
<hr/>					
		Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-415,0	-428,9	-428,9

IT-Maßnahme 2005090010

Elektronischer Rechtsverkehr

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Elektronischer Rechtsverkehr

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb der für den elektronischen Rechtsverkehr erforderlichen Infrastruktur beginnend mit dem elektronischen Briefkasten und Ausbau der xJustiz-Fachdatensätze. Strategische Erweiterung des eJustice in Schleswig-Holstein um die im Strategiepapier des MJGI aufgeführten Projekte.

Sonstige Bemerkungen

Fortlaufender Ausbau des elektronischen Rechtsverkehr als Serviceleistung für den Bürger unter gleichzeitiger Vermeidung redundanter Datenerfassung und Verbesserung der Qualität; Einsparungen im Personalbereich möglich aber noch nicht bezifferbar; Einsparungen im Bereich Porto und Geschäftsbedarf sehr wahrscheinlich, aber ebenfalls noch nicht bezifferbar.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Gemäß § 12 HGB i. V. m. § 2 der Landesverordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist das EGVP für die elektronische Einreichung von Dokumenten zum Handelsregister vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Laut Koalitionsvertrag sind IT-gestützte Dienstleistungen beschleunigt zu gewährleisten. Hierzu gehört der elektronische Rechtsverkehr als prägende eGovernment-Maßnahme.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. abschließende Bewertung wird nachgereicht

Infrastrukturelle Bedeutung

Konsequente Fortführung der erstmaligen praktischen Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs beim Handelsregister zur Verbesserung der Kommunikation in allen Gerichtsbezirken unter Nutzung einer bundeseinheitlichen Infrastruktur

Kennzahl 70

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bürgerinnen und Bürger sowie Rechtsanwalt- und Notarschaft sollen auf elektronischem Wege mit Gerichten und Staatsanwaltschaften „online“ kommunizieren können. Dahinter verbirgt sich die Aufgabe für die Justiz, ihre Dienstleistungen durch den Einsatz moderner IT so umzugestalten, dass eine Online-Kommunikation über das Internet mit externen Personen und Einrichtungen möglich ist.	

Unterverfahren	Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
EGVP	1	Fortführung und Ausbau des Einsatzes des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs auf andere Gerichte, Gerichtsbereiche und die Staatsanwaltschaften	
S.A.F.E.	2	Aufbau und Betrieb eines einheitlichen Registrierungsverzeichnisses für Kommunikationsdienste	
EUREKA-Fach	3	Elektronischer Arbeitsablauf (workflow) einschließlich elektronischer Verfahrensstandanzeige und Akteneinsicht	
eAkte	4	Umstellung der Aktenführung in der Verwaltung; Archivierungskonzept	
eOWi	5	Elektronisches Ordnungswidrigkeitenverfahren im Sinne des elektronischen Datenaustausches zwischen den betroffenen Behörden (Polizei, Staatsanwaltschaft, Gericht)	
Digitales Diktieren/Spracherkennung	6	Die Diktaterstellung und -verwaltung digitaler Diktate sollte über die justizeigenen Fachanwendungen realisiert werden. Am Markt vorhandene Spracherkennungssysteme sollten getestet werden, ebenso wie unterschiedliche Organisationsformen mit dem Ziel, das Potential und die vorhandenen Rationalisierungsmöglichkeiten zuverlässig einschätzen zu können.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation mit Hamburg über den gemeinsamen Dienstleister Dataport; Kooperation mit Rheinland-Pfalz u. a. über den EUREKA-Entwicklerverbund; bundesweite Kooperation bei der Nutzung des EGVP

**E-Government-
Initiativen**

Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
Deutschland-Online

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	8,0	12,0	12,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	22,5	41,3	41,3
527 06	019	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	48,3	82,2	77,9
		davon Dataport:		28,2	33,9
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	3,0	3,0	3,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	24,9	72,6	72,6
		davon Dataport:		72,6	72,6
Abschluss					
Gesamtausgabe			111,7	216,1	211,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-111,7	-216,1	-211,8

IT-Maßnahme 2005090011

Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art IT Verfahren

Bezeichnung Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)

Beschreibung allgemein

Durch das Projekt "sanfte Migration" wird die gesamte Justiz bis 2011 in ein einheitliches IT-System übergehen. Diese Systemwelt wird jedoch parallel zum aktuellen Landessystemkonzeptstandard aufgebaut (die Justiz erhält ein eigenes Active Directory, parallel zu IKOTECH III). Die Migration der Justiz in den landeseinheitlichen Standard soll dann über das Projekt "+1" erfolgen. Derzeit muss mit dazu vorbereitenden Maßnahmen ab 2008 gerechnet werden. (Für den Fall einer Verschiebung des Projektes "+1" muss dann nach Abschluss der "sanften Migration" der derzeitige Active-Directory-Connector durch MIIS ersetzt werden.)

Sonstige Bemerkungen

siehe Projekt "+1"

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Fortführung der Migration des Justiznetzverbundes in das LSK (Landessystemkonzept)	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Fortführung und Abschluss der "Sanften Migration" in den Gerichten und Staatsanwaltschaften	31.12.2012

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	4,0	4,0	4,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	31,6	10,7	0,0
		davon Dataport:		10,7	0,0
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	12,0	12,0	12,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			47,6	26,7	16,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-47,6	-26,7	-16,0

IT-Maßnahme 2005090012

IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe

Beschreibung allgemein

Einheitliche und dem Standard der Landgerichte entsprechende IT-Ausstattung in der Bewährungshilfe mit einem Fachverfahren, welches Schnittstellen zu Verfahren des Justizvollzugs, der Staatsanwaltschaft und der Polizei aufweist.

Sonstige Bemerkungen

Aufgrund der erheblich gestiegenen Fallbelastungen in der Bewährungshilfe kann die verbesserte IT-Ausstattung ansonsten erforderliche Neueinstellungen entbehrlich machen (Personalbereich gehobener Sozialdienst). Im Bereich der Schreib- und Verwaltungskräfte kann nach abgeschlossener IT-Ausstattung auf Einsparpotentiale überprüft werden (aktuell 19 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bewährungshilfe tätig). Weiter führt eine effektiv und effizient arbeitende Bewährungshilfe durch Rückfallvermeidung nicht nur zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit, sondern auch zur massiven Entlastung des Justizvollzugs und damit zu erheblichen Einsparungen im Bereich des Strafvollzugs.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Hoher Stellenwert Hausspitze MJAE
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Negativer Kapitalwert -617,2 T€. Dringlichkeitswert WiBe D: 17; Qualitativ-Strategischer Wert: 74

Infrastrukturelle Bedeutung

Integration der Arbeitsplätze in der Bewährungshilfe in die bereits bestehende IT-Struktur der Landgerichte und der weiteren Kooperationspartner (Staatsanwaltschaften, Vollzugsanstalten).

Kennzahl 18

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des AWS-Betriebes sowie der Pflegemaßnahmen für die Fachanwendung SoPAr	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Anbindung der Arbeitsplätze in den JVA'en an den Betrieb SoPAr	31.12.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Es besteht ein Länderverbund mit Nordrhein-Westfalen und Hessen. Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg haben an der Lösung starkes Interesse gezeigt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	60,0	20,0
527 06	019	Dienstreisen	1,5	7,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	212,3	394,5	481,4
		davon Dataport:		394,5	481,4
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,0	88,7	88,7
		davon Dataport:		88,7	88,7

Abschluss

Gesamtausgabe	228,8	550,2	595,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-228,8	-550,2	-595,1

IT-Maßnahme 2005090013

Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art IT Verfahren
Bezeichnung Neue Strategie: Datenaustausch Polizei / Justiz

Beschreibung allgemein

Mit dieser IT-Maßnahme werden taktische Anforderungen für einen Datenaustausch auf der Basis der vorhandenen Vorgangsbearbeitungssysteme MESTA (Staatsanwaltschaft) und @rtus (Polizei) zur Verbesserung von Effizienz und Qualität im Austausch von strukturierten und nicht strukturierten Daten bei der Bearbeitung von Strafverfahren realisiert.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Der politischen Führung liegt im besonderem Maße an einer effizienten Verfolgung von Straftaten.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Kapitalwert: - 251,6 T€
 Erhöhung der Effizienz und Qualität der Zusammenarbeit Polizei ./Justiz.
 Dringlichkeitswert WiBe D: 6; Qualitativ-Strategischer Wert: 32

Infrastrukturelle Bedeutung

Es besteht eine Abhängigkeit zu den Projekten @rtus der Polizei (über 1.000 Apl.) und MESTA der Staatsanwaltschaften (ca. 840 Apl.).

Kennzahl 21

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung des Datenaustausches zwischen den Vorgangsbearbeitungssystemen @rtus (Polizei) und MESTA (Staatsanwaltschaften) im Rahmen eines 4-Stufenplanes	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Implementierung	31.12.2011
2	Pflege	31.12.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Im Bereich MESTA gibt es einen Länderverbund. Anpassungen der X.Justiz-Schnittstelle sind auch für die anderen Länder von Interesse.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	25,0	25,0
		davon Dataport:		25,0	25,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	25,0	25,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-25,0	-25,0

IT-Maßnahme 2005090015

Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art IT Verfahren

Bezeichnung Auftritt Justiz SH und Präsentation von Gerichtsentscheidungen im Internet

Beschreibung allgemein

Präsentation von schleswig-holsteinischen Gerichtsentscheidungen im Internet im Rahmen des Justizportals als Teil des Landesauftritts.

Sonstige Bemerkungen

Durch die Presse werden Entscheidungen der Justiz bekannt, die danach von einer Vielzahl von Personen angefordert werden. Durch eine Veröffentlichung dieser Entscheidungen im Internet werden die Gerichte von diesen Anfragen entlastet.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 32

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	9,0	10,7	10,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			9,0	10,7	10,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-9,0	-10,7	-10,7

IT-Maßnahme 2005090016

Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	0,0	0,0	40,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	140,5	216,5	144,0
		davon Dataport:		216,5	144,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			140,5	216,5	184,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-140,5	-216,5	-184,8

IT-Maßnahme 2005090017

Reinvestitionen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Reinvestitionen Verwaltungsgerichte / Landesverfassungsgericht

Beschreibung allgemein

Ersatzbeschaffung im Bereich der IT (Server, Clients, zentrale IT-Komponenten) bei den Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichten und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht sowie notwendige Anpassungsarbeiten im Hinblick auf die besonderen Anforderungen der Fachverfahren und sonstiger zentraler Dienste (z.B. Asyldokumentation, Zeiterfassungs- / Zutrittskontrollsysteme, elektronischer Rechtsverkehr).

Für den Bereich zentraler IT-Komponenten sind die im Gebäude untergebrachten Behörden der Bewährungshilfe und des Sozialgerichts Schleswig berücksichtigt worden.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	90,0	0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	118,3	84,5	4,2
		davon Dataport:		84,5	4,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			208,3	84,5	4,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-208,3	-84,5	-4,2

IT-Maßnahme 2005090018

Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landessozialgericht SH

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Austausch bestehender Hardware incl. Betriebssystem- und Softwareupdates

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	73,0	0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	238,3	46,0	10,6
		davon Dataport:		46,0	10,6
		Abschluss			
Gesamtausgabe			311,3	46,0	10,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-311,3	-46,0	-10,6

IT-Maßnahme 2005090019

Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung "Elektronisches Grundbuch"

Beschreibung allgemein

Planmäßige Ersatzausstattung der Grundbuchämter gemäß dem vorgegebenen Ausstattungszyklus der IT-Kommission

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	32,1	60,0	50,0
		davon Dataport:		60,0	50,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	32,1	60,0	50,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-32,1	-60,0	-50,0

IT-Maßnahme 2005090020

Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung Mehrländer-Gerichts-Automation (MEGA Amtsgerichte)

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software sowie neuer aktiver Netzkomponenten.

Durch das Projekt erfolgte eine flächendeckende IT-unterstützte Neustrukturierung der Aufbau- und Ablauforganisation in den Amtsgerichten des Landes.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	255,0	246,4	287,1
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	379,9	736,8	588,9
		davon Dataport:		736,8	588,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			634,9	983,2	876,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-634,9	-983,2	-876,0

IT-Maßnahme 2005090021

Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Landgerichte und Oberlandesgericht Schleswig

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software für die Landgerichte und das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	238,0	0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	164,0	232,2	69,6
		davon Dataport:		232,2	69,6
		Abschluss			
Gesamtausgabe			402,0	232,2	69,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-402,0	-232,2	-69,6

IT-Maßnahme 2005090022

Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Registerautomation Schleswig-Holstein (RaSch)

Beschreibung allgemein

Planmäßige Ersatzausstattung der Registergerichte gemäß dem vorgegebenen Ausstattungszyklus der IT-Kommission

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	5,0	10,0	20,0
		davon Dataport:		10,0	20,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			5,0	10,0	20,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,0	-10,0	-20,0

IT-Maßnahme 2005090024

Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein

Beschreibung

Ressort / Behörde Generalstaatsanwalt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffungen der Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software als Ersatz für zu regenerierender, vorhandener IT-Ausstattung

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	15,3	144,4	13,0
		davon Dataport:		144,4	13,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			15,3	144,4	13,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-15,3	-144,4	-13,0

IT-Maßnahme 2005090025

Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung

Ressort / Behörde Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung allgemein

Ersatz von Hard - und Software zur Sicherstellung der IT - Infrastruktur.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,9	0,0	15,4
		davon Dataport:		0,0	15,4
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	3,9	0,0	15,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3,9	0,0	-15,4

IT-Maßnahme 2005090026

Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung

Ressort / Behörde Amtsgericht SL

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung "Automatisiertes Mahnverfahren"

Beschreibung allgemein

Beschaffung von Hard- und Software zur Aufrechterhaltung des Betriebes des zentralen Mahngerichts

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	23,3	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	23,3	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-23,3	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2005090027

Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI; ZIT Justizvollzug
Art Grundversorgung
Bezeichnung Lfd. Betrieb "IT-Einsatz bei Justizvollzugseinrichtungen (BASIS)"

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes in den Justizvollzugseinrichtungen.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung der eingeführten Organisationsstrukturen im Vollzugsdienst durch IT - Unterstützung.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in den Justizvollzugseinrichtungen einschließlich der Fachanwendung BASIS-Web	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Zentralisierung BASIS Web	31.12.2010
2	Umstellung aktuelle Version des VauZettchenNet	31.12.2011
3	Einführung ergänzende Anwendung "Nexus VeLis"	31.12.2012

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20,0	28,5	28,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	6,0	5,0
527 06	019	Dienstreisen	5,0	6,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	7,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	26,6	27,0	8,7
		davon Dataport:		27,0	8,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			61,6	74,5	47,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-61,6	-74,5	-47,2

IT-Maßnahme 2005090028

Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI/
Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb in der Verwaltungsgerichtsbarkeit/im Landesverfassungsgericht

Beschreibung allgemein

Aufrechterhaltung des laufenden IT-Betriebs in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und dem Schleswig-Holsteinischen Landesverfassungsgericht

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des laufenden IT-Betriebes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Einrichtung EUREKA-FACH in ABS	31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	17,5	18,5	19,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	5,0	13,0	13,0
527 06	019	Dienstreisen	1,0	1,1	1,2
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	5,5	24,2	24,2
		davon Dataport:		24,2	24,2
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	2,5	2,5	2,6
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,8	14,1	0,0
		davon Dataport:		14,1	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			35,3	73,4	60,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-35,3	-73,4	-60,0

IT-Maßnahme 2005090029

Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landessozialgericht SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. Betrieb Sozialgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes im Landessozialgericht und in den 4 Sozialgerichten

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20,9	15,0	15,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	13,0	9,0	9,0
527 06	019	Dienstreisen	2,5	2,5	2,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	27,9	0,5	0,5
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3,0	7,5	11,1
		davon Dataport:		7,5	11,1
Abschluss					
Gesamtausgabe			67,3	34,5	38,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-67,3	-34,5	-38,1

IT-Maßnahme 2005090030

Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Art Grundversorgung
Bezeichnung Lfd. übergreifender IT-Betrieb der Justizbehörden

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden

Sonstige Bemerkungen

Geschäftsbedarf, Wartung, Fortbildung. Voraussetzung für den Fortbestand der eingeführten Organisations- und IT - Strukturen in den Behörden.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des laufenden IT - Betriebes in den Behörden	
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Einrichtung und Betrieb von 10 Arbeitsplätzen (ABS) für BereitschaftsrichterInnen	31.12.2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	92,5	101,7	101,7
		davon Dataport:		15,0	15,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	113,0	129,0	129,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	8,9	12,1	12,1
		davon Dataport:		12,1	12,1
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	9,4	10,0	10,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			223,8	252,8	252,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-223,8	-252,8	-252,8

IT-Maßnahme 2005090031

Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJGI (IKO III)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI / II 13

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. Betrieb Bürokommunikation MJGI (IKO III)

Beschreibung allgemein

Mit dieser Maßnahme wird der laufende Betrieb der BK-Infrastruktur des MJGI (ohne nachgeordneten Bereich) gewährleistet.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Einsatz von Landesstandards, Nutzung zentraler Infrastrukturen	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	62,7	64,3	65,9
		davon Dataport:		52,7	53,7
525 37	019	Aus- und Fortbildung	14,4	25,1	25,1
		davon Dataport:		25,1	25,1
527 06	019	Dienstreisen	5,0	5,0	5,5
		davon Dataport:		5,0	5,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	83,9	89,9	77,1
		davon Dataport:		89,5	76,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			166,0	184,3	173,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-166,0	-184,3	-173,6

IT-Maßnahme 2005090032

Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung

Ressort / Behörde Schleswig Holsteinisches Finanzgericht
Art Grundversorgung
Bezeichnung Lfd. IT-Betrieb Schleswig-Holsteinisches Finanzgericht

Beschreibung allgemein

Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes im Schl. - Holst. Finanzgericht.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung der eingeführten Organisationsstrukturen durch IT - Unterstützung.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des lfd. IT - Betriebes im Schl. - Holst. Finanzgericht.	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,2	2,4	2,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,5	2,5	2,5
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	1,0	1,0	1,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			5,7	5,9	6,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-5,7	-5,9	-6,0

IT-Maßnahme 2005090037

Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarbeitsgericht SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffungen für die Arbeitsgerichtsbarkeit
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
711 31	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) im Rahmen von IT-Maßnahmen	0,0	10,0	7,2
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	37,0	29,4	44,8
		davon Dataport:		29,4	44,8
		Abschluss			
Gesamtausgabe			37,0	39,4	52,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-37,0	-39,4	-52,0

IT-Maßnahme 2005090038

Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

Beschreibung

Ressort / Behörde Landesarbeitsgericht SH

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb einer gerichtsspezifischen EDV-Anwendung für Arbeitsplätze im Richter-, Rechtspfleger-, Kanzlei- sowie sonstigem Servicebereich in der schleswig-holsteinischen Arbeitsgerichtsbarkeit

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Betrieb der Basisinfrastruktur (Lotus-Notes in der gerichtsspezifischen Anwendung) der Arbeitsgerichtsbarkeit	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,5	1,5	1,5
		davon Dataport:		1,5	1,5
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	7,0	7,0
		davon Dataport:		7,0	7,0
527 06	019	Dienstreisen	6,6	6,6	6,6
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	21,6	21,6	21,6
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	4,7	4,7	4,7
		davon Dataport:		3,7	3,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			36,4	41,4	41,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-36,4	-41,4	-41,4

IT-Maßnahme 2006090033

Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach (EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI
Schleswig-Holsteinisches Obergericht

Art IT Verfahren

Bezeichnung Lfd. Einsatz und Fortführung EUREKA Fach
(EDV-Unterstützung für Rechtsgeschäftsstellen und Kanzleien in den Fachgerichtsbarkeiten)

Beschreibung allgemein

Fortführung und Pflege des Verfahrens EUREKA-Fach als Fachanwendung für alle Fachgerichtsbarkeiten.

Das Programm EUREKA-Fach unterstützt alle Arbeitsplätze im Gericht mit einem einheitlichen Lösungsansatz. Einmal erfasste Verfahrens- und Beteiligendaten stehen allen Arbeitsplätzen zur Verfügung und können auf vielfältige Weise automatisiert genutzt werden. Zugleich erlaubt die Einbettung in eine Windows-Umgebung das Zusammenwirken mit Standardprogrammen.

EUREKA-Fach ist seit etwa 12 Jahren an den Gerichten des Entwicklungsverbands (bestehend aus: Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) im Einsatz und an den praktischen Bedürfnissen der Arbeitsplätze der Richterschaft und der Geschäftsstellen/ Serviceeinheiten ausgerichtet. Die Rechte an dem erstellten Quellcode liegen bei den am Entwicklungsverband beteiligten Ländern.

Die für die Pflege des Verfahrens entstehenden Kosten werden auf der Grundlage des Königsteiner Schlüssels auf die beteiligten Bundesländer aufgeteilt.

Sonstige Bemerkungen

Sicherstellung des Rechtsgewährungsanspruchs

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 49

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	0,5	1,1	1,2
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	19,5	22,0	23,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			20,0	23,1	24,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-20,0	-23,1	-24,2

IT-Maßnahme 2007096102

DOL-Projekt xAusländer

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI

Art IT Verfahren

Bezeichnung DOL-Projekt xAusländer

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	8,5	8,5	8,5
Abschluss					
Gesamtausgabe			8,5	8,5	8,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-8,5	-8,5	-8,5

IT-Maßnahme 2008090036

Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Aufbau/Betrieb Datacenter Justiz

Beschreibung allgemein

Um durch fortschreitende Entwicklung im IT- Bereich einen sicheren Betriebsablauf der Systeme zu gewährleisten, ist der verstärkte Einsatz von hoch qualifiziertem IT-Personal notwendig. Damit die IT-Betreuung sicher gestellt werden kann, wird ein Outsourcing-Modell gesucht.

Sonstige Bemerkungen

Die Maßnahme ist verknüpft mit dem Einsatz und der Fortführung von MESTA (ITM 2005090002)

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Umsetzung durch einwandfreien IT-Betrieb:
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)
§§ 483 ff StPO (Datenübermittlung an Polizei).
§§ 492 ff StPO BedienungZentral. Staatsanw.Verfahrensregister

Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Es ist politischer Wille, das IT-Personal möglichst gering zu halten und operative Aufgaben an Dataport zu vergeben.

Wirtschaftlichkeits-berechnung Nach Fertigstellung der Konzeptionierung des Outsoucingmodells wird bei der anstehenden Erarbeitung einer Wirt-schaftlichkeitsbetrachtung davon ausgegangen, dass nur ein qualitativer Nutzen im Planungszeitraum entstehen wird.

Kennzahl 61

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Konzepterstellung	2010
2	Umsetzung und laufender Betrieb	ab 2011

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	20,0	10,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	2,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	83,0	1.120,0	6.270,0
		davon Dataport:		1.120,0	6.270,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			83,0	1.142,0	6.281,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-83,0	-1.142,0	-6.281,0

IT-Maßnahme 2008090037

Erwerb und Entwicklung Fachverfahren-neu

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Erwerb und Entwicklung Fachverfahren-neu

Sonstige Bemerkungen

Die Maßnahme ist verknüpft mit dem Einsatz und der Fortführung von MEGA (ITM 2005090004)

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
§ 493 StPO i.V.m. Ziff.1 MiStr und §§ 10 u. 21a BZRG sowie Ausführungsbestimmungen GBundesanz. (Elektr. Mitteilungen/Auskünfte BRZ u. VZR)

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Eine effektive Justiz kann nur durch ein den Ansprüchen an Qualität und Effektivität genügendes Fachverfahren erreicht werden.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Die letzte Ergebnisprüfung 2004 der Wirtschaftlichkeitsberechnung MEGA stellte eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von 23% fest.
Beim Nachfolgeverfahren wird nur noch von einem qualitativen Nutzen ausgegangen.

Kennzahl 85

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
	Im Rahmen der bundesweiten Vereinheitlichung von Fachverfahren in der Justiz wird die Überlegung verfolgt, dass sich der Länderverbund MEGA mit anderen Länderverbänden zusammenschließt. Dabei besteht die Möglichkeit, dem Länderverbund forumSTAR beizutreten.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Beitritt forumSTAR	31.12.2010
2	Einführung der neuen Software	31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	385,9	713,9
527 06	019	Dienstreisen	10,0	10,0	10,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	200,0	1.366,8	1.203,3
		davon Dataport:		901,0	1.063,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	1.001,5	340,3	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.211,5	2.103,0	1.927,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.211,5	-2.103,0	-1.927,2

IT-Maßnahme 2010090038

Lernplattform eLIS im Justizvollzug

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI / ZIZ Vollzug
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Lernplattform eLIS im Justizvollzug

Beschreibung allgemein

Hinter dem Begriff eLis (e-Learning im Strafvollzug) verbirgt sich eine im Länderverbund (u.a. Nordverbund) entwickelte Online-Lernplattform für Gefangene. Der Einsatz von eLis im Justizvollzug zielt ab auf die Förderung der Berufsfähigkeit der Gefangenen durch die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht an Justizvollzugsanstalten. Die Inhalte der Lernplattform werden von Pädagogen des Justizvollzugs der Länder unter Berücksichtigung der vollzuglichen Belange ständig weiterentwickelt.

Die Lernplattform unterstützt die Lehrerinnen und Lehrer im Justizvollzug, den im Strafvollzugsgesetz (§§ 37 ff. StVollzG) und im Jugendstrafvollzugsgesetz SH (§ 37 JStVollzG) verankerten Auftrag zur Aus- und Weiterbildung der Gefangenen umzusetzen.

Derzeit wird eLis im Länderverbund aus europäischen Fördermitteln mit Kofinanzierung der Länder bei der TU Berlin (IBI) betrieben. Die Förderung des Projekts läuft Ende des Jahres 2011 aus. Die Weiterführung der Maßnahme mit Mitteln des IT-Haushalts ist ab dem Jahr 2012 vorgesehen. Der Länderverbund beabsichtigt dabei, den Betrieb der Lernplattform ab dem Jahr 2012 einem justiznahen Dienstleister in die Hände zu legen.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Die Lernplattform unterstützt die Lehrerinnen und Lehrer im Justizvollzug, den im Strafvollzugsgesetz (§§ 37 ff. StVollzG) und im Jugendstrafvollzugsgesetz SH (§ 37 JStVollzG) verankerten Auftrag zur Aus- und Weiterbildung der Gefangenen umzusetzen.	
2	Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Gefangenen durch Einbindung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht der Justizvollzugseinrichtungen.	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Test und Abnahme	31.03.2012
2	Roll out und Einführung	31.07.2012
3	Echtbetrieb	01.08.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	0,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	39,6
		davon Dataport:		0,0	34,6
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	47,0
		davon Dataport:		0,0	34,6
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	0,0	87,6
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	-87,6

IT-Maßnahme 2010090039

Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI / II 35

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Einführung einer SP-Expert-Anwendung in den Justizvollzugseinrichtungen

Beschreibung allgemein

In den Justizvollzugseinrichtungen des Landes besteht ein zwingender Bedarf an der Einführung einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Zeiterfassungssoftware. Überdies machen die verschiedenen Regelungen zur Arbeitszeitgestaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die verschiedenen Betriebsbereiche in den einzelnen Dienststellen die Einführung eines Dienstplanungsprogramms unumgänglich. Derzeit wird die Dienstplanung für den Wechselschichtdienstbetrieb behelfsweise über MS Excel vorgenommen.

Die Software wird in Schleswig-Holstein bereits als Zeiterfassungs- und Dienstplanungsprogramm bei der Landespolizei eingesetzt und hat sich dort bewährt. Die in SP-Expert enthaltenen Möglichkeiten zur Dienstplangestaltung entsprechen auch den Anforderungen des modernen Strafvollzuges. Bezogen auf künftige IT-Kooperationen mit der Freien und Hansestadt Hamburg ist anzumerken, dass dort für ca. 10.000 Bedienstete aus den Bereichen Feuerwehr, Polizei und Vollzug die Zeiterfassung und Dienstplanung über SP-Expert abgewickelt wird.

Im Zuge einer Kooperation mit der Landespolizei und / oder dem Bundesland Hamburg beim Betrieb von SP-Expert werden voraussichtlich finanzielle Synergien zu erzielen sein.

Wegen vorrangiger Maßnahmen kommt eine landesweite Einführung von SP-Expert im Justizvollzug allerdings erst ab dem Jahr 2013 in Betracht.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
	Einführung der elektronischen Zeiterfassung sowie elektronische Unterstützung der Dienstplaner bei der Erstellung der Dienstpläne für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst. Effizientere Dienstplanung in den Justizvollzugseinrichtungen.	
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Test und Abnahme	31.07.2013
2	Roll out / Einführung	31.12.2014
3	Echtbetrieb	01.01.2015

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Es wird eine Kooperation mit der Landespolizei und dem Bundesland Hamburg angestrebt.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	0,0	0,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2010090040

Basis Web

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI / ZIT Justizvollzug

Art IT Verfahren

Bezeichnung Basis Web

Beschreibung allgemein

Das Redesign von Basis mündete in der EDV-Fachanwendung BASIS-Web. Das im Basis- bzw. mittlerweile BASIS-Web-Verbund federführend Bundesland Nordrhein-Westfalen startete den Echtbetrieb von BASIS-Web als Pilot im September 2005. Abgesehen von dem Bundesland Bremen und Schleswig-Holstein werden auch die übrigen Länder im BASIS-Web-Verbund - Berlin, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt – die Einführung von BASIS-Web im Jahr 2010 abgeschlossen haben. Mit Blick auf den damaligen Fortschritt der Verbundländer bei der Einführung von BASIS-Web wurde bereits mit Ablauf des Jahres 2009 der Support für das Altverfahren Basis eingestellt.

Die Fachanwendung Basis in ihrer noch in Schleswig-Holstein eingesetzten Form bietet darüber hinaus nur unzureichende Möglichkeiten für eine Parametrisierung von Datenbank und Applikation durch die Verfahrenspflegestelle. Die Bundesländer erarbeiten derzeit entsprechende Landesgesetze, welche sich – auch in Schleswig-Holstein – in Teilen vom bisherigen Bundesrecht unterscheiden werden. Diese Änderungen zum bislang gültigen Recht müssten in der Fachanwendung Basis nachvollzogen werden, was im derzeitigen Entwicklungsstand der Fachanwendung Basis jedoch nicht möglich ist.

Letztlich fehlt es der Fachanwendung Basis in ihrem aktuellen Entwicklungsstand an Schnittstellen zu anderen EDV-Anwendungen. Für eine Verbesserung des Arbeitsflusses sind Schnittstellen zur Polizei (Verfahren Polas) und zur Gerichts- und Bewährungshilfe (Verfahren SoPart) als sinnvoll zu erachten. Im Vergleich zu BASIS-Web verfügt die Fachanwendung Basis nicht über entsprechende Schnittstellen.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Einführungskonzept / Pilotierung	2010
2	Echtbetrieb	2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Verbund mit Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	10,0	5,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	13,1	195,1	179,5
		davon Dataport:		189,1	173,5
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	45,9	45,6	45,6
Abschluss					
Gesamtausgabe			59,0	255,7	235,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-59,0	-255,7	-235,1

IT-Maßnahme 2010090042

Nexus VeLis

Beschreibung

Ressort / Behörde MJGI - ZIT Vollzug

Art IT Vorhaben

Bezeichnung Nexus VeLis

Beschreibung allgemein

Die Software wird bereits in 9 Bundesländern (inkl. Nordverbund) und Luxemburg insbesondere zur Automatisierung der Kammerverwaltung eingesetzt. Nexus VeLis dient zur Ergänzung der Software BASIS-Web. BASIS-Web sieht zwar ebenfalls die Möglichkeit der elektronischen Kammerverwaltung vor, dieser Programmteil erfüllt allerdings nicht alle Anforderungen des Vollzuges. Aufgrund der Nutzung von Nexus VeLis in 10 Ländern des BASIS-Web-Verbundes, wird dieser Programmteil in BASIS-Web auch nicht allgemein weiterentwickelt werden. Eine Weiterentwicklung des Programmteils wäre nur durch Einzelbeauftragung beim Hersteller möglich. Dies wäre mit höheren Kosten verbunden als die Einführung von NEXUS VeLis.

Bei NEXUS Velis handelt es sich konkret um ein Programm zur Verwaltung der per-sönlichen Habe sowie der Ausstattung der Gefangenen. Wegen der sachlichen Nähe zu der Anwendung BASIS-Web wäre die Einführung von NEXUS VeLis zeitnah zur Migration in BASIS-Web vorzusehen.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Feinkonzept	31.12.2010
2	Test und Abnahme	31.07.2011
3	Einführung / Roll out	31.12.2012

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Verbund Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Luxemburg

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	8,0	18,0
527 06	019	Dienstreisen	0,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	175,0	175,0
		davon Dataport:		175,0	175,0
632 06	019	Sonstige Zuweisungen an Länder	0,0	2,2	2,2
		davon Dataport:		2,2	2,2
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	25,1	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			0,0	211,3	196,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-211,3	-196,2

***Ministerium für Arbeit, Soziales und
Gesundheit***

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:
Arbeit, Soziales und Gesundheit

Name, Tel., E-Mail:
Torge Ismer, 0431/988-5417, torge.ismer@sozmi.landsh.de

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation
Siehe Anlage

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)
Siehe Anlage

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für die aktuellen Planungsjahre

Allgemein	Sicherstellung des Betriebs der Basisinfrastruktur
MASG	Migration auf +1.
LASD	Ausbau der Daten- und Betriebssicherheit des IT-Netzes des LASD.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

MASG	<ul style="list-style-type: none">• Bereitsstellen einer IT-Infrastruktur gemäß LSK• Abschluß der Migration auf +1
LASD	<ul style="list-style-type: none">• Umstellung des IT-Netzes auf neuste Versionen von MS-Software.• Anpassung der Fachverfahren

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre

MASG	<ul style="list-style-type: none">• Einführung der E-Akte• Einführung Blackberry
LASD	<ul style="list-style-type: none">• Virtualisierung der Serverlandschaft des LASD

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für die aktuellen Planungsjahre

MASG	<ul style="list-style-type: none"> Verlagerung des Verfahrens OASIS / EDAS auf die BIH / LVR InfoKom Köln
LASD	<ul style="list-style-type: none"> Verwaltungsabkommen mit Hamburg im Bereich Kinderfrüherkennungsuntersuchungen §7 GDG

Teil II (Erhebungen)

5. Erhebungen (Kataster)

Hardware

Anzahl	Server	APC	Notebook	Drucker	Monitore	Netzkomponenten
MASG	7 (2) ¹	379 (49) ¹	40 (9) ¹	361 (42) ¹	352 (40) ¹	1 Cisco 6550 14 Cisco 3524/3548 ²
LASD	47	440	35	400	400	30 USV 40 Switches

Sonstige Bemerkungen:

MASG	¹ Im Rahmen eines Betreuungsvertrags wird vom Personal des MASG die Abteilung 5 des JuMi, die im Gebäude des MASG ansässig ist, mitbetreut. ² Netzkomponenten befinden sich im Besitz von T-Systems
-------------	--

Anlage 1

Organisation des dezentralen IT-Managements im Ressort Arbeit, Soziales und Gesundheit

Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit (MASG)

Adolf-Westphal-Str. 4, 24143 Kiel

- IT-Ressortverantwortlicher
und dezentrales IT-Management im Ministerium
Uwe Fritzsche
Tel: 0431/988-5581
Mail: uwe.fritzsche@sozmi.landsh.de
- Dezentrales IT-Management im LASD
Wolfgang Stix,
Tel: 0431/988-5501
Mail: wolfgang.stix@sozmi.landsh.de

Landesamt für Soziale Dienste (LASD)

Steinmetzstr. 1-11
24534 Neumünster

- NN
Tel: -
Mail: -
- Dezentrales IT-Management im LASD
Wolfgang Stix
Tel: 0431/988-5501
Mail: wolfgang.stix@sozmi.landsh.de

IT-Maßnahme 2005100001

Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)

Beschreibung

Ressort / Behörde LGA SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS)

Beschreibung allgemein

Informationsdatenbank für den Arbeits- und Gesundheitsschutz

Sonstige Bemerkungen

Steuerung der Außendiensttätigkeit, schnellerer und allgemeiner Zugriff auf Betriebsinformationen. Wird von 80% der Mitarbeiter des Igash genutzt.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Kabinettsbeschuß 1998
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Gesundheitsschutz der Bevölkerung
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Kennzahl 98

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Unterstützung und Steuerung des Arbeitsschutzes in S-H	1999-2050

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	6,5	7,0	7,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	70,0	70,0	70,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	10,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			86,5	87,0	87,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-86,5	-87,0	-87,0

IT-Maßnahme 2005100002

Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen (BERzGG)

Beschreibung allgemein

Das LASD zahlt Erziehungsgeld für Mütter oder Väter. Damit sollen die Leistungen für die Betreuung ihrer Kinder in den ersten Lebensjahren anerkannt und ihre wirtschaftliche Situation in dieser Zeit verbessert werden.

Das Erziehungsgeld kann für die ersten 24 Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Der Gesamtleistungszeitraum teilt sich in zwei Bewilligungsabschnitte von je 12 Monaten auf. Für jeden Bewilligungsabschnitt muß das Erziehungsgeld gesondert beantragt werden (Erstantrag/Folgeantrag).

Der jeweilige Antrag sollte innerhalb von 6 Monaten nach der Geburt des Kindes (als Erstantrag) bzw. nach Beginn dessen 13. Lebensmonats (als Folgeantrag) gestellt werden, denn die rückwirkende Zahlung des Erziehungsgeldes ist auf die letzten 6 Monate vor der jeweiligen Antragstellung beschränkt.

Durch das Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht.

Personaleinsparungen wurden und werden in den Erziehungsgeldabschnitten und im Schreibdienst durch Neuschneidungen der Rate und die Erhöhung der vom Sachbearbeiter pro Zeiteinheit abzuarbeitenden Anträgen deutlich. Wieviel Personaleinsparungen im Erziehungsgeld-Bereich nun exakt dem IT-Verfahren, der Strukturreform oder anderen organisatorischen Maßnahmen zugerechnet werden können, läßt sich nicht genau sagen.

Die Möglichkeit zur Abwicklung des Erziehungsgeldes auf manueller Basis hält das LASD für wirtschaftlich nicht vertretbar.

Das erforderliche "Know how" um z.B. manuelle Berechnungen nach dem Erziehungsgeldgesetz durchzuführen, ist bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Außenstellen eventuell noch vorhanden, aber eine unter Einhaltung der Bearbeitungsfristen und auf Basis des bestehenden Personalbestandes durchzuführende Abwicklung des Erziehungsgeldes ist unmöglich.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschuß
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Einsparung seit 1999 > 70.000 €
 Personaleinsparung seit 1999:
 2 MA gD, 2MA mD
Kennzahl 96

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bearbeitung von Erziehungsgeldanträgen	1990-2010
2	Bearbeitung von Elterngeldanträgen	2009-2050

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Bearbeitung von erziehungsgeld läuft 2010 aus. An die Stelle tritt das Elterngeld.	31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit allen Bundesländern
Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	57,0	42,0	42,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			60,0	45,0	45,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-60,0	-45,0	-45,0

IT-Maßnahme 2005100003

Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Verfahren
Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach SGB IX (SchwbG)

Beschreibung allgemein

Die Maßnahme dient zur elektronischen Unterstützung bei der Umsetzung der Vorschriften des Schwerbehindertenrechtes, d.h. auf Basis eines Antrages werden gesundheitliche Behinderungen, gleich, auf welcher Ursache sie beruhen, und deren Auswirkungen (Grad der Behinderung - GdB-) festgelegt, Feststellungsbescheide erstellt und gegebenenfalls Schwerbehindertenausweise (GdB ab 50) ausgestellt. Der Einsatz des Verfahrens brachte eine erhebliche Verkürzung der Antragsbearbeitungszeiten von ehemals 4 bis 5 Monaten auf heute durchschnittlich unter 3 Monaten. Des Weiteren können heute telefonische Informationanfragen der Antragsteller durch Verfügbarkeit einer elektronischen Akte erheblich schneller beantwortet werden. Nur durch die elektronische Fertigung von Ausweisen und Feststellungsbescheiden konnten bei gleicher bzw. bereits reduzierter Anzahl von Mitarbeitern (im Bereich der Schreibdienste und der Sachbearbeitung in den Schwb-Abschnitten) wesentlich gestiegene Antragszahlen bewältigt werden. Ein Umstellung der Antragsbearbeitung auf manuelle Abwicklung würde die Durchlaufzeiten der Anträge vervielfachen, wobei ausserdem zu berücksichtigen ist, dass bereits heute nicht mehr alle Sacharbeiter über das Wissen verfügen manuell Anträge zu bearbeiten.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. §§69 ff SGB IX
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinettsbeschluß
Wirtschaftlichkeits-berechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. jährliche Einsparung seit 2000: >10.000 €
Kennzahl 96

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bearbeitung von Anträgen nach dem Schwerbehindertengesetz	1990-2050

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit Hessen
Verwaltungs- moder-nisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	45,0	45,0	45,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			48,0	48,0	48,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-48,0	-48,0	-48,0

IT-Maßnahme 2005100004

Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (KOV / Prosid)

Beschreibung allgemein

Die Verfahren KOV/Prosid ermöglichen die elektronische Bearbeitung von Anträgen im Bereich des Sozialen Entschädigungsrecht. Im Vordergrund des SER stehen auch heute noch die Leistungen an die Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebene nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Darüber hinaus werden Leistungen auch für geschädigte Personen aufgrund von Gesetzen, die das Bundesversorgungsgesetz für entsprechend anwendbar erklären, erbracht:

z.B. für Bundeswehrsoldaten nach dem Soldatenversorgungsgesetz;

Zivildienstleistende nach dem Zivildienstgesetz;

Impfgeschädigte nach dem Bundesseuchengesetz;

ehemalige politische Häftlinge nach dem Häftlingshilfegesetz;

Opfer von Gewalttaten nach dem Opferentschädigungsgesetz usw.

Durch die Verfahren werden insbesondere die elektronische Berechnung und Zahlbarmachung der Anträge, die Bescheidschreibung und die Fristenüberwachung ermöglicht. Elektronische Unterstützung in Teilen diesen Bereichen gab es teilweise schon in den 70-Jahren, sie wurde aber durch Einsatz des KOV / Prosid-Verfahren wesentlich effizienter und kostengünstiger.

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
jährliche Einsparung: >190.000

Kennzahl 96

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bearbeitung von Vorgängen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht	-2050

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
mit Niedersachsen

Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	55,0	48,0	48,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			58,0	51,0	51,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-58,0	-51,0	-51,0

IT-Maßnahme 2005100005

Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)

Beschreibung

Ressort / Behörde MASG
Art IT Verfahren
Bezeichnung Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS)

Beschreibung allgemein

Die Verfahrensgruppe OASIS/ EDAS wird eingesetzt zur Automatisierung von Aufgaben im Bereich der Integrationsämter, diese fördern und sichern die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in das Arbeitsleben. Diese Aufgaben sind im Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch (SGB IX), insbesondere in den Paragraphen 81 (4), 84 und 102 festgelegt. Die Integrationsämter erheben und verwenden die Ausgleichsabgabe und führen den besonderen Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen sowie die begleitende Hilfe im Arbeitsleben durch. Mit ihren Leistungen unterstützen sie die Arbeitgeber, ihren besonderen Pflichten bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nachzukommen. Ziel ist es, schwerbehinderte Menschen dauerhaft auf geeigneten Arbeitsplätzen einzugliedern. Die Integrationsämter leisten nachrangig nach den Trägern der Rehabilitation, sie dürfen deren Leistungen nicht aufstocken. Die Leistungen der Integrationsämter sind rechtlich und fachlich mit denen der übrigen Leistungsträger - auch mit denen der Bundesanstalt für Arbeit - verzahnt.

OASIS/EDAS dienen insbesondere zum Einzug der Ausgleichsabgabe, Dokumentation von Integrationsvereinbarungen mit Unternehmen, der Projektverfolgung, der Terminüberwachung und der Unterstützung bei den Aufgaben im Bereich Kündigungsschutz. Diese Funktionen setzten heute eine intensive und nur noch auf elektronischer Basis beruhende Kommunikation mit zentralen Datenbanken und insbesondere mit der Bundesagentur für Arbeit, die Komponenten des Verfahrens entwickelt hat, voraus.

Daten der Bundesagentur für Arbeit stehen nur noch in einer speziellen elektronisch abrufbarer Form zur Verfügung. !!!!!!!

Dieses ist der Grund, warum sich das LAsD gezwungen sah, sich dem bundesweitem Verbund der OASIS-Nutzer anzuschließen. Eine Durchführung wichtiger Aufgaben der Integrationsämter ist also nur unter Nutzung des Verfahrens möglich. Aus diesem Grund spielt in diesem Fall die Wirtschaftlichkeit nicht die Hauptrolle.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. durch BA
Kennzahl 96

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bearbeitung von Aufgaben des Schwerbehindertenrechts im Integrationsamt	

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Umstellung des Systems auf einen Terminal-Server-Betrieb bei der InfoKom Köln	31.12.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit allen Bundesländern
Verwaltungsmodernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	25,0	30,0	30,0

Abschluss

Gesamtausgabe	28,0	33,0	33,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-28,0	-33,0	-33,0

IT-Maßnahme 2005100006

Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD
Art IT Verfahren
Bezeichnung Länderübergreifende Badegewässer Datenbank (TEIS)

Beschreibung allgemein

Länderübergreifende Badegewässer-und Trinkwasserdatenbank

Sonstige Bemerkungen

Schnellere Umsetzung von Eu-Richtlinien

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Landesverordnung über die Qualität der Badegewässer, §10
Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Gesundheitsschutz der Bevölkerung
Kennzahl 61

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Umsetzung der Berichtspflichten gemäß der EU-Trinkwasserrichtlinie	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Kooperation der Norddeutschen Bundesländer: HH, MV, NRW
Verwaltungs- moder-nisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	1,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	8,9	3,0	3,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	2,0	2,0	2,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			11,9	6,0	6,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-11,9	-6,0	-6,0

IT-Maßnahme 2005100007

Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus (ODN)

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF

Art IT Verfahren

Bezeichnung Zahlbarmachung von Renten für Opfer des Nationalsozialismus (ODN)

Beschreibung allgemein

Zahlbarmachung der Renten und Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Bundesentschädigungsgesetz (BEG)

Kennzahl 72

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	3,6	1,7	2,2
		davon Dataport:		1,7	2,2
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	3,6	1,7	2,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3,6	-1,7	-2,2

IT-Maßnahme 2005100008

Migration IKO III

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Migration IKO III

Beschreibung allgemein

Diese Maßnahme ist in Absprache mit dem Ressort und dem Finanzministerium in 2004 festgelegt worden.

Eine genaue Festlegung der benötigten Haushaltsmittel kann von uns erst nach Auswertung einer Pilotierungsphase in Kiel erfolgen. Wir setzen daher geschätzte Planzahlen an.

Die Priorität, Wirtschaftlichkeit und Bedeutung der Maßnahme ist durch das Ikotech-Projekt des Landes festgelegt worden.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 67

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Migration des LASD auf den neuen Landesstandard +1	-2012
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Beschaffung der Serverlandschaft	2010

Sonstiges

Verwaltungs- moder- nisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	3,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	55,0	30,0	0,0
		davon Dataport:		30,0	0,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			58,0	30,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-58,0	-30,0	0,0

IT-Maßnahme 2005100010

IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung IKO III Büro (Basisinfrastruktur) - Ersatzbeschaffung
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	62,5	67,8	67,8
		davon Dataport:		62,8	62,8
		Abschluss			
Gesamtausgabe			62,5	67,8	67,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-62,5	-67,8	-67,8

IT-Maßnahme 2005100012

Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LGA SH

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Informationsdatenbank für Arbeitsschutz (IFAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung allgemein

Informationsdatenbank für den Arbeitsschutz (u.a. SIS, Strahlenschutz, RSA) und andere Dezernate des Igash

Sonstige Bemerkungen

Steuerung der Außendiensttätigkeit, schnellerer und allgemeiner Zugriff auf Betriebsinformationen. Wird von 80% der Mitarbeiter des Igash genutzt.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	8,0	6,0	0,0
		davon Dataport:		6,0	
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	8,0	6,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-8,0	-6,0	0,0

IT-Maßnahme 2005100013

Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Ersatzbeschaffung der IT-Basisinfrastruktur
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	136,0	82,4	85,0
		davon Dataport:		82,4	85,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			136,0	82,4	85,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-136,0	-82,4	-85,0

IT-Maßnahme 2005100017

Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Ersatzbeschaffung
Bezeichnung Online Anwender System im Schwerbehindertenrecht (OASIS / EDAS) - Ersatzbeschaffungen

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,0	0,0	0,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	10,0	0,0	0,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-10,0	0,0	0,0

IT-Maßnahme 2005100019

IKO III Büro (Basisinfrastruktur)

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF
 Art Grundversorgung
 Bezeichnung IKO III Büro (Basisinfrastruktur)

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
282 01	019	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland	10,5	8,0	8,0
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	16,2	20,0	20,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	18,5	19,0	19,0
527 06	019	Dienstreisen	1,6	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	140,7	139,2	162,7
		davon Dataport:		123,2	146,2
		Abschluss			
Gesamteinnahme			10,5	8,0	8,0
Gesamtausgabe			177,0	180,2	203,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-166,5	-172,2	-195,7

IT-Maßnahme 2005100021

Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde LASD SH
Art Grundversorgung
Bezeichnung Betrieb und Pflege der IT-Basisinfrastruktur
Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	79,0	79,0	79,0
		davon Dataport:		24,0	24,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	20,0	20,0	20,0
527 06	019	Dienstreisen	2,0	2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	47,1	31,0	31,0
		davon Dataport:		31,0	31,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			148,1	132,0	132,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-148,1	-132,0	-132,0

IT-Maßnahme 2008100022

Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)

Beschreibung

Ressort / Behörde MSGF / LASD SH

Art IT Verfahren

Bezeichnung Früherkennungsuntersuchungen von Kindern (Verfahren Kinderschutz)

Beschreibung allgemein

Der Landtag hat im Rahmen eines Kinderschutzprogrammes eine Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst in Schleswig-Holstein (§ 7a Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder) beschlossen.

Nach dem Gesetz soll eine Zentrale Stelle Schleswig-Holsteins (das LASD) die gesetzlichen Vertreter der Kinder, deren Früherkennungsuntersuchungen U 4 bis U 9 bevorstehen, zur Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung einladen und gegebenenfalls mit Fristsetzung erinnern. Ärztinnen und Ärzte, die Früherkennungsuntersuchungen durchgeführt haben, haben dies der Zentralen Stelle unverzüglich mitzuteilen. Soweit nach Ablauf einer Frist keine ärztliche Bestätigung über die Teilnahme an der Früherkennungsuntersuchung vorliegt, hat die Zentrale Stelle den zuständigen Kreis zu informieren.

Diese Maßnahme ist ein Teilbereich verschiedener Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsdienstgesetzes und zum Kinderschutzgesetz. Dazu gehören:

- Einrichtung einer zentralen Stelle beim LASD
- Landesprogramm „Schutzengel“
- Landesprogramm „Willkommen im Leben“
- Kinderschutztelefon
- Fortbildung
- Sachverständigenbeirat und Landeskinderschutzbericht

Näheres siehe Anlage Programm_Kinderschutz.doc

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Beschluss des Landtages SH im Dez. 2007

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Gesamtmaßnahme wurde durch MSGF geprüft; LRegG hat die Prüfung anerkannt.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
diverse	1.487,6	siehe Anlage Programm_Kinderschutz.doc

Infrastrukturelle Bedeutung

Keine

Kennzahl 81

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Aufbau des Verfahrens Kinderschutz zur Durchführung der Früherkennungsuntersuchungen bei Kinder bis zu 6 Jahren	01.04.2008
2	Betrieb des Verfahrens Kinderschutz bei Kindern bis zu 6 Jahren	01.01.2014

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Konzeption / Fertigstellung	31.01.2008
2.	Aufbau des Verfahrens und Produktionsbeginn	01.04.2008
3.	Betrieb des Verfahrens Kinderschutz	31.12.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	38,5	39,0	39,0
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	15,0	15,0	15,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			53,5	54,0	54,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-53,5	-54,0	-54,0

IT-Maßnahme 2009100023

Verwaltungsprogramm von nichtakademischen Gesundheitsberufen

Beschreibung

Ressort / Behörde

Bezeichnung Verwaltungsprogramm von nichtakademischen Gesundheitsberufen

Sonstige Bemerkungen

die ITM hat sich ert; die Maßnahme ist wieder zu löschen.

Priorität

Kennzahl 0

IT-Maßnahme 2010100024

IT-Plattform Badegewässer

Beschreibung

Ressort / Behörde MASG
Art IT Vorhaben
Bezeichnung IT-Plattform Badegewässer

Beschreibung allgemein
 siehe Anlage

Priorität

Klassifizierung Ressortinterne Fachanwendung

Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 RL 2006/7/EG vom 15. Febr. 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung, Art. 11-12.
 Landesverordnung über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer (Badegewässerverordnung) vom 9. April 2008, §§ 11 – 14.

Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Fremdenverkehrspolitische, gesundheitspolitische und tourismuswirtschaftliche Bedeutung des Badens in den Binnen- und Meeresgewässern Schleswig-Holsteins. Umsetzung des europäischen Gemeinschaftsrechtes.

Wirtschaftlichkeits-berechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 20.01.2010,
 positiver Kapitalwert entsteht durch Vermeidung von Oportunitätskosten in Höhe von bis zu 130 T€ pro Jahr zzgl. Strafen der EU für nicht Umsetzung einer gesetzlichen Vorschrift i.H.v. bis zu 500 T€ pro Jahr.

Kennzahl 71

Ziele

Nr.	Beschreibung	Datum
5	Erstellung des Internetauftritts zur Information der Öffentlichkeit, Erstellung der Schnittstelle zu TEIS, GIS-Anbindung	31.12.2012
4	Fertigstellung des Teils Profile der Datenbank, GIS-Anbindung	24.03.2011
3	Test	31.12.2010
2	erster Prototyp fertig	30.09.2010
1	Erstellung eines Konzeptes für die Datenbank	31.03.2010

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation mit Kreisen und Kreisfreien Städten.
 Kooperation mit dem MLUR/LLUR

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	68,0	144,0	51,5
		davon Dataport:		18,0	30,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			68,0	144,0	51,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-68,0	-144,0	-51,5

IT-Maßnahme 2010100025

Anteilige Finanzierung des Bundes-Berichtsportals "WasserBLiCK"

Beschreibung

Ressort / Behörde MASG
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Anteilige Finanzierung des Bundes-Berichtsportals "WasserBLiCK"

Beschreibung allgemein

Die Richtlinie 98/83/EG des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch umgesetzt durch die Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV 2001) verpflichtet die Länder zur Berichterstattung über die Trinkwasserqualität.

Die Berichterstattung über die Trinkwasserqualität ist zukünftig auf elektronischem Wege vorzunehmen. Die Einführung der elektronischen Berichterstattung an die EU macht die Existenz einer elektronischen Schnittstelle in Deutschland für das Berichtswesen zur Trinkwasserrichtlinie erforderlich. Diese Schnittstelle wird vom Bund in Form einer XML-Schnittstelle in dem Berichtsportal WasserBLiCK implementiert. Im Berichtsportal WasserBLiCK des Bundes sollen zukünftig sämtliche Wasserdaten zusammengeführt werden. Eine Einbindung der Trinkwasserdaten in dieses System wird daher für sinnvoll erachtet .

Die laufenden Kosten des Betriebs des Dienstes "Berichterstattung Trinkwasserrichtlinie" im Berichtsportal WasserBLiCK sollen von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Die jährlichen Kosten würden sich gemäß Aussage des Bundes derzeit auf ca. 17.500 € belaufen und sollten nach dem Königsteiner Schlüssel finanziert werden.

Sonstige Bemerkungen

Derzeit streiten Bund und Länder noch über die Finanzierung des Portals. Langfristig ist mit höheren Kosten zu rechnen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 § 21 Abs. 3 der Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV 2001)
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Da die Maßnahme durch den Bund organisiert und durchgeführt wird, ist eine direkte Einflußnahme des Landes auf die Art der Umsetzung nur im Rahmen Ländergremien möglich. Eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist durch den Bund erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen im Landeshaushalt

Ausgaben

Titel	Betrag in T€	Begründung
		Durch die Beteiligung am Dienst "Berichterstattung Trinkwasserrichtlinie" im Berichtsportal WasserBLiCK ist die Finanzierung und Entwicklung einer eigenen Schnittstelle für die Datenlieferung an den Bund entbehrlich.

Kennzahl 56

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	EG-Berichterstattung über die Trinkwasserqualität	laufend

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
 Kooperation zwischen Ländern und Bund
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
 Automatische Datenübertragung auf europäischer Ebene

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
631 02	019	Zuweisungen an den Bund	0,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0

Abschluss

Gesamtausgabe	0,0	2,0	2,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	0,0	-2,0	-2,0

Finanzministerium (ZIT SH)

IT-Ressortplan 2011/2012

Ressort:

FM, hier: ZIT SH

Name, Tel., E-Mail:

Reinhold Schiedemann, VI 164,

Tel.: 0431-9882917, eMail: reinhold.schiedemann@fimi.landsh.de

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des ressortübergreifenden IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation

Die Aufgaben des ZIT SH werden von den Referaten VI 16 (Ressortübergreifende IT und E-Government) und VI 17 (Ressortübergreifende Basisinfrastrukturen und ressortübergreifende Organisation) wahrgenommen.

Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

1. Ressortübergreifende IT und E-Government

Landesstrategien und IT-Steuerung

Frank Sulimma 0431-9884020 frank.sulimma@fimi.landsh.de

2. Ressortübergreifende Basisinfrastrukturen

Kommunikationstechnologie und ressortübergreifende IT-Verfahren

Hans-Günter Silber 0431-9882922 hans-guenter.silber@fimi.landsh.de

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für den Planungszeitraum 2011/2012

Verweis: Nr. 4 (E-Government-Strategie) und Nr. 5 (IT-Strategie) des IT-Gesamtplans 2011/2012

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Ref. VI 16 (Ressortübergreifende IT und E-Government)

Durch den Organisationserlass der MP vom Juli 2003 sind die Zuständigkeit für zentrale Komponenten und Services der IT-Infrastruktur sowie für die IT-Planung und das zentrale IT-Budget auf das Finanzministerium übergegangen. Mit der Änderung des Artikels 91c des GG und der Einrichtung des IT-Planungsrates beim Bund im April 2010 ergeben sich neue Rahmenbedingungen, die die IT-Organisation und die IT-strategische Ausrichtung des Landes Schleswig-Holstein beeinflussen.

Ziel ist es, im Planungszeitraum 2011/2012 das Landessystemkonzept Schleswig-Holstein zu einer übergreifenden IT-Strategie fortzuschreiben und die IT-Organisation des Landes SH neu zu justieren.

Ref. VI 17 (Ressortübergreifende Basisinfrastrukturen)

Bereitstellung bisher dezentraler Funktionen durch gemeinsame zentral und einmal angebotene Dienste und Verbesserung der Zusammenarbeit durch die Interoperabilitätsplattform (IOP). Betrieb und Pflege sowie Weiterentwicklung der Basisinfrastrukturen von wichtigen ressortübergreifenden Fachverfahren, für die das Ref. VI 17 zuständig ist.

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen im Planungszeitraum 2011/2012:

○ **Projekt +1 [Zukunftsarbeitsplatz (Landessystemkonzept)]**

Das Referat 17 wird die Umsetzung für diese entscheidende Basiskomponente nach den mit allen Beteiligten abgestimmten Eckwerten umsetzen. Mit der Fortschreibung des aktuellen Arbeitsplatzes auf den Stand „+1“ - inkl. der dazugehörigen systemtechnischen Infrastrukturkomponenten- wird durch das Finanzministerium gemeinsam mit den Ressorts ein moderner und funktionaler Arbeitsplatz gestaltet, der den Anforderungen der Zukunft aber auch einem wirtschaftlichen Handeln gerecht wird. In der strategischen Ausrichtung sind zur Sicherstellung von Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Funktionalität verstärkt dezentrale Funktionsbereiche in zentral bereitgestellte Services fortzuschreiben. In der Planung und Umsetzung sind dabei insbesondere ein gemeinsamer Anmeldedienst und ein gemeinsamer Mailservice auf einer zentralen Plattform (out of the box). Dezentral wird dafür grundsätzlich keine Server-Infrastruktur mehr benötigt. Die Ressorthoheit bleibt unangetastet.

Technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre:

- Ausbau Rechenzentrumsnutzung
- Fortsetzung Migration der Dienststellen nach +1-Infrastruktur
- Überführung der KV aus KITS nach +1-Infrastruktur
- Ausrollen Revisionsicherer Verzeichnisdienst
- BSI Grundschutzaudit
- Einführung zentrales Patch- und Installationsmanagement
- Fortschreibung der Interoperabilitätsplattform (IOP)

Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Umsetzung des +1-Standards auch für Kommunalverwaltungen. Die Fortentwicklung der Basisinfrastruktur und der E-Government-Plattform erfolgen in Kooperation mit der FHH und entsprechend den Vereinbarungen mit den Kommunalen Landesverbänden in Schleswig-Holstein.

○ **eAkte**

Die Nutzung und damit die Wirtschaftlichkeit des IT-Verfahrens eAkte soll weiter verbessert werden. Dazu sollen insbesondere weitere Registraturen in den Ministerien und in nachgeordneten Behörden auf das IT-Verfahren eAkte umgestellt werden. Die Landesregierung hat den schrittweisen Umstieg auf die elektronische Registratur, Aktenführung und Vorgangsbearbeitung beschlossen, um die rechtssichere Dokumentation des konventionel-

len und des elektronischen Verwaltungshandelns sicherzustellen, damit eine notwendige Basis für eGovernment-Anwendungen bereitzustellen, übergreifende Information 'zu jeder Zeit an jedem Ort' zu ermöglichen, eine Basis für Wissensmanagement innerhalb der öffentlichen Verwaltung zu bilden.

Technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre:

Das IT-Verfahren eAkte wird im Auftrag des Finanzministeriums bei Dataport betrieben. Die Architektur wurde bezüglich Sicherheit und Verfügbarkeit verbessert. Die Software wurde entsprechend den technologischen Weiterentwicklungen fortgeschrieben (Webtechnologie, .net-Client). Mit der Einführung der aktualisierten Architektur und Software wurde in 2010 begonnen.

Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Das Finanzministerium hat mit der Herstellerfirma einen Rahmenvertrag geschlossen. Die Landtagsverwaltung, die Städte Kiel und Pinneberg sowie die Kreise Plön und Segeberg sind dem Rahmenvertrag beigetreten.

Schleswig-Holstein beabsichtigt, weiterhin an bundesweiten Gremien zum Thema Dokumenten- und Vorgangsbearbeitungsmanagement und an Software bezogenen Anwendergruppen (u. a. VIS Anwendergruppe) teilzunehmen.

○ **Digitale Zeitwirtschaft**

Einführung eines einheitlichen digitalen Zeitwirtschaftsystems mit den Zielen:

- die Steigerung der Wirtschaftlichkeit der vorhandenen Zeitwirtschaft in der Landesverwaltung über die Ablösung diverser dezentraler Verfahren durch ein zentrales Verfahren und
- Einführung einer bisher nicht vorhandenen digitalen Zeitwirtschaft.

Technologischen Entwicklungen für die aktuellen Planungsjahre:

keine, da als zentrales Verfahren ein zukunftssicheres Standardverfahren eingeführt wird.

Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Die Einführung der digitalen Zeitwirtschaft ist ressortübergreifend vorgesehen und die Anforderungen für einen landesweiten Einsatz berücksichtigt.

○ **Landesnetz Basis:**

Das seit 2000 bestehende Landesnetz für die Sprach- und Datenübertragung wird in seiner Struktur erhalten, aber im Zusammenhang mit dem Landesnetz V+ in wesentlichen Teilen in der technischen Organisation vereinfacht und optimiert sowie an die Sicherheitsanforderungen des BSI angepasst. Am Landesnetz sind in 2010 ca. 1500 Behörden incl. Schulen (Schulleitungen/Lehrer/Schulräte) angeschlossen.

○ **Landesnetz_V+**

Dieses System ist als Redundanznetz konzipiert, um die IP-Transportleistungen insgesamt sowie durch erhöhte Verfügbarkeit mögliche Ausfälle bei der Nutzung der zentralen IT-Strukturen und Verfahren auf ein Minimum zu reduzieren. Das System ist seit 2010 im Aufbau und wird im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen im BOS-Digitalfunk bis Ende 2012 eingerichtet sein.

○ **IP-Telefonie**

Die Umstellung der herkömmlichen ISDN-Telefonie auf IP-Transport bringt deutliche Kostenvorteile. In diesem Rahmen werden auch die lokalen Netzwerke der Behörden technisch und im Sicherheitsbereich modernisiert.

Die Nutzung der Telefonie per Internet (Internet Protocol = IP) hat u. a. das Ziel der Reduzierung von Telekommunikationsanlagen, der Konzentration von Telefonvermittlungen sowie der Vereinheitlichung der lokalen Netze. In 2010 wurden im Land eine zentrale und redundante SIP-Anlage mit derzeit 7.000 angeschlossenen IP-Telefonen einschließlich der in den Behörden eingerichteten LAN-Ports (Anschluss für einen PC und ein Telefon) in Betrieb genommen.

Die bereits in 2005 vom Kabinett beschlossene Umstellung wird Zug um Zug im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel fortgeführt.

IT-Maßnahme 2005050002

Sprachnetz SH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Sprachnetz SH

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb eines landeseinheitlichen Telefonnetzes. Sprache und Daten benutzen zum Teil das gleiche Netz. Das Teilnetz Sprache stellt die Basisinfrastruktur für die Telefonie der Landesverwaltung. Zum Sprachnetz gehört die gesamte Versorgung mit Telefonen und aller zugehörigen Ausrüstung.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	T-VPN	Gesprächsgebühren beim Telefonieren
2	TDN Land 1	Mieten der Telefonhardware
3	ProSolution	Speicherung von Gebührendatensätzen
4	Telefongebührenabrechnung TelGebAb	Erstellung der Abrechnungen der Gesprächsgebühren
5	Inhouse	Abrechnung von Arbeiten an den in den Liegenschaften befindlichen Telefon- und Datennetzen
6	Lastschrifteinzugsverfahren LEIV	Lastschrifteinzug privater Telefongesprächsentgelte

Sonstige Bemerkungen

Verknüpfungen zu anden Maßnahmen:
 2005050010 - Datennetz SH

Strategie:
 Landessystemkonzept / IT-Gesamtplan 2007

Priorität

Klassifizierung Kommunikation

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. gem. Kabinettsvorlage aus dem Jahre 1999; weiterhin höchste Priorität.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. es wurde ein Wirtschaftlichkeit in 1999 errechnet; die Eckwerte werden regelmäßig kontrolliert; das Vertragswerk wird kontrollt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Basisinfrastruktur für alle IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben.

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der sprachlichen Kommunikation innerhalb der Landesverwaltung sowie nach Außen.	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Austausch aller bestehenden Telefonsysteme durch Hicom 300 E Systeme	31.12.1999
2	Überprüfung der Netze, Optimierung der Bandbreiten	31.12.2000
3	Realisierung des physikalischen Sprachnetzes	31.12.2001
4	Modernisierung der 1999 bereits vorhandenen Hicom 300 Anlagen	31.12.2005
5	Ausbau der VoIP Technologie in Teilbereichen des durch den Innovationshub 2005 betroffenen Liegenschaften	31.12.2007
6	Betrieb und Optimierung des Sprachnetzes bis auf Weiteres zum	30.09.2009

Sonstiges

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
124 02	019	Erstattung von Telefongebühren	100,0	100,0	100,0
(MG 02)					
511 01	019	Telefongebühren	1.699,0	1.630,0	1.630,0
(MG 02)					
511 02	019	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	100,0	100,0	100,0
(MG 02)					
518 02	019	Mieten für Fernsprecheinrichtungen	13.445,0	13.465,0	13.600,0
(MG 02)					
671 01	019	Kostenvergütung für Auswertung von Dienst- und Privatgesprächen	330,0	335,0	335,0
(MG 02)					
		davon Dataport:		100,0	100,0
711 01	019	Beschaffung von Kleinanlagen	2,0	10,0	10,0
(MG 02)					
Abschluss					
Gesamteinnahme			100,0	100,0	100,0
Gesamtausgabe			15.576,0	15.540,0	15.675,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-15.476,0	-15.440,0	-15.575,0

IT-Maßnahme 2005050003

Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Kopfstelle Kommunikation (Betrieb der Datenkommunikation des Landes SH für E-Mail, TESTA, mobile IT-Systeme)

Beschreibung allgemein

Der Betrieb der Kopfstelle bei Dataport gewährleistet die externe Datenkommunikation des Landes Schleswig-Holstein für eMail, TESTA, mobile IT-Systeme.

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. DOL-Vorhaben; KV zu DOI; FinA hat die Zustimmung erteilt.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Wirtschaftlichkeit wird im Wesentlichen durch den Bund geprüft und begründet.

Infrastrukturelle Bedeutung

Hohe Infrastrukturelle Bedeutung für den Betrieb des Landesnetzes und die Kopplung mit anderen Netzen des öffentlichen Sektors oder der privaten Wirtschaft. Die Kopfstelle stellt den ordnungsgemäßen Transport der Daten und Sprache in den Netzen sicher. Die administrativen Aufgaben werden durch Dataport wahrgenommen.

Kennzahl 90

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Betrieb erfolgt in Kooperation mit anderen Partnern wie z. B. dem Bund.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. DOL-Vorhaben des Bundes; E-Gov-Strategie Land SH 2008; IT-Maßnahme unterstützt Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	146,0	101,0	101,0
		davon Dataport:		101,0	101,0
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	44,8	53,7	53,7
		Abschluss			
Gesamtausgabe			190,8	154,7	154,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-190,8	-154,7	-154,7

IT-Maßnahme 2005050004

+1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung +1- Kopfstelle - Betrieb zentraler landesweiter Dienste

Beschreibung allgemein

+1-Infrastruktur (vorm. IKOTECH III) stellt die systemtechnische Basis der Landesverwaltung SH dar und bildet das Rückgrat für die BK-Infrastruktur der Landesverwaltung.

Ein wichtiger Bestandteil sind die landesweit verfügbaren „Zentralen Dienste“. Diese zentralen Dienste sind die Grundlage des Betriebes von +1 in den Ressorts. Im einzelnen sind das der Landesverzeichnisdienst, der landesweite Mailverbund, der Domain Name Service und das Anti-Viren-Softwaremanagement sowie die Durchführung des IT-Sicherheitsrelevanten Patch-Managements. Mit der Kernkompetenz Informationstechnik des Finanzministeriums SH ist der ordnungsgemäße Betrieb sicherzustellen. Das Finanzministerium betreibt die o. g. Systemdienste zentral im Rechenzentrum bei Dataport.

Betrieb der ressortübergreifenden Gruppenbalage WSSSH
 Betrieb Rev.Sicheres AD
 Betrieb Blackberry Infrastruktur

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 Basis für eGov Verfahren
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Sicherstellung des IT-Basisbetriebes

Infrastrukturelle Bedeutung

Der ordnungsgemäße Betrieb ist sicherzustellen und bildet die Grundvoraussetzung der Funktionsfähigkeit des IT-Landesstandards. Das Finanzministerium betreibt die o. g. Systemdienste zentral im Rechenzentrum bei Dataport. Aufgrund der Verbreitung (insbes. auch bei der Polizei) hat diese Maßnahme eine herausgehobene Bedeutung.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Basisbetrieb der +1-Komponenten (Kopfstelle, Rev.S.AD, BB, WSSSH ...)	01.01.2010 - 31.12.2015

Sonstiges

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
 Moderner Verwaltungsarbeitsplatz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	570,0	575,0	580,0
		davon Dataport:		575,0	580,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	570,0	575,0	580,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-570,0	-575,0	-580,0

IT-Maßnahme 2005050007

Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Virtuelle Poststelle (Betrieb und Fortentwicklung)

Beschreibung allgemein

Es wird eine Virtuelle Poststelle im Rahmen der E-Government-Plattform benötigt. Es werden die Funktionalitäten Signaturprüfung, Ver- und Entschlüsselung, zentrale Authentifizierung, Zeitstempeldienst, Postein- und -ausgangsbücher sowie Virenprüfung gewährleistet. Zu diesem Zweck wurden mit der Firma BOS über das Projektbüro des KoopA ADV beim Bund ein Vertrag über die Wartung und Pflege der Governikus-Software abgeschlossen.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008
Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Datenverkehrs auf der Basis bundeseinheitlicher Transportstandards (OSCI)	31.12.2013

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
In Kooperation des Bundes mit den Bundesländern

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
E-Gov-Strategie SH 2008
Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	1,0	1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	522,9	527,9	527,9
		davon Dataport:		169,2	169,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			523,9	528,9	528,9
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-523,9	-528,9	-528,9

IT-Maßnahme 2005050009

Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung Clearingstelle (Betrieb und Fortentwicklung); Rückmeldung im Meldewesen - Technik

Beschreibung allgemein

Weiterentwicklung, Test und Betrieb einer Clearingstelle und des Clearingdienstes für die Rückmeldung im Meldewesen. Die Clearingstelle ist eine zentrale Einrichtung in einem Verbund von DV-Verfahren, die geschäftsmäßig die elektronische Kommunikation zwischen den Stellen der öffentlichen Verwaltung auf der Basis bundes/landeseinheitlicher technischer und fachspezifischer Vergaben technisch und organisatorisch unterstützt.

Priorität

Klassifizierung Kommunikation

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.

Infrastrukturelle Bedeutung

hohe infrastrukturelle Bedeutung im Rahmen der E-Government-Plattform SH

Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	rechtssichere elektronische Kommunikation zwischen Meldebehörden	unbegrenzt

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Land - Kommunen - Bundesländer

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative.
DO Meldewesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	128,0	133,0	133,0
		davon Dataport:		133,0	133,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			128,0	133,0	133,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-128,0	-133,0	-133,0

IT-Maßnahme 2005050010

Datennetz SH (Landesnetz)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Datennetz SH (Landesnetz)

Beschreibung allgemein

Aufbau und Betrieb einer landeseinheitlichen Netzplattform für Sprache und Daten; zentrale Basisinfrastruktur für IT-Maßnahmen und E-Government-Vorhaben. Die vorhandenen 6 Verwaltungsnetze wurden zu einem Netz integriert. Es werden landeseinheitliche Netzanschlüsse bereitgestellt. Über das Netz (Landesnetz) werden gleichzeitig Daten und Sprache transportiert. Das Landesnetz ermöglicht die Verbindungen vom Bund über das Land bis zu den Kommunen.

Sonstige Bemerkungen

Verknüpfungen zu anderen Maßnahmen:
 2005050002 - Sprachnetz SH

Strategie:
 Landessystemkonzept / IT-Gesamtplan 2007

Priorität

Klassifizierung Kommunikation
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. 1999 mit Kabinettsbeschluss der Landesregierung als prioritäre Maßnahme eingerichtet; weiterhin höchste Priorität.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. erstellt 1999; Überprüfung der Eckdaten erfolgt kontinuierlich; Controlling des Betreibervertrages erfolgt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Zentrale Basisinfrastruktur für alle IT-Maßnahmen

Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung des Datenaustausches innerhalb der Landesverwaltung SH	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Kabinettsbeschluss	1999
2.	Erstellung der organisatorischen und technischen Konzepte	2000
3.	Realisierung des Landesnetzes	2001
4.	Ausbau des Landesnetzes	ab 2002
5.	weiterer Ausbau und regulärer Betrieb zu Vertragskonditionen	bis 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. Es werden Netzkoppelungen mit der FHH und dem Bund hergestellt.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 03	019	Umschaltgebühren und Kleinreparaturen	500,0	225,0	50,0
(MG 03)		davon Dataport:		225,0	50,0
533 03	019	Leistungsentgelte an Dataport	3.036,3	2.849,9	2.859,3
(MG 03)		davon Dataport:		2.849,9	2.859,3
533 04	019	Leistungsentgelte an die TELEKOM	11.582,0	11.859,2	11.980,0
(MG 03)					

537 03	019	Kosten der Fortentwicklung der Konzeption Landesnetz	35,0	35,0	35,0
(MG 03)					
		Abschluss			
Gesamtausgabe			15.153,3	14.969,1	14.924,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-15.153,3	-14.969,1	-14.924,3

IT-Maßnahme 2005050011

IKO III - Fortentwicklung

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Vorhaben
Bezeichnung IKO III - Fortentwicklung

Beschreibung allgemein

IKO III - Fortentwicklung - Anpassung der IT-Dienste an den Stand der Entwicklung, Implementantion neuer Funktionalitäten.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Sicherstellung der Aktualität i.S. IT- Sicherheit und Verfügbarkeit sowie Funktionalitäten	01.01.2008 - tt.mm.jjjj

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	100,0	100,0	100,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			100,0	100,0	100,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-100,0	-100,0	-100,0

IT-Maßnahme 2005050017

BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung BDVLandsh / Behörden- und Dienststellenverzeichnis unter Einbindung anderer DB

Beschreibung allgemein

Im Rahmen der Vorarbeiten für den Dienstleistungswegweiser SH entstand die Notwendigkeit, vollständige Daten über Behörden und Dienststellen der Landesverwaltung an einer Stelle authentisch zu erfassen und zu pflegen (BDVlandsh). Diese Daten sollen anderen Anwendungen als Quelle dienen. Die Daten aus BDVlandsh werden außerdem im Landesportal www.schleswig-holstein.de im Internet angeboten.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinetts-/St-Beschlüsse zum Internetprojekt und zur E-Government Vereinbarung Land-Kommunen

Infrastrukturelle Bedeutung

Als zentrale Datenquelle für Behörden- und Organisationsdaten einschließlich der Geoverortung der zugehörigen Adressen von zentraler Bedeutung

Kennzahl 35

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erstellung und Pflege eines vollständigen aktuellen und authentischen Datenbestandes über die Organisation der Landesverwaltung und ihre Adressen	03.12.2001 - 31.12.2020
2	Ersparnis der Mehrfachpflege identischer Daten	01.01.2002 - 31.12.2020
3	Vermeidung von Abstimmungsaufwand zwischen verschiedenen Anwendungen, die Behörden- und Adressdaten nutzen	01.01.2002 - 31.12.2020

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Beschlüsse ITK und AKO zu BDVlandsh	03.12.2001
2	Beauftragung Dataport mit Betrieb von BDVlandsh	09.08.2002
3	Lenkungsgruppe Projekt Internetstrategie (St-Runde) Ausbau BDVlandsh	25.11.2002
4	Daten BDVlandsh mit Georeferenzierung im Landesportal im internet	29.06.2007

Sonstiges

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
BDVlandsh enthält Daten über die Organisation von Land und Kommunen. Dies sind wichtige Basisdaten für alle Arbeitsplätze der ÖV in SH, auch im Hinblick auf einen Zuständigkeitsfinder und Behördenwegweiser und auf die Anforderungen aus der EU-DLR.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	27,5	27,5	27,5
		davon Dataport:		27,5	27,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	27,5	27,5	27,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-27,5	-27,5	-27,5

IT-Maßnahme 2005050018

Übergreifende Steuerung E-Government Infrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Übergreifende Steuerung E-Government Infrastruktur

Beschreibung allgemein

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Infrastrukturelle Bedeutung

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	95,6	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			95,6	2,0	2,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-95,6	-2,0	-2,0

IT-Maßnahme 2005050020

Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Deutsches Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV)

Beschreibung allgemein

Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV).

Das DVDV dient der dynamischen Adressierung von Nachrichten im Rahmen bundesweiter E-Government-Vorhaben. Diese Maßnahme deckt den Anteil Schleswig-Holstein an dem bundesweiten Projekt ab.

Es besteht eine Schnittstelle zur Clearingstelle und zu den Projekten mit der Thematik Meldewesen.

Sonstige Bemerkungen

Die Fortentwicklung dieser Maßnahme erfolgt durch den Bund. Die Kosten werden anteilig auf die Länder umgelegt.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Beschluss Nr. 2 - 12/2005 des KOOPA ADV
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Mit der Beteiligung an der Entwicklung, Wartung, Pflege und Betrieb des DVDV stellt Schleswig-Holstein seinen Willen die E-Government-Initiativen des Bundes zu unterstützen unter Beweis.

Infrastrukturelle Bedeutung

Es handelt sich um Basisinfrastruktur, die von vielen E-Government-Verfahren genutzt wird.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Zeit- und Kostenersparnis	01.12.2005 - 31.12.2013
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Abschluss Projektpflegevertrag	01.04.2008

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. zu E-Gov-Strategie Land SH 2008 Handlungsfeld 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	32,0	22,0	22,0
		davon Dataport:		22,0	22,0
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	10,0	10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			42,0	32,0	32,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-42,0	-32,0	-32,0

IT-Maßnahme 2005050022

Government Gateway (SH-Service)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Government Gateway (SH-Service)

Beschreibung allgemein

Betrieb des Government Gateway/SH-Service

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.327,0	1.110,0	1.110,0
		davon Dataport:		1.110,0	1.110,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			1.327,0	1.110,0	1.110,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.327,0	-1.110,0	-1.110,0

IT-Maßnahme 2005050023

IT-Verfahren eAkte; Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DOMEA-zertifiziert)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Verfahren eAkte; Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DOMEA-zertifiziert)

Beschreibung allgemein

Übergreifender IT-Basisdienst; für elektronische Registratur, elektronische Aktenführung, elektronische Vorgangsbearbeitung (Workflow); Einsatz des Produkts VISkompakt auf zentraler Architektur bei Dataport

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Kabinetts- und St-Beschlüsse im Rahmen des Internet-Projekts; Kabinettsbeschluss zum Bericht der Landesregierung zu E-Government 2007
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Das IT-Verfahren eAkte ist unter Kosten-Nutzen-Aspekten unter den betrachteten Bedingungen wirtschaftlich. Die Einführung von eAkte ist außerdem dringlich (700) und unter qualitativ-strategischen Gesichtspunkten (750) geboten.

Infrastrukturelle Bedeutung

Das IT-Verfahren eAkte ist in Teilen ein Bestandteil der Basisinfrastruktur (eAkte-Infrastruktur) und ein Basisdienst (überressortliche Applikation); Kriterium: Ressort- und fachübergreifender Einsatz ohne fachliche Festlegung.

Kennzahl 50

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung der Rechtmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Aktenführung	21.02.2002 - 31.12.2020
2	Ermöglichung von E-Government Anwendungen	21.02.2002 - 31.12.2020
3	Abbau der Parallelität von Papieraktenführung und elektronischen Unterlagen	21.02.2002 - 31.12.2020
4	Bessere Gewährleistung der Vollständigkeit der Akten	21.02.2002 - 31.12.2020
5	Verbesserung Wissensmanagement in der Verwaltung	21.02.2002 - 31-12-2020

Nr.	Beschreibung	Datum
5	Aktualisierung des EVB-IT-Dienstleistungsvertrages eAkte zwischen FM und Dataport	22.04.2010
4	Aktualisierung Anlage 1 zum Rahmenvertrag eAkte zwischen FM und PDV	09.03.2010
3	Rahmenvertrag eAkte zwischen FM und PDV	23.03.2005
2	Auswahl (Europa weite Ausschreibung) eines Dokumentenmanagementsystems als Landesstandard	16.02.2005
1	Abschluss erstes Teilprojekt PAroPlus, Projektbericht	01.05.2003

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7,0	0,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	15,0	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
527 06	019	Dienstreisen	3,0	3,0	3,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	873,0	812,0	823,0
		davon Dataport:		663,0	663,0

812 46 019 Erwerb von Hard- und Software	62,0	158,0	175,0
davon Dataport:		158,0	175,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	960,0	1.013,0	1.041,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-960,0	-1.013,0	-1.041,0

IT-Maßnahme 2005050026

CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung CMS II - Contentmanagement der Landesregierung für Internet, Extranet und Intranet

Beschreibung allgemein

Die Landesregierung bietet unter der Internetadresse www.schleswig-holstein.de in einem integrierten Landesportal sowohl Regierungsinformationen als auch allgemeine Informationen gebündelt in Themenportalen sowie die Nutzung einer Landessuchmaschine.

In dem zugrunde liegenden CMS werden auch die Internet- und Intranetangebote der Landespolizei angeboten. Auch die bisherige Extranetlösung SHIP sowie die weiteren Intranetlösungen im Bereich der Landesverwaltung sollen neu konzipiert und in das einheitliche System überführt werden. Die Maßnahme 2005050027 SHIP - Extranet Öffentliche Verwaltung Schleswig-Holstein wurde deshalb in diese IT-Maßnahme überführt. Die Umstellung der Extranet- und Intranetlösungen wird nicht in 2010 realisiert werden können. Vorgesehen ist es, dieses in 2011 und 2012 zu verwirklichen.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Durch die EU-DLR sind öffentliche Verwaltungen künftig verpflichtet, Informationen und Dienstleistungen im Internet anzubieten.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Kabinetts- und St-Beschlüsse liegen den Arbeiten zugrunde.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
Dataport hat für die angebotene Lösung eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung vorgelegt.

Infrastrukturelle Bedeutung

Das IT-Verfahren CMS-II ist Bestandteil der Basisinfrastruktur.

Kennzahl 60

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Durch die Zusammenführung in einem technischen System soll die Qualität der Infoaufbereitung und -bereitstellung erhöht und sollen Kosten und Aufwand gesenkt werden	30.01.2001 - 31.12.2020

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Kabinettsbeschluss zum Internetauftritt der Landesregierung	30.01.2001
2	Kabinettsbeschluss Zweiter Zwischenbericht Internetstrategie, Zusammenführung von Internet und Intranet möglichst in einem CMS	21.01.2002
3	St-Beschluss zur Umsetzung Colanii	14.02.2005
4	Kabinettsbeschluss zum Neuen Landesportal	01.11.2005
5	Livegang Neues Landesportal	29.06.2007
6	Livegang Landespolizei im Neuen Landesportal	17.12.2007
7	Neukonzeption SHIP und Intranetlösungen	ab 2011

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Im Bereich CMS gibt es eine lockere Kooperation mit FHH, außerdem eine intensivere Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt.

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
527 06	019	Dienstreisen	4,0	4,0	4,0

533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	450,0	875,0	905,0
		davon Dataport:		875,0	905,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			464,0	889,0	919,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-464,0	-889,0	-919,0

IT-Maßnahme 2005050028

Zentraler FAX-Service SH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Zentraler FAX-Service SH

Beschreibung allgemein

Betrieb eines für die gesamte Landesverwaltung zur Verfügung stehenden Fax-Dienstes. Voraussetzung für die Nutzung ist eine LSK- bzw. IKOtechIII-konforme IT-Ausstattung/ -Betrieb in der Dienststelle.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Siehe unter Word-Anlage: Vermerk Wirtschaftlichkeit Tabelle.doc

Infrastrukturelle Bedeutung

Der FaxService SH gehört zu den ressortübergreifenden Basisdiensten der Bürokommunikation.

Kennzahl 75

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verfügbarkeit eines Fax-eMail-Dienstes für die Landesverwaltung	01.01.2006-31.12.2011
Nr.	Beschreibung	Datum
1	Vorbereitung und Beschaffung der Hard- und Software ab	01.05.2005
2	Fertigstellung und Probetrieb des Dienstes beendet	31.03.2006
3	Aufnahme Produktivbetrieb	01.04.2006

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	50,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		50,0	50,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			50,0	50,0	50,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-50,0	-50,0	-50,0

IT-Maßnahme 2005050032

Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung Zentrales Vertragsmanagement (JURIS/INTERNET pp.)

Beschreibung allgemein

Abschluss von Zentral- und Rahmenverträgen für das Land SH zur Verbesserung der Prozesskosten der IT

Priorität

Klassifizierung Basisdienste

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT der Landesverwaltung SH	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	3.267,8	2.853,7	2.854,5
		davon Dataport:		2.413,5	2.413,5
534 13	019	Nutzung von externen Datenbanken und anderen externen Informationen	68,0	70,0	70,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	3.834,3	3.500,0	3.500,0
		davon Dataport:		3.500,0	3.500,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			7.170,1	6.423,7	6.424,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-7.170,1	-6.423,7	-6.424,5

IT-Maßnahme 2005050034

Dienste im +1-System (Büro Land)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Dienste im +1-System (Büro Land)
Beschreibung allgemein

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	76,0	80,0	100,0
		davon Dataport:		80,0	100,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	76,0	80,0	100,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-76,0	-80,0	-100,0

IT-Maßnahme 2005050037

“+1“ - Infrastruktur (IKO III - Folgeverfahren)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Vorhaben
Bezeichnung “+1“ - Infrastruktur (IKO III - Folgeverfahren)

Beschreibung allgemein

Ohne Einsatz von IT ist ein Verwaltungshandeln nicht oder nur eingeschränkt möglich. Dies gilt insbesondere für sicherheitsrelevante Bereiche (Landespolizei, Justiz, Amt für Katastrophenschutz etc.), für finanzintensive Bereiche (EU-Fördermittel in der Landwirtschaft, Landeskasse etc.) sowie für verwaltungskritische Verfahren (z.B. SAP). Aus diesen Gründen findet eine Fortschreibung der Systemtechnik IKO III zu “+1“ statt. Die Maßnahme wird als zentrale IT-Maßnahme aufgesetzt und beinhaltet die Teilbereiche “Zentrale Infrastruktur“ und “Ressortanpassungen“.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Zentrale Infrastruktur	Für die IKOTECH III Infrastruktur ist der geplante Betrieb bis 2008 vorgesehen. Es ist durch eine Untersuchung festgestellt worden, dass für einen gesicherten Betrieb der IT-Infrastruktur des Landes eine Fortschreibung der Systemtechnik notwendig ist. Ein wesentlicher Faktor für die Betriebssicherheit der gesamten Infrastruktur des Landesstandards ist ein verfügbarer Mainstream Support für zentrale Services.
2.	Umstellung der Ressorts auf +1	Die Planungen der Ressorts zur Umstellung auf +1 werden in dieser Maßnahme gebündelt. Die Anmeldungen der Ressorts wurden einvernehmlich auf 0 € gesetzt. Unter der Leitung von VI 544 wird die Umstellung der Ressorts auf +1 koordiniert. Zeitplanung und Bedarfe werden zentral abgestimmt und mit Hilfe von Dataport in der Fläche ausgebracht.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Unmittelbar zur Umsetzung der EU-DLR erforderlich.
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Unmittelbar zur Umsetzung der EU-DLR erforderlich.
Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
3	Beginn Migration der Behörden auf +1.Büro	01.03.10-31.12.10
1	Implementations eines gemeinsamen Übergabesystems	30.08.2010 - 31.12.2011
2	Fortschreibung zur Datenschutzfreundlichen Infrastruktur	01.01.10-31.12.10

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen. Moderner Verwaltungsarbeitsplatz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	350,0	150,0	50,0
		davon Dataport:		150,0	50,0
527 06	019	Dienstreisen	50,0	50,0	50,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.524,0	2.000,0	1.600,0
		davon Dataport:		2.000,0	1.600,0
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	50,0	50,0	50,0

812 46 019 Erwerb von Hard- und Software	100,0	50,0	30,0
davon Dataport:		50,0	30,0
Abschluss			
Gesamtausgabe	2.074,0	2.300,0	1.780,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-2.074,0	-2.300,0	-1.780,0

IT-Maßnahme 2005050040

Fomularservice

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Fomularservice

Beschreibung allgemein

Formulare bilden die Grundlage für etliche Geschäftsbeziehungen zwischen Kunden und Öffentlicher Verwaltung. Zur Erfüllung der Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie werden diverse Formulare für die Beantragung von Verwaltungsleistungen elektronisch zur Verfügung gestellt. Um den Termin zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie einzuhalten, wurde für die Bereitstellung der Formulare für das Jahr 2010 eine Übergangslösung umgesetzt. Formulare für verschiedenen Leistungen sollen zudem über den Zuständigkeitsfinder Schleswig-Holstein angeboten werden. In 2010 muss deshalb ein entsprechender Formularservice aufgebaut werden, der dann in den Folgejahren betrieben werden muss.

Priorität

Klassifizierung Basisdienste
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 Handlungsfeld 7
Kennzahl 59

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Bereitstellung der Formulare für den Einheitlichen Ansprechpartner gemäß EU-Dienstleistungsrichtlinie	
2	Zentraler und dezentraler Zugriff auf Formulare durch zentrale Bereitstellung	
3	rechtsverbindliche Antragstellung durch Integration der elektronischen Signatur	
4	Mit Hilfe des zentralen Formularservices sollen für die Kunden der Verwaltung Behördengänge eingespart bzw. erleichtert werden.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt Handlungsfeld 1 und 7

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Ver-tragsformen	500,0	150,0	150,0
		davon Dataport:		150,0	150,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			500,0	150,0	150,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-500,0	-150,0	-150,0

IT-Maßnahme 2005050047

Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT

Art Grundversorgung

Bezeichnung Grundversorgung des Zentralen IT-Managements mit Leistungen der IT

Beschreibung allgemein

Das Zentrale IT-Management ist Teil des Finanzministeriums des Landes Schleswig-Holstein. Aufgrund der ressortübergreifenden Aufgaben fallen in dieser DSt zusätzliche Kosten im Bereich der Hard- und Software; im Bereich der Fort- und Ausbildung sowie der Gremienarbeit an. Diese Ausgaben sind nicht in der ITM Nr. 2005050052 veranschlagt.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	7,0	7,0	5,0
		davon Dataport:		2,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	25,0	25,0	25,0
527 06	019	Dienstreisen	25,0	25,0	25,0
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	30,0	30,0	30,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			87,0	87,0	85,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-87,0	-87,0	-85,0

IT-Maßnahme 2005050058

IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Planungsrat beim Bund (ITPLR)

Beschreibung allgemein

ehemals: Ausgaben Deutschland Online und KoopA ADV

Mit In-Kraft-Treten des Staatsvertrags zur Ausführung von Artikel 91c Grundgesetz (IT-Staatsvertrag) zum 1. April 2010 haben die darin vereinbarten Abstimmungsmechanismen die bisherigen Gremien - den „Arbeitskreis der Staatssekretäre für E-Government in Bund und Ländern,Äü (St-Runde Deutschland Online) und den „Kooperationsausschuss von Bund und Ländern automatisierte Datenverarbeitung,Äü (KoopA ADV) sowie deren Untergremien - abgelöst und sind in deren Rechtsnachfolge eingetreten.

Beim Projektbüro des IT-Planungsrates werden folgende Kosten konzentriert: OCSI Leitstelle, INSPIRE, DOL KFZ-Wesen, DOL-Projektbüro, KoopA-Projektbüro u. ä.; die Kostenplanung des ITPLR ist (staats-)vertraglich geregelt.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
 IT-Staatsvertrag
Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 Zustimmung der Landesregierung durch gesonderte KV; lfd. Teilnahme des IT-Beauftragten der Landesregierung SH (VI St) an den Sitzungen des ITPLR beim Bund
Kennzahl 100

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ausbau einer hocheffektiven öffentlichen Verwaltung durch moderne IT-Lösungen. Beschlüsse des ITPLR sind für die Länder verbindlich.	01.04.2010 - 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	15,0	15,0	15,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
631 02	019	Zuweisungen an den Bund	30,0	291,7	291,7
Abschluss					
Gesamtausgabe			45,0	306,7	306,7
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-45,0	-306,7	-306,7

IT-Maßnahme 2006050063

Neue Steuerungsinstrumente und integratives Finanzmanagement

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung Neue Steuerungsinstrumente und integratives Finanzmanagement

Beschreibung allgemein

Das kamerale Haushaltswesen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein betrachtet im wesentlichen Ausgaben und Einnahmen, ohne einen Bezug zu Zielen und Leistungen herzustellen. Diese Inputorientierung verhindert eine wirksame Steuerung mit der Zielrichtung, eine wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung zu erreichen. In Schleswig-Holstein werden daher verschiedene neue Steuerungsinstrumente im Bereich des Haushaltswesens (z. B. Benchmark, Budgetierung, sonstige alternative Rechenmodelle und Controllingmaßnahmen pp.) erprobt. Die NSI-Kommission koordiniert die entsprechenden Entwicklungen.

Sonstige Bemerkungen

Die Zweckbestimmung dieser Maßnahme wurde der Aufgabenstellung und den inhaltlichen Entwicklungen in 2010 angepasst.

Priorität

Klassifizierung Sonstige

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. Verschiedene Befassungen des FinA zum Thema KLR und Doppik einschl. Arbeitsaufträge und Vorgaben VI M und VI St über Benmark und Controlling

Kennzahl 45

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	10,0	10,0	10,0
527 06	019	Dienstreisen	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	130,0	150,0	150,0
		davon Dataport:		150,0	150,0
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	100,0	100,0	100,0
		davon Dataport:		100,0	100,0
685 04	019	Zuschüsse für lfd. Zwecke an öffentliche Einrichtungen	50,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		50,0	50,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			300,0	320,0	320,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-300,0	-320,0	-320,0

IT-Maßnahme 2006050065

Inventarisierung (Ham.s.t.er)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung Inventarisierung (Ham.s.t.er)

Beschreibung allgemein

Verfahren zur haushaltskonformen ressortübergreifenden Inventarisierung und Bestandsführung von IT-Objekten und Software zur Unterstützung der IT-Leitstellen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 73

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Schaffung einer landesweiten haushaltskonformen Inventarisierung und Bestandsführung	tt.mm.jjjj - tt.mm.jjjj

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	191,0	304,0	300,0
		davon Dataport:		304,0	300,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	191,0	304,0	300,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-191,0	-304,0	-300,0

IT-Maßnahme 2006050067

PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung PlaFiS (IT-Planung, Finanzen und Steuerung)

Beschreibung allgemein

Budgetierung ist ein System der dezentralen Verantwortung einer Organisationseinheit für ihren Finanzrahmen bei festgelegtem Leistungsumfang mit bedarfsgerechtem, in zeitlicher und sachlicher Hinsicht selbstbestimmten Mitteleinsatz bei grundsätzlichem Ausschluss der Überschreitung des Finanzrahmens. Dem Konzept zur Einführung einer outputorientierten Budgetierung hat die Landesregierung 1999 zugestimmt. Seit 2004 finden diese Controllingansätze im IT-Budget Anwendung. Das Konzept der finanziellen Gesamtsteuerung von IT-Maßnahmen (IT-Finanzmanagement) befindet sich seit 2006 in der Umsetzung.

Veranschlagt sind Ausgaben, die zur Ausgestaltung der Konzeptlagen und Rahmenvorgaben für die Ressorts benötigt werden; hierzu zählen der Aufbau eines Lizenz- und Vertragsmanagements sowie der Betrieb und die Pflege anderer Hilfsmittel (z. B. Sharepoint).

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
 KV von 1999; Entscheidung der 1. HSK aus dem Jahre 2002/2003
Kennzahl 51

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Einführung und Umsetzung eines ressortübergreifenden IT-Finanzmanagements	01.01.2004 - 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	20,0	20,0	20,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	281,2	431,2	361,2
		davon Dataport:		381,2	311,2
		Abschluss			
Gesamtausgabe			301,2	451,2	381,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-301,2	-451,2	-381,2

IT-Maßnahme 2007050068

IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben)

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung IT-Umsetzung der EU-DLR (DOL-Vorhaben)

Beschreibung allgemein

Im Rahmen dieser IT-Maßnahme wurden in dem Jahren bis 2010 schwerpunktmäßig die rechtlichen und organisatorischen Anforderungen zur Umsetzung der EU-DLR aufgezeigt und in technischen Lösungen umgesetzt.
 Die Entwicklungen unterliegen einer kontinuierlichen Evaluation über alle Verwaltungsebenen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	AG I	Zur Umsetzung der EU-DLR und zur Strukturierung des gemeinsamen Projektes mit BW wurde die AG 1 - Recht und Organisation - eingesetzt.
2	AG II	Zur Umsetzung der EU-DLR und zur Strukturierung des gemeinsamen Projektes mit BW wurde die AG II - Change Management - eingesetzt.
3	AG III	Zur Umsetzung der EU-DLR und zur Strukturierung des gemeinsamen Projektes mit BW wurde die AG III - IT-Infrastruktur - eingesetzt.
4	Projekt JUNO (bis 31.12.2009)	Aufbau und Betrieb eines Fachverfahrens zur Umsetzung der EU-DLR
5	Projekt ZuFiSH (31.12.2009)	Aufbau des Verfahrens "Zuständigkeitsfinder" als weiteres Fachverfahren zur Umsetzung der EU-DLR

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. durch EU-DLR
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt die Handlungsfelder 1 bis 3

Infrastrukturelle Bedeutung

Kennzahl 80

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Verbesserung der Effektivität und Effizienz der IT der Landesverwaltung SH	01.01.2007 - 31.12.2009

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft. mit Baden-Württemberg zur EU-DLR; SH hat die Aufgaben rechtliche Grundlagen zu arbeiten; BW erarbeitet die sog. technische Blaupause für die Umsetzung der EU-DLR.
E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt Handlungsfelder 1 bis 3

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
527 06	019	Dienstreisen	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1,0	1,0	1,0
537 01	019	Projektbegleitung "Deutschland-Online"	155,0	0,0	0,0
(MG 01)					

Abschluss

Gesamtausgabe	161,0	6,0	6,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-161,0	-6,0	-6,0

IT-Maßnahme 2007050071

Zeitwirtschaft

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Zeitwirtschaft

Beschreibung allgemein

Das Land Schleswig-Holstein will für die digitale Zeiterfassung ein landeseinheitliches Zeiterfassungssystem als Rahmenvertrag anschaffen und betreiben. Dazu sollen im Rahmen des Reinvestitionsbedarfes bestehende Zeiterfassungssysteme nach Anforderung der Dienststellen abgelöst bzw. neue Dienststellen angeschlossen werden.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1.	Zeiterfassung MLUR	Bedarf des MLUR (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 1550 Lizenzen
2.	Zeiterfassung MJGI	Bedarf des MJGI (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 1006 Lizenzen
3.	Zeiterfassung FM	Bedarfe des FM (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 5.684 Lizenzen
4.	Zeiterfassung StK	Bedarfe der StK: mind. 200 Lizenzen
5.	Zeiterfassung MASG	Bedarfe des MASG: mind. 800 Lizenzen
6.	Zeiterfassung MBK	Bedarfe des MBK (incl. nachgeordneten Bereich): mind. 490 Lizenzen
7.	Zeiterfassung MWV	Reinvestitionsbedarf für bestehendes System ab 2011, 400 Lizenzen
8.	Zeiterfassung IM	Reinvestitionsbedarf insbes. für Server absehbar, 100 Lizenzen Katsteramt Meldorf
9.	Landespolizei	Bedarf Landespolizei: mind. 3500-4000

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet.
Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt.
 Die Maßnahme ist wirtschaftlich gem. VV Nr. 1.2 Abs. 2 S. 3 zu § 7 LHO.

Infrastrukturelle Bedeutung

Die Zeiterfassung definiert einen Landesstandard: sofern Landesbehörden eine Zeiterfassung einführen, muss dieses Produkt eingesetzt werden.

Kennzahl 21

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Standardisierung der Zeiterfassung in der unmittelbaren Landesverwaltung Schleswig-Holstein, Vereinheitlichung der Verfahrensvielfalt und Prozessvereinheitlichung mit dem von KoPers ausgeschriebenem Personalverwaltungsverfahren.	unbefristet

Nr.	Beschreibung	Datum
1.	Ausschreibung der Zeiterfassung durch Dataport	2010
2.	Implementierung des technischen Services bei Dataport einschl. Vertrag mit FM	bis 12.2010
3.	schrittweiser Rollout in den Ressorts	2011-2013
4.	lfd. Betrieb	unbefristet

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	60,0	60,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	10,0	150,0	200,0
		davon Dataport:		150,0	200,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	0,0	455,0	345,0
		davon Dataport:		455,0	345,0

Abschluss

Gesamtausgabe	10,0	665,0	605,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-10,0	-665,0	-605,0

IT-Maßnahme 2009050073

Einführung eines Prozessmanagements

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Einführung eines Prozessmanagements

Beschreibung allgemein

Im Rahmen des Arbeitsprogramms zur Umsetzung der Prozessstrategie Schleswig-Holstein und auch zur Umsetzung der EU-DLR sind finanzielle Ressourcen notwendig, um sowohl in der Konzeption als auch in der Durchführung externes Know-How einzubinden. Hierzu gehören die Vergabe von Fachkonzepten als auch der Support bei umsetzungsbezogenen Maßnahmen. Weiterhin sind die technische und personelle Infrastruktur der Zielorganisation anzupassen.

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung
Gesetzlich vorge-schrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. EU-DLR vom 27.12.2006 (L376/36)
Politische Einstu-fung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. KV zu E-Gov-Strategie SH 2008 unterstützt die Handlungsfelder 4 und 7

Infrastrukturelle Bedeutung

Durch Einbeziehung der gesamten Verwaltung in Schleswig-Holstein sind Rationalisierungsgewinne in vollem Umfang möglich. Dafür ist eine ebenenübergreifende, medienbruchfreie Struktur im gesamten öffentlichen Bereich einzuführen.

Kennzahl 65

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Einführung eines Prozessmanagements	
Nr.	Beschreibung	Datum
1.	Aufbau eines Prozessregisters als Wissensprotal für Land und Kommunen	Beginn 08.2008 - 2009
2.	Durchführung einer Organisationsuntersuchung und vorbereitende Maßnahmen für das Kompetenzzentrum	2009
3.	Sicherstellung des Changemanagements durch begleitende Workshops und Veranstaltungen	unbefristet

Sonstiges

E-Government-Initiativen Die Maßnahme ist eine E-Government-Initiative. E-Gov-Strategie FM 2008 Handlungsfeld 4 und 7
Verwaltungs- moder-nisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	45,8	65,8	65,8
		davon Dataport:		65,8	65,8
		Abschluss			
Gesamtausgabe			45,8	65,8	65,8
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-45,8	-65,8	-65,8

IT-Maßnahme 2009050075

Landesnetz V+

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Landesnetz V+

Beschreibung allgemein

Redundanz zum bestehenden Landesnetz: Errichtung eines Redundanznetzes, um die Versorgungssicherheit und Leistung des Landesnetzes zu erhöhen (Erhöhung der Verfügbarkeit = V+). Gemeinsam mit der Errichtung des flächendeckenden BOS Digitalfunknetzes (Projekt des IM) soll ein integrierter Backbone entstehen, in dem sowohl die Anforderungen an ein Zugangsnetz für den Digitalfunk, wie auch die Anforderungen für ein unabhängiges Redundanznetz zum Transport von Daten und Sprache abgedeckt werden. Durch die Einführung des Landesnetzes V+ werden die Ressorts in die Lage versetzt, Einsparungen u.a. durch Serverkonzentration und Einsatz von zentralisierter Technik zu erzielen.

Beschreibung der Unterverfahren

Nr.	Bezeichnung	Beschreibung
1	Backbone	Kernsystem für den Datentransport
2.	Zugangssystem	Verbindungsleitung zu den Lokationen der Behörden

Sonstige Bemerkungen

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben. Das BOS (Digitalfunk) der Landespolizei wird auf gesetzlicher Vorgaben aufgebaut. LN V+ ist eine integrierte Maßnahme mit BOS und somit unmittelbar verknüpft.

Politische Einstufung Die Maßnahme ist durch politische Grundlagen begründet. LN V+ ist eine Basisinfrastruktur-Maßnahme zur Erhöhung der Verfügbarkeit und Datensicherheit der IT. Die Arbeitsfähigkeit Landesverwaltung hängt von der Verfügbarkeit der IT ab.

Wirtschaftlichkeitsberechnung Eine Wirtschaftlichkeitsprüfung gemäß § 7 LHO wurde durchgeführt. Ein als Gesamtmaßnahme durchgeführtes gemeinsames Vorgehen und der Aufbau eines integrierten Backbones zur redundanten Versorgung von Landesdienststellen, sowie der Bereitstellung des BOS-Zugangsnetzes, ist wirtschaftlicher, als separate Lösungen.

Infrastrukturelle Bedeutung

Mit LN V+ wird eine redundante Netzstruktur geschaffen, die die Verfügbarkeit und Ausfallsicherheit für die Landesdienststellen erhöht und höhere Bandbreiten verfügbar macht. Der neu zu schaffende Backbone versorgt als Basiskomponente ebenfalls das BOS (Digitalfunksystem) der Landespolizei Schleswig-Holstein.

Kennzahl 61

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Erhöhung der Ausfallsicherheit des Landesnetzes auf 99,5%	01.01.2010 bis 31.12.2012
2.	Erhöhung der Bandbreiten um 10 Mbit/s	01.01.2010 bis 31.12.2012

Nr.	Beschreibung	Datum
1	Aufbau des Backbone (Beginn)	01.01.2010
2.	Backbone (Fertigstellung)	31.12.2010
3.	Aufbau Zugangssystem (Beginn)	01.07.2010
4.	Zugangssystem (Fertigstellung)	31.12.2012
5.	Überführung des LN V+ in den Regelbetrieb	01.01.2013

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 03	019	Leistungsentgelte an Dataport	3.500,0	5.000,0	5.700,0
	(MG 03)				
		davon Dataport:		5.000,0	5.700,0

Abschluss

Gesamtausgabe	3.500,0	5.000,0	5.700,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-3.500,0	-5.000,0	-5.700,0

IT-Maßnahme 2010050077

Grundversorgung der DSt EA

Beschreibung

Ressort / Behörde FM | ZIT
Art Grundversorgung
Bezeichnung Grundversorgung der DSt EA

Beschreibung allgemein

Entsprechend der Kooperationsvereinbarung zwischen FM und dem Einheitlichen Ansprechpartner SH (EA-SH) ist die IT-Versorgung der Anstalt EA-SH durch das FM sicherzustellen. Die Leistungen für Verfahrenskomponenten sind in den Aufträgen zum Betrieb der unterschiedlichen E-Government/Basisinfrastrukturen enthalten. Veranschlagt sind lfd. IT-Kosten, um die BK des EA-SH zu pflegen und zu betreuen und Kleinmaterial beschaffen zu können.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Herstellung und Erhalt der technischen Einsatzfähigkeit des EA	01.01.2010 bis 31.12.2015

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	75,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		50,0	50,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			80,0	55,0	55,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-80,0	-55,0	-55,0

IT-Maßnahme 2010050078

Fachverfahren EA

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Verfahren
Bezeichnung Fachverfahren EA

Beschreibung allgemein
 Mittelbewirtschaftung aus 1103 für EA ist noch in der Abstimmung

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	117,2	207,3	207,3
		davon Dataport:		107,3	107,3
		Abschluss			
Gesamtausgabe			117,2	207,3	207,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-117,2	-207,3	-207,3

IT-Maßnahme 2010050079

ZuFiSH

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT

Art IT Verfahren

Bezeichnung ZuFiSH

Beschreibung allgemein

Zu veranschlagen, sind die Kosten des Betriebes und der Pflege für das E-Government-Verfahren ZuFiSH bei Dataport.

Sonstige Bemerkungen

Eintrag vom 16.07.2010: ITM wird in 2010 aus Kapitel 1102 finanziert und soll voraussichtlich ab 2011 in das Kapitel 1103 zurückgeführt werden.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	500,0	500,0
		davon Dataport:		500,0	500,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			0,0	500,0	500,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			0,0	-500,0	-500,0

IT-Maßnahme 2010050083

Behördennummer D115

Beschreibung

Ressort / Behörde FM I ZIT
Art IT Vorhaben
Bezeichnung Behördennummer D115

Sonstige Bemerkungen

Das IT-Vorhaben befindet sich noch in der Planungsphase und Entscheidungsphase; die Anforderungen an die IT-Maßnahmen werden noch formuliert und müssen verwaltungsübergreifend abgestimmt werden. Bei Umsetzung des IT-Vorhaben wird dieser Service ein Bestandteil der sog. E-Government-Basisinfrastruktur und wahrscheinlich bei/durch Dataport gehostet und betrieben.

Priorität

Klassifizierung Sonstige
Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.
Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
535 03	019	Ausgaben für Ländertagungen, Gremienarbeit und Veranstaltungen sowie sonstige Kosten der IT	1,0	105,0	105,0
		davon Dataport:		105,0	105,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			1,0	105,0	105,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1,0	-105,0	-105,0

***Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt
und ländliche Räume***

IT-Ressortplan 2011/12

Ressort:

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Name, Tel., E-Mail:

Michael Wiese, V 176, 0431-988-7253, michael.wiese@mlur.landsh.de

Teil I (Beschreibungen)

1. Allgemeines

Beschreibung der Organisation des Dezentralen IT-Managements des Ressorts und Benennung eines zentralen Ansprechpartners für die IT-Planung.

Organisation und Ansprechpartner (Name, Tel., E-Mail)

1.1 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Die Arbeitsschwerpunkte des Ministeriums bilden

- Landwirtschaft, Fischerei und ländliche Räume,
- Lebensmittelsicherheit und -Qualität,
- Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz,
- Naturschutz und Forstwirtschaft,
- Immissions- und technischer Umweltschutz.

Diesen Aufgabenstellungen folgen die Organisation des Ressorts mit den nach geordneten Bereichen und ihre Unterstützung durch den Einsatz der Informationstechnik (Basis-Infrastruktur und Fachverfahren). Die Organisationseinheiten des Geschäftsbereiches wurden - den oben beschriebenen Schwerpunkten folgend - konzentriert; eine weitere Verdichtung der Aufbauorganisation ist gegenwärtig in Planung bzw. zum Teil bereits in der Realisierung.

Zentrale Ansprechpartner für die IT-Planung:

Dr. Dirk Bornhöft, V 17, 0431-988-7313, dirk.bornhoeft@mlur.landsh.de

Malte Albrecht, V 171, 0431-988-5053, malte.albrecht@mlur.landsh.de

Michael Wiese, V 176, 0431-988-7253, michael.wiese@mlur.landsh.de

1.2 Landesamt Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR)

Das LLUR ist Dienstleister für vielfältige Aufgaben im Bereich des Natur- und Umweltschutzes in Zusammenarbeit mit der Landes-, Kreis- und Kommunal-Ebene. Neben der Entwicklung von ökologischen, technischen und naturwissenschaftlichen Informationsgrundlagen und Aufgaben im Verwaltungsvollzug werden insbesondere Daten erhoben:

- über den Zustand und die Veränderungen in Natur und Landschaft,
- für die Ordnung des Wasserhaushalts,

- zur Abwasserwirtschaft,
- über die bodenkundliche und geologische Situation und
- zur Abfallwirtschaft- sowie Altlastensituation.

Mit den hinzugekommenen Aufgabenschwerpunkte aus den Bereichen Agrarverwaltung, Flurneuordnung und Dorfentwicklung

- EU-Agrarförderung für Flächen- und Tierprämien,
- Investitionsförderung in der Landwirtschaft,
- Stellungnahmen und Gutachten u. a. zu Fragen des Baurechts, zu Bauleitplänen, zur Landschaftsplanung, zum Umwelt-, Natur- und Immissionsschutz,
- Schaderregerüberwachung,
- Flurneuordnungsverfahren als integrale Maßnahme (u. a. Umsetzung von Naturschutz-, Landschaftspflege- und Infrastrukturmaßnahmen, Auflösung von Landnutzungskonflikten, Flächentausche, Wegebau- und Dorfentwicklungsmaßnahmen)
- Fischerei.

wurden die drei ehemaligen Ämter für ländliche Räume (Husum, Kiel und Lübeck) dem LLUR angegliedert.

Darüber hinaus wurden die bisher in den drei Staatlichen Umweltämtern wahrgenommen Aufgaben in den Bereichen Abfallrecht, Naturschutz, Luft-hygienische Überwachung sowie Immissionsschutz und der Anlagensicherheit in den Bereich des LLUR überführt.

Eine Konzentration der in der Fläche verteilten Liegenschaften wird angestrebt.

Ansprechpartner für das LLUR:

Dr. Uwe Rammert, 04347-704-240, uwe.rammert@llur.landsh.de

Michael Rösler, 04347-704-126, michael.roesler@llur.landsh.de

1.3 Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN)

Der LKN ist aus einigen Abteilungen des Amtes für ländliche Räume Husum, des Nationalparkamtes mit dem Nationalpark-Service, den Abteilungen Wasserwirtschaft der Staatlichen Umweltämter sowie einem Bereich des ehemaligen LANU entstanden.

Die Aufgabenschwerpunkte der Betriebsstätte Husum ergeben sich aus den Bereichen:

- Deichbehördliche Aufgaben an der 1. und 2. Deichlinie; Genehmigung baulicher Anlagen usw.,
- Aufsicht und Genehmigung von Bauvorhaben und Anlagen Dritter im Küstenbereich und auf den Inseln und Halligen,
- Organisation der Katastrophenabwehr, Erstellung eines Deich- und Küstenschutzkatasters,
- Finanzierung, Planung, Bau und Unterhaltung von Küstenschutzanlagen,

- Vorhersage und Beurteilung von Sturmflutereignissen sowie eventuell notwendiger Schutzmaßnahmen.

Die Aufgabenschwerpunkte der Betriebsstätte Tönning umfassen:

- Dauerbeobachtung im Nationalpark,
- Zusammenarbeit mit den Nationalparkverwaltungen der anderen Küstenländer,
- Initiierung von entsprechenden Forschungsvorhaben,
- naturschutzfachliche Planungen und Beurteilungen,
- Genehmigung notwendiger Eingriffe,
- Information der Öffentlichkeit über den Nationalpark, insbesondere
- Betrieb des Multimahr-Wattforums.

Ansprechpartnerin für den LKN:

Rosmarin Raudies, 04841-667-184, rosmarin.raudies@lkn.landsh.de

Eike Petersen, 04841-667-196, eike.petersen@lkn.landsh.de

1.3 Akademie für Natur und Umwelt (AfNU)

Die Umweltakademie dient der Fort- und Weiterbildung im Bereich des Natur- und Umweltschutzes. In Kooperation mit mittlerweile über 100 Partnern werden jährlich rund 100 Zielgruppen orientierte Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen für ca. 3.000 Teilnehmer angeboten. Außerdem werden Fachleute und die Öffentlichkeit durch Veröffentlichungen informiert und zahlreiche Arbeitskreise zu wichtigen Themen der Umweltbildung betreut. Die ANU befindet sich in den Räumen des LLUR, ist aber organisatorisch selbständig. Die Betreuung im Bereich der IT wird durch das LLUR gewährleistet.

Ab dem 01.01.2011 entsteht durch Zusammenführung des AfNU und ALR e.V. das Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Räume.

Ansprechpartnerin für die AfNU:

Silvana Salanitro, 04347-704-786, silvana.salanitro@afnu.landsh.de

1.4 Landeslabor Schleswig-Holstein

Das Landeslabor Schleswig-Holstein ist eine obere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, die durch die Landesverordnung über das Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt des Landes Schleswig-Holstein errichtet wurde. Nach der Betriebsanweisung wird es seit dem 01.01.2002 als Landesbetrieb geführt.

In den Bereichen IT und Haushaltswesen arbeitet der Landesbetrieb selbständig.

2. Leitlinien / Ziele der IT

Beschreibung der IT-Strategie (Leitlinien / Ziele) für das aktuelle Planungsjahr

Betrieb der IT-Basisinfrastrukturen und der bei den Dienststellen des Ressorts eingesetzten, unterschiedlichsten Fachverfahren. Anpassung der System-Umgebungen an die von den Organisationsänderungen betroffenen Bereiche. Der Abschluss der ressortweiten Überleitung auf den IKOTECH-III-Standard wird für dieses Jahr erwartet; eine Pilotierung für den Nachfolgestandard „+ 1“ ist kurzfristig vorgesehen.

Welche Ziele sollen mittelfristig erreicht werden?

Ressortweiter Betrieb der Basisinfrastrukturen und der ständig zu aktualisierenden Fachverfahren unter dem LSK-Standard. Einzelheiten werden in dem „IT-Konzept für den Geschäftsbereich des MLUR“ vom 18.11.2009 beschrieben.

3. Technologische Entwicklungen

Beschreibung der wichtigsten technologischen Entwicklungen für das aktuelle Planungsjahr

Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit aller Bereiche durch den ständigen Einsatz von ausreichend leistungsfähiger Hard- und Basis-Software und technische Unterstützung für den Einsatz von Fachanwendungen, die den jeweils aktuellen rechtlichen und fachlichen Anforderungen entsprechen. Schwerpunkte bilden die Einbeziehung geografischer Informationen und die Möglichkeit der Online-Antragstellung (für die vom Fachverfahren Betroffenen).

4. Kooperationen Bund/Land/Kommunen

Beschreibung der wichtigsten Kooperationsmaßnahmen für das aktuelle Planungsjahr

Im Zusammenhang mit den verschiedensten, in allen Bereichen eingesetzten Fachverfahren bestehen vielfältige Kooperationsformen mit anderen Bundesländern und den regionalen Strukturen Schleswig-Holsteins. Im Bereich des LKN bestehen Kooperationen mit den Nachbarstaaten Dänemark und den Niederlanden.

5. Verwaltungsmodernisierung

Beschreibung der Aufträge zur Verwaltungsmodernisierung im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

Für die Einführung der e-Akte und der damit zusammenhängenden, erheblichen Änderung der Geschäftsprozesse ist ein Pilot-Arbeitsplatz eingerichtet worden. In diesem Zusammenhang wird jedoch eine zentrale Initiative durch das Finanzministerium, vor allem aber eine Würdigung der arbeitsorganisatorischen Anpassungen landesregierungswweit befürwortet.

6. Funktional- und Verwaltungsstrukturreform

Beschreibung der Aufträge zur Funktional- und Verwaltungsstrukturreform - insb. Kommunalisierung von Aufgaben - im Bereich der IT und der IT-Organisation für das aktuelle Planungsjahr

Einrichtung bzw. Anpassung der Systemumgebungen an die von den Organisationsänderungen betroffenen Bereiche; für dieses Jahr sind weitere Umstrukturierungen der nach geordneten Bereiche geplant (siehe oben).

Teil II (Erhebungen)

7. Erhebungen (Kataster)

Hardware

Art	Anzahl
Server	89
APC	1749
Notebook	182
Drucker	1066
Monitore	1698
Netzkomponenten (z. B. Switches, LAN-Komponenten usw.)	102

Sonstige Bemerkungen: Im Zusammenhang mit den bereits durchgeführten, aber auch den anstehenden Organisationsänderungen im Ressort sind diese Angaben ständigen Änderungen unterworfen.

Besonderheit der Aufgabenwahrnehmung im MLUR

Behörde

Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Kontaktdaten Ressort / Behörde

Referat / Dienststelle	V 402
fachlich zuständig	Ralf-Peter Comdühr
Straße	Mercatorstraße 3
PLZ	24106
Ort	Kiel
Telefon	0431 / 988 7316
Fax	0431 / 988 615 7316
E-Mail	ralf-peter.comduehr@mlur.landsh.de

Kurzbeschreibung

Wasserrechtliche Fachverfahren

Beschreibung allgemein

Die wasserrechtlichen Fachverfahren werden teilweise gemeinsam mit den Anwendungen innerhalb der IT-Maßnahme 2010130040 - Fachanwendungen Land/Kommunen (VKoopFIS) - betrieben. Dies erfolgt nach Maßgabe der Regelungen für die Fachanwendung VKoopFIS. Die von den rechtlichen Grundlagen vorgeschriebenen Zweckbindungen erfordern jedoch eine gesonderte Bewirtschaftung im Einzelplan 13 des MLUR.

Die Fachverfahren bestehen aus

a) dem Fachverfahren Abwasserabgabe

Nach § 13 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (AbwAG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114) kann das Aufkommen nach Abzug des Verwaltungsaufwandes für zweckgebundene Maßnahmen zum Gewässerschutz eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt.

b) dem Fachverfahren Grundwasserabgabe

Nach § 7 des Gesetzes über die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe (GruWAG) vom 14.02.1994 vom (GVOBl. 1994, S. 141) können nach Abzug des Verwaltungsaufwandes 50 % des Aufkommens für zweckgebundene Maßnahmen zum Grundwasserschutz usw. eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt.

c) und dem Fachverfahren Oberflächenwasser-Abgabe

Nach § 5 des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe auf die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern (OWAG) vom 13. Dezember 2000 (GVOBl. 2000, S. 610) können nach Abzug des Verwaltungsaufwandes 50 % des Aufkommens für zweckgebundene Maßnahmen zum Oberflächenwasserschutz usw. eingesetzt werden. Demzufolge wird auch die Pflege und Weiterentwicklung diesen Zwecken dienenden Datenbanken aus dem Aufkommen bezahlt.

Ansatzliste

Abwasserabgabe

Finanzstelle 13010400, Titel 1315.09.533 36

Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2015
481,8 T€ *)	360 T€	230 T€	210 T€	210 T€	210 T€

*) geplant

Grundwasserabgabe

Finanzstelle 13010400, Titel 1315.21.533 28

Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2015
275,0 T€ *)	175 T€	180 T€	235 T€	240 T€	245 T€

*) geplant

Oberflächenwasser-Abgabe

Finanzstelle 13010400, Titel 1315.31.533 33

Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012	Soll 2013	Soll 2014	Soll 2015
275,0 T€ *)	360 T€	230 T€	210 T€	210 T€	210 T€

*) geplant

IT-Maßnahme 2005130005

IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art IT Verfahren

Bezeichnung IT-Unterstützung der EU-Agrarförderung

Beschreibung allgemein

Die Mehrländerkooperation „Zahlstellen und InVeKoS-Agrarförderung“ (ZIAF) bildet die IT-Unterstützung für die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (InVeKoS) der Europäischen Union. Sie hat den rechtskonformen und effizienten Vollzug des Gemeinschaftsrechts der EU im Bereich der Agrarförderung und im Rahmen dessen u. a. die ordnungsgemäße Abwicklung der Zahlungen an die Antragsteller sicherzustellen.

Für das ZIAF-Verfahren (profil c/s, ravel c/s) werden von den Herstellern (Dataport und data experts) Programmpakete geliefert, die auf den unterschiedlichen Systemen (Qualitätssicherung, Produktion und Schulung) nach festen Regeln getestet und installiert werden. Durch Überwachung des Abnahmeverfahrens wird gewährleistet, dass nur getestete und freigegebene Programme zur Anwendung gelangen.

Sonstige Bemerkungen

Die administrative Umsetzung ist wegen der komplexen und vielschichtigen Normen sehr aufwendig. Eine Nicht-Einhaltung der Termine und der anderen Regelungen der EU für die Agrarförderung kann sog. Anlastungen („Straf“-Zahlungen) in beträchtlicher Höhe nach sich ziehen.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Gesetzlich vorgeschrieben Die Maßnahme ist durch gesetzliche Regelung vorgeschrieben.

Kennzahl 83

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel in diesem Bereich ist es, neben der Einhaltung der vorgegebenen Termine die Ressourcenverteilung zwischen den Anwendern in der Dialog-Bearbeitung (ÄLR, Ministerium, weitere Dienststellen), der zentralen Verfahrensdurchführungen (Berechnungsläufe, Installationen) und dem Systemservice (Support Dataport) zu koordinieren.	

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	5,0	5,0	5,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2.400,0	2.341,5	2.341,5
		davon Dataport:		2.326,8	2.326,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	1.000,0	1.000,0	1.000,0
		davon Dataport:		1.000,0	1.000,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			3.410,0	3.351,5	3.351,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-3.410,0	-3.351,5	-3.351,5

IT-Maßnahme 2005130008

Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art IT Verfahren

Bezeichnung Betrieb der Fachverfahren im Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 71

Sonstiges

Kooperationen Kooperationsmöglichkeiten wurden geprüft.

Verwaltungs- moder- nisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	0,0	0,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	8,6	62,4	50,5
		davon Dataport:		59,7	47,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,0	0,0	0,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			22,6	62,4	50,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-22,6	-62,4	-50,5

IT-Maßnahme 2005130015

Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art Grundversorgung

Bezeichnung Migration auf IKOTECH III und zentrale IT-Betreuung nachgeordneter Dienststellen

Beschreibung allgemein

Restarbeiten im Rahmen der Umstellung der Liegenschaften des nachgeordneten Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) sowie des Landesbetriebs Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN) auf den landeseinheitlichen IKOTECH-III-Standard.

Priorität

Kennzahl 0

Ziele

Nr.	Zielbeschreibung	Zeitraum
1	Ziel der Maßnahme ist u. a. eine Erhöhung der Ausfallsicherheit durch die gleichzeitige Beseitigung der ständigen personellen Engpässe beim Einsatz der Fachverfahren.	

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	70,0	30,0	30,0
		davon Dataport:		30,0	30,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			80,0	40,0	40,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-80,0	-40,0	-40,0

IT-Maßnahme 2005130018

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung allgemein

Ersatz von 20% der IT-Ausstattung des Ministeriums; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die im MLUR eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0	5,0	5,0
		davon Dataport:		5,0	5,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	54,0	65,4	65,0
		davon Dataport:		65,4	65,0
		Abschluss			
Gesamtausgabe			59,0	70,4	70,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-59,0	-70,4	-70,0

IT-Maßnahme 2005130019

Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Akademie für Natur und Umwelt

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung und Updates für die IT-Infrastruktur

Beschreibung allgemein

Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der IT-Basisinfrastruktur für den allgemeinen und den Seminarbetrieb

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	4,5	4,5	4,5
		davon Dataport:		4,5	4,5
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	4,5	4,5	4,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-4,5	-4,5	-4,5

IT-Maßnahme 2005130021

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
 Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung allgemein

Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen des Landesbetriebes installierte IT-Infrastruktur.

Da der LKN aus vielen, z. T. in der Fläche verteilten Dienst- bzw. Betriebsstellen besteht, ist wegen der notwendigen Kommunikationsverbindungen und den Einsatz des IKOTECH-III-Landesstandards ein erhöhter Bedarf an Informationstechnik und damit Hardware unabweisbar.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	108,0	108,0	108,0
		davon Dataport:		108,0	108,0
		Abschluss			
		Gesamtausgabe	108,0	108,0	108,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-108,0	-108,0	-108,0

IT-Maßnahme 2005130027

Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LLUR) - umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art Ersatzbeschaffung

Bezeichnung Ersatzbeschaffung IT-Basisinfrastruktur (LLUR) - umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Beschreibung allgemein

Anteiliger Ersatz der IT-Ausstattung; Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes. Die eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0	0,0	0,0
		davon Dataport:		0,0	0,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	180,0	360,0	360,0
		davon Dataport:		360,0	360,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			190,0	360,0	360,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-190,0	-360,0	-360,0

IT-Maßnahme 2005130029

Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (MLUR)

Beschreibung allgemein

Ziel: IT-Unterstützung des Dienstbetriebes durch die unabdingbare, ständige Aktualisierung der einzusetzenden Basistechnik: Hard-, Software und (in geringem Umfang) Fachverfahren, soweit die dazugehörige Software (z. B. Datenbanken) verfahrensübergreifend genutzt wird.

Priorität

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	20,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		15,0	15,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	25,0	25,0	25,0
		davon Dataport:		25,0	25,0
527 06	019	Dienstreisen	0,5	0,5	0,5
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	325,0	400,0	400,0
		davon Dataport:		391,0	391,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	20,0	20,0	20,0
		davon Dataport:		20,0	20,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			390,5	465,5	465,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-390,5	-465,5	-465,5

IT-Maßnahme 2005130030

Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Akademie für Natur und Umwelt

Art Grundversorgung

Bezeichnung Lfd. Betrieb und Updates für die IT-Infrastruktur (ANU)

Beschreibung allgemein

Ziel: Unterstützung des Deinstbetriebes durch Aufrechterhaltung und geringfügige Ergänzung der IT-Basisinfrastruktur für Seminarbetrieb und 23 PC-Arbeitsplätze (incl. Server und Laptops)

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.
nisierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	1,0	1,0
		davon Dataport:		1,0	1,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	2,0	9,0	9,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			2,0	10,0	10,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2,0	-10,0	-10,0

IT-Maßnahme 2005130033

Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume
Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LKN)

Beschreibung allgemein

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesbetriebes. Die im LKN eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- modernisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	11,0	11,0	11,0
		davon Dataport:		11,0	11,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	2,0	2,0	2,0
		davon Dataport:		2,0	2,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	460,0	460,0	460,0
		davon Dataport:		460,0	460,0
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,0	10,0	10,0
		davon Dataport:		10,0	10,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			483,0	483,0	483,0
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-483,0	-483,0	-483,0

IT-Maßnahme 2005130034

Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art Grundversorgung

Bezeichnung Betrieb der Basisinfrastruktur (LLUR)

Beschreibung allgemein

Betrieb der IT-Ausstattung des Landesamtes. Die im LLUR Flintbek und den Außenstellen eingesetzten Fachverfahren nutzen grundsätzlich die auf allen Arbeitsplätzen installierte IT-Infrastruktur. Diese Maßnahme umfasst ab 2009 wegen der erheblichen Organisationsänderungen im nachgeordneten Bereich des MLUR auch ehemals eigenständige Dienststellen.

Priorität

Kennzahl 0

Sonstiges

Verwaltungs- moder- nisierung Die Maßnahme ist von Vorschlägen oder Entscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung betroffen.

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
511 43	019	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	25,0	35,0	35,0
		davon Dataport:		35,0	35,0
525 37	019	Aus- und Fortbildung	15,0	40,0	40,0
		davon Dataport:		40,0	40,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	520,0	547,2	547,2
		davon Dataport:		501,5	501,5
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	15,0	45,0	45,0
		davon Dataport:		45,0	45,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			575,0	667,2	667,2
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-575,0	-667,2	-667,2

IT-Maßnahme 2010130039

Fachanwendungen Umwelt

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art IT Verfahren

Bezeichnung Fachanwendungen Umwelt

Beschreibung allgemein

Umweltdaten stellen eine wesentliche Basis für die Wahrnehmung gesetzlicher Vollzugsaufgaben und für die Erfüllung von Informations- und Berichtspflichten dar. Sie sind Grundlage für Planungen und Verwaltungsentscheidungen und unverzichtbare Voraussetzung, um Aussagen zur Entwicklung von Umweltmedien und Ökosystemen treffen zu können. Im Rahmen des Natur- und Umweltinformationssystems Schleswig-Holstein (NUIS-SH) werden Umweltdaten in speziellen Fachinformationssystemen erhoben, gespeichert und bereitgestellt. Eine umfassende öffentliche Bereitstellung von Umweltdaten und -informationen aus dem NUIS-SH erfolgt im Internet. Hierdurch wird gleichzeitig der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf freien Zugang zu Umweltinformationen (Umweltinformationsgesetz - UIG -) umgesetzt. § 7 Abs. 1 UIG sieht u. a. die Bereitstellung in digitaler Form vor. Das MLUR hat hierbei die Aufgabe, den Aufbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung des NUIS-SH zu steuern und fachübergreifend zu koordinieren. Das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (LLUR) ist für die fachliche und technische Umsetzung sowie für die Koordinierung innerhalb des Landesamtes verantwortlich. In einer ausführlicheren Berichterstattung an den Landtag („Informationen zur Umwelt“, Drucksache Nr. 14/1434) wurden Konzept und Sachstand umfassend präsentiert.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	590,0	377,9	356,2
		davon Dataport:		106,8	87,8
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	10,0	26,3	43,9
		davon Dataport:		26,3	43,9
		Abschluss			
Gesamtausgabe			600,0	404,2	400,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-600,0	-404,2	-400,1

IT-Maßnahme 2010130040

Fachanwendungen Land/Kommunen (VKoopFIS)

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art IT Verfahren

Bezeichnung Fachanwendungen Land/Kommunen (VKoopFIS)

Beschreibung allgemein

Um die Entwicklung von IT-Anwendungen für den Umwelt- und Naturschutz in den Kommunen und beim Land effektiver gestalten zu, wurde 1996 die Kooperationsvereinbarung Umwelthanwendungen abgeschlossen. Im Rahmen dessen hat das MLUR für einige Bereiche (z. B. für die K3-Module Altablagerungen/Altstandorte und Biotopkataster sowie für das Lebensmittel- und Veterinärwesen) Landeslizenzen erworben. Die Software unterliegt gesetzlichen und funktionalen Änderungen und muss deshalb kontinuierlich gepflegt werden. Die Kommunen sind verpflichtet worden, sich an diesen Kosten zu 75% zu beteiligen. Das modular aufgebaute K3-Umwelt-Programm besteht aus Fachmodulen für die verschiedensten Aufgabengebiete. Gemeinsame Basis und Verbindungsstelle aller Fachanwendungen ist das zentrale Grundsystem von K3-Umwelt. Hier werden alle bereichsübergreifenden Daten wie Anschriften, Standort- und Betriebsinformationen zentral verwaltet. Schnittstellen zu Bürokommunikations- und Geoinformationssystemen sind vorhanden. Die Aufgabe der landesweiten Koordination und Steuerung von K3-Umwelt wird im MLUR wahrgenommen. Entscheidungen über weitere Entwicklungen werden innerhalb eines Lenkungsausschusses, der zwei Mal pro Jahr tagt, getroffen. Die im LLUR angesiedelte K3-Umwelt-Kopfstelle dient als Servicestelle für alle K3-Umwelt-Anwender und ist zudem für die K3-Umwelt-Koordinierung innerhalb des Landesamtes verantwortlich.

Die eigentlichen Fachdaten werden in den Kreisverwaltungen gepflegt; das Konzept sieht eine nach Mandanten getrennte, zentrale Datenhaltung und Produktion bei Dataport vor. Dataport stellt auf Basis vertraglicher Vereinbarungen die Hardware und Systemumgebung sowie den Betrieb der CITRIX-basierten Fachanwendung sicher. Änderungen an der fachlichen Software werden separat in Auftrag gegeben.

Priorität

Klassifizierung Ressortübergreifende Fachanwendung

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	1.028,0	1.268,5	1.068,5
		davon Dataport:		1.001,6	801,6
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	60,0	50,0	50,0
		davon Dataport:		50,0	50,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			1.088,0	1.318,5	1.118,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.088,0	-1.318,5	-1.118,5

IT-Maßnahme 2010130041

Fachanwendungsübergreifende Infrastruktur

Beschreibung

Ressort / Behörde Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,
Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Art IT Verfahren

Bezeichnung Fachanwendungsübergreifende Infrastruktur

Beschreibung allgemein

Im Rahmen dieser Maßnahme werden Aufwendungen oberhalb der eigentlichen Fachinformationssystem-Ebene im Geschäftsbereich nachgewiesen.

Dazu gehören:

Die ressortspezifische Geodatenbearbeitung und -haltung (da ein großer Teil der im Geschäftsbereich gehaltenen Daten einen räumlichen Bezug aufweist), der sekundäre Datenbestand an zusätzlich aufbereiteten Daten für künftige Auswertungen und Präsentationen, die Metadaten-erzeugung und -haltung entsprechend der INSPIRE-Richtlinie der EU, die notwendigen Auswertungssysteme für das geforderte Berichtswesen (Cadenza) mit der Komponente GISterm als geografischem Informationssystem, die Darstellungsebene im Internet und Intranet sowie das Medieninformationssystem.

Darüber hinaus werden die Aufwendungen für den ressortweiten Lizenz-Server für GIS-Software des Herstellers ESRI berücksichtigt.

Priorität

Klassifizierung Infrastrukturelle Maßnahme

Kennzahl 0

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2010	Soll 2011	Soll 2012
			T€		
525 37	019	Aus- und Fortbildung	0,0	25,0	25,0
533 56	019	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	327,0	342,9	341,1
		davon Dataport:		91,7	89,9
812 46	019	Erwerb von Hard- und Software	100,0	80,0	80,0
		davon Dataport:		80,0	80,0
Abschluss					
Gesamtausgabe			427,0	447,9	446,1
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-427,0	-447,9	-446,1